Peter Melichar
Verdrängung und Expansion

Veröffentlichungen der Österreichischen
Historikerkommission. Vermögensentzug
während der NS-Zeit sowie Rückstellungen
und Entschädigungen seit 1945 in Österreich

Herausgegeben von
Clemens Jabloner, Brigitte Bailer-Galanda, Eva Blimlinger,
Georg Graf, Robert Knight, Lorenz Mikoletzky, Bertrand Perz,
Roman Sandgruber, Karl Stuhlpfarrer und Alice Teichova

Band 19

Oldenbourg Verlag Wien München 2004

Peter Melichar

Verdrängung und Expansion

Enteignungen und Rückstellungen
in Vorarlberg

Oldenbourg Verlag Wien München 2004

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

© 2004. R. Oldenbourg Verlag Ges.m.b.H., Wien.

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere die der Übersetzung, des Nachdrucks, der Entnahme von Abbildungen, der Funksendung, der Wiedergabe auf fotomechanischem oder ähnlichem Wege und der Speicherung in EDV-Anlagen, bleiben, auch bei nur auszugsweiser Verwertung, vorbehalten.

Satz: Dodo Brunialti

Druck: AZ Druck und Datentechnik GmbH, D-87437 Kempten

Wissenschaftliche Redaktion: Mag. Eva Blimlinger

Lektorat: Dr. Elisabeth Kanders

Umschlaggestaltung: Christina Brandauer, 1070 Wien

ISBN 3-7029-0495-6 R. Oldenbourg Verlag Wien

ISBN 3-486-56783-7 Oldenbourg Wissenschaftsverlag München

INHALT

1.0	Untersuchungsgegenstand, Literatur und Vorgehen	7
1.1	Maßnahmen gegen Juden in Vorarlberg	22
1.2	Die Vorarlberger Rückstellungs-Akten	36
1.2.1	Die Rückstellungen von Liegenschaften in Hohenems an die IKG Innsbruck	40
1.3	Enteignete und liquidierte Betriebe. Einige Fallbeispiele	43
1.3.1	Leibnitzer Baumwollspinnerei Ludwig Weiss OHG	50
1.3.2	Vorarlberger Leder- und Schuhfabriken Gebrüder Krafft GmbH	53
1.3.3	Verkaufs-Aktiengesellschaft Heinrich Wild's Geodätische Instrumente	56
1.3.4	Die Erwerbungen der Fa. Dr. Eberle OHG und der Fa. Albert Ender & Co.	61
1.3.5	Dr. Josef Otten erwirbt M. B. Neumann's Söhne Österr. Weberei- und Druckerei AG	62
1.4	Die Bauerngenossenschaft Alma übernimmt das Schmelzkäsewerk Rupp	67
1.4.1	Josef Rupp und seine Unternehmungen	67
1.4.2	Enteignung und Vermögensentzug	69
1.4.3	Rückstellungsverfahren und politische Interventionen	73
1.4.4	Resumée des Falles Rupp. Ein Exkurs zur Milchwirtschaft	81
1.5	Der Fall Scheffknecht	90
1.6	Erwerbungen durch Vorarlberger Geschäftsleute in Wien und Niederösterreich	103
1.6.1	Die Aktivitäten von F. M. Hämmerle und F. M. Rhomberg	106
1.6.2	Die Rationalisierungen der Firma Wilhelm Benger & Söhne	109
1.6.3	Die Erwerbungen der Firma Carl Ganahl & Co.	110
1.6.4	Adolf Merz erwirbt Bresslauer & Timann	113
1.6.5	Rückstellung als Farce? Martin und Siegfried Zumtobel erwerben die Franz Tommasoni OHG	115

1.7	Zusammenfassung	123
1.8	Tabellarischer Anhang	128
1.9	Quellen- und Literaturverzeichnis	153
1.9.1	Ungedruckte Quellen	153
1.9.2	Gedruckte Quellen	154
1.9.3	Literatur	155
1.10	Abkürzungen	161
1.11	Tabellenverzeichnis	163

1.0 Untersuchungsgegenstand, Literatur und Vorgehen¹

In der vorliegenden Studie geht es vor allem um Enteignungen und Rückstellungsverfahren. Die Perspektive, die dabei eingenommen wird, ist gleichsam die der Mikrogeschichte. Dahinter verbirgt sich jedoch keine Absicht, kein forschungsstrategisches Kalkül. Sondern es handelt sich dabei um einen Effekt, der sich im Rahmen der Erhebungen einstellte: Die Einzelfälle wurden, ohne dass dies beabsichtigt war und ist, dominant, die Fragen nach Strukturen oder Mustern, nach Funktionsmechanismen und anderen Versuchen der Verallgemeinerung traten zurück. Die politischen Instanzen und die Behördenhierarchie wurden keiner generalisierenden Analyse unterzogen. Zwei Gründe waren dafür maßgebend: Erstens waren die wichtigsten Quellen die Rückstellungsakten, nicht jene der NS-Behörden, die sich leider nur in wenigen Einzelfällen – verstreut über viele Archive – erhalten haben. Zweitens waren die Fälle derart unterschiedlich gelagert, dass in fast jedem Fall ganz verschiedene Behörden tätig wurden und gegen die jeweiligen Eigentümer vorgingen.²

Im Rahmen der vorliegenden Forschungsarbeit konnte zwar eine umfassende, aber keineswegs erschöpfende Arbeit zu Enteignungen, Arisierungen³ und Rückstellungen in Vorarlberg geleistet werden, zumal bislang nur wenige Vorarbeiten existierten. Ein wichtiges Anliegen dieser

-
- 1 Für Hinweise danke ich Wolfgang Meixner (Universität Innsbruck), Alexander Mejstrik (Ludwig Boltzmann-Institut für Historische Sozialwissenschaft, Wien), Wolfgang Scheffknecht (Gemeindearchiv Lustenau), Wolfgang Weber (Vorarlberger Landesarchiv), Hubert Weitensfelder (Technisches Museum, Wien). Bei den Mitarbeitern des Landesgerichtes Feldkirch bedanke ich mich für ihr Entgegenkommen und diverse Hilfestellungen. Last but not least danke ich Josef und Ludwig Rupp (Lochau) für die Möglichkeit, das Firmenarchiv der Firma Rupp zu benutzen.
 - 2 Die Instanzen und Zuständigkeiten im Rahmen des Arisierungsverfahrens beschreibt Wolfgang Meixner in einem 2002 erschienenen Aufsatz sehr anschaulich. Wolfgang Meixner: „Arisierung“ – die „Entjudung“ der Wirtschaft im Gau Tirol-Vorarlberg, in: Rolf Steininger, Sabine Pitscheider (Hg.): Tirol und Vorarlberg in der NS-Zeit (= Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte 19). Innsbruck 2002, S. 319-340.
 - 3 Der Begriff der Arisierung entstammt dem antisemitischen Vokabular und ist allein deshalb schon problematisch. Er wird hier als Terminus für einen Zwangsverkauf in der Regel ohne Anführungszeichen verwendet, um den Anschein zu vermeiden, es handele sich bei einer Arisierung nicht um eine tatsächliche Arisierung.

Arbeit ist es daher, weitere Studien zur Sozialgeschichte der Vorarlberger Unternehmer vor, während und nach der NS-Zeit anzuregen.⁴ In vielen Fällen können hier nur Hinweise für weitere Recherchen gegeben werden, die im begrenzten Rahmen dieser Studie nicht durchgeführt werden konnten. Außerdem will die Studie auch einen Perspektivwechsel bei der Erforschung von Unternehmern anregen: Erstens scheint es angesichts der Tatsache, dass etwa viele Vorarlberger Unternehmer ihre Geschäftstätigkeit gerade in der fraglichen Zeit bis nach Wien, aber auch in alle möglichen anderen Richtungen ausdehnten, nicht mehr sinnvoll, sich auf Regionen zu beschränken, wenn Unternehmer längst überregional und international agieren. Zweitens scheint es kaum noch sinnvoll, einzelne Unternehmerbiographien und Firmenmonographien zu schreiben, die ihren Gegenstand in der Regel allzu isoliert, dafür um so fakten- und detailreicher darstellen. Drittens scheint es notwendig, Unternehmer mit anderen Berufen, mit ihren Beziehungen zu anderen Tätigkeitsfeldern (Politikern, Beamten, Freiberuflern etc.) darzustellen. Und viertens scheint es sinnvoll, sich auf Konflikte, Gerichtsverfahren und Auseinandersetzungen, zu konzentrieren. Die Enteignungen der Jahre 1938 bis 1945 und die Rückstellungen in den Nachkriegsjahren stellten eine derartige, mehrdimensionale Auseinandersetzung um das dar, was einerseits für die Wirtschaftsordnung und überhaupt die völkische Neuordnung des Nationalsozialismus, andererseits aber nach 1945 für die republikanisch-demokratische Nachkriegsordnung richtig und gut war.

Obwohl die Vorarlberger Industrie- und Wirtschaftsgeschichte verhältnismäßig gut erforscht ist, existieren nur wenige Arbeiten, die sich explizit mit der NS-Zeit auseinandersetzen und überhaupt nur vier, die Enteignungen bzw. Arisierungen behandeln.⁵ Die Wirtschaftsgeschichte

4 Der Einwand, man könne Wirtschaftsgeschichte oder die Sozialgeschichte der Unternehmen nur an Hand so genannter Firmenarchive schreiben, ist keineswegs stichhaltig. In der Regel findet sich in den Akten der Landesregierungen, Gemeinden, der diversen Ministerien, Bezirks-, Handels- und Landesgerichte ausreichendes Material, vor allem dann, wenn man nicht auf eine einzelne Firma fixiert ist, sondern eine bestimmte Anzahl von Fällen vergleichend bearbeitet.

5 Bei diesen vier Arbeiten handelt es sich um die bekannte Studie von Harald Walser zur Vorarlberger Wirtschaft in der NS-Zeit (in der erstmals die von Vorarlberger Unternehmern durchgeführten „Arisierungen“ thematisiert werden), einen vom selben Autor in den „Dornbirner Schriften“ publizierten Aufsatz über die Rüscherwerke in

hat sich einer kritischen Haltung ihrem Gegenstand gegenüber bisher weitgehend ent schlagen und war allzu häufig ausschließlich darauf bedacht, die Leistungen der heimischen Industrie lobzupreisen. Gleichermäßen ist beinahe allen Firmengeschichten eine allzu große – nicht selten auch verwandtschaftliche – Nähe zu ihrem Untersuchungsobjekt eigen, und ihr Erklärungswert ist daher zwar nicht zwangsläufig, aber meist auch nicht nur zufällig sehr gering.⁶ Anderes war und ist auch von den zahlreichen Firmen-Festschriften nicht zu erwarten, die allenfalls unfreiwillig Einblicke in bestimmte Details der Geschäftsgebarung gewähren. Die ältere Literatur ignorierte die Problematik der NS-Geschichte weitgehend und stellte – wie etwa die Arbeiten des prominenten und vielfach ausgezeichneten Wirtschaftshistorikers Hans Nägele – die Vorarlberger Unternehmer als Opfer dar.⁷ Nägele konnte 1949 sogar behaupten, mit den „Gebrüder Rosenthal“ sei die „einzige jüdische Firma der Vorarlberger Industrie im Handelsregister gelöscht“ worden, und damit den Eindruck erwecken, es habe 1938 in Vorarlberg kein jüdisches Eigen-

Dornbirn, eine facettenreiche und darum ungewöhnlich interessante Firmengeschichte zur Firma Josef Otten in Hohenems (vormals M. B. Neumann) und einen jüngst erschienenen informativen Aufsatz von Wolfgang Meixner, der einen Überblick über „Arisierungen“ in Tirol und Vorarlberg bietet, auf das Geschehen in Vorarlberg jedoch nur in wenigen Zeilen eingeht. Vgl. Harald Walser: Bombengeschäfte. Vorarlbergs Wirtschaft in der NS-Zeit (= Studien zur Geschichte und Gesellschaft Vorarlbergs 6). Bregenz 1989; ders.: Die Rüscher-Werke – ein Dornbirner Rüstungsunternehmer, in: Dornbirner Schriften IX (1990), S. 95-100; Josef Otten (Hg.): Josef Otten. Eine Firmengeschichte – Von Gebrüder Rosenthal zu Josef Otten. Hohenems 2001; Meixner, „Arisierung“ – die „Entjudung“ der Wirtschaft im Gau Tirol-Vorarlberg.

- 6 Auf eine ungewöhnlich materialreiche und daher schon allein als Materialsammlung bemerkenswerte – allerdings auch durch gewisse „blinde Flecken“ gekennzeichnete – Firmengeschichte der Firma Getzner, Mutter & Co. sei hier dennoch hingewiesen: Manfred A. Getzner: Getzner, Mutter & Cie., Bludenz, und die Entwicklung der Textilindustrie im Vorarlberger Oberland, 3 Teile in 5 Bänden. Feldkirch 1984-1990. Diese Arbeit enthält Bände zur technischen Entwicklung der Betriebe, zu den Gründungen, den Tochter- und Filialbetrieben des Getzner-Konzerns und schließlich einen Band mit biographischen Abhandlungen zu den Eigentümern.
- 7 Hans Nägele schrieb etwa in einem Text über den 1946 verstorbenen Textilindustriellen Victor Hämmerle: „Heute wollen wir nicht an die Vorgänge erinnern, die sich im Lande am Ende des Zweiten Weltkrieges und 1946 zugetragen haben. Sie bilden ein dunkles Blatt in der Geschichte unserer Heimat. Dem mehr als 90-jährigen Ehrenbürger der Stadt Dornbirn, dessen Verdienste um die Heimat auf

tum existiert.⁸ Auch die Arbeiten von Margit Schönherr über die Vorarlberger Wirtschaft nach dem „Anschluss“ erwähnen weder Arisierungen noch Enteignungen,⁹ und die von Gerhild König verfasste Dissertation zur Vorarlberger Wirtschaft der Nachkriegszeit thematisiert zwar das „deutsche Eigentum“, nicht jedoch den damit oft zusammenhängenden Eigentumstransfer.¹⁰ Die 1972 publizierte Wirtschaftsgeschichte Wolfgang Ilgs bietet zwar eine informative Querschnittsanalyse der Vorarlberger Wirtschaft, thematisierte jedoch die NS-Zeit nicht explizit.¹¹ Gerhard Wanners 1990 herausgebrachte „Industriegeschichte“ setzte als Endpunkt ihres zeitlichen Rahmens bewusst den „Anschluss“ im Jahr 1938 und sah davon ab, jene Vorgänge zu behandeln, die nach dem März 1938 Veränderungen in den Eigentumsverhältnissen mit sich brachten.¹² Wanner verzichtete auch in einem Artikel zur Vorarlberger Industriege-

Schritt und Tritt unbestritten sind, dem größten Wohltäter seiner Mitbürger, dem Manne der sozialen Tat wurde verweigert, in seiner Heimatstadt und in seinem Heim die Augen für immer zu schließen. Und als er gestorben war, wehte vom Rathaus nicht einmal die Trauerfahne. Das alles konnte aber auf Victor Hämmerle keinen Schatten werfen.“ Hans Nägele: Carl Ganahl, Victor Hämmerle, André Gaßner. Drei Persönlichkeiten der Vorarlberger Textilindustrie. Lustenau 1966, S. 113. Vgl. auch Hans Nägele: Die Vorarlberger Textilindustrie. Wien 1947; die Kritik des biologistischen Geschichtsverständnis Nägeles bei Werner Bundschuh: Kreist das Blut der Ahnen? Zum Bild der Dornbirner Unternehmer im Werk von Hans Nägele, in: Werner Bundschuh, Harald Walser (Hg.): Dornbirner Stadt-Geschichten. Dornbirn 1987, S. 29-82.

- 8 Vgl. Hans Nägele: Das Textilland Vorarlberg. Werden und Wachsen einer alpenländischen Industrie. Dornbirn 1949, S. 107.
- 9 Vgl. Margit Schönherr: Vorarlberg 1938: Die Eingliederung Vorarlbergs in das Deutsche Reich 1938/1939. Dornbirn 1981; dies.: Wirtschaft, in: Vorarlberg 1938. Vorarlberger Landesmuseum – Ausstellung Nr. 142. Bregenz 1988, S. 91-98.
- 10 Vgl. Gerhild König: Die wirtschaftlichen Probleme Vorarlbergs in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg. Das erste Jahrzehnt – Mangelwirtschaft und Wiederaufbau. Diss. Wien 1989, S. 82-87, hier S. 85. Eine aus dem Jahr 1948 stammende Liste von Firmen, die deutsche Eigentümer hatten, wurde – ebenfalls ohne Hinweis auf Enteignungsvorgänge – 1982 publiziert. Vgl. Theodor Weiter: Das deutsche Eigentum in Vorarlberg nach 1945. Industrie, Handels- und Gewerbeunternehmungen, die von der französischen Besatzungsmacht als deutsches Eigentum deklariert und behandelt wurden, in: Montfort. Vierteljahresschrift für Geschichte und Gegenwart Vorarlbergs 34 (1982), S. 412-419.
- 11 Vgl. Wolfgang Ilg: Wirtschaftsgeschichte Vorarlbergs. Bregenz o. J. (1972).
- 12 Vgl. Gerhard Wanner: Vorarlbergs Industriegeschichte. Feldkirch 1990, S. 7.

schichte nach 1938 auf die Thematisierung der Enteignungsvorgänge und erwähnt lediglich, dass es durch die Ansiedlung von 37 „reichsdeutschen“ Betrieben zur Ausweitung der Produktion gekommen sei.¹³ Auch eine aus dem Jahr 1993 stammende offizielle Selbstdarstellung des Landes Vorarlberg ignorierte anlässlich eines Jubiläums die NS-Geschichte völlig.¹⁴

Jene Sätze, die Werner Bundschuh über die Geschichtsschreibung Dornbirns schrieb, können, von wenigen Ausnahmen abgesehen, auf Vorarlbergs Historiographie bis 1980 insgesamt übertragen werden: „Die ehemaligen NS-Propagandisten (...) konnten ihre Monopolstellung in der Industrie- und Wirtschaftsgeschichtsschreibung deswegen erhalten, weil es im Interesse der politischen und wirtschaftlichen Elite lag, die ‚dunklen Jahre‘ von 1938 – 45 auszublenden.“¹⁵ Erst seit etwa 1980 entstanden Arbeiten jüngerer Historiker, die sich der Thematisierung der Vorarlberger NS-Geschichte widmeten. Die Arbeiten von Thomas Albrich, Ingrid Böhler, Werner Bundschuh, Werner Dreier, Kurt Greussing, Meinrad Pichler, Harald Walser, Wolfgang Weber und anderen Historikerinnen und Historikern eröffneten eine kritische Perspektive und leisteten in vielerlei Hinsicht Grundlagenarbeit und Aufklärung. Eingeleitet wurde diese Forschungsinitiative 1982 nicht zufällig mit einer Abrechnung: Meinrad Pichler skizzierte aus damaliger Perspektive die Geschichte der Vorarlberger Regionalgeschichtsschreibung und kam zum ernüchternden Befund, dass eine „wirkliche landesgeschichtliche Aufarbeitung der NS-Zeit – abgesehen von der Situation der Kirche und den letzten Kriegstagen – bisher noch nicht stattgefunden hat.“¹⁶ Pichler erwähnte, es existiere ein „regelrechtes Kartell des Schweigens“,¹⁷ dessen historiographischen Agenten es allerdings gelungen sei, eine gut funktionierende Geschichts-

13 Vgl. Gerhard Wanner: Vorarlbergs Industriegeschichte von 1938–1992, in: Vorarlberger Wirtschaftschronik. Wien o. J., S. 85–98, hier 85.

14 Vgl. Vorarlberger Landesarchiv (Hg.): 75 Jahre selbständiges Land Vorarlberg (1918–1993). Bregenz 1993.

15 Werner Bundschuh: „Es ist besser, den Mantel des Schweigens auszubreiten ...“, in: Dornbirner Schriften IX (1990), S. 123–130, hier S. 129.

16 Meinrad Pichler: Eine unbeschreibliche Vergangenheit. Die Vorarlberger Geschichtsschreibung und der Nationalsozialismus, in: Nachträge zur Neueren Vorarlberger Landesgeschichte (= Beiträge zur Geschichte und Gesellschaft Vorarlbergs 1), hg. in Zusammenarbeit mit der Johann August Malin-Gesellschaft. Bregenz 1982, S. 191–206, hier S. 202.

17 Ebd. S. 192.

konstruktion zu etablieren. Die wichtigsten Elemente dieser Konstruktion bestanden seines Erachtens darin, die NS-Herrschaft als „Fremdherrschaft“ dazustellen, die Vorarlberger NS-Funktionäre als Kämpfer für die Selbstständigkeit des Landes zu stilisieren, die Verfolgungen und Deportationen weitgehend auszublenden und, wenn das nicht gelang, als ausschließliche Machenschaften der anonymen Zentralstellen zu beschreiben.¹⁸ Die Vorarlberger Gesellschaft und vor allem ihre politische und ökonomische Elite wurden damit von jeder Verantwortung freigesprochen.

Gegen dieses – vermeintliche oder real existierende – „Kartell des Schweigens“ begannen nun jüngere Historiker ihre vielseitigen Forschungen auszurichten.¹⁹ In diesem Zusammenhang ist besonders auf die 1989 publizierte Arbeit Harald Walsers zur Vorarlberger Wirtschaft in der NS-Zeit hinzuweisen. Walser sah sich bei seinen Forschungen in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre noch durch eine „Archivsperr“ behindert, die peinlicherweise nur den Sinn haben konnte, jenen merkwürdigen Interessensverbund zu schützen, dem es um die Verteidigung der Vorarlberger NS-Vergangenheit zu tun war.²⁰ Walsers Arbeit behandelte jedoch Arisierungen und Enteignungen nur cursorisch und konzentrierte sich auf die Analyse der wichtigsten Wirtschaftsbereiche: Er beschrieb den Arbeitsmarkt, die Entwicklung der wichtigsten Wirtschaftssektoren, die Integration Vorarlbergs in die Kriegswirtschaft und die Lage der (Zwangs-)Arbeiter. Dennoch wies seine Arbeit erstmals auf jene Arisierungen außerhalb Vorarlbergs hin, an denen prominente Vorarlberger Unternehmer beteiligt waren.²¹ Vor allem die Arbeiten von Walser, Pichler und Bundschuh waren Anlass zu weiteren Forschungen, die sich kritisch mit der NS-Geschichte Vorarlbergs und ihren diversen Facetten auseinandersetzen. Bemerkenswert ist etwa die von Thomas

18 Ebd. S. 192-194.

19 In diesem Zusammenhang ist zu bemerken, dass es dieses Kartell – sollte es je existiert haben – heute nicht mehr gibt. Der Verfasser dieser Studie wurde in den Vorarlberger Archiven freundlich beraten und erfreute sich durchwegs wohl gemeinter Unterstützung.

20 Vgl. Walser, Bombengeschäfte, S. 11.

21 Ebd. S. 32-40. Walser wies auch darauf hin, dass zumindest die größten Textilproduzenten (F. M. Hämmerle, F. M. Rhomberg, Getzner, Mutter & Cie.) sich während der Kriegszeit als Rüstungsbetriebe profilierten und zu diesem Zwecke entweder Betriebe der Metallverarbeitung erwarben oder eröffneten. Vgl. S. 198-210.

Albrich herausgegebene Dokumentation über jüdisches Leben in Tirol und Vorarlberg.²² Hervorzuheben ist last but not least ein Aufsatz von Wolfgang Weber, der einen informativen Überblick über die institutionellen, politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen der NS-Herrschaft in Vorarlberg bietet.²³

Wenn im Zentrum der vorliegenden Regionalstudie auch die Darstellung der Arisierungen und Enteignungen in Vorarlberg steht, so war doch auf die Verstrickung der Vorarlberger Unternehmer in den ökonomischen Auslese- und Verdrängungsprozess während der NS-Herrschaft hinzuweisen: Denn neben den Akten der in Feldkirch situierten Rückstellungskommission zeigen auch die Arisierungsakten der Vermögensverkehrsstelle im Österreichischen Staatsarchiv im Archiv der Republik, dass Vorarlberger Unternehmer jüdische Firmen übernahmen und außerdem zahlreiche Bestandteile arisierter oder liquidierter Unternehmen außerhalb Vorarlbergs erworben und in ihren eigenen Fabriken eingesetzt haben. Unternehmer agieren, sofern es Vorteile bietet, grenzüberschreitend und ihre Aktionsradius ist nicht durch einen regionalgeschichtlichen Rahmen zu erfassen. Jene Akten, die Arisierungen und Rückstellungen außerhalb Vorarlbergs dokumentieren, befinden sich selbstverständlich nicht in Vorarlberger Archiven.²⁴ Allerdings konnten im Rahmen dieser Studie die Arisierungen und Übernahmen Vorarlberger Unternehmer in Wien, Niederösterreich und anderen Bundesländern nicht systematisch untersucht werden. Da sich die vorliegende Studie in den meisten Fällen auf Hinweise beschränken musste, besteht hier somit weiterer Forschungsbedarf. Vor allem aber scheint es sinnvoll, im

22 Vgl. Thomas Albrich (Hg.): *Wir lebten wie sie. Jüdische Lebensgeschichten aus Tirol und Vorarlberg*. Innsbruck 1999.

23 Vgl. Wolfgang Weber: „Die sich vom Westen nach Osten erstreckende Wurst ...“. Aspekte der NS-Herrschaft in Vorarlberg, Tirol und Salzburg, in: Emmerich Tálos, Ernst Hanisch, Wolfgang Neugebauer, Reinhard Sieder (Hg.): *NS-Herrschaft in Österreich. Ein Handbuch*. Wien 2000, S. 260-291.

24 Ein allerdings sich in Vorarlberg befindlicher, höchst interessanter Quellenbestand konnte leider aus Zeitgründen für diese Studie nicht herangezogen werden: Die Grundbücher und die dazugehörigen Dokumentensammlungen in den jeweiligen Grundbuchämtern: Hier finden sich in der Regel die Eigentumsänderungen und auch die Rückstellungsverfahren dokumentiert.

Zusammenhang mit der Wirtschaftsgeschichte neue Fragestellungen zu entwickeln und den Forschungsgegenstand neu zu konstruieren.

Der Quellenbestand, der für diese Untersuchung in erster Linie herangezogen wurde, liegt im Landesgericht Feldkirch. Es handelt sich dabei um die Akten der dem Landesgericht Feldkirch zugeordneten Rückstellungskommission, die ab 1947 tätig war. Außerdem wurden Bestände des Vorarlberger Landesarchivs (VlbgLA),²⁵ des Niederösterreichischen Landesarchivs (NÖLA) und die im Österreichischen Staatsarchiv/Archiv der Republik im (AdR) aufbewahrten Akten der Vermögensverkehrsstelle (VVst) benutzt.

Nach dem Bericht des Staatskommissars in der Privatwirtschaft, Walter Rafelsberger, gab es in Vorarlberg sieben jüdischen Vermögensanmeldungen – tatsächlich – soviel vorweg – gab es mehr, die genaue Zahl ist bisher unbekannt.²⁶ Die nach Wohnsitzen und Berufen gegliederte Tabelle der Rafelsberger-Statistik weist für den Kreis Feldkirch drei Personen aus: Eine im Handel tätige Person, einen Rechtsanwalt oder Notar und eine Hausfrau. Für den Kreis Dornbirn weist sie eine Person, die im Lehr-, Bildungs- und Kunstwesen tätig ist, eine Hausfrau, eine oder einen Postpensionisten und eine oder einen Privatpensionisten aus.²⁷ Die Tabelle zum Grundvermögen verzeichnet für Dornbirn ein Einfamilienhaus im Wert von RM 8.000.-, das zwei Personen gehört, ein weiteres Mietshaus (mit zwei Beteiligten) im Wert von RM 45.000.- auf, insgesamt also Immobilienbesitz im Gesamtwert von RM 53.000.-. Im Kreis Feldkirch verzeichnet die Tabelle ein Einfamilienhaus (mit zwei Beteiligten) im Wert von RM 135.000.-, ein Mietshaus im Wert von RM 45.000.-, insgesamt

25 Vgl. Vorarlberger Landesarchiv (Hg.): Das Vorarlberger Landesarchiv. Einführung und Bestandsübersicht. Bregenz 1998.

26 Vgl. Der Staatskommissar in der Privatwirtschaft (Abteilung Statistik): Statistik über die Vermögensanmeldungen der Juden in der Ostmark (Stichtag: 27. April 1938). o. O. (Wien), o. J. (1939). Ein Exemplar dieses Berichtes befindet sich in der Bibliothek der Kammer für Handel, Industrie und Gewerbe in Wien (Stubenring). Ein weiteres Exemplar befindet sich – allerdings bisher ohne Archiv-Signatur – im Österreichischen Staatsarchiv (im Depot der VVst).

27 Vgl. Tab. 2, S. 19.

also Immobilien im Wert von RM 180.000.-.²⁸ Das Tabellenblatt, das die Betriebsvermögen verzeichnet, weist nur für den Kreis Feldkirch Vermögenswerte auf. Es registrierte einen Betrieb im Wert von RM 116.000.-, an dem drei Personen beteiligt waren und ein freiberufliches Betriebsvermögen in der Höhe von RM 16.000.-, insgesamt also ein Betriebsvermögen von RM 132.000.- in ganz Vorarlberg.²⁹ Das Gesamtvermögen wird schließlich für den Kreis Dornbirn mit RM 162.000.-, für den Kreis Feldkirch mit RM 301.000.- bewertet.³⁰

Die Recherche nach möglichen Enteignungs- oder Arisierungsfällen, an denen Vorarlberger Unternehmer beteiligt waren, gestaltet sich – abgesehen vom Bestand der Feldkircher Rückstellungsakten – recht kompliziert. Einige Hinweise wurden in der so genannten „Industrie-Kartei“ der VVst gefunden,³¹ auf einige andere Fälle stößt man bei Recherchen in den verschiedenen Ausgaben des Finanz-, Personen- und Industrie-Compass. Der Compass bietet jedoch nur einen beschränkten Zugang: Vor allem dann, wenn die arisierten Firmen nicht direkt von einem andern Unternehmen übernommen wurden, sondern über einen Repräsentanten, etwa einen Geschäftsführer, der als Strohmann für das Vorarlberger Kapital fungierte, ist nicht zu erkennen, wer die Firma übernommen hat. Die im LG Feldkirch vorhandenen Akten des Handelsgerichtes (Firmenbuch bzw. Handelsregisterakten), die für weitere Untersuchungen heranzuziehen wären, wurden im Rahmen dieser Studie nicht verwendet. Eine systematische Suche in den Beständen der für die öffentliche Verwaltung von Betrieben zuständige Abt. 35 im Bundesministerium für Finanzen (BMF) wäre zwar (in gegenwärtig unbestimmbarem Ausmaß) erfolgversprechend, wurde jedoch aus pragmatischen Gründen unterlassen. In einem von Peter Böhmer elektronisch erfassten Findbehelf finden sich zahlreiche Hinweise auf öffentlich verwaltete Betriebe bzw. Grundstücke in Vor-

28 Vgl. Tab. 5, S. 24.

29 Vgl. Tab. 6, S. 37.

30 Vgl. Tab. 9, S. 39.

31 ÖStA AdR 06, VVst, „Industrie-Kartei“. Diese Kartei – die sowohl Käufer bzw. Kaufinteressenten als auch Verkäufer verzeichnet, ist nur durch den zuständigen Referenten des ÖStA AdR 06, Dr. Hubert Steiner, zugänglich.

arlberg (von insgesamt ca. 4.200 Einträgen beziehen sich ca. 115 auf Vorarlberg).³² Es handelt sich dabei in den meisten diesbezüglichen Fällen um „deutsches Eigentum“, das der Republik verfallen war. Das „deutsche Eigentum“ konnte auf unterschiedliche Weise entstehen: Durch Erwerbungen deutscher Staatsbürger, Firmen oder reichseigener Organisationen, aber auch durch die Annahme der deutschen Staatsangehörigkeit (beispielsweise durch Heirat). Ob und inwieweit mit diesen Erwerbungen, sofern sie zwischen 1938 und 1945 stattgefunden hatten, Zwangsmaßnahmen verbunden waren, müsste im Einzelnen erst untersucht werden. Weitaus am häufigsten dürften jedoch – abgesehen von den Beschlagnahmungen durch die Deutsche Reichsfinanzverwaltung – Übernahmen durch deutsche Unternehmen deutsches Eigentum „begründet“ haben. Dr. Alois Hofer, der Geschäftsführer der Vorarlberger Handelskammer, bemerkte in einem Schreiben 1946: „Vom Zeitpunkt der Eingliederung Österreichs ins Deutsche Reich an versuchten reichsdeutsche Industriefirmen, vor allem Rüstungsfirmen, auch in Vorarlberg überall Fuß zu fassen. Sie wurden dabei in wirtschaftlich kurzsichtiger Weise von den Parteistellen vielfach tatkräftig unterstützt. Ich erinnere daran, dass z. B. bereits im Sommer 1938 die Optischen Werke Steinheil & Söhne in München sich in Lustenau mit einem Zweigbetrieb in den Betriebsräumen der Firma Wild niederließen und dabei von den örtlichen Parteistellen gefördert wurden, obwohl dadurch die heimischen Wirtschaftskreisen besonders in Lustenau und Umgebung schwer geschädigt wurden, weil sie ihre Arbeitskräfte an diesen wichtigen Rüstungsgrößbetrieb abgeben mussten. Mit Beginn des Krieges verstärkte sich dieser Druck erheblich. So ließen sich die Michelwerke Augsburg in den Betriebsräumen der Strickerei Alpana in Bregenz nieder; für die Michelwerke wurden Arbeitskräfte sogar von Bludenz herbeigeholt. Ebenso setzten sich die Dornierwerke in Friedrichshafen in der ehemals Kraft'schen Schuhfabrik Bregenz und im Werk Fischbach der Firma F. M. Hämmerle in Dornbirn fest.“³³ Hofer erwähnt jedoch nicht, dass zwei der genannten Firmen –

32 Peter Böhmer: Elektronischer Findbehelf zur Abt. 35 des ÖStA AdR 06, BMF (Bestand der Historikerkommission im Österreichischen Staatsarchiv).

33 Dr. Alois Hofer an Getzner, Mutter & Cie., zit. n. Getzner: Getzner, Teil B („Mensch und Maschine“) S. 142.

Bernhard Altmann-Alpana und die Schuhfabrik Kraft – arisiert worden waren und auch die Übernahme der nichtjüdischen Firma Wild eine unrechtlige Zwangsmaßnahme darstellte (vgl. die Falldarstellungen zu Kraft und Wild).

Einen ersten – wenngleich nicht unproblematischen – Hinweis auf den Umfang der Vermögensentziehungen bietet eine durch das Bundesministerium für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung (BMF-VS) durchgeführte Erhebung der Vermögensanmeldungen, die auf Grund der Vermögensentziehungs-Anmeldungsverordnung (VEAV) 1946 erstattet wurden. Es ist bekannt, dass diese – nicht mit jenen des Jahres 1938 zu verwechselnden – Vermögensanmeldungen einen gewissen administrativen Nutzen hatten, allerdings nicht statistisch ausgewertet werden können, da die Werte nach den unterschiedlichsten Kriterien angegeben wurden (die Angaben beziehen sich auf Kaufpreise, Schätzpreise und teils auf subjektive Bewertungen), vor allem aber deshalb, weil sie nur einen – nicht genau zu bestimmenden – Teil des entzogenen Vermögens erfassten.

Völlig ungeklärt war zum Zeitpunkt der Anmeldung auch die rechtliche Beurteilung der Fälle. Viele der als entzogen angegebenen Vermögen wurden später nie durch entzogene Rückstellungsgesetze einklagbar (Mobilien, Mietrechte etc.). Dennoch bietet die Erhebung aus dem Jahr 1947 vor allem im Vergleich mit den anderen Bundesländern einen gewissen Eindruck von der Größenordnung des Phänomens. Vorarlberg ist nicht – wie man auf Grund der nur kleinen Zahl ansässiger Juden nach den Nürnberger Gesetzen meinen könnte – jenes Bundesland, in dem die Entziehungen weitaus die geringste Bedeutung hatten, sondern es liegt (selbst in absoluten Zahlen) vor Kärnten und Burgenland.

Tab. 1: VEAV-Anmeldungen in Vorarlberg³⁴

	Zahl der VEAV-Anmeldungen						Wert in öS	
	Summe	1 ³⁵	2	3	4	5	1938	1946
Industrie	28	-	-	6	15	7	2,798.456,00	4,165.732,00
Land- u. Forstw.	71	1	1	3	25	41	4,725.323,11	4,918.624,27
Handel, Gewerbe	57	-	-	5	6	46	1,821.006,57	2,124.467,57
Hausbesitz	162	27	4	9	32	90	16,888.892,81	17,006.032,24
Mobilien	26	-	-	6	1	19	244.909,00	210.702,00
Rechte	22	1	-	1	3	17	250.232,98	22,242.243,98
Geld- u. Guthaben	69	-	1	3	-	65	2,648.741,62	2,381.977,82
Gesamt	435	29	6	33	82	285	29,377.562,09	53,049.779,88³⁶

- 34 ÖStA AdR 06, BMF-VS, Gz 30.021-1/1947. Beilage: Die angemeldeten entzogenen Vermögen, Stand vom 15. 3. 1947. Die Angaben sind mit Vorsicht zu bewerten: Etwa fällt die eklatante Wertsteigerung der Rechte und Berechtigungen auf. Darunter sind etwa Gewerbeberechtigungen, Patentrechte, Miet- und Pachtrechte zu verstehen. Eine Erhöhung dieser Werte im vorliegenden Ausmaß ist unerklärlich (liegt auch bei den anderen Bundesländern nicht vor), ein Schreibfehler daher nicht unwahrscheinlich (wenn man plausiblerweise den Wert auf öS 242.243,98 korrigiert, ergibt sich als Gesamtsumme der entzogenen Werte für Vorarlberg die Zahl von öS 31,049.779,88. Die Methode, nach der die Steigerungen oder Verminderungen der Werte zwischen 1938 und 1946 vorgenommen oder errechnet wurde, ist nicht angegeben und auch nicht transparent.
- 35 Die Aufstellung enthält eine Gliederung nach den Formen der Vermögensentziehung: 1 = Vermögensentziehung durch Anschlussgesetze, 2 = durch Vermögensverfall nach dem Reichsbürgergesetz (11. und 13. VO), 3 = Einziehung als volks- und staatsfeindliches Vermögen, 4 = durch Rechtsgeschäfte („Arisierungen“), 5 = keine Angabe.
- 36 Vermutlich zu korrigieren auf öS 31,049.779,88.

Tab. 2: VEAV-Anmeldungen in Österreich³⁷

BL	Zahl d. Anm.	Unbewertbar	Wert 1938 in öS	Wert 1946 in öS
V Gesamt	435	—	29,377.562,09	53,049.779,88 ³⁸
K Gesamt	877	646	32,243.350,06	24,564.259,64
St Gesamt	2.725	273	232,455.683,78	190,045.855,59
S Gesamt	1.250	—	88,984.263,00	85,923.332,00
B Gesamt	1.228	—	29,013.000,00	24,905.000,00
T Gesamt	2.129	—	148,982.917,55	118,878.071,62
N Gesamt	3.363	423	257,799.988,00	198.329.828,00
O Gesamt	2.825	38	176,187.987,00	108,198.745,00
W Gesamt	15.129	701	2.252,297.383,41	1.963,494.498,42
Ö Gesamt	29.961	—	3.247,342.135,03	2.767,389.370,72
Ö Industrie	990	—	411,044.928,63	350,971.901,76
Ö Land- u. Forstw.	7.333	—	647,724.258,13	586,595.173,60
Ö Handel, Gewerbe	3.364	—	366,881.662,26	297,547.128,04
Ö Hausbesitz	12.964	—	1.289,127.054,43	1.039,593.003,31
Ö Mobilien	1.960	—	57,281.942,92	51,835.677,45
Ö Rechte	1.430	—	135,660.880,12	113,968.380,26
Ö Geld- u. Guthaben	1.920	—	339,621.408,54	326,878.106,30

Die VEAV-Anmeldungen, die in Wien etwa bei den Bezirksämtern gesammelt wurden und heute im Wiener Stadt- und Landesarchiv liegen, konnten in Vorarlberg bislang nicht gefunden werden.³⁹ Sie stellen – zumindest in Wien – eine wichtige Quelle dar, da sie häufig auch Teil- und Enderkenntnisse der Rückstellungskommissionen enthalten. Sollten sie irgendwann in den Vorarlberger Archiven noch gefunden werden, so würden sie die Material- und Quellenlage ungeachtet ihrer Problematik erheblich verbessern.

-
- 37 ÖStA AdR 06, BMF-VS, Gz 30.021-1/1947. Beilage: Die angemeldeten entzogenen Vermögen, Stand vom 15. 3. 1947.
- 38 Vermutlich zu korrigieren auf öS 31,049.779,88.
- 39 Vgl. Brigitte Rigele: „Wiedergutmachung“. Bestände zu den Rückstellungsverfahren im Wiener Stadt- und Landesarchiv, in: Studien zur Wiener Geschichte 56 (2000), S. 127-143. Die Auskunft zu den Vorarlberger VEAV-Anmeldungen verdanke ich Dr. Wolfgang Weber im Vorarlberger Landesarchiv.

Allein im Gerichtsbezirk Dornbirn wurden 1946 von der Geschäftsstelle für Grundbuchsachen 60 Liegenschaften registriert, die „durch das Reich und die NSDAP“ beschlagnahmt worden waren. Die meisten dieser Liegenschaften waren Vereinsvermögen. Eigentümer waren etwa der Konsumverein Lustenau, der Katholische Gesellenverein Dornbirn, der Invalidenverband, die Marianische Jünglings-Kongregation, der Turnerbund, der Schulfond der Christengemeinde Hohenems, der Krankenpflegeverein Lustenau und auch der Österreichische Bundesschatz. 14 enteignete Liegenschaften allerdings befanden sich im Eigentum von Privatpersonen.

40 Vgl. Rot-Weiss-Rot-Buch. Gerechtigkeit für Österreich. Darstellungen, Dokumente und Nachweis zur Vorgeschichte und Geschichte der Okkupation Österreichs. Erster Teil (nach amtlichen Quellen). Wien 1946, S. 127-130. Die Dokumentation versuchte mit einer Aufstellung aller 60 Liegenschaften den „Raub im Kleinen“ zu dokumentieren. Die Hintergründe der gegen Privatpersonen gerichteten Enteignungen und Beschlagnahmungen sind – mit Ausnahme jener des Hans Elkan, der als Jude galt – unbekannt und bedürfen weiterer Recherchen. Einige der Objekte liegen im Ortsgebiet der Gemeinde Lustenau. Die meisten der restlichen – hier nicht aufgenommenen – Enteignungen betrafen Vereinsvermögen, das in der Regel von Reichsstellen oder übergeordneten Behörden und Verbänden übernommen und von Berlin aus verwaltet wurde.

Tab. 3: Im Rot-Weiß-Rot-Buch verzeichnete, durch das Deutsche Reich enteignete Liegenschaften aus Privatbesitz im Gerichtsbezirk Dornbirn⁴⁰

Liegenschaft	Eigentümer 1938	Eigentümer 1946
eine Grundparzelle	Mj. Inge Hämmerle „des Franz Josef“	Reichsfinanzverwaltung (Beschlagnahme)
Wohnhaus Nr. 5, Reichsstr., zwei Grundparzellen	Dr. Mathilde Berger, geb. Bösch	Reichsfinanzverwaltung (Beschlagnahme)
Grundparzelle, Weide in Oberen Heuried	Mj. Hein und Mj. Edith Hämmerle „des Franz Josef“	Reichsfinanzverwaltung (Beschlagnahme)
Wohnhaus Nr. 18, Holzstr., mit Garten	Johann, Wilhelm, Alfred, Franz, Ernst, Otto Hämmerle, Maria Grabher, geb. Hämmerle, Gebhard Grabher	Reichsfinanzverwaltung (Beschlagnahme)
Wohnhaus Nr. 10, Raiffeisenstr., samt Wiese, Lustenau	Franz Josef Hämmerle „Kleinmarxes“	Reichsfinanzverwaltung (Beschlagnahme)
Wohnhaus Nr. 3, Morgenstr., samt Garten, Lustenau	Franz Josef Hämmerle „Kleinmarxes“	Reichsfinanzverwaltung (Beschlagnahme)
Bauparzelle 1484, Klöppelstickereifabrik, Lustenau	Franz Josef Hämmerle „Kleinmarxes“	Reichsfinanzverwaltung (Beschlagnahme)
Wohnhaus Nr. 34, Kaiser Franz Josefstr., und zwei Grundstücke, Lustenau	Dr. Mathilde Berger, geb. Bösch	Reichsfinanzverwaltung (Beschlagnahme)
Stickereifabrik und zwei Grundstücke, Lustenau	Katharina Bösch, geb. Hollenstein, und Dr. Mathilde Berger, geb. Bösch	Reichsfinanzverwaltung (Beschlagnahme)
Fünf Grundstücke, Lustenau	Franz Josef Hämmerle „Kleinmarxes“	Reichsfinanzverwaltung (Beschlagnahme)
Wohnhaus Nr. 33, Kinderferienheim und drei Grundstücke	Olga Rhoner	NS Volkswohlfahrt, Kaufvertrag vom 12. und 21. 10. 1942
Wohnhaus Nr. 35, Schweizerstr., und Garten	Hans Elkan	Reichsfinanzverwaltung (Beschlagnahme)
Ein Wald am Klotzacker	Anna Mathis „des Jakob“ und Katharina Mathis „des Jakob“	Gem. Siedlungs- gesellschaft reg. Gen. m. b. H., Kaufvertrag vom 11. 11. 1938
Arbeitsamt Dornbirn und ein Grundstück	Alfred Rhomberg, Isidora Grabher, geb. Wehinger, und Hildegard Wehinger	Beschlagnahme

1.1 Maßnahmen gegen Juden in Vorarlberg⁴¹

Die Volkszählung 1934 erwähnt 42 Personen, die sich in Vorarlberg zur israelitischen Religionszugehörigkeit bekannten. Eine Person lebte im Bezirk Bludenz, zehn lebten im Bezirk Bregenz und 31 im Bezirk Feldkirch (hier war Hohenems inbegriffen).⁴² Die Volkszählung des Jahres 1939 zeigt ein etwas anderes Bild. Sie registriert 24 Juden, 17 Mischlinge 1. Grades und 25 Mischlinge 2. Grades, darunter nur noch 14 „Glaubensjuden“. Schon 1934 wies Vorarlberg von allen Bundesländern den geringsten Anteil an israelitischer Religionszugehörigkeit auf, das ehemalige Bundesland (und der nunmehr zum Reichsgau Tirol gehörige „Verwaltungsbezirk“) Vorarlberg wies auch 1939 die geringste Anzahl an Personen auf, die nach den Nürnberger Gesetzen als Juden eingestuft wurden.

Tab. 4: Juden und Mischlinge in Vorarlberg nach der Volkszählung 1939⁴³

Kreis/Stadt	Juden		Mischl. 1. Grades		Mischl. 2. Grades		Gesamt	darunter Glaubensjuden	
	Summe	Männl.	Summe	Männl.	Summe	Männl.		Summe	Männl.
Bludenz	1	-	1	-	2	2	4	-	-
Bregenz	7	1	12	8	14	7	33	3	1
Bregenz- Stadt	6	1	10	7	8	5	24	3	1
Feldkirch	16	9	4	1	9	6	29	11	5
Feldkirch- Stadt	3	2	4	1	-	-	7	2	1
Dornbirn- Stadt	2	1	-	-	5	2	7	1	1
Vorarlberg	24	10	17	9	25	15	66	14	6

41 Vgl. zu diesem Kapitel die Tabelle über Juden in Vorarlberg im Anhang.

42 Volkszählung 1934, Bd. 2 (Tabellenheft), Wien 1935, S. 4.

43 Vgl. Volkszählung. Die Bevölkerung des Deutschen Reichs nach den Ergebnissen der Volkszählung 1939. Volks-, Berufs- und Betriebszählung vom 17. Mai 1939 (= Statistik des Deutschen Reiches Bd. 552, 4), Heft 4, Die Juden und jüdischen Mischlinge im Deutschen Reich, Berlin 1944, S. 4/38.

Die Zahl der Personen, die von der Volkszählung erfasst wurden, entspricht nicht der Zahl jener, die nach dem „Anschluss“ ins Visier staatlicher Behörden, der Parteiorganisationen bzw. einzelner Partei- oder Volksgenossen gerieten. Die Volkszählung des Jahres 1939 erfasst zum einen jene nicht, die sich schon abgemeldet hatten bzw. geflüchtet waren. Zum anderen entzogen sich ihr vermutlich einige Personen, die erst später, zumeist durch Denunziationen als Juden oder Mischlinge bezeichnet wurden. Die gegen Juden gerichteten Erhebungen gingen einerseits auf Anweisungen der Wiener Zentralstellen zurück, wurden andererseits in mehreren Einzelfällen von den örtlichen Parteistellen (Ortsgruppen, Kreisleitern) angeregt. Die Erhebungen richteten sich – soweit die diesem Bericht zu Grunde liegenden Untersuchungen sie identifizieren konnten – gegen insgesamt mindestens 93 Personen und deren Vermögen.⁴⁴ 13 Personen hatten keinen dauernden Wohnsitz in Vorarlberg, sondern waren teils juristische Personen, deren Eigentümer außerhalb Vorarlbergs lebten bzw. Eigentümer von Firmen, Firmenanteilen oder Liegenschaften. Unter ihnen befand sich ein in London lebender Bankier namens Hold (Vorname unbekannt), ein ebenfalls in London lebender Großgrundbesitzer namens George Frederick Fairholme.

Eine der wichtigsten Maßnahmen, die sich gegen Personen richteten, die nach den Nürnberger Gesetzen als Juden eingestuft wurden, war jene Verordnung, die sie zur Anmeldung ihres Vermögens verpflichtete. Sie betraf auch nichtjüdische Ehegatten von Personen, die als Juden galten. Während die vom Staatskommissar in der Privatwirtschaft Walter Rafelsberger vorgelegte statistische Auswertung der Vermögensanmeldungen – wie erwähnt – sieben Vermögensanmeldungen für Vorarlberg ausweist, fördert ein Vergleich der im Vorarlberger Landesarchiv liegenden Erhebungsakten mit dem Findbuch zu den Vermögensanmeldungen tat-

44 Die Zählung dieser Erhebung ist keineswegs endgültig oder abgeschlossen. Sie fußt in der Hauptsache auf den Akten des Vorarlberger Landesarchivs. Allerdings ist dieser Bestand keineswegs vollständig bzw. wurde auch nicht vollständig durchsucht. Es fehlen in diesen Akten etwa Angaben zu manchen Personen, die von der Gestapo verhaftet wurden. Zu einigen der Personen liegen inzwischen publizierte Forschungsarbeiten vor. Die vorliegende Arbeit konzentriert sich daher in diesem Abschnitt auf einige bisher nicht publizierte Vorgänge, die Funktionsweise der Erhebungen und deren Folgen.

sächlich zehn derartige Anmeldungen zu Tage, die im Niederösterreichischen Landesarchiv und in Wien liegen.⁴⁵

Tab. 5: Vorarlberger Vermögensanmeldungen⁴⁶

Name	Wohnort	Geb.-Datum	VVst.-VA-Nr.
Elkan Dr., Hans	Hohenems	22.09.1900	47412
Sagmeister, Otto	Bregenz	1.4.1877	50530
Fragner, geb. Brandeis, Gisella	Wolfurt	2.4.1876	36705
Fragner, Josef	Wolfurt	19.1.1874	36706
Riccabona, geb. Perlhefter, Anna	Feldkirch	29.11.1885	46646
Perlhefter, Max	Feldkirch	8.7.1890	46648
Riccabona, Gottfried	Feldkirch	16.6.1879	46662
Elkan, Theodor	Hohenems	17.5.1864	47413
Turteltaub, Edmund	Dornbirn	4.10.1899	50375
Elkan, Helene	Hohenems	30.12.1879	6485

Die Erhebungen der Vorarlberger Ämter zielten auf 80 Personen, die als Juden oder Mischlinge nach den Nürnberger Gesetzen eingestuft wurden und in Vorarlberg ihren Wohnsitz hatten. Von diesen wiederum waren drei Personen offenbar erst seit kürzerer Zeit in Vorarlberg wohnhaft. Das Ehepaar Hans und Martha Berliner hielt sich seit Mai 1938 in Vorarlberg auf und wohnte im Gasthof Lamm beim Kloster Mehrerau in Bregenz. Am 28. September 1938 meldete der Gendarmerieposten Bregenz-Vorkloster, dass das Ehepaar Berliner sich früher durch mehrere Jahre in Konstanz aufgehalten habe, angeblich vermögenslos sei und von einem Onkel des

45 Es ist übrigens keineswegs ausgeschlossen, dass sich noch weitere Vermögensanmeldungen von Personen finden, die in Vorarlberg ansässig waren. Vgl. Recht als Unrecht. Quellen zur wirtschaftlichen Entrechtung der Wiener Juden durch die NS-Vermögensverkehrsstelle, Teil 1: Privatvermögen – Personenverzeichnis. Bearbeitet von Hubert Steiner und Christian Kucsera. Wien 1993 (= ÖStA Findbuch ÖStA AdR 06/2). Der Titel des Findbuches ist insofern nicht ganz korrekt, als eben auch zahlreiche Vermögensanmeldungen von Personen hier angeführt sind, die außerhalb Wiens lebten.

46 Vgl. Recht als Unrecht. Die Vorarlberger Vermögensanmeldungen (sie sind mit * gekennzeichnet) befinden sich – die Gründe hierfür sind nicht bekannt – gemeinsam mit zahlreichen Vermögensanmeldungen aus Tirol im niederösterreichischen Landesarchiv.

Ehemannes eine monatliche Rente von RM 275.- über die Länderbankfiliale in Bregenz angewiesen erhalte. Der Gendarmerieposten meldete weiters, dass das Paar in ca. zehn Tagen nach Berlin abzureisen und dort dauernden Aufenthalt zu nehmen gedenke.⁴⁷ Am 6. Dezember 1938 meldete der Gendarmerieposten Hard, dass seit dem 1. Dezember 1938 im Gasthaus Krone eine Damenschneiderin namens Rosa Grünbaum abgestiegen sei, die sich auf Arbeitssuche befinde. Sie wurde als geschieden bezeichnet. Weiters wurde vermerkt: „Sie ist im Besitze eines geringen Geldbetrages, eines Heimatscheines, 1 Geburtszeugnis, 1 Gesellenbrief, 1 Passanweisung und 1 Steuerbogen und hat in Wien 2, Untere Augartenstrasse Nr. 28, Tür 16 gewohnt.“ Frau Grünbaum gab an, auf Arbeitssuche nach Hard gekommen zu sein. Sie wolle, so sie keine Arbeit finde, wieder nach Wien zurück zu ihrer Mutter und ihrem Kind. Am 7. Dezember reiste sie wieder ab.⁴⁸

Zwischen dem „Anschluss“ 1938 und 1942 richteten die Behörden immer wieder ihr Augenmerk auf diese Personen. Repressalien, Verhaftungen und diverse Demütigungen veranlassten einige zur Flucht, einige wurden des Landes verwiesen bzw. nach Wien abgeschoben. Einige wurden durch lokale Polizeistellen verhaftet und entweder wieder freigelassen oder in KZ deportiert, in denen sie früher oder später umgebracht werden sollten. Der aus Hohenems stammende Versicherungsvertreter und Kaufmann Harry Weil, der am 23. April 1938 in Haft gesetzt wurde, kam wenig später wieder frei und konnte in die Schweiz flüchten, später in die USA „emigrieren“.⁴⁹ Sein Bruder, Louis Weil, dagegen war am 23. Juni 1938 von der Gestapo verhaftet, nach Innsbruck gebracht und in Dachau festgesetzt worden, wo er schon am 19. August 1938 ermordet wurde.⁵⁰ Auch der in Hohenems ansässige Markus Silberstein, in Lemberg geboren

47 VlbG LA, Abt I a (VI), 409/1941. Meldung des Gendarmeriepostenkommandos Vorkloster, 28. 9. 1938.

48 VlbG LA, Abt I a (VI), 409/1941. Meldung des Gendarmeriepostenkommandos Hard, 6. 12. 1938.

49 Vgl. Johannes Inama: Harry Weil, Reisender. Ein Emigrantenschicksal zwischen amerikanischem Traum und gescheiterter Rückkehr, in: Albrich (Hg.): Lebensgeschichten, S. 341-354, hier S. 345.

50 Ebd. S. 349.

und polnischer Staatsbürger, der 1937 noch eine Gewerbe Konzession erhalten hatte, wurde verhaftet, nach Dachau oder Oranienburg gebracht. Er kam später in Groß Rosen ums Leben.⁵¹

Rigide verfuhr man mit jenen in Vorarlberg lebenden Juden, die ausländische Staatsbürger waren. Die in Bludenz lebende Eheleute Julius und Eva Iger, die ein Konfektionsgeschäft betrieben, wurde von der Bezirkshauptmannschaft Bludenz als Volljuden mit polnischer Staatsbürgerschaft bezeichnet und am 28. Oktober 1938 verhaftet und abgeschoben. Ihre Wohnung und ihr Geschäft wurden versiegelt, die Gewerbe Konzession entzogen.⁵² Ähnlich erging es dem in Bregenz (Jahng. 11) wohnhaften Handelsagenten Mendel Greif und seiner Ehefrau, die ebenfalls als polnische Staatsbürger bezeichnet wurden. Die Behörden bezeichneten sie als vermögenslos. Unter dem Druck der Behörden wurden sie zur Abreise gezwungen und reisten am 27. Oktober 1938 nach Wien. Am 28. Oktober 1938, also nachträglich, erließ der Bezirkshauptmann eine „sofortige Verfügung“ zur ihrer Ausweisung aus dem Deutschen Reichsgebiet. Das Ehepaar Greif hielt sich dann durch einige Monate hindurch in Wien auf, kam jedoch wieder nach Vorarlberg zurück. Neuerlich wurde am 5. Juni 1939 ein Aufenthaltsverbot durch den Bezirkshauptmann gegen die beiden erlassen. In einem Schreiben des Landrates Bregenz an die Gestapo in Innsbruck, Staatspolizeileitstelle, vom 6. Juni 1939 heißt es: „Gegen Greif Mendel und dessen Ehegattin Herta Greif, geb. Ernst, wurde mit 5. Juni 1939 ein Aufenthaltsverbot für das Reichsgebiet erlassen und diese Juden angewiesen, dasselbe binnen einer Woche zu verlassen. Der Bescheid ist jedoch noch nicht rechtskräftig.“ Das Schreiben trägt den handschriftlichen Vermerk: „abgereist 22.7.39“.⁵³

Einen Sonderfall stellten jene Schweizer Staatsbürger dar, die in Vorarlberg Eigentümer von Liegenschaften (bzw. Firmen) waren und die von den NS-Behörden in Österreich als Juden eingestuft wurden.⁵⁴ Nach

51 Vgl. die DÖW-Datenbank zur Erfassung der österreichischen Holocaustopfer <http://www.doew.at/>.

52 VlbglA, Abt I a (VI), 409/1941. Schreiben des Landesrates Bludenz an die Landeshauptmannschaft Vorarlberg, 4. 1. 1939.

53 VlbglA, Abt I a (VI), 409/1941, Landrat Bregenz an die Gestapo Innsbruck, Staatspolizeileitstelle, 6. 6. 1939.

54 Zur Problematik des Eigentums jüdischer Schweizer in Österreich vgl. Gregor

der Gesetzeslage war das Eigentum ausländischer Staatsbürger zunächst unantastbar. Allerdings wurde vor allem in Wien auf viele ein derartiger Druck ausgeübt (etwa durch Boykott-Maßnahmen), dass sie sich gezwungen sahen, ihr Eigentum aufzugeben. Nach Kriegsbeginn wurde das Eigentum der Angehörigen feindlicher Staaten als Feindvermögen beschlagnahmt. Bei Staatsbürgern der neutralen Schweiz war das selbstverständlich nicht der Fall. In Vorarlberg dürfte es sich um nur wenige Personen gehandelt haben. In den Akten der Schweizer Behörden ist von einer vierköpfigen Familie die Rede, die schon vor dem „Anschluss“ Vorarlberg verlassen habe.⁵⁵ Was mit dem Besitz der Familie Jakob und Jenny Bollag in Hohenems geschah, ist derzeit ungeklärt. Die Familie soll während des Krieges in der Schweiz gelebt haben. Ob Jakob Bollag mit dem gleichnamigen Eigentümer der Vorarlberger Stickereifabrikation Bollag & Co. in Hohenems identisch ist, konnte ebenfalls im Rahmen dieser Arbeit nicht geklärt werden.⁵⁶ Ein regelrechter Konflikt entstand in der Auseinanderbesitzung um den Besitz zweier Großgrundbesitzer aus Zürich, August und Max Weil-Brüll, die im Gemeindegebiet von Sonntag und in Bürserberg Liegenschaften mit Jagdhütten besaßen. Im Fall des Besitzes von August Weil-Brüll in Sonntag sprach ein Schreiben des Landrates Bludenz vom Kaufinteresse eines Stuttgarter Fabrikanten. Max Weil-Brüll musste auf Anraten des schweizerischen Generalkonsulates der Gauleitung in Vorarlberg ein Verkaufsangebot für seinen Liegenschaftsbesitz unterbreiten. Ob die Liegenschaften schließlich arisiert wurden oder nicht, ist unklar. Sicher ist, dass Weil-Brüll spätestens 1948 wieder Zugang zu seinem Besitz hatte. Die Schweizer Diplomatie bemühte sich, das zeigt der Fall von Max Weil-Brüll, eine Aufsichts- und Kontrollfunktion wahrzunehmen und damit die Willkür der NS-Behörden einzuschränken, konnte sie allerdings nicht völlig verhindern. Die Abteilung für Auswärtiges in der Schweizer Bundesregierung forderte zuweilen den Schwei-

Spuhler, Ursina Jud, Peter Melichar, Daniel Wildmann: „Arisierungen“ in Österreich und ihre Bezüge zur Schweiz (= Veröffentlichungen der UEK Bd. 20). Zürich 2002, S. 55-77.

55 Vgl. Spuhler, „Arisierungen“, S. 58.

56 Compass. Industrie und Handel, Band Österreich. Wien 1933, S. 1255. An Hand der Grundbücher, der dazu gehörigen Dokumente und der Akten des Handelsregisters würden sich diese Fragen wahrscheinlich klären lassen.

zer Konsul in Bregenz mit recht deutlichen Worten zu entschiedenerem Vorgehen gegen die Gauleitung auf.⁵⁷

Einige Beispiele zeigen den Handlungsspielraum der örtlichen Repräsentanten der Staatsmacht. Auf den Auftrag des Landrates Bregenz vom 15. Mai 1939, über ansässige Juden zu berichten, antwortete der Gendarmerieposten Hard am 22. Mai 1939: „Zu dortigem Auftrage Zl. III - 358 v. 15. Mai 1939 wird berichtet, dass am 1.3.1938 und auch nachher, keine Juden im hiesigen Überwachungsgebiete ansässig waren und daher solche nicht abgewandert sind. Laut den gepflogenen Erhebungen ist der in Hard Nr. 547 wohnhafte Gemüsehändler Rudolf Hirschfeld als Mischling anzusehen. Rudolf Hirschfeld ist am 31.12.1887 in Salzburg geboren, nach Bregenz, Vorarlberg zuständig, reichsdeutscher Staatsbürger, rk., verh. Gemüsehändler, unbescholten, besitzt in Hard das Wohnhaus Nr. 547 im Werte von ca. RM 4000.-, Sohn der verstorbenen Eheleute Theodor und Hedwig, geb. Moser. Der Vater des Rudolf Hirschfeld (...) war nach Hohenems zuständig und ein Volljude. Derselbe hat sich angeblich bei der Verehelichung mit Hedwig Moser zum röm.-kath. Glauben bekannt und taufen lassen. Klara Hirschfeld, geb. Steuerer, Gattin des Rudolf Hirschfeld in erster Ehe, ist im Jahre 1872 in Krumbach geboren und im Jahre 1910 gestorben.“ Das Haus des Rudolf Hirschfeld sei ein „sehr primitives Wohnhaus mit Garten im Ausmaß von 6 Ar 66 m² in Hard Mittenried“. Hirschfeld sei in zweiter Ehe mit Jakobine Vochazer, geb. 1886 in Schönau bei Lindau (Bayern), verheiratet und habe insgesamt sechs Kinder, drei aus der ersten und drei aus der zweiten Ehe.⁵⁸ Diese Meldungen wurden im Regelfall nicht weiter überprüft. Die verantwortlichen Postenkommandanten hatten es somit in der Hand, zu entscheiden, wer Jude und wer Mischling war. Sie mussten sich allerdings selbst gegenüber örtlichen Parteiorganisationen und potentiellen Denunzianten absichern.

Der Bezirkshauptmann von Bludenz, der später selbst seines Postens enthoben und als subalterne Kraft weiterbeschäftigt, 1945 jedoch wieder Bezirkshauptmann wurde, schrieb etwa am 2. Dezember 1938 der Landeshauptmannschaft in Bregenz, er habe u. a. auf Claire Meusburger, geb.

57 Vgl. Spuhler, „Arisierungen“, S. 69.

58 VlbG LA, Abt I a (VI), 409/1941. Gendarmeriestation Hard an den Landrat des Landkreises Bregenz, 22.5.1939.

Hahn, die als Ehefrau des nichtjüdischen Ingenieurs Meusburger in Parthenen wohne und auf Katherina Rumpf, geb. Simonsohn (geb. 1882 in Berlin-Pankow), hingewiesen, die als geschiedene Ehefrau des pensionierten Forstrates Rumpf in Nüziders lebe. Letztere sei vermögenslos und erhalte lediglich Alimente von monatlich RM 91.-. Er fragte an, ob gegen die beiden und andere in seinem Bereich lebende jüdische Ehefrauen „im Sinne des Erlasses der Gestapo Innsbruck II B 2165/38 v. 19.11.38 vorzugehen sei“. Kriminal-Kommissar Schreieder wies ihn an, vorläufig von Maßnahmen im Sinne dieses Erlasses Abstand zu nehmen.⁵⁹

Es existiert eine beglaubigte Abschrift eines Briefes, den der damalige Bürgermeister der Stadt Feldkirch, der SA-Obersturmführer Hefel, an den Staatssekretär SS-Gruppenführer Dr. Ernst Kaltenbrunner richtete. In diesem Brief setzte er sich für die in Feldkirch lebenden Geschwister Max Perlhefter und Anna Riccabona ein, deren Betrieb arisiert worden war und die durch die Maßnahmen des NS-Regimes bedroht waren, auch wenn die Ehe Anna Riccabonas mit dem angesehenen Feldkircher Rechtsanwalt Gottfried Riccabona, der kein Jude war, einen gewissen Schutz darstelle. Bürgermeister Hefel schrieb über Perlhefter: „Vor meiner Berufung zum Bürgermeister der Stadt Feldkirch am 13. März 1938 war ich öfters mit Max Perlhefter auf Berg- und Schifahrten zusammen. Anlässlich eines schweren Bergunglückes im Jahre 1923 hat derselbe Proben seines Mutes und seiner Ausdauer an den Tag gelegt, die in den Bergsteigerkreisen des ganzen Landes und darüber hinaus Bewunderung und Staunen erregten. Ich selbst lernte in ihm im Laufe der vielen gemeinsamen Fahrten einen echten Kameraden kennen. Wenn es auch nicht üblich war, auf unseren Fahrten politische Tagesgespräche zu führen, so bekannte sich doch Max Perlhefter immer als nationaldenkender Deutscher und seine soziale Einstellung nicht nur den Angestellten der Firma E. Perlhefter & Co. gegenüber, sondern auch für allgemeine öffentliche und wohltätige Zwecke waren beispielgebend. Als ‚illegaler‘ SA-Sturmführer hatte ich Angestellte der Fa. E. Perlhefter & Co. in meinem SA-Sturme. Obwohl deren Gesinnung zur Genüge bekannt war (...), wurde ihnen deswegen nie Schwierigkeiten gemacht. Max Perlhefter ist Frontsoldat und hat als solcher restlos seine Pflicht erfüllt. Seinen ganzen privaten gesellschaftlichen Umgang hatte er

59 VlbglA, Abt I a (VI), 409/1941. Bezirkshauptmannschaft Bludenz (Terlago) an die Landeshauptmannschaft Vorarlberg, 2. 12. 1938.

mit Personen, die ohne Ausnahme im nationalen Lager standen und zum Großteil der NSDAP angehörten.“ Bürgermeister und SA-Obersturmführer Hefel bat um die vorläufige Aufschiebung „hinsichtlich der Ausstellung der Kennkarten“ und der „Verpflichtung zur Annahme zusätzlicher jüdischer Vornamen“. ⁶⁰ Dieser Brief stellt eine Rarität dar. Nicht so sehr, weil ein NS-Politiker und SA-Mann einem Juden zu helfen versuchte, sondern weil er es gleichsam nicht im Verborgenen, in seinem eigenen beschränkten Machtbereich tat, sondern auf dem offiziellen Dienstweg. Das weitere Schicksal der Geschwister Anna Riccabona und Max Perlhefter während des Krieges ist noch nicht näher erforscht. Bekannt ist lediglich, dass der spätere Rechtsanwalt und Schriftsteller Max Riccabona, der Sohn von Anna und Gottfried Riccabona, zwischen 1941 und 1945 wegen monarchistischer Betätigung in Dachau inhaftiert war. Anna Riccabona sollte als Jüdin 1943 deportiert werden, wurde jedoch verschont, da sie einen Schlaganfall erlitten hatte. Gottfried Riccabona war 1944 mehrere Wochen verhaftet. ⁶¹

Die Erhebungen richteten sich auch gegen die ehemalige Lehrerin Gisella Fragner, geb. Brandeis, die mit dem pensionierten Postoberkontrollor Josef Fragner verheiratet war und in Wolfurt (Haus Nr. 366) wohnte. Die Erhebungen ergaben, dass ihre Eltern dem jüdischen Religionsbekenntnis angehört hatten, sie selbst war jedoch zum Katholizismus konvertiert. Das Ehepaar Fragner hatte zwei Kinder, einen Sohn und eine Tochter. Der Sohn war Maturant und hatte bei der Frontmiliz in Bregenz als Fähnrich gedient, die Tochter war als Postbeamtin in Dornbirn tätig. Der Gendarmerieposten Lauterach schloss seinen Bericht mit der

60 NÖLA, VVst-VA Nr. 46.662 (Anna Riccabona). Der Bürgermeister der Stadt Feldkirch an Staatssekretär SS Gruppenführer Ernst Kaltenbrunner, 15. 3. 1939.

61 Anna Riccabona starb 1960, ihr Mann Gottfried Riccabona 1964. Max Perlhefter überlebte ebenfalls die NS-Zeit und starb 1983. Vgl. <http://brennerarchiv.uibk.ac.at/ric/gottfried.htm> (Juni 2003). Sowohl Max als auch Gottfried Riccabona waren als Anwälte in Rückstellungsverfahren tätig. Zu Max Perlhefter vgl. Max Perlhefter – 90 Jahre, in: Stella Heft 1 (1980), S. 15-16; In memoriam Max Perlhefter, in: Stella Heft 4 (1983), S. 344-345. Vgl. auch <http://www.avotaynu.com/HolocaustList/p2.htm> (Juni 2003). Zu Feldkirch allgemein vgl. Christoph Volacnik: Opfer des Nationalsozialismus aus Feldkirch. Ein Forschungsbericht, in: Rheticus 3-4/20 (1998), S. 173-186.

Bemerkung: „Die Eheleute Fragner besitzen in Wolfurt ein noch mit Schulden belastetes Einfamilienhaus. Sie leben vom Ruhegenuss und haben weiters kein Vermögen. Die ganze Familie genießt einen guten Leumund.“⁶² Die Tochter des Ehepaares Fragner dürfte ihre Anstellung bei der Post verloren haben. In einer späteren Meldung vom Oktober 1939 wurde sie als „gewesene Postbeamtin“ bezeichnet.⁶³

Offenbar gab es auch noch im Jahr 1940 weitere Überprüfungen und Kontrollen. Einige Personen – die genaue Zahl ist unbekannt – erhielten Vorladungen. Anton Bernheim, Eigentümer eines Wohn- und Geschäftshauses in Bregenz (Bahnhofstr. 7), erhielt im September 1940 eine Vorladung: Er hatte beim Landratsamt in Bregenz zu erscheinen. Es wurde protokolliert: „Vorgeladen erscheint Anton Bernheim, geb. am 10. 11. 1888 in Lindau, Kaufmann in Bregenz, Bahnhofstr. 7 und gibt an: ‘Ich bin nicht Jude, sondern jüdischer Mischling ersten Grades. Mein Vater Benjamin Bernheim war Volljude, meine Mutter Pauline Bernheim, geb. Rüf, aus Dornbirn, war Arierin. Bei meiner Geburt wurde ich nach röm.-kath. Ritus getauft und habe immer dieser Religionsgemeinschaft angehört. Meine Ehefrau Maria, geb. Zudrell ist Arierin. Ich versichere, meine Angaben vollkommen wahrheitsgetreu gemacht zu haben.“⁶⁴

Ing. Alfred Leo Ehrenzweig, wohnhaft in Bregenz (Ölrain 15) erhielt Ende September 1940 ein Schreiben folgenden Inhalts: „Gemäss § 1 der Kundmachung des Reichsstatthalters in Österreich betreffend den Kennkartenzwang vom 23. 7. 1938 Österr. Ges. Bl. Nr. 327 sind Juden im Sinne des § 5 der Verordnung zum Reichsbürgergesetz bei Strafe verpflichtet gewesen, bis zum 31. Dezember 1938 die Ausstellung einer Kennkarte zu beantragen. Hiesiger Verpflichtung sind Sie bisher noch nicht nachgekommen. Sie werden deshalb bei Nachsicht der Strafe aufgefordert, unverzüglich die Ausstellung einer Kennkarte unter Vorlage der erforder-

62 VlbG LA, Abt I a (VI), 409/1941. Gendarmeriepostenkommando Lauterach an den Landrat des Landkreises Bregenz, 1. 10. 1938.

63 VlbG LA, Abt I a (VI), 409/1941. Gendarmeriepostenkommando Lauterach an den Landrat des Landkreises Bregenz, 24. 10. 1939.

64 VlbG LA, Abt I a (VI), 409/1941. Niederschrift, aufgenommen beim Landratsamt in Bregenz, 30. 9. 1940.

lichen Papiere und 4 Lichtbildern bei mir Zimmer Nr. 46. zu beantragen. Notfalls können die Lichtbilder nachgebracht werden.“⁶⁵ Anlässlich seiner Vorsprache protokollierte das Landratsamt zwei Tage später: „Vor Amt erscheint Herr Alfred Leo Ehrenzweig, Ing. in Bregenz, Ölrain 15 und gibt an: 'Ich bin arischer Abstammung und ist mir nichts bekannt, dass einer meiner Vorfahren der jüdischen Rasse angehört hat. Ich lege eine Fotokopie des Geburts- und Taufscheines von mir vor. Urkunden meiner Großeltern konnte ich mir nicht beschaffen, da die Matrikelämter in Arad im Jänner 1918 von den Rumänen in Brand geschossen wurden. Mein Großvater war in Arad und war Besitzer der Kohlengrube Wilagos. Dies wäre ihm als Juden nicht möglich gewesen, weil Juden in Ungarn keinen Grundbesitz haben durften. Meine Eltern waren katholisch und sind am katholischen Friedhof in Wien-Penzing beerdigt.“⁶⁶ Alfred Leo Ehrenzweig wurde ein Jahr später, am 10. November 1941 durch das Landratsamt Bregenz aufgefordert, einen „Antrag auf Erteilung eines Abstammungsbescheides“ an den Direktor des Reichssippenamtes in Berlin zu stellen. Wie dieser Fall ausgegangen ist, ist derzeit unbekannt.

Im November 1941 meldete die NSDAP-Kreisleitung Bregenz an den Landrat Bregenz: „Die Tochter der Jüdin Mazer in Bregenz ist mit dem Arier Bauer verheiratet. Diese Frau Bauer braucht nach den bestehenden Bestimmungen nicht den Judenstern tragen. Bauer selbst wurde zur Wehrmacht einberufen. Als Arier, da er mit einer Jüdin verheiratet ist, weist er den Einberufungsbefehl zurück und weigert sich, einzurücken. Nach den bestehenden Bestimmungen braucht scheinbar dieser Bauer tatsächlich nicht einrücken. Die Jüdin Mazer, also die Schwiegermutter dieses Bauer trägt ebenfalls keinen Zionstern. Den deutschen Volksgenossen wollen sich diese Herrschaften also nicht als Juden zeigen, auf der anderen Seite aber drücken sie sich vor der selbstverständlichen Pflicht unter dem Schlagwort, mit dem Judentum verankert zu sein. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn sie die äußere Kennzeichnung dieses Judenpacks veranlassen könnten, insbesondere aber die Jüdin Mazer zwingen könnten,

65 VlbglA, Abt I a (VI), 409/1941. Landratsamtes in Bregenz an Ing. Ehrenzweig, 28.9.1940.

66 VlbglA, Abt. I a 409/1941. Niederschrift, aufgenommen beim Landratsamt in Bregenz, 30. 9. 1940.

den Judenstern zu tragen. Es leben in Bregenz 6 Volljuden und 11 Halbjuden. Ich bitte Sie, mir Namen und Anschriften dieser bekanntzugeben. Bauer, mit einer Jüdin verheiratet, ist nicht würdig, das Ehrenkleid des deutschen Soldaten zu tragen, aber als Reisender sind ihm die deutschen Volksgenossen gut genug, Geschäfte zu machen. Im Auftrage des Kreisleiters bitte ich Sie, ihm die Gewerbeberechtigung als Reisender zu entziehen.“⁶⁷ Elsa Bauer wurde, nachdem ihr Ehemann die Scheidung betrieben und erfolgreich durchgesetzt hatte, am 5. Mai 1942 nach Wien abgeschoben, im Juni 1942 nach Izbica deportiert und dort getötet.⁶⁸ Die Mutter wurde am 5. Mai 1942 nach Wien abgeschoben, später nach Theresienstadt deportiert und ist dort 1944 umgekommen.⁶⁹

Selbst wenn Mischlinge und als Juden eingestufte Personen, die mit Nichtjuden verheiratet waren, nicht unmittelbar von Deportation und Vermögensverlust bedroht waren, so zeigen diese Beispiele doch, wie prekär und gefährdet ihre Situation war. Die Frau des Bregenzer Fabrikanten Otto Sagmeister, Emma, wurde während des Krieges verhaftet und sollte deportiert werden. Nur durch Intervention ihres Sohnes, der sich der Unterstützungen einflussreicher lokaler Parteigenossen bedienen konnte, kam sie wieder frei.⁷⁰ Samuel Spindler, in Majdan/Polen 1882 geboren, lebte seit 1900 in Bregenz und war seit 1912 mit einer Nichtjüdin verheiratet. Er selbst galt als Jude. 1940 versuchte er angeblich nachzuweisen, dass er Halbjuden sei. Am 11. November 1942 beging er angesichts der drohenden Deportation Selbstmord.⁷¹

67 VlbGLA, Abt. I a 409/1941. NSDAP-Kreisleitung Bregenz (Hoppichler, Kreisgeschäftsführer) an den Landrat Bregenz, 18. 11. 1941.

68 Vgl. Thomas Albrich: Die „Endlösung der Judenfrage“ im Gau Tirol-Vorarlberg: Verfolgung und Vernichtung 1941 bis 1945, in: Steininger (Hg.), Tirol, S. 341-360, hier S. 345.

69 Ebd. S. 345.

70 Vgl. Werner Dreier: „Rücksichtslos und mit aller Kraft“. Antisemitismus in Vorarlberg 1880–1945, in: Werner Dreier (Hg.): Antisemitismus in Vorarlberg. Regionalstudie zur Geschichte einer Weltanschauung (= Studien zur Geschichte und Gesellschaft Vorarlbergs 4). Bregenz 1988, S. 132-249, hier S. 224; Meinrad Pichler: Sagmeister. Die Geschichte einer Bregenzer Familie. Hong Kong 1998; Meinrad Pichler: Widerspiegelungen, in: V 5 (2000), S. 18-22.

71 Vgl. Eveline Böckle: Landfremd, sozialdemokratisch, jüdisch. Die dreifache Ausgren-

Jene, die nicht als Mischlinge galten oder in Mischehen lebten und die nicht flüchten konnten, wurden zwischen 1940 und 1942 deportiert. Die Familie Elkan aus Hohenems wurde 1940 nach Wien abgeschoben und von dort nach Theresienstadt deportiert. Des Weiteren wurden fünf allein stehende Frauen nach Wien abgeschoben, vier davon im Jahr 1940. Die in Bregenz lebende Kriegerwitwe Hermine Ernst, die Mutter von Herta Greif, wurde am 31. Mai 1940 nach Wien abgeschoben und dürfte in Wien verstorben sein. Am selben Tag wurden auch Klara Heymann und Sophie Steingrabner-Hauser aus Hohenems nach Wien abgeschoben und am 10. Juli 1940 folgte Gisela Klara Figdor, ebenfalls in Hohenems ansässig. Die letzte – bisher bekannte – Person, die nach Wien abgeschoben wurde, war Frieda Nagelberg, die bis 1942 im Versorgungshaus in Hohenems gelebt hatte. 1940 hatte sich die IKG in Wien geweigert, ihre Versorgung zu übernehmen. „Nach den uns vorliegenden Informationen“, so schrieb Dr. Paul Lenk von der IKG in Wien, „ist die im Versorgungshaus des Marktes Hohenems befindliche Pfründnerin Frida Nagelberg bereits vor mehreren Jahren aus der Jüdischen Glaubensgemeinschaft ausgetreten. Da dieselbe somit nicht als Glaubensjüdin angesehen werden kann, fällt dieselbe nicht in unseren Wirkungskreis und sind wir daher nicht in der Lage, Ihrem Ersuchen, Frau Nagelberg zur Uebersiedlung nach Wien zu veranlassen, zu entsprechen.“⁷² Das Landratsamt in Feldkirch meldete den Fall an den Reichsstatthalter in Tirol und Vorarlberg, Abt. VI (Vorarlberg) und berichtete: Frida Nagelberg sei 1930 aus der jüdischen Glaubensgemeinschaft ausgetreten und habe sich der Sekte der Siebentag-Adventisten angeschlossen. Einen Nachweis hiefür habe sie jedoch nicht vorlegen können. Der Lebensunterhalt der Nagelberg werde vom Bezirksfürsorgeverband Feldkirch bestritten. „Wer im Falle ihres freiwilligen Abganges aus Vorarlberg die Übersiedlungs- und weiteren Lebenshaltungskosten bestreiten wird, ist hier nicht bekannt. Jedenfalls lehnt der Bezirksfürsorgeverband Feldkirch die Bezahlung dieser Kosten ab.“⁷³ Frida Nagelberg wurde am

zung des Samuel Spindler, in: Kurt Greussing (Hg.): Die Roten am Land: Arbeitsleben und Arbeiterbewegung im westlichen Österreich. Steyr 1989, S. 112-119.

- 72 VlbG LA, Abt. I a 409/1941. IKG-Wien (Wanderungsabteilung, Provinzreferat) an Landratsamt Feldkirch, 17.6.1940.
- 73 VlbG LA, Abt. I a 409/1941. Landratsamt Feldkirch an den Reichsstatthalter in Tirol und Vorarlberg, Abt. VI (Vorarlberg), 26.6.1940.

24. Februar 1942 von Hohenems nach Wien abgeschoben und am 9. April 1942 nach Izbica deportiert.⁷⁴

74 Vgl. Werner Matt: „... lege ich größten Wert darauf, dass auch diese letzte Jüdin das Land Vorarlberg verlässt ...“: Frieda Nagelberg, in: Albrich (Hg.), Lebensgeschichten, S. 271-288.

1.2 Die Vorarlberger Rückstellungs-Akten

Im Landesgericht Feldkirch befinden sich Akten der Rückstellungskommission Feldkirch aus den Jahren 1950 bis 1961. Die Akten der Rückstellungsverfahren aus den Jahren vor 1950 haben sich nicht bzw. nur in einigen wenigen Ausnahmefällen erhalten, wenn es 1950 oder später zu einem zweiten Verfahren kam (oder wenn sich – wie im Fall Rupp – Akten im Privatbesitz erhalten haben). Es handelt sich um insgesamt 73 Akten zu insgesamt 67 Fällen (manche Akten beziehen sich auf ein- und denselben Fall, etwa weil es zu einer Zurückziehung und späteren Neueinreichung kam). Nur in vier Fällen handelte es sich um Unternehmen, die von Antragstellern zurückgefordert wurden. Darunter waren zwei Schweizer Gesellschaften, eine Textilfabrik in Hohenems und eine Stickerei in Lustenau. Bei zwei Liegenschaften handelte es sich um Fabriks- bzw. Betriebsgrundstücke, die – nachdem die Betriebe stillgelegt bzw. aufgelassen worden waren – als Immobilien behandelt wurden.

Die Tatsache, dass sich die Akten aus den Jahren 1947 bis 1950 nicht erhalten haben, ermöglicht nur die Analyse eines bestimmten Ausschnittes. Diese Teilmenge kann jedoch nicht als repräsentativ angesehen werden, da der Zeitpunkt der Einreichung von großer Bedeutung war. Grundsätzlich kann man – wenngleich manche Einzelfälle ihr widersprechen mögen – die These formulieren: Je einfacher und klarer ein Fall lag, umso schneller wurde ein Rückstellungsverfahren angestrengt und abgeschlossen. Jene Fälle, die 1950 und danach verhandelt wurden, waren tendenziell kompliziertere und schwieriger Fälle, denen oftmals aufwändige Recherchen und Begutachtungsverfahren vorangingen.⁷⁵

Die meisten Anträge wurden 1952 gestellt. Da die Akten aus den Jahren 1947 bis 1949 nicht erhalten sind, scheinen in der vorliegenden Aufstellungen nur zwei Fälle aus den Jahren 1948 und 1949 auf, die sich erhalten haben, weil sie anderen Fällen beigelegt waren.

75 Festzuhalten ist, dass es sich dabei lediglich um Mutmaßungen handelt, da nur die Akten ab 1950 eingesehen werden konnten und die Fälle der Jahre 1947–1949 unbekannt sind.

Tab. 6: Entzogenes Vermögen

Entzogenes Eigentum	Fälle
Firmen	4
Liegenschaften	36
Vermögenswerte	11
Maschinen, Vorräte, Mobilien	12
Keine Angabe	4
Insgesamt	67

Tab. 7: Die Zahl der Anträge

Jahr	Anträge
1948	1
1949	1
1950	15
1951	8
1952	20
1953	10
1954	15
1956	1
1961	2
Gesamt	73

Bei den Entscheidungen ist zunächst die hohe Zahl der Vergleiche auffallend. Der Abschluss eines Vergleiches im Rahmen eines Rückstellungsverfahrens bedeutete keineswegs, dass es zwischen Antragstellern und Antragsgegnern bzw. Verkäufern und Käufern zu Kompromissen kam, bei dem man sich in der Mitte getroffen hätte. Das war zwar nicht ausgeschlossen, aber keineswegs die Regel. Vielmehr kam es nicht selten zu einem Vergleich, nachdem ein Teilerkenntnis der Rückstellungskommission den Kauf als nichtig erklärt und den Erwerb als „redlich“ oder „unredlich“ qualifiziert hatte.⁷⁶ Von der Frage, ob ein Kauf als „redlicher“

⁷⁶ Zu einem „redlichen Erwerb“ gehörte, dass der Verkäufer sich den Käufer frei aussuchen konnte, die Kaufsumme bestimmen und über die Summe frei verfügen konnte. Vgl. dazu: Georg Graf: Die österreichische Rückstellungsgesetzgebung. Eine

oder „unredlicher Erwerb“ eingeschätzt wurde, hing es dann ab, ob der Käufer im Rahmen der Rückstellung die Erträge, die das erworbene Gut abgeworfen hatte, zu zahlen hatte und ob der Verkäufer bzw. Antragsteller, der die Rückstellung forderte, den Kaufpreis zurückzuzahlen hatte. In vielen Fällen wurden nach einem Teilerkenntnis, das den Käufer grundsätzlich zur Rückstellung des erworbenen Gutes (Firma, Grundstück, Wertgegenstand, Nutzungsrecht etc.) verpflichtete, die genauen Umstände der Zurückstellung – dazu gehörte vor allem die gegenseitige Verrechnung der Investitionen und der Erträge – im Rahmen eines Vergleiches ausgehandelt (vgl. Falldarstellung Rupp).

Tab. 8: Entscheidungen der 1. Instanz

Entscheidungen	
Abweisungen	18
Rückstellung	17
Vergleich	19
Zurückziehungen ⁷⁷	17
Gesamt	71

In 18 Fällen – davon in elf Fällen vom Antragsteller, in acht vom Antragsgegner (in zwei Fällen beschwerten sich beide Parteien) – wurde die Rückstellungsoberkommission beim OLG Innsbruck angerufen. In drei Fällen wurden der Beschwerde nachgegeben, in weiteren drei Fällen allerdings nur teilweise. In zwölf Fällen wurde die Beschwerde abgelehnt. In acht Fällen wurde bei der Obersten Rückstellungskommission in Wien Beschwerde gegen die Erkenntnisse der unteren Instanzen eingebracht, in einem Fall von beiden Parteien, in drei Fällen vom Antragsgegner, in vier Fällen vom Antragsteller. Den Beschwerden wurde in fünf Fällen stattgegeben, in drei Fällen wurde sie abgelehnt.

juristische Analyse (= Veröffentlichungen der Österreichischen Historikerkommission. Vermögensentzug während der NS-Zeit sowie Rückstellungen und Entschädigungen seit 1945 in Österreich. Bd. 2). Wien – München 2003.

77 In einigen Fällen kam es zu einem Vergleich, der die Zurückziehung des Antrages bedingte. Daher kam es zu 71 Entscheidungen in nur 67 Fällen.

In 15 Fällen handelt es sich um Rückstellungsverfahren, in denen Vermögensentziehungen auf Grund rassistischer Verfolgung verhandelt wurden (nicht mitgezählt ist hier der Fall der ehemaligen Fa. M. B. Neumann's Söhne, die 1938 Eigentum der Böhmischen Union-Bank war – vgl. die entsprechende Falldarstellung). In acht Fällen handelte es sich um das Eigentum kirchlicher Organisationen (der Apostolischen Administratur, von Pfarren, katholischen Vereinen). In sieben Fällen begehrten nichtkirchliche Vereine ihr Vermögen zurück (Kriegsopferverband, der Turnerbund Höchst, der Konsumverein Lustenau, der Gesellenverein Lustenau, die Schützengilde St. Gerold, die Hauptschützengilde Feldkirch und der Krankenpflegeverein Gisingen). In vier Fällen waren die Antragsgegner die Vorarlberger bzw. Tiroler Landwirtschaftskammern, in weiteren vier Fällen Gemeinden. Bei den restlichen Fällen handelt es sich um Vermögen, das aus unterschiedlichen, keineswegs immer politischen Gründen Privatpersonen oder Firmen entzogen worden ist (darunter mehrere Bauern, deren Liegenschaften enteignet wurden).

Der Streitwert der Fälle wurde nur in 36 Fällen angegeben. Nur in elf Fällen lag er über öS 100.000.- Die Abweichungen der zurückgestellten Werte vom Streitwert waren allerdings teilweise beträchtlich. Der Angabe des Streitwertes kann somit nicht allzu große Bedeutung beigemessen werden.

Tab. 9: Der Streitwert in 36 Fällen

Streitwert in öS	Fälle
500.- bis 9.999.-	7
10.000.- bis 20.000.-	4
20.000.- bis 29.999.-	8
30.000.- bis 99.999.-	6
100.000.- bis 999.999.-	7
Über 999.999.-	4
Gesamt	36

1.2.1 Die Rückstellungen von Liegenschaften in Hohenems an die IKG Innsbruck⁷⁸

Die Israelitische Kultusgemeinde (IKG) Hohenems wurde 1912 aufgelöst und der IKG Innsbruck eingegliedert. Vier in Hohenems situierte Liegenschaften – es handelte sich dabei um die ehemalige israelitische Schule (KG Hohenems, EZ 58), die Synagoge (EZ 59), die Kultusgemeinde (EZ 61) und den Friedhof (EZ 62), die ursprünglich der Kultusgemeinde in Hohenems gehört hatten, dann aber ins Eigentum der IKG Innsbruck übergegangen waren. Allerdings blieb die IKG Hohenems im Grundbuch als Eigentümerin vermerkt, vermutlich weil die Notwendigkeit einer Änderung nicht gegeben schien. Durch den Amtsdirektor der IKG Wien, Dr. Richard Löwenherz wurden mit Kaufvertrag vom 25. Februar 1941 die Liegenschaften um wohlfeile RM 8.000.- an die Marktgemeinde Hohenems verkauft. Der Hintergrund dieser Transaktion: Der IKG Wien waren die meisten Vermögenswerte jüdischer Vereine und Kultusgemeinden in ganz Österreich „eingewiesen“ bzw. übertragen worden.⁷⁹ Von den Hohenemser Juden war, wie ein Schreiben der IKG Innsbruck 1948 feststellte, „der Großteil während der nat.so. Ära zugrundegegangen, ein kleiner Teil ausgewandert und nicht mehr zurückgekommen.“⁸⁰ Nach 1945 wurden die Häuser, die sich auf den fraglichen Liegenschaften befanden, zum Teil von jüdischen „displaced persons“ (DP) bewohnt und entrichteten der Gemeinde Hohenems Mietzins. Deren Bürgermeister war übrigens 1948 noch un-

78 Die Rückstellungsakten zu diesem Verfahren befinden sich, da es 1948 begonnen wurde, nicht im Bestand des LG Feldkirch, sondern wurden im Archiv der Israelitischen Kultusgemeinde (IKG) Wien aufgefunden.

79 Mit Bescheid des Reichstatthalters in Tirol und Vorarlberg vom 3. 9. 1940 (Zl. I a 6-1395/3) wurde auf Grund des Erlasses des Ministeriums für innere und kulturelle Angelegenheiten (...) vom 28. 6. 1940 die IKG Hohenems aufgelöst, ihr Sprengel in den Sprengel der IKG Wien eingegliedert und verfügt, dass das Vermögen der IKG Hohenems mit Wirkung vom 1. 8. 1940 auf die IKG Wien überzugehen habe. IKG Wien, XXVI A,c, B 6, AD, Liegenschaften (Provinz), Hohenems. Bescheid des Reichsstatthalter in Tirol und Vorarlberg, 3. 9. 1940.

80 IKG Wien, XXVI A,c, B 6, AD, XXVI A,c, B 6, AD, Liegenschaften (Provinz), Mappe Hohenems. Israelitische Kultusgemeinde Innsbruck an RA Rudolf Braun (IKG Wien), 31. 8. 1948.

verändert derjenige, der auch während des Nationalsozialismus die Amtsgeschäfte geführt hatte.⁸¹ In Hohenems hatte sich nach 1945 ein aus DP bestehendes „Comite Israélite à Hohenems“ (auch „Comunauté Israélite à Hohenems“) gegründet, das sich auch um die Rückstellungen bemühte.⁸² Ein bei der Rückstellungskommission des LG Feldkirch eingebrachter Rückstellungsantrag wurde am 16. März 1948 von der Rückstellungskommission zurückgewiesen, das Comite Israélite à Hohenems wurde als nicht „berechtigt“ bezeichnet.⁸³

Die Vorarlberger Landesregierung wies die IKG Innsbruck darauf hin, dass die IKG Hohenems sich wieder konstituieren müsse, um einen Rückstellungsanspruch nach dem 3. Rückstellungsgesetz geltend machen zu können. Auch die Einsetzung eines öffentlichen Verwalters wurde abgelehnt, ein „wichtiges öffentliches Interesse und die Gefahr einer Vermögensverschleppung“ seien nicht gegeben.⁸⁴ Schließlich führte die IKG Wien auf Ansuchen der IKG Innsbruck das Rückstellungsverfahren durch und zwar deshalb, da die Kultusgemeinde in Innsbruck kurz vor Ablauf der Fristen des 3. Rückstellungsgesetzes sich noch nicht endgültig und formell konstituiert hatte und nur aus einem ehrenamtlich tätigen Mitarbeiter bestand. Die Gemeinde Hohenems brachte in ihrer „Gegenäußerung“ vor, die IKG Wien sei nicht anspruchsberechtigt, da sie nie grundbücherlich einverlebte Eigentümerin der Liegenschaften gewesen sei. Die Gemeinde Hohenems müsse sich somit vor späteren Rückstellungsansprüchen einer eventuell neu begründeten israelitischen Kultusgemeinde Hohenems schützen. Dessen ungeachtet wurden die fraglichen Liegenschaften – die 1950 insgesamt auf einen Wert von öS 311.000.-

81 IKG Wien, XXVI A, c, B 6, AD, Liegenschaften (Provinz), Hohenems. Mappe Israelitische Kultusgemeinde Innsbruck an RA Rudolf Braun (IKG Wien), 31. 8. 1948.

82 IKG Wien, XXVI A, c, B 6, AD, Liegenschaften (Provinz), Mappe Hohenems, Comite Israélite à Hohenems an IKG Wien, 4. 8. 1952.

83 IKG Wien, XXVI A, c, B 6, AD, Liegenschaften (Provinz), Mappe Hohenems, Beschluss der Rückstellungskommission beim LG Feldkirch (Rk 45/47-9), 16. 3. 1948.

84 IKG Wien, XXVI A, c, B 6, AD, Liegenschaften (Provinz), Hohenems, Amt der Vorarlberger Landesregierung (Zl. II 180/4) an IKG Innsbruck (z. Hd. Rudolf Brüll), 10. 5. 1948.

geschätzt worden waren⁸⁵ – mit Erkenntnis der Rückstellungskommission Feldkirch vom 2. Mai 1950 der IKG Wien zurückgestellt. Die Rückstellungskommission wies die Einwände der Gemeinde Hohenems ab und erachtete die Aktivlegitimation als für gegeben. Die Gemeinde Hohenems hatte öS 3.414,22 an den AST und die Gerichtskosten über öS 997,95 zu bezahlen.⁸⁶ Nach diversen Spannungen zwischen der IKG Innsbruck und der IKG Wien kam es vor der Rückstellungskommission beim LG Innsbruck zu einem Rückstellungsverfahren, in dem die IKG Innsbruck die Herausgabe der Liegenschaften von der IKG Wien verlangte. Das Verfahren endete am 14. Mai 1952 mit einem Vergleich: Die Liegenschaften wurden mit Beschluss des Bezirksgerichtes Dornbirn schließlich der IKG Innsbruck grundbücherlich einverleibt.⁸⁷

85 IKG Wien, XXVI A, B 6, AD, Liegenschaften (Provinz), Mappe Hohenems, Schätzung der Liegenschaften EZ 58, 59, 61 und 62 Grundbuch Hohenems, 29. 4. 1950.

86 IKG Wien, XXVI A, B 6, AD, Liegenschaften (Provinz), Mappe Hohenems, Erkenntnis der Rückstellungskommission beim LG f. ZRS Feldkirch Rk 45/49), 2. 5. 1950.

87 IKG Wien, XXVI A, B 6, AD, Liegenschaften (Provinz), Mappe Hohenems, Beschluss des Bezirksgerichtes Dornbirn, 28. 5. 1952.

1.3 Enteignete und liquidierte Betriebe Einige Fallbeispiele

Wolfgang Meixner erwähnt, die Vorarlberger Bezirksbehörden hätten am 1. Oktober 1938 insgesamt 16 jüdische Gewerbebetriebe gemeldet, von denen allerdings zwei im Bezirk Bregenz ansässige Firmen nachträglich als arisch bezeichnet wurden.⁸⁸ Demnach hätte es 14 jüdische Betriebe in Vorarlberg gegeben. Allerdings hängt die Zählweise davon ab, welche Kriterien man entwickelt.⁸⁹ Je nachdem, welche Kriterien man anlegt, vergrößert oder verkleinert sich die Zahl. Die zeitliche Dynamik spielt ebenfalls eine Rolle. Ein Betrieb, der im März 1938 als jüdisch eingestuft wurde, konnte nach der Übernahme durch einen Arier schon sehr bald als arisch eingestuft werden und kam unter Umständen in einer späteren offiziellen Zählung gar nicht mehr vor.

Es fällt auf, dass – von einer Ausnahme abgesehen – kein einziger Fall, der vor der Rückstellungskommission ab 1950 verhandelt wurde, in Vorarlberg ansässige Juden betraf.⁹⁰ Die Ausnahme betraf das Unternehmen Ing. Rudolf Kastner: Der Textilindustrielle Rudolf Kastner wurde, obwohl er selbst als Jude bzw. als Mischling verfolgt und sein Betrieb beschlagnahmt worden war, als Erwerber von Maschinen aus einem jüdischen Betrieb in ein Rückstellungsverfahren verwickelt und trat somit als Antragsgegner in Erscheinung.⁹¹

88 Vgl. Meixner, „Arisierung“, S. 327. Die Aufzählung Meixners beruht, wie er selbst hervorhebt, allerdings auf einer Liste der NS-Bürokratie, die einige Fehler bzw. Auslassungen enthält: Sie erwähnt die Filiale der Firma Perlflechter in Bregenz, nicht aber das arisierte Stammgeschäft in Feldkirch und nennt einige Firmen überhaupt nicht.

89 Beispielsweise gab es stillgelegte Betriebe, deren Liegenschaften verkauft wurden, Firmen, die überprüft wurden, weil die Ehefrauen der Besitzer als jüdisch galten, und schließlich solche, die von nichtjüdischen Familienmitgliedern übernommen wurden.

90 Ein Rückstellungsantrag etwa wurde 1949 von Harry Weil gestellt, der 1938 mit seiner Familie aus Hohenems flüchten musste. Sein Bruder Louis bzw. Alois Weil war von der Gestapo verhaftet, nach Innsbruck gebracht und am 19. August 1938 in Dachau umgebracht worden. Harry Weils Bemühungen um Rückstellung diverser Vermögenswerte dürften jedoch gescheitert sein. Vgl. Inama, Weil.

91 Die Baumwollspinnerei und -weberei Ing. R. Kastner in Thüringen beschäftigte 1932 etwa 500 Arbeiter, betrieb ca. 450 Webstühle und besaß einen Zweigbetrieb in Lauterach bei Bregenz. Vgl. auch Anna Luger: Die Firmengeschichte der Baumwoll-

Die Frage, ob es zu dem Eigentum jener Juden, die noch in Vorarlberg lebten und Betriebe hatten, nach 1945 Rückstellungsanträge gab, kann nur durch weitere Forschungen beantwortet werden. Da einerseits die Arisierungsakten bisher nicht gefunden werden konnten und die Rückstellungsakten aus den Jahren 1947, 1948 und 1949 im Archiv des LG Feldkirch nach Auskunft des verantwortlichen Archivars vernichtet wurden, kann gegenwärtig nicht beurteilt werden, wie viele weitere Arisierungen, Enteignungen und Rückstellungen es in Vorarlberg insgesamt gab.

Bezeichnend ist die Problematik etwa im Fall des Dornbirner Unternehmers Edmund Turteltaub.⁹² Er wurde 1899 in Wien geboren und eröffnete 1930 in Dornbirn eine Zweigniederlassung des Familienbetriebes Warenkredithaus Fortuna. 1935 wandelte er den Betrieb in eine eigenständige Firma um. Das Geschäft bestand aus einem Zimmer in einer Wohnung, das sowohl als Verkaufs- als auch als Lagerlokal diente. Man erwirtschaftete nur geringe Gewinne. Nach dem „Anschluss“ wurde die Familie Turteltaub zur Zielscheibe nationalsozialistischer Krawalle. Die Familie versuchte zu „emigrieren“, gelangte nach Italien, wurde hier interniert und schließlich deportiert. Nur wenigen Familienmitgliedern gelang die Flucht. Mindestens 14 Mitglieder – nicht alle von ihnen hatten in Dornbirn gelebt – kamen in Vernichtungslagern ums Leben.⁹³ Zu einer Rückstellung oder Entschädigung in diesem Fall ist nichts bekannt. Ähnlich gelagert ist der Fall des Vorarlberger Unternehmers Julius Iger, der in Bludenz ein Konfektionswarengeschäft betrieb. Er wurde am 28. Oktober 1938 samt seiner Familie abgeschoben – zu Rückstellung oder Entschädigungen ist nichts bekannt.⁹⁴ Ebenso wurde Markus Silberstein,

spinnerei und -weberei in Thüringen. Eine Studie über Gründung, Expandierung und Liquidierung eines Vorarlberger Mittelbetriebes in der Textilbranche. Dipl. Arb. Wien 1991.

92 NÖLA, VVst-VA Nr. 50375 (Edmund Turteltaub).

93 Edmund Turteltaub wurde mit seiner Frau und seinen beiden Söhnen (geboren 1932 und 1935) 1944 in Auschwitz umgebracht. Vgl. Martin AchRAINER, Niko Hofinger: Familie Turteltaub, Lustenauerstr. 3, in: Dornbirner Schriften. Beiträge zur Stadtkunde 22 (1996), S. 133-148; vgl. auch: Martin AchRAINER, Niko Hofinger: Die Turteltaubs: Eine Großfamilie zwischen jüdischer Tradition und österreichischem Alltag, in: Albrich (Hg.), Lebensgeschichten, S. 147-164.

94 Julius Iger wurde von der BH Bludenz als Volljude polnischer Staatsangehörigkeit bezeichnet; es wurde vermerkt: „Er beabsichtigt das Geschäft aufzugeben und nach

der in Vorarlberg eine nicht näher bezeichnete Agentur betrieben haben soll, nach Dachau deportiert und 1942 umgebracht.⁹⁵ Eine Reihe weiterer Firmen, deren Eigentümer von der Landeshauptmannschaft in Bregenz als jüdisch eingestuft wurden, wurden aufgelöst, die Gewerbeberechtigungen entzogen und die Firmen gelöscht. Zu ihnen finden sich keine Rückstellungsakten und bisher keine weiteren Hinweise.⁹⁶

Ein Unternehmer, der zwar nicht enteignet wurde, jedoch zeitweise ins Visier der Behörden geriet, war der Bregenzer Likör- und Marmeladenfabrikant Otto Sagmeister. Über ihn wurde in einer Erhebung vom 6. Oktober 1938 festgehalten: „Ist mit einer Jüdin verheiratet. Der Gewerbebetrieb ist aber laut der von Sagmeister anher vorgelegten eidesstattlichen Erklärung voll und ganz im Besitze des Eigentümers, der Arier ist. Der Betrieb steht weder unter jüdischem Einfluss, noch ist daran jüdisches Vermögen beteiligt.“ Weiters wurde vermerkt: „Besitzt ein Wohnhaus mit Likör- und Marmeladenfabrik. Ist Inhaber von 5 Erzeugungs- bzw. Handelsgewerben. Auf dem Besitze liegen 2 Hypotheken mit öS 20.000.- und öS 45.000.- Gold. Im Betriebe sind außer dem Inhaber und seinen Angehörigen 8 Personen beschäftigt.“⁹⁷

Amerika auszuwandern.“ Er wurde mit seiner Familie verhaftet und abgeschoben, die Wohnung und das Geschäft wurden versiegelt. VlbG LA, Abt I a (VI), 409/1941. Schreiben des Landesrates Bludenz an die Landeshauptmannschaft Vorarlberg, 4. 1. 1939.

- 95 Markus Silberstein, geboren am 20. September 1904 in Lemberg, polnischer Staatsbürger, hatte eine Gewerbeberechtigung am 19.10.37 sub ha. II – Zl. 921 erhalten; der Gewerbeschein wurde ihm entzogen. Silberstein kam am 20. Jänner 1942 in Gross Rosen ums Leben. Vgl. <http://www.doew.at/>.
- 96 Zur Problematik der Rückstellung bei liquidierten Betrieben vgl. Graf, Rückstellungsgesetzgebung, Kap. 2, B, V.
- 97 VlbG LA, Landrat des Kreises Bregenz, PV 123/1/1; Landeshauptmannschaft, All-gemeine Weisung, Abt. 1 a, 409/1941.

Tab. 10: Enteignete, arisierte, liquidierte bzw. bedrohte Firmen in Vorarlberg⁹⁸

Firmenname	Branche	Maßnahmen
Silberstein, Markus, Feldkirch	Agentur	KZ Dachau
Landauer, Ivan, Hohenems	Gast- u. Schankgewerbe	Wirtshaus „Zur frohen Aussicht“ wird aufgelassen ⁹⁹
Weil, Harry, Hohenems	Gemischthwarenhandel	Geschäft aufgelassen, Konzession gelöscht ¹⁰⁰
Hirschfeld, Rudolf, Hard	Gemüsehandel	Schicksal unklar ¹⁰¹
Sagmeister, Otto, Bregenz	Getränke	Ehefrau des Eigentümers galt als Jüdin. Betrieb nach Überprüfung nicht enteignet
Turteltaub, Edmund, Dornbirn	Textilwarenhandel	Geschäft aufgelassen, Konzession gelöscht
Bloch, Adolf, Bregenz	Handel mit Bergwerks- und Hüttenprodukten	Das Gewerbe wurde gelöscht ¹⁰²

98 Die Aufstellung bezieht sich großteils auf Hinweise in den Akten der Vorarlberger Landesregierung, aber auch auf vereinzelte Hinweise in Akten anderer Archive, hauptsächlich im Bestand ÖStA AdR 06, Vermögensverkehrsstelle (VVst). Vgl. VlbGLA, Landrat des Kreises Bregenz, PV 123/1/1; Landeshauptmannschaft, Allgemeine Weisungen, Abt. 1 a, 409/1941.

99 Der Inhaber wurde als Jude bezeichnet, die Konzession gelöscht; Landauer flüchtete nach Herbrugg (Schweiz). Er starb in der Schweiz am 6. März 1943. Das Gasthaus wurde auf Betreiben einer Schweizer Gläubigerbank, der St. Gallerer Kantonalsbank, 1939 versteigert. Vgl. Eva Grabherr: Ivan Landauer: Aufenthalt auf Widerruf. Die Schweizer Flüchtlingspolitik im Zweiten Weltkrieg im Spiegel eines persönlichen Nachlasses, in: Albrich (Hg.), Lebensgeschichten, S. 181-198, hier S. 181f., 186 und 196.

100 Die Gemischthwarenhandlung wurde als „derzeit ruhend gemeldet“, der Inhaber als Jude bezeichnet. In einer neueren Arbeit wird Weil als Vertreter bezeichnet, eine Gemischthwarenhandlung wird zwar nicht erwähnt, allerdings eine „Geschäftseinrichtung“. Harry Weil berichtete in einem Schreiben aus dem Jahr 1949: „Am 23. 4. 1938 wurde ich in Haft gesetzt und ausser Landes geführt und meine Frau gezwungen, alles versteigern zu lassen, da ihr die Mitnahme von Mobilien bei der Ausreise nicht gestattet wurde. Ich habe bei dieser Gelegenheit meine gesamte Wohnungs- und Geschäftseinrichtung verloren.“ Zit. n. Inama, Weil, S. 345.

101 Handel mit Erzeugnissen der Land- und Forstwirtschaft im Umherziehen gemäss § 60 Gewerbe-Ordnung. Der Inhaber galt als Mischling, und konnte laut Angaben kaum für sich und seine Familie den Lebensunterhalt fristen. VlbGLA, Landrat des Kreises Bregenz, PV 123/1/1; Landeshauptmannschaft, Allgemeine Weisungen, Abt. 1 a, 409/1941. Gendarmeriepostenkommando Hard, 30. 9. 1938.

102 Es handelte sich um die Fa. Ferro-Industrie-Bedarf Adolf Bloch (Bregenz, Südtiroler-

Perlhefter & Co., Feldkirch und Bregenz Schuhhaus Paga, Filiale Bregenz	Handel mit Schnitt- und Textilwaren Handel mit Schuhen	Durch Fa. J. R. Rhomberg & Co. arisiert ¹⁰³ Durch Aeterna AG arisiert, Filialleiter „arisch“ ¹⁰⁴
Brandes, David Aron, Bregenz	Handel mit Textilwaren	Der Gewerbebetrieb wurde gelöscht ¹⁰⁵
Fa. Krafft, Bregenz	Leder- und Schuhproduktion	Übernahme durch Dornier. ¹⁰⁶ Vgl. Falldarstellung
Bernheim, Anton, Bregenz	Kaufmann	Eigentümer eines Wohn- und Geschäftshauses (Bahnhofstr.7). Wurde als Jude denunziert, bezeichnete sich als Mischling 1. Grades
Rupp, Josef, Lochau	Schmelzkäsewerk	Nichtjüdischer Betrieb. Vgl. Falldarstellung
Scheffknecht, Ferdinand, Lustenau	Stickerei	Nichtjüdischer Betrieb. Vgl. Falldarstellung Kap. 1.5 ¹⁰⁷

platz 2), die mit Bergwerks- und Hüttenprodukten handelte. Der Inhaber Adolf Abraham Bloch wurde als Jude bezeichnet. Sein Auto, ein Opel, wurde im März 1938 beschlagnahmt. Bloch flüchtete in die Schweiz.

- 103 Der Betrieb gehörte den Geschwistern Max Perlhefter und Anna Riccabona (der Compass für Handel und Industrie verzeichnet allerdings auch Johann Rhomberg als Teilhaber – vgl. *Industrie-Compass* 1938, S. 1263). Sie versuchten durch ein Ansuchen um einen Abstammungsbescheid bei der Reichsstelle für Sippenforschung einen Mischlingsstatus zu erreichen. Der Versuch scheiterte jedoch. Vgl. die Vermögensanmeldungen des Ehepaares Gottfried und Anna Riccabona, NÖLA, VVst-VA Nr. 46646 (Anna Riccabona). Der Leiter der Reichsstelle für Sippenforschung, Zweigstelle Wien (gez. Dr. Schultze-Naumburg), Abstammungsbescheid, 16. 2. 1939. Vgl. ÖStA AdR 06, VVst, Ind. 846.
- 104 Vgl. zur „Arisierung“ der Paga-Schuhvertriebs-GmbH den Bericht zur Lederbranche von Ulla Felber: Kap. 4.3.2 bzw. 4.3.2.1. in: Ulrike Felber, Peter Melichar, Markus Priller, Berthold Unfried, Fritz Weber: *Eigentumsänderungen in der österreichischen Industrie 1938–1945. Teil 2: Branchen und Falldarstellungen: Textilindustrie, Schuhindustrie, Ledererzeugende Industrie, Papier und Holz, Lebensmittel und Zuckerindustrie (=Veröffentlichungen der Österreichischen Historikerkommission. Vermögenszug während der NS-Zeit sowie Rückstellungen und Entschädigungen seit 1945 in Österreich. Bd. 10/2.)* Wien – München 2004.
- 105 Der Inhaber wurde als Jude bezeichnet, der nach der „Wiedervereinigung“ in die Schweiz „übersiedelt“ sei (D. Brandes, Wäsche, Belruptstr. 30). Vgl. *Industrie-Compass* 1938, S. 1340.
- 106 VlbG LA, Abt I a (VI), 409/1941. Schreiben des Bezirkshauptmannes von Bregenz an die Landeshauptmannschaft, 19.11.1938. Die Fa. Krafft wurde lt. Beschluss vom 9. Dezember 1940 im Handelsregister HRB 12/41 (Handelsgericht Feldkirch) gelöscht.
- 107 Archiv des LG Feldkirch, RK 3/53, Bd. I-V samt Beilagen.

Hämmerle, Franz Josef, Lustenau	Klöpplspitzen- fabrikation	Nichtjüdischer Betrieb. Hämmerle und seiner Familie wurde die Staatsbürger- erschaft aberkannt, sein Vermögen für verfallen erklärt ¹⁰⁸
Erteschek, Anton, Hohenems	Stickerei	Vermutlich stillgelegt; Stickereigebäude mit acht Ar Grund in Hohenems ¹⁰⁹
Benedek, Karl, Hohenems	Textildruckfabrik	Die Fa. „steht seit Jahren leer“ ¹¹⁰
Vorarlberger Stickereifabrikation Bollag & Co., Hohenems	Stickerei und Produktion von Damenmänteln, Kostümen und Gummimänteln	Die Identität des Inhabers Jakob Bollag ist noch nicht endgültig geklärt: Wahrscheinlich ist er mit jenem als jüdisch eingestuftem Fabrikanten Jakob Bollag identisch, der als Schweizer Staatsbürger mit seiner Frau 1938 nach Heerbrugg übersiedelte; was mit der Firma geschah, ist derzeit unbekannt
Kastner, Rudolf Ing., Thüringen	Textilproduktion	Der Eigentümer galt zunächst als Jude, wurde später als Mischling 1. Grades einge- stuft. Er schied aus der Firmenleitung aus. Der Betrieb wurde 1942 stillgelegt ¹¹¹

108 ÖStA AdR 06, BMF-VS 122.233-8/47. FLD Vorarlberg an das BMF, 9. 1. 1946. Das Eigentumsrecht für zwei Wohnhäuser, ein Fabriksgebäude und sieben Baugrundstücke wurde für das Deutsche Reich (Reichsfinanzverwaltung) einverleibt. Die Verwaltung erfolgte durch das Hauptzollamt Dornbirn. 64 Klöpplmaschinen wurden durch den Oberfinanzpräsidenten Innsbruck veräußert. Die Wohnungseinrichtung der Familie Hämmerle befand sich in Verwahrung der Finanzverwaltung. Ob es im Fall Hämmerle zu einer Rückstellung kam, ist derzeit unklar.

109 Die Firma wird im Compass für Handel und Industrie nicht erwähnt.

110 Karl Benedek erklärte sich in einer Eingabe als Nichtjude (23. Oktober 1938), er habe „den Beweis hiefür jedoch bis heute nicht erbracht“. VlbGLA, Abt I a (VI), 409 / 1941, Schreiben des Landesrates Feldkirch an den Reichsstatthalter von Tirol und Vorarlberg, 14.10.1940. Der Compass für Handel und Industrie 1938 erwähnt die Firma Benedek (nach Meixner Benedekt bzw. Fa. Stukks) nicht.

111 Der Bregenzer Bezirkshauptmann schrieb, Kastner sei „nach Mitteilung der Bezirks-

Bernhard Altmann (Fa. Alpana), Bregenz ¹¹²	Textil-Strickerei	Durch Hans und Paul Ruedger übernommen; von den Michel-Werken als Rüstungsbetrieb beschlagnahmt
Iger, Julius, Bludenz	Textilhandel, Konfektion	Löschung des Gewerbescheines am 26. November 1938
Neumann, M. B., Hohenems	Textilproduzent	Von Josef Otten erworben. Vgl. Falldarstellung
Schwab, Adolf, Rankweil/Hohenems	Zweigniederlassung d. Adolf Schwab Hammersteiner Weberei- und Spinnerei-AG, Wien	Fabrik-, Fabrikwohnungen und Grundstücke, ca. 1 ha ¹¹³
Theodor Fries, Sulz	Papierhülsenproduzent	Es ist nicht bekannt, ob die Firma als jüdisch eingestuft wurde. 1939 verkauft, nach 1945 unter öffentlicher Verwaltung ¹¹⁴

hauptmannschaft Bludenz als Mischung zu betrachten“, und außerdem habe „der Schwiegersohn des Genannten, der Arier ist, den Betrieb übernommen“. Kastner musste als Gesellschafter ausscheiden. VlbG LA, Abt I a (VI), 409 / 1941, Schreiben des Bezirkshauptmanns von Bregenz an die Landeshauptmannschaft, betreffend die Feststellung jüdischer Gewerbebetriebe, 11. 10. 1938.

- 112 Die Firma Alpana wurde von einem Prokuristen – nach Werner Dreier von einem ehemaligen Kompagnon – übernommen. Vgl. Dreier, Antisemitismus, S. 207. Aus früheren Jahrgängen des Industrie-Compass geht hervor, dass an der Firma Bernhard Altmann in Bregenz vor 1938 zeitweilig ein Hermann Ruedger beteiligt war. 1941 scheinen als Eigentümer Hans und Paul Ruedger auf. Letzterer war zuvor Prokurist der Firma gewesen. Vgl. Industrie-Compass 1933, S. 1230; 1941, S. 1143. 1941 wurden die Michel-Werke aus Augsburg in den Räumlichkeiten der Stickerei Alpana in Bregenz untergebracht. Vgl. Walser, Bombengeschäfte, S. 189. Vgl. zu den anderen Betrieben Bernhard Altmanns in: Ulrike Felber, Peter Melichar, Markus Priller, Berthold Unfried, Fritz Weber: Eigentumsänderungen in der österreichischen Industrie 1938–1945. Teil 1: Grundzüge, Akteure und Institutionen (= Veröffentlichungen der Österreichischen Historikerkommission. Vermögensentzug während der NS-Zeit sowie Rückstellungen und Entschädigungen seit 1945 in Österreich. Bd. 10/1). Wien-München 2004. In den Arisierungsakten zu den Wiener Betrieben Bernhard Altmanns findet sich nach Angaben von Markus Priller kein Hinweis auf die Firma Alpana in Bregenz.
- 113 Der Betrieb in Hohenems-Rankweil dürfte seit Beginn der dreißiger Jahre stillgelegt gewesen sein. Vgl. Compass. Finanzielles Jahrbuch, Band Österreich, Österreich-Ungarn. Wien 1934, S. 1141. Vgl. Auch die Falldarstellung M. B. Neumann – Otten.
- 114 ÖStA AdR 06, BMF, Zl. 303.171-303.175-35/17 b/1965. Die 1895 gegründete Firma

1.3.1 Leibnitzer Baumwollspinnerei Ludwig Weiss OHG

Der jüdische Industrielle Rudolf Kastner (Eigentümer der Baumwollspinnerei und -weberei Ing. R. Kastner, Thüringen) wurde in einem Rückstellungsverfahren aufgefordert, Erträgnisse von Maschinen an die Leibnitzer Baumwollspinnerei Ludwig Weiss herauszugeben (Streitwert: öS 20.000.-). Kastner äußerte sich in einem Beweisantrag zu seinem eigenen Fall: „Bis zur Annexion Österreichs im Jahre 1938 war ich Alleininhaber der Firma Baumwollspinnerei und -weberei Ing. R. Kastner. Über Druck und Zwang der politischen Machthaber musste ich im Jahre 1940 die Einzelfirma in eine Offene Handelsgesellschaft umwandeln. Als Gesellschafter sind meine Gattin, meine Kinder und mein Schwiegersohn, Herr Josef Dittrich, als Komplementäre eingetreten. Ich selbst konnte nicht einmal zeichnungsberechtigter Gesellschafter der Firma sein. Die Firma selbst wurde in ‚Baumwollspinnerei und -weberei Ing. R. Kastner & Co.‘ mit 1. Juli 1940 umgewandelt. Am 10. Januar 1941 bin ich aus der Firma ausgetreten, da die Gefahr bestand, dass das Unternehmen sonst beschlagnahmt oder stillgelegt wird. Tatsächlich wurde das Unternehmen mit Stilllegungsbescheid der Reichsstelle für Baumwollgarne und -Gewebe vom 18. März 1942 stillgelegt. Alle Bemühungen, eine Revision dieses Stilllegungsbescheides herbeizuführen, waren vergeblich. Ich gehörte also selbst zum Kreise der verfolgten Personen.“¹¹⁵ Nach einer Mitteilung der BH Bludenz aus dem Jahr 1938 galt Kastner als Mischling, von einer Liquidierung bzw. Arisierung der Firma wurde damals abgesehen, da der nicht-jüdische Schwiegersohn die Firma übernehmen sollte.¹¹⁶

beschäftigte ca. 100 Arbeiter und produzierte Papierhülsen. Vgl. Industrie-Compass 1936, S. 1175. Die Umstände des Verkaufes sind derzeit noch ungeklärt. Sie gehen auch aus dem angeführten Akt über die öffentliche Verwaltung nicht hervor. Als öffentlicher Verwalter fungierte zweitweise Andre Gasser-Denk von Getzner, Mutter & Cie.

115 Archiv des LG Feldkirch, RK 12/53. Edgar Opler, Gesellschafter der Leibnitzer Baumwollspinnerei Ludwig Weiss gegen Baumwollspinnerei und -weberei Ing. R. Kastner & Co. Beweisantrag der AG, 9. 2. 1954.

116 VlbGLA, Landrat des Kreises Bregenz, PV 123/1/1, Bezirkshauptmann von Bregenz an die Landeshauptmannschaft, betreffend die Feststellung jüdischer Gewerbebetriebe, 11. 10. 1938. Die Firma Kastner, das geht aus einer industriegeschichtlichen Quellensammlung hervor, musste 1938 den Betriebsführer entlassen und durch einen neuen

Kastner wies darauf hin, dass seine Firma selbst „während des Krieges der Stilllegung zum Opfer fiel und einem Rüstungsbetrieb weichen musste.“ Er habe die Maschinen sofort und ohne Präjudiz zurückgestellt, weigere sich jedoch, Erträge zu zahlen, da die Maschinen der Fa. Ludwig Weiss nur zwischen 1947 und 1951 genutzt werden konnten. Die Rückstellungskommission wies in ihrem Erkenntnis das Begehren auf Herausgabe der Erträge ab und verpflichtete den Antragsteller, die Prozesskosten zu zahlen. Die Revisionsbeschwerde dagegen wurde nicht zugelassen.¹¹⁷

Die Leibnitzer Baumwollspinnerei Ludwig Weiss OHG forderte in vier weiteren Fällen Maschinen, Vorräte und die Herausgabe von Erträgen. Antragsgegner waren Vorarlberger Textilfirmen, die Teile der Liquidationsmasse der stillgelegten Fa. Ludwig Weiss erworben hatten. Es handelte sich neben der Fa. Rudolf Kastner um die Firmen Getzner, Mutter & Cie. (Bludenz), Schindler & Cie. (Kennelbach), Carl Ganahl & Co., Franz Rohner jun. (Wolfurt).

In einem der Fälle handelte es sich nur um die Rückstellung der Erträge, die durch die Übernahme der Maschinen der Fa. Ludwig Weiss entzogen worden waren. Das erste Erkenntnis der Rückstellungskommission erklärte im Juli 1952, die Regeln des redlichen Verkehrs seien nicht eingehalten worden und verpflichtete die Fa. Getzner, Mutter & Cie.

ersetzen. 1940 wurden die Zweigbetriebe Schlins und Lauterach stillgelegt, 241 Personen wurden entlassen. Die Mitarbeiterzahl in Thüringen fiel auf 215. Ein Zweigbetrieb in Nassereith/Tirol wurde von den Deutschen Edelstahlwerken übernommen. Ing. Rudolf Kastner wurde 1941 aus im Handelsregister als Inhaber gelöscht. Kastner musste mit seiner Frau nach Wien übersiedeln und konnte hier untertauchen und überleben. 1943 wurde das Webereigebäude geräumt und durch einen verlagerten Metallbetrieb aus Stuttgart benützt. Die Firma Kastner „war das einzige große Textilindustriunternehmen in Vorarlberg, welches durch administrative und kriegswirtschaftliche Maßnahmen fast ruiniert worden war“. Vgl. Herbert Benauer, Christoph Volacnik: Die k.k. privil. Spinnerei & Weberei in Thüringen. Eine Quellensammlung zur Industriegeschichte des Walgauer Feldkirch 1988, S. 62 und 65-67. Vgl. dazu auch die Darstellung bei Walser, Bombengeschäfte, S. 307-308. Die Diplomarbeit von Anna Luger folgt weitgehend den Angaben Benauers und Volacniks. Vgl. Luger, Firmengeschichte.

117 Archiv des LG Feldkirch, RK 12/53. Edgar Opler, Gesellschafter der Leibnitzer Baumwollspinnerei Ludwig Weiss gegen Baumwollspinnerei und -weberei Ing. R. Kastner & Co.

zur Zahlung von öS 0,5 Mio. (Erträge plus Zinsen).¹¹⁸ Außerdem sollten Getzner, Mutter & Cie. die Prozesskosten in der Höhe von öS 82.372.- bezahlen. Dagegen legte die Fa. Getzner Beschwerde ein, der teilweise Folge gegeben wurde: Die Fa. Getzner wurde von der Rückstellungsoberkommission mit Erkenntnis vom 19. Dezember 1952 zur Zahlung von öS 214.384.- verpflichtet. Dagegen legte wiederum die Fa. Ludwig Weiss Beschwerde ein, der nun vor der Obersten Rückstellungskommission im August 1953 Folge gegeben wurde. Das angefochtene Erkenntnis wurde an die Rückstellungsoberkommission zurückverwiesen. Darauf schlossen die Parteien 1955 einen Vergleich, in dem sich die Fa. Getzner zur Zahlung von öS 139.830.- verpflichtete. Diese merkwürdige Reduzierung der Erträge ist aus den Akten allein allerdings nicht zu erklären.¹¹⁹

Tab. 11: Die Rückstellungsverfahren der Fa. Ludwig Weiss

RK	Antragsgegner	Entscheidung	Bemerkung
12/53	R. Kastner & Co.	Abweisung	AST muss Prozesskosten zahlen, Revisionsbeschwerde dagegen wird abgelehnt
14/53	Getzner, Mutter & Cie.	Vergleich	AGg zahlt öS 139.830.-
39/49	Getzner, Mutter & Cie.	Vergleich	AGg ist schuldig, sämtliche Maschinen zurückzustellen, AST behält sich weitere Ansprüche vor (Erträge)
4/51	Schindler & Cie.	Zurückziehung	AST bestreitet, Maschinen gekauft zu haben
3/51	Carl Ganahl & Co.	Zurückziehung	außergerichtliche Einigung
1/51	Franz Rohner jun.	Rückstellung	AST ist schuldig, Maschinen zurückzustellen, weitere Zahlung von öS 10.000.- verpflichtet

118 Der ansonsten äußerst umfassenden und gründlichen Firmengeschichte von Getzner, Mutter & Cie. von Manfred A. Getzner ist weder zu den Erwerbungen noch zu den Rückstellungsverfahren etwas zu entnehmen, auch die Firma Ludwig Weiss wird nicht erwähnt. Vgl. Getzner, Getzner, Teil A („Gründung – Betriebe – Energie“).

119 Grundsätzlich war es für einen Kontrahenten in einem Rückstellungsverfahren – sofern er über Schwarzgelder verfügte – günstig, sich im Fall einer vergleichsweisen Einigung neben den tatsächlich bezahlten Beträgen auf einige wesentlich niedrigere Summe zwecks gerichtlicher Protokollierung zu einigen.

1.3.2 Vorarlberger Leder- und Schuhfabriken Gebrüder Krafft GmbH

Ein außergewöhnlich kompliziertes Rückstellungsverfahren betraf die sog. „Dorniergründe“ in Bregenz/Lochau.¹²⁰ Es handelte sich um ein Firmenareal, das bis 1938 Eigentum der Vorarlberger Leder- und Schuhfabriken Gebrüder Krafft GmbH gewesen war. An der GmbH waren Rudolf Reimann (Wien) mit einer Kapitaleinlage von öS 17.600.- und das 1931 in Liquidation getretene Wiener Bankhaus Auspitz, Lieben & Co. mit einer Einlage von öS 2.400.- beteiligt gewesen¹²¹. Überdies war die Fa. Krafft gegenüber Auspitz, Lieben & Co. mit ca. öS 1,4 Mio. (per 31. März 1935) verschuldet.¹²²

Die Gesellschaft wurde schon vor 1938 auf Grund des schlechten Geschäftsganges stillgelegt: die Schuherzeugung um 1930, die Ledererzeugung und Gerberei im Jahr 1936.¹²³ Verantwortlich für die Stilllegung waren die erhöhten Zölle des Deutschen Reiches, durch die die Firma auf dem deutschen Markt nicht mehr konkurrenzfähig war. Die Liegenschaften, deren Wert auf RM 812.145.- geschätzt worden waren, wurden 1938 um RM 290.000.- an die Dornierwerke GmbH in Friedrichshafen verkauft. Im Rückstellungsverfahren wurde der Streitwert mit öS 1 Mio. angenommen. Ein Schätzungsgutachten, das einem Erkenntnis der Rückstellungsoberkommission Innsbruck beiliegt, schätzte den Wert der Liegenschaften allerdings auf öS 10 Mio. und den Wert der Neubauten, die die Fa. Dornier zwischen 1940 und 1945 errichtet hatte, auf öS 2,4 Mio.

Das Rückstellungsverfahren gestaltete sich vor allem deswegen so schwierig und langwierig, weil zunächst einmal geklärt werden musste, wer überhaupt berechtigt war, einen Rückstellungsantrag zu stellen. In

120 Vgl. dazu auch Walser, Bombengeschäfte, S. 304-307 und Meinrad Pichler: Die Schuhfabrik Krafft, in: *Bloß it vergeassa* Nr. 8, Bregenz 2001, S. 81-84.

121 Vgl. die Falldarstellung Auspitz, Lieben & Co., in: Peter Melichar: *Neuordnung im Bankwesen. Die NS-Maßnahmen und die Problematik der Restitution (= Veröffentlichungen der Österreichischen Historikerkommission. Vermögensentzug während der NS-Zeit sowie Rückstellungen und Entschädigungen seit 1945 in Österreich. Bd. 11).* Wien – München 2004.

122 Archiv des LG Feldkirch, RK 10/54. Teilerkenntnis, 10. 2. 1960, S. 8.

123 Ebd. S. 21.

einem ersten Verfahren wurde ein Antrag auf Rückstellung von Auspitz, Lieben & Co. i. L. und Rudolf Reimann eingebracht, in dem durch ein Teilerkenntnis 1954 auf Rückstellung entschieden worden war. Allerdings wurde das Erkenntnis nicht rechtskräftig, da die Vorarlberger Leder- und Schuhfabriken Gebrüder Krafft GmbH nicht wiederhergestellt wurde. Ein nach § 4, Abs. 1 des 5. RStG bestellter Sachwalter der Verwertungsmasse der aufgelösten Gesellschaft betrieb daraufhin das Verfahren, dem auch die Finanzprokuratorat beitrug, da es sich um „Deutsches Eigentum“ handelte. Rudolf Reimann trat außerdem seine Rückstellungsansprüche an Walter Feldau ab, dem er seit 1936 öS 486.667.- schuldete. Ein von Auspitz, Lieben & Co. i. L. und Walter Feldau angestrebter Rückstellungsantrag wurde abgewiesen, da Feldau das Recht zur Antragstellung abgesprochen wurde. Er verfüge, so wurde 1955 festgestellt, nur über einen Exekutionstitel, der ihm aus einer Forderung gegen den Eigentümer Reimann erwachsen sei. Beschwerden gegen diese Abweisung wurden von der Rückstellungsoberkommission des OLG Innsbruck und schließlich 1956 von der Obersten Rückstellungskommission beim OGH in Wien abgewiesen.

Daraufhin wurde das zweite, vom Sachwalter der Verwertungsmasse Vorarlberger Leder- und Schuhfabriken Gebrüder Krafft GmbH angestrebte Verfahren durchgeführt. Dieses Verfahren war schließlich insofern erfolgreich, als ein Teilerkenntnis der Rückstellungserkenntnis 1960 die Dornierwerke GmbH bzw. die Republik Österreich dazu verpflichtete, die Liegenschaften zurückzustellen. Die Beschwerden der Antragsgegner wurden zurückgewiesen. Die Vertreter der Dornierwerke GmbH wurden für unzulässig erklärt, die Beschwerde wurde aber auch sachlich – es war verlangt worden, auf die „Untunlichkeit der Rückstellung“ wegen wirtschaftlicher Umgestaltung zu erkennen (§ 23, Abs. 3 des 3. RStG) – zurückgewiesen. Auch die Beschwerde der Finanzprokuratorat wurde zurückgewiesen. Deren Einwendung, dass „die Vermögensübertragung auch unabhängig von der Machtergreifung des Nationalsozialismus erfolgt wäre“, wurde als unzutreffend bezeichnet. Dagegen legten die Antragsgegner neuerlich Revisionsbeschwerde ein.

Tab. 12: Rückstellungsverfahren Vorarlberger Leder- und Schuhfabriken Gebrüder Krafft GmbH

RK-Zl.	R.-Antrag	Erkenntnis	Bemerkung
2/52	6.2.1952	23.4.1954	Erkenntnis der RK: gemäß § 3, Abs. 2 des 5. RStG sind die Geschäftsanteile als entzogen den Anteilsberechtigten zurückzustellen; die Wiederherstellung der Fa. Krafft erfolgte nicht, daher Bestellung eines Sachwalters.
10/54	29.6.1954	10.2.1960	Teilerkenntnis der RK erkannte AGg als schuldig, die Liegenschaften zurückzustellen an AST (Verwertungsmasse, vertreten durch Sachwalter); dagegen Beschwerde von Dornier und der Finanzprokurator; diese Beschwerden wurden am 15. April 1960 von der ROK abgelehnt; am 5. Dezember 1960 kam es zu einem Vergleich.
10/54	12.7.1954	15.11.1954	Erkenntnis der RK wies den Antrag auf Rückstellung von Auspitz, Lieben & Co. und Feldau ab, Beschwerde von der ROK am 21. Mai 1955 und von der ORK am 21. Jänner 1956 abgewiesen.

Zu einer Verhandlung vor der Obersten Rückstellungskommission kam es jedoch nicht mehr, da am 5. Dezember 1960 ein Vergleich zwischen den Parteien abgeschlossen wurde. Dieser Vergleich zwischen der Firma Aero-Consultor,¹²⁴ die inzwischen die Ansprüche der Antragsteller übernommen hatte, und den Dornierwerken verpflichtete Letztere, die Liegenschaften zurückzustellen, die Antragsteller verpflichteten sich, aus dem Titel der Kaufpreiserstattung und für Aufwendungen öS 400.000.- an die Republik Österreich zu zahlen. Die Antragsgegner verpflichteten sich, ihre Revisionsbeschwerden zurückzuziehen. Der Verwertungsmasse der Vorarlberger Leder- und Schuhfabriken Gebrüder Krafft GmbH wurde von der Fa. Aero-Consultor ein Betrag von SFR 530.400.- (= öS 3,2 Mio.) überwiesen. Danach wurde ein Verteilungsplan erstellt.

124 Hinter dieser Firma standen wiederum die Dornier-Werke selbst, deren Eigentümern die – bis heute unbebaute – Liegenschaft gehört.

Tab. 13: Verteilungsplan laut Beschluss der Rückstellungskommission vom 1. März 1961

Empfänger	Funktion	öS
Adolf und Herbert Warnecke	Sachwalter d. Verwertungsmasse	140.300.-
RA Fried	Vertreter der AST	168.048.-
RA Max Riccabona	Vertreter der AST	23.302.-
RA Mandl	Abwesenheitskurator	18.818.-
Auspitz, Lieben & Co., i. L.	Gläubiger	276.731.-
Auspitz, Lieben & Co. i. L.	Ehem. Eigentümer	520.000.-
Rudolf Reimann, New York	Ehem. Eigentümer	2.029.361.-
Gesamt		3.176.560.-

1.3.3 Verkaufs-Aktiengesellschaft Heinrich Wild's Geodätische Instrumente

Ein Rückstellungsverfahren, in dem es umstritten war, ob überhaupt eine Form der Verfolgung vorgelegen habe, strengte die Schweizer Verkaufs-Aktiengesellschaft Heinrich Wild's Geodätische Instrumente aus Heerbrugg an. Die Firma Wild hatte seit 1930 bis zum „Anschluss“ in Lustenau ein Zweigwerk mit ca. 100 Angestellten betrieben. Nach dem Anschluss wurde die Situation für die Fa. Wild allein auf Grund der durch die Abwertung des Schweizer Frankens entstandene Steigerung der Lohnkosten schwierig.¹²⁵ Sie wollte daher den Betrieb offenbar verkaufen. Im 1950 eingebrachten Rückstellungsantrag hieß es: „Im Zusammenhang mit der

125 Direktor Albert Schmidheini, Kaufmann in Heerbrugg und seit der Gründung der Fa. Wild ihr Direktor und Verwaltungsrat, gab im Rückstellungsverfahren zu Protokoll: „Mit dem Anschluss wurde es für uns praktisch unmöglich, den Betrieb in Lustenau weiterzuführen. Ich habe mich bei den Banken in der Schweiz über die damaligen Währungsverhältnisse erkundigt. Der Kurs der Mark war im Jahre 1938 SFR 1,759, das hat für uns bedeutet, dass wir für den Schilling SFR 1,17 bezahlen mussten, während wir vor dem Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich den Schilling zum durchschnittlichen Kurs von SFR 0,63 von der Nationalbank in Wien etappenweise in großen Beträgen bezogen haben für die Lohnzahlung. Im Moment, wo diese Währungsumstellung in Vorarlberg bekannt wurde, haben wir gewusst, dass es unmöglich würde, diesen Betrieb in Vorarlberg weiterzuführen. (...) Wir haben mit einer Stillegung gerechnet, aber man hat uns gesagt, dass wir den Betrieb nicht

nationalsozialistischen Machtergreifung in Österreich stellte sich heraus, dass durch die nationalsozialistischen Zwangsmaßnahmen eine rentable Weiterführung des Betriebes, der in Vorarlberg einen besonders guten Ruf hatte und als geschätzter Devisenbringer galt, nicht mehr möglich war und wir mussten daran denken, das Unternehmen einzuschränken bzw. stillzulegen, da man von uns wohl nicht verlangen konnte, das Unternehmen mit großen Verlusten weiterzuführen. Als die nationalsozialistischen Machthaber von diesem Plane erfuhren, drohten sie uns mit schärfsten Sanktionen und verboten uns ausdrücklich, unseren Plan auf Stilllegung oder Einschränkung durchzuführen, wobei unsere wirtschaftlichen Interessen für sie vollkommen gleichgültig waren. In dieser auswegslosen Situation entschlossen wir uns schweren Herzens, das Unternehmen zu verkaufen und bemühten uns, entsprechende Käufer zu finden, um auf diese Weise zumindest einen Teil der von uns gemachten namhaften Investitionen, die, wie nebenbei bemerkt werden soll, keineswegs aus den Erträgen in Österreich vorgenommen, sondern aus Schweizer Mitteln finanziert wurden, wieder hereinzubekommen. Auch dieser Plan scheiterte restlos und die Reichsbehörden erklärten uns, dass ein Verkauf überhaupt nicht in Frage kommen könne, wenn wir nicht das Unternehmen an die uns von den Reichsbehörden namhaft gemachte Luftfahrt-Kontor GmbH, Berlin-Schöneberg verkaufen würden.“¹²⁶ Die Begleitumstände – einer der Direktoren wurde einmal wegen des Verdachtes auf ein Devisenvergehen inhaftiert, es kam zu übergenaue Grenzkontrollen – setzten die Entscheidungsträger zudem unter Druck.¹²⁷

Der Preis, der der Fa. Wild für das Werk angeboten wurde, wurde nach Ansicht der Eigentümer seinem Wert nicht gerecht. Da jedoch die Verluste stetig anwuchsen, erklärte sich Wild bereit, einen Kaufvertrag mit

stilllegen dürfen. Von dem Moment an, da man in Lustenau von Stilllegung des Betriebs sprach, haben die Schikanen bei den Grenzübertritten begonnen. Ich und unsere Wagen wurden jeweils gründlich untersucht“. Archiv des LG Feldkirch Rk 5/53, Rückstellungskommission beim Landesgericht Feldkirch, Bd. I. f. 249ff. Öffentliche mündliche Verhandlung vor der RStK beim LG Feldkirch, 24. 10. 1952.

126 Archiv des LG Feldkirch, RK 5/53, Rückstellungskommission beim Landesgericht Feldkirch, Bd. I. f. 1. Antrag auf Rückstellung, 30. 8. 1950.

127 Archiv des LG Feldkirch, RK 5/53, Rückstellungskommission beim Landesgericht Feldkirch, Bd. I. f., S. 237, 245. Es kam zu Recherchen der RK beim Bezirksgericht Dornbirn, beim Gendarmerieposten Höchst und Lustenau, ob die Direktoren Albert

den Reichsbehörden abzuschließen. Lediglich das bewegliche Eigentum der Firma konnte wieder in die Schweiz abtransportiert werden. Um einen Betrag von RM 66.000.- wurde die gesamte Immobilie mit 5.342 m², einem neuen Fabrikgebäude und zahlreichen hochwertigen Maschinen an die Deutsche Gesellschaft, die Luftfahrt-Kontor GmbH in Berlin-Schöneberg, abgetreten. Allein der Grund hatte nach Angaben der Eigentümer einen Wert von RM 75.000.- und die Maschinen samt Rohmaterial hatten einen Wert von ca. RM 50.000.- Die Fa. Wild stellte RM 60.000.- den Arbeitern und Angestellten des Lustenauer Werkes zur Verfügung.¹²⁸

1942 erwarben die Optische Werke C. A. Steinheil Söhne GmbH in München das Werk, das auf Grund der kriegsbedingten Konjunktur in der Rüstungsindustrie zeitweise bis zu 500 Arbeiter beschäftigte. 1950 brachte die Fa. Wild einen Rückstellungsantrag ein, der sich auf § 2, Abs. 2 des 3. RStG, berief, „da wir weder den Käufer frei auswählen konnten, noch einen angemessenen Kaufpreis erhielten, im übrigen aber, es ohne die nationalsozialistische Machtergreifung niemals zur Veräußerung des Unternehmens, das wir, wie erwähnt, mit großen Kosten errichtet hatten, gekommen wäre.“ Der Kaufpreis sei nicht „zur freien Verfügung“ gewesen, „da über Anordnung der reichsdeutschen Machthaber der Erlös an die Gefolgschaftsmitglieder aufgeteilt werden musste.“ Man habe das gesamte Unternehmen umsonst hergeben müssen, die Regeln des redlichen Verkehrs seien in keiner Weise eingehalten worden, „da es wohl auf der ganzen Welt keinen Kaufvertrag gibt, bei welchem der Verkäufer ein schuldenfreies Unternehmen völlig entschädigungslos abgibt, ganz abgesehen davon, dass der ‚pro forma‘ in den Kaufvertrag aufgenommene Kaufpreis hinter dem tatsächlichen Werte beträchtlich zurückblieb.“¹²⁹

Schmidheini und Max Kreis 1938 oder 1939 verhaftet worden waren. Hermann Drexel gab zu Protokoll, er habe 1938/39 beim Zollamt Oberfahr Dienst versehen, seiner Erinnerung nach hatte er den Auftrag der FLD Feldkirch, Max Kreis in das Gefangenenhaus Feldkirch einzuliefern, wegen einer Devisensache. Kreis soll in der folgenden Nacht wieder freigelassen worden sein. Archiv des LG Feldkirch, RK 5/53, Rückstellungskommission beim Landesgericht Feldkirch, Bd. I. f., S. 247.

128 Archiv des LG Feldkirch, RK 5/53, Rückstellungskommission beim Landesgericht Feldkirch, Bd. I. f., S. 121-141 f. Aussage des ehemaligen Bürgermeisters Hans Grabher in der öffentlichen, mündlichen Verhandlung vor der Rückstellungskommission beim LG Feldkirch, 8. 2. 1952.

129 Archiv des LG Feldkirch, RK 5/53, Rückstellungskommission beim Landesgericht Feldkirch, Bd. I. f., S. 1. Antrag auf Rückstellung, 30. 8. 1950.

Der für den Antragsgegner (Optische Werke C. A. Steinheil Söhne, München) bestellte Kurator¹³⁰ bestritt nachdrücklich die Behauptungen, die Fa. Wild wäre zum Verkauf ihres Werkes durch „ungerechten Zwang“ verhalten worden.¹³¹ Ein Zwischenerkenntnis der Rückstellungskommission stellte 1952 fest, der Kaufvertrag vom 15. April 1939 sei „als Vermögensentziehung im Sinne der §§ 1, Abs. 1, und 3, Abs. 1 des 3. Rückstellungsgesetzes nichtig. Bei der Vermögensentziehung wurden im übrigen die Regeln des redlichen Verkehrs nicht eingehalten. Die Entscheidung über die Kosten wird dem Enderkenntnis vorbehalten.“¹³²

Gegen dieses Zwischenerkenntnis wurde von der Finanzprokuratur der Republik Österreich (eingelangt am 1. Dezember 1952) beim LG Feldkirch Beschwerde eingebracht und zwar „seinem ganzen Inhalte nach“. Die Begründung lautete: „Die Rückstellungswerber waren weder einer rassischen noch politischen Verfolgung unterworfen. Es muss daher bei der Frage, ob es sich im gegenständlichen Fall um eine Vermögensentziehung handelt, untersucht werden, ob irgendein konkreter Druck auf die Rückstellungswerber ausgeübt wurde, der geeignet war, begründete Furcht und Besorgnis einzuflößen. Hievon kann aber nicht im Geringsten die Rede sein. Das Erstgericht stellt selbst in seinem Erkenntnis fest, dass weder Drohungen mit Verhaftung und dergl., noch Zwangsmittel gegen einzelne Persönlichkeiten der Antragstellerin angewendet wurden.“ Die Kaufsumme sei nur deshalb an Angestellte und Arbeiter verteilt worden, weil man mit dem Geld im Deutschen Reich nichts hätte anfangen können. Es sei „rechtlich verfehlt“, wenn das Erstgericht feststelle, der Kaufpreis gelte als dem Antragsteller nicht zugekommen. Auch der Antragsgegner (Fa. Stein-

130 Archiv des LG Feldkirch, RK 5/53, Rückstellungskommission beim Landesgericht Feldkirch, Bd. I. f., S. 10. Das Bezirksgericht Dornbirn, Abt. 1, fasste am 20. September 50 den Beschluss, für die Antragsgegnerin Fa. Optische Werke Steinheil Söhne GmbH den Dipl.-Kfm. Dr. Erich Hämmerle, Dornbirn, Bahnhofstr 2, als Kurator zu bestellen. Mit. 2. Jänner 1951 wurde RA Hans Hagen als Kurator bestellt.

131 Archiv des LG Feldkirch, RK 5/53, Rückstellungskommission beim Landesgericht Feldkirch, Bd. I. f., S. 17. Äußerung des AGg (Optische Werke C. A. Steinheil Söhne, Gesellschaft m.b.H., München, St. Martinstr 76), vertreten durch RA Hans Hagen, Dornbirn als Kurator, 19. 2. 1951.

132 Archiv des LG Feldkirch, RK 5/53, Rückstellungskommission beim Landesgericht Feldkirch, Zwischenerkenntnis der Rückstellungskommission, LG Feldkirch v. 3. 11. 1952.

heils Söhne GmbH) reichte Beschwerde gegen das Zwischenerkenntnis ein. Beide Beschwerden wurden durch ein Erkenntnis der Rückstellungsoberkommission beim OLG Innsbruck abgewiesen. Es pflichtete der 1. Instanz in der Auffassung bei, dass „eine im Zusammenhang mit der NS-Machtübernahme stehende Vermögensentziehung vorliegt“.¹³³ Der daraufhin im Jänner 1953 eingereichten Revisionsbeschwerde des Antragsgegner gab die Oberste Rückstellungskommission Recht, das angefochtene erstinstanzliche Erkenntnis wurde aufgehoben.¹³⁴

Ein neuerliches Zwischenerkenntnis der Rückstellungskommission des LG Feldkirch stellte im September 1953 neuerlich fest, der Kaufvertrag vom 15. April 1939 sei „als Vermögensentziehung im Sinne der §§ 1, Abs 1, und 3, Abs. 1 des 3. Rückstellungsgesetzes nichtig. Bei der Vermögensentziehung wurden im Übrigen die Regeln des redlichen Verkehrs nicht eingehalten. Die Entscheidung über die Kosten wird dem Enderkenntnis vorbehalten.“¹³⁵ Dieses Teilerkenntnis entsprach genau dem ersten Zwischenerkenntnis. Daraufhin schlossen die Parteien im Januar 1955 vor der Rückstellungskommission beim LG Feldkirch einen Vergleich,¹³⁶ in dem sich die Antragsgegner verpflichteten, alle Liegenschaften samt allem rechtlichen und faktischen Zubehör dieser Fabrikgesellschaft zurückzustellen. Außerdem verpflichteten sich die Antragsgegner, SFR 100.000.- zur Abgeltung aller Forderungen zu bezahlen. Die Kosten des Verfahrens wurden gegenseitig aufgehoben. Durch diesen Rückstellungsvergleich galten alle aus der vorliegenden Rückstellungsangelegenheit entstandenen wechselseitigen Ansprüche „endgültig erledigt und verglichen“. Die Rechtswirksamkeit des Vergleichs war lediglich von der „pflschaftsbehördlichen Genehmigung und von der Genehmigung des französi-

133 Archiv des LG Feldkirch, RK 5/53, Rückstellungskommission beim Landesgericht Feldkirch, Erkenntnis der ROK beim OLG Innsbruck, 19. 12. 1952.

134 Archiv des LG Feldkirch, RK 5/53, Rückstellungskommission beim Landesgericht Feldkirch, Erkenntnis der ORK beim OGH in Wien, 16. 5. 1953.

135 Archiv des LG Feldkirch, RK 5/53, Rückstellungskommission beim Landesgericht Feldkirch, Zwischenerkenntnis der Rückstellungskommission des LG Feldkirch, 11. 9. 1953.

136 Archiv des LG Feldkirch, RK 5/53, Rückstellungskommission beim Landesgericht Feldkirch, Vergleich vor der Rückstellungskommission des LG Feldkirch, 9. 1. 1955.

137 Das BMF teilte am 17. Januar 1955 mit, „dass das Hochkommissariat der französischen Republik in Österreich mit Note vom 11. 1. 1955 (...) bekanntgegeben

schen Elements der interalliierten Kommission in Österreich abhängig.“ Die Alliierten hatten jedoch keine Einwände gegen den Vergleich.¹³⁷

1.3.4 Die Erwerbungen der Fa. Dr. Eberle OHG und der Fa. Albert Ender & Co.

In zwei Fällen brachte die Sammelstelle A Rückstellungsanträge ein. Im Fall der Fa. Moritz Brückner hatte eine Vorarlberger Firma, die Chemische Fabrik Dr. Eberle OHG (Bregenz), mit Genehmigung der VVst vom 30. August 1938 „sämtliche von Moritz Brückner in seinem Unternehmen bisher im Rahmen der chem.-techn. Produktion verwendeten Rezepte und Verfahrensarten“ erworben und übernahm auch eine vollständige Kundenliste, mithin den Kundenstock der jüdischen Firma. Brückner wurde außerdem verpflichtet, in einer vom Ariseur vorgeschriebenen Weise sämtlichen Kunden zur Kenntnis zu bringen, dass nunmehr die von ihm hergestellten Produkte von der Dr. Eberle OHG nach seinen Rezepten und Verfahrensarten fabriziert und vertrieben wurden. Es kam zu einem Vergleich, in dem sich der Antragsgegner verpflichtete, öS 45.000.- „zum Ausgleich der geltend gemachten Ansprüche der vormaligen Fa. Moritz Brückner“ zu zahlen, sofern der Rückstellungsantrag zurückgezogen werde.¹³⁸

Der zweite Rückstellungsantrag beehrte von der in Altsch situierten Wirkwaren- und Strickwarenfabrik Albert Ender & Co. die Herausgabe von Maschinen, die 1938 Eigentum der Firma Julius Joffe & Co. gewesen waren. Albert Ender hatte die Maschinen über einen Mittelsmann um RM 4.000.- erworben. Auch hier kam es zu einem außergerichtlichen Vergleich.¹³⁹

hat, dass es gegen die Durchführung des Rückstellungsvergleiches vom 9. 1. 1954 RK 5/53 (...) keinen Einwand erhebt.“ Archiv des LG Feldkirch, RK 5/53, Rückstellungskommission beim Landesgericht Feldkirch, Bd. II. (Umschlag mit Beilagen). Schreiben des BMF an RA Otto Reimer, 17. 1. 1955 (BMF - Zl. 200.441-33/1955).

138 Archiv des LG Feldkirch, RK 1/61, Sammelstelle A gegen Chemische Fabrik Dr. Eberle OHG, Bregenz. Bescheid des BMF, 17. 8. 1961 (Zl. 210.227/6-35/6). Vgl. den „Arisierungs“akt zur Fa. Moritz Brückner, ÖStA AdR 06, VVst, Stat. 3692.

139 Archiv des LG Feldkirch, RK 2/61, Sammelstelle A gegen Fa. Albert Ender & Co., Altsch. Vgl. den Arisierungsakt der Fa. Julius Joffe & Co. ÖStA AdR 06, VVst, Stat. 3806.

1.3.5 Dr. Josef Otten erwirbt M. B. Neumann's Söhne Österr. Weberei- und Druckerei AG

Im Zusammenhang mit Arisierungen in Vorarlberg wurde häufig der Name der Firma Josef Otten in Hohenems erwähnt. Es war bekannt, dass diese Firma ursprünglich einer in Hohenems ansässigen jüdischen Familie gehört hatte und während des Zweiten Weltkrieges von einem deutschen Unternehmer erworben worden war. Eine jüngst erschienene Firmengeschichte hat die Klärung der Frage versucht, ob es sich um eine Arisierung oder einen korrekten Kauf handelte.¹⁴⁰ Die Firma M. B. Neumann's Söhne erwarb 1916 Teile der in Hohenems situierten Fabriken der Firma Rosenthal um 400.000 Kronen. Zwei weitere in Hohenems gelegene Webereien und die Spinnerei in Rankweil wurden durch die Firma Adolf Schwab – Hammersteiner Spinnerei und Weberei AG in Wien erworben.¹⁴¹ M. B. Neumann's Söhne war 1871 in Wien als Textilhandelsgeschäft gegründet worden und betrieb seit 1880 eine Textildruckerei im böhmischen Köninginshof an der Elbe. Als Gesellschafter leitete Felix Neumann Edler von Ditterswaldt seit 1918 das Unternehmen. 1923 wurde das Unternehmen in eine Aktiengesellschaft umgewandelt. Hauptaktionärin war seit dieser Umwandlung bzw. seit 1924 die Böhmisches Union-Bank in Prag. Die Firma hatte in der Zwischenkriegszeit immer wieder mit krisenbedingten Schwierigkeiten zu kämpfen. Im Vorstand der Gesellschaft saßen zwar nach 1923 noch Dr. Richard und Felix Neumann, sie kontrollierten allerdings nur noch eine Minderheitsbeteiligung und schieden 1928 aus der

140 Vgl. Otten, Firmengeschichte.

141 Die Firma Rosenthal geht auf ein schon im 18. Jahrhundert in Hohenems existierendes Textilhandelsunternehmen Urban Levi's zurück, der 1813 den Namen Rosenthal annahm. 1826 übernahmen seine Söhne Philipp und Josef das väterliche Unternehmen und wandelten es 1833 in eine Gewerbetriebung mit dem Namen „Gebrüder Rosenthal“ um. Sie eröffneten Filialen in Wien, Prag und Verona, erwarben eine Beteiligung an der Bauwollspinnerei Johann K. Kopf in Götzis, errichteten jeweils eine Weberei in Hohenems und in Schaan. 1905 beschäftigte der Betrieb ca. 1.000 Arbeiter und verfügte über 680 Webstühle. 1905 wurde die Firma in eine AG umgewandelt, an der auch die CA beteiligt war. 1910 wanderte Rudolph Rosenthal, der die Firma geleitet hatte, nach Amerika aus. 1912 wurde die Gesellschaft teilweise stillgelegt und 1916 verkauft. Vgl. dazu Esther Graf: Die Firma Gebrüder Rosenthal und ihre Geschichte, in: Otten: Firmengeschichte, S. 9-28.

Gesellschaft aus. Danach war das Unternehmen Eigentum der Böhmisches Union-Bank.¹⁴²

Wie bei vielen anderen Unternehmen war auch M. B. Neumann's Söhne durch die Verschuldung bei der Prager Bank schließlich in den Besitz der Bank übergegangen. Zwischen 1924 und 1938 wurde keine Dividende ausbezahlt und 1936 das Aktienkapital halbiert.¹⁴³ Nach dem „Anschluss“ wurde die Situation der Firma M. B. Neumann's Söhne prekär: Sie war Eigentum einer ausländischen Bank, die von den NS-Machthabern als jüdisches Unternehmen angesehen wurde.¹⁴⁴ Einerseits bekundeten einige andere Unternehmen ihr Interesse an der Firma, andererseits übte die neue Regierung des Landes Österreich Druck auf das Unternehmen aus, indem es nicht als arisches Unternehmen anerkannt wurde. Die Prager Bank war daher selbst an einem Verkauf des Unternehmens interessiert. Der prominenteste Interessent für eine Übernahme war der große Textilproduzent Franz M. Rhomberg in Dornbirn. Der Firma Rhomberg war jedoch nicht an einer Übernahme der Produktionsstätten gelegen, sie beabsichtigte vielmehr, die Werke der Firma M. B. Neumann's Söhne zu liquidieren und durch die Übernahme die eigene Einfuhrquote für die Rohmaterialien zu erhöhen. Ein Repräsentant der Firma Rhomberg (vermutlich handelte es sich um Hermann Rhomberg) bemerkte, dass „auch durch große Investitionen der Bauzustand nicht verbessert“ werden könne. Die Verzögerung der Verhandlungen, die prekäre Situation der Böhmisches Union-Bank, die sich erst durch deren Übernahme durch die Deutsche Bank im Jahr 1939 klärte, wirkten sich auf das Hohenemser Unternehmen nicht förderlich aus. Die Umsätze sanken 1939 und 1940 in besonders starkem Maß. Die Prager Bank bemühte sich weiterhin um einen

142 Vgl. dazu Rupert Tiefenthaler: M. B. Neumann's Söhne – Textilproduktion zwischen den beiden Weltkriegen, in: Otten: Firmengeschichte, S. 29-34.

143 Das Aktienkapital betrug öS 800.000.- und war auf 800 Aktien verteilt.

144 Die Böhmisches Union-Bank beschäftigte viele deutschsprachige Juden als Direktoren und Angestellte und wurde oftmals als jüdische Bank bezeichnet. Sie wurde nach der Okkupation des Sudetenlandes im Herbst 1938, der Besetzung der Tschechoslowakei am 15. März 1939 und der nachfolgenden Errichtung des Protektorats von der Deutschen Bank übernommen. Diese Übernahme war im März 1940 abgeschlossen, sei Juli 1939 galt die Böhmisches Union-Bank daher als „arisches“ Unternehmen. Vgl. Harold James: Die Böhmisches Union-Bank und Josef Otten, in: Otten, Firmengeschichte, S. 53-67, hier S. 60f.

Käufer. Obwohl mit mehreren Unternehmen Verhandlungen geführt wurden, kam es zu keinem erfolgreichen Abschluss.

1941 wurde der Firmenname geändert. Die Gesellschaft firmierte nun als Hohenemser Weberei und Druckerei AG. In diesem Jahr kam es auch zu Verhandlungen mit Josef Otten, einem Beamten des RWM und Leiter der Fachgruppe Textilwirtschaft. Otten stammte aus einer Textilindustriellenfamilie, war seit 1941 Mitglied der NSDAP und hatte seit 1935 erfolgreich eine arisierte Weberei in Mönchen-Gladbach geleitet. Seit 1939 war er Stellvertreter des Reichskommissars für Seide, Kunstseide und Zellulose.¹⁴⁵ Durch seine Funktionen hatte Otten hervorragende Kontakte zu den entscheidenden Behörden. Otten konnte schließlich die Firma im Dezember 1941 um RM 728.832.- erwerben. Er hatte außerdem die Schulden des Unternehmens in der Höhe von über RM 1,1 Mio. zu übernehmen. Otten zahlte RM 0,5 Mio. sofort, der Rest sollte in den nächsten vier Jahren abgezahlt werden. Die Frage, ob Otten ein jüdisches Unternehmen erwarb, wurde von der Wirtschaftskammer Alpenland im August 1941 geprüft. Ihr Bericht kam zum Ergebnis, dass die Firma M. B. Neumann's Söhne seit 1923 nicht mehr als jüdisch einzustufen war, da nicht nachgewiesen werden könne, dass die Aktienmehrheit sich in jüdischem Besitz befand. Der Gauwirtschaftsberater fühlte sich jedoch übergangen und äußerte sich verstimmt darüber, dass die lokalen Parteiautoritäten in die Verkaufsverhandlungen nicht eingebunden waren.¹⁴⁶ Zweitweise war die Fabrik daher von der behördlichen Schließung bedroht, da eine zentrale Anordnung zur Rationalisierung in der Textilindustrie zwecks Stilllegung überflüssiger Fabriken gegeben worden war. 1942 wurde der Firmenname wiederum geändert: Die Firma nannte sich nun Hohenemser Weberei und Druckerei Josef Otten. 1944 wurden die noch bei der Böhmisches Union-Bank offenen Kredite auf eine Filiale der Deutschen Bank in Friedrichshafen übertragen. Bei Kriegsende handelte es sich dabei um Schulden in der Höhe von RM 836.015.-.¹⁴⁷

Begrifflicherweise hatte die Übernahme der Firma durch Josef Otten nach Kriegsende ein Nachspiel. Erstens wurde Josef Otten verhaftet und

145 Ebd. S. 64.

146 Ebd. S. 64.

147 Ebd. S. 65.

blieb längere Zeit ohne Prozess interniert. Zweitens wurde die Firma Otten unter öffentliche Verwaltung (ÖV) gestellt, galt als „Deutsches Eigentum“, ging vorübergehend in den Besitz der Republik Österreich über und wurde erst 1956 an Otten, nachdem dieser die österreichische Staatsbürgerschaft erworben hatte, zurückgegeben. Drittens zahlte Josef Otten – nachdem die Rückstellungskommission die „Nichtigkeit der Entziehung“ festgestellt hatte¹⁴⁸ – im Rahmen eines Vergleiches mit der Böhmischem Union-Bank in Liquidation öS 2 Mio. Ausdrücklich wurde in der Vereinbarung anerkannt, dass bei der Übernahme die Regeln des redlichen Verkehrs eingehalten worden waren.¹⁴⁹ Viertens musste Otten sich noch in den sechziger Jahren mit einer Forderung der Deutschen Bank auseinandersetzen, die auf der Rückzahlung ihrer Kredite bestand. Es kam zu einem Rechtsstreit, da man sich bei der Bewertung der Reichsmarkkredite nicht einigen konnte. Die Übernahme der Firma M. B. Neumann durch Josef Otten, so resümiert Harold James den Fall, sei keine „den normalen Definitionen entsprechende ‚Arisierung‘“ gewesen, sie sei lediglich von den Behörden als solche behandelt worden.¹⁵⁰ Dem ist nur hinzuzufügen, dass eben nicht jede Enteignung eine Arisierung war, was aber längst nicht bedeutet, dass es sich damit schon um ein den üblichen Usancen entsprechendes Geschäft gehandelt haben muss. Die Frage ist, ob die Bestätigung, Otten habe die „Regeln des redlichen Verkehrs“ eingehalten, nicht Teil der Einigung, mithin erkaufte war. Festzuhalten ist schließlich, dass die Böhmischem Union-Bank zum Zeitpunkt des Verkaufs nicht mehr existierte,

148 Das von Harold James nicht erwähnte Erkenntnis von 1954 stellte fest, dass gemäß § 3, Abs. 2 des 5. RStG zum Zeitpunkt der Auflösung der Firma von 800 Aktien die Böhmischem Union-Bank 768, Dr. Josef Otten 30 Aktien besaßen. Zwei Aktien befanden sich in unbekanntem Besitz. Die Aktien der Böhmischem Union-Bank und der unbekanntem Eigentümer seien „als entzogen den Anteilberechtigten zurückzustellen“. Archiv des LG Feldkirch, RK 7/54. Erkenntnis der Rückstellungskommission beim LG Feldkirch, 15. 4. 1954. Das erste – unter der Aktenzahl Rk 38/48 – abgewickelte Rückstellungsverfahren im Fall M. B. Neumann's Söhne ist im Bestand der Rückstellungsakten im Landesgericht Feldkirch nicht vorhanden.

149 Vgl. James, Union-Bank, S. 66. Nach James ging das Geld an einen „Beauftragten“ der Böhmischem Union-Bank mit einer Adresse in der Schweiz. Otten habe nur deshalb gezahlt, weil er auf Grund der ÖV seines Betriebes in einer „schwachen“ Verhandlungsposition gewesen sei.

150 Ebd. S. 66 f.

die Eigentümer der Firma M. B. Neumann somit nicht frei über ihr Eigentum verfügen konnten. Jeder informierte Geschäftsmann und zumal ein hoher Beamter des RWM wie Dr. Josef Otten wusste, was mit der Böhmisches Union-Bank geschehen war.

*„Ihr seid ja Narren, wenn ihr glaubt, dass
ibr die Alma wieder zurückbekommt.“*

Zerlauth, Präsident der Vorarlberger Bauern-
kammer im Jahr 1947

1.4 Die Bauerngenossenschaft Alma übernimmt das Schmelzkäsewerk Rupp¹⁵¹

1.4.1 Josef Rupp und seine Unternehmungen

Josef Rupp war Käsehersteller, Milchproduktehändler und Landwirt.¹⁵² Er besaß im März 1938 eine Molkerei in Bregenz (ca. zehn Mitarbeiter), eine Käserei und einen Käsehandel in Lochau bei Bregenz (ca. 20 Mitarbeiter) und eine große Landwirtschaft (ca. 25 Hektar). Josef Rupp hatte außerdem in Hörbranz, wo er mit den Bauern einen Milchkaufvertrag abgeschlossen hatte, seit 1931 eine Käserei und Sennerei gepachtet¹⁵³ und besaß ein neu errichtetes Käseschmelzwerk in Lochau, das gerade in Betrieb genommen wurde. Zwischen 1923 und 1932 saß Rupp als Abgeordneter der christlichsozialen Partei im Vorarlberger Landtag und war im Finanz- und

151 Die Darstellung des Falles stützt sich auf den betreffenden Aktenbestand des Familien- und Firmenarchives Rupp in Lochau (zitiert als: Archiv Rupp, Rückstellungsverfahren). Der Bestand setzt sich zusammen aus fünf Ordnern und umfasst Materialien und Dokumente zur Person des Josef Rupp und zur Geschichte der Firma Rupp. Akten zum Rückstellungsverfahren Rk 1/47 (Josef Rupp gegen Alma) sind im Archiv des LG Feldkirch nach gegenwärtigem Kenntnisstand nicht erhalten.

152 Josef Rupp (1885–1962) wurde in Fussach/Vorarlberg als drittältester von acht Söhnen des Landwirtes und Käsehändlers Peter Rupp geboren. Er begann seine berufliche Laufbahn als Hüterbub im Schwabenland, machte schließlich eine Lehre als Käser und Senn in Rucksteig bei Möggers. Als Untersenn sparte er die Mittel zusammen, die es ihm ermöglichten, eine Molkereischule im schweizerischen Rütli-Zollkofen zu besuchen. Danach war er als selbstständiger Käser im Allgäu tätig. 1908 mietete er ein Sennereilokal in Möggers, bald darauf übersiedelte er nach Schwarzenberg. Er produzierte Emmentaler nach Schweizer Art, den er mit Erfolg auf dem Wiener Markt absetzte. 1912 übernahm er die als Musterbetrieb geführte – allerdings defizitäre – Landes-Käserei-Schule in Doren im Bregenzerwald. Unter seiner Leitung warf das Unternehmen bald Gewinne ab. 1914 wurde er zum Kriegsdienst eingezogen, allerdings auf Betreiben der Vorarlberger Landesregierung bald wieder freigestellt. Neben der Käseerschule wurde ihm die Kriegsbewirtschaftung für

Landwirtschaftsausschuss tätig. Damit verbunden war die Tätigkeit als Verwaltungsrat der Vorarlberger Landeselektrizitäts-AG, der Vorarlberger Kraftwerke AG und der Pfänderbahn AG.¹⁵⁴ Seit 1928 war er Bürgermeister von Lochau. 1932 hatte er allerdings sein Landtagsmandat zurückgelegt und gab die damit verbundenen Funktionen auf, blieb allerdings weiterhin Bürgermeister von Lochau. Er begründete seinen Schritt mit „derzeit großen Schwierigkeiten im eigenen Geschäft“.¹⁵⁵ Er war außerdem Zunftmeister der Molkereieinnung¹⁵⁶ und hatte außerdem den Vorarlberger Molkerei- und Käsereiverband mitbegründet. Während des Ständestaates war Josef Rupp Funktionär der Vaterländischen Front.¹⁵⁷ Schon am 10. November 1933 hatte sich ein politisch motivierter Anschlag

Käse, Butter und Milch übertragen. Rupp organisierte eine „gerechte“ Ablieferung durch die Erzeuger und eine „gerechte“ Verteilung an die Konsumenten. Er besuchte laufend sämtliche Alpen- und Talsennereien des Landes und überblickte in dieser Position die gesamte Milchverwertung und -wirtschaft. Nach dem Kriegsende übersiedelte Rupp nach Lochau und übernahm hier die Landwirtschaft seines Schwiegervaters Engelbert Kohler. Er begann Milch von weiteren Sennereien aufzukaufen und betrieb neben der Käse- und Buttererzeugung auch einen Handel mit Milchprodukten. 1931 erwarb er die Molkerei Bregenz und finanzierte außerdem in Hörbranz eine moderne Emmentaler-Käserei, die er fortan in Pacht betrieb. Immer bedeutender wurde für Rupp das Exportgeschäft. Zwischen 1932 und 1938 exportierte Rupp zwischen 60.000 und 70.000 kg Emmentaler jährlich nach Frankreich, USA, Deutschland, Italien, England, Belgien, Syrien, Marokko und Norwegen. Vor allem im Ausland entstand eine Nachfrage nach Schmelzkäse, die Rupp zunächst durch andere Fabriken in Blockform herstellen ließ. Da die Kooperation mit seinen Partnern jedoch nicht befriedigend war, entschloss er sich, 1937 auf dem Grundstück einer stillgelegten Waschmittel-Fabrik in Lochau, die er 1933 aus der Konkursmasse des Unternehmers Dr. Blumer erworben hatte, ein eigenes Schmelzwerk zu errichten. Josef Rupp war seit 1916 verheiratet und hatte gemeinsam mit seiner Frau Rosa, geb. Kohler (geboren 1904), vier Töchter und zwei Söhne. Nach 1945 war er Vorstandsmitglied der Landesgruppe Vorarlberg der Vereinigung Österreichischer Industrieller. Vgl. Die Industrie Nr. 31 vom 3. 8. 1962, S. 14.

153 Archiv Rupp, Rückstellungsverfahren, Ordner III. Entwurf eines Beweisantrages (gestützt auf die Aussage des Ing. Josef Klang), undatiert.

154 Vgl. Compass. Finanzielles Jahrbuch – Personenverzeichnis (Verwaltungsräte und Direktoren) 1933, S. 1069.

155 Archiv Rupp, Rückstellungsverfahren, Ordner V. Schreiben Josef Rupp an Professor Marti, Obmann der Christlichsozialen Partei in Vorarlberg, 8.10.1932 betreffend den Rücktritt vom Landtagsmandat.

156 Vgl. Industrie-Compass 1936, S. 1535.

157 Gespräch Peter Melichar mit Johann Alge, Lochau, 25. Mai 2000.

gegen ihn gerichtet: Ein Sprengkörper zerstörte die Einrichtung seines Büros. Die mutmaßlichen Täter waren Nationalsozialisten.¹⁵⁸

1.4.2 Enteignung und Vermögensentzug

Durch die nationalsozialistische Machtübernahme geriet Josef Rupp zunehmend unter Druck. Unmittelbar nach dem „Anschluss“ kam es zu einer Hausdurchsuchung im Haus des Josef Rupp, außerdem wurden er und sein Mitarbeiter Johann Alge verhaftet. Rupp wurde noch am selben Abend wieder freigelassen, sein Mitarbeiter nach einigen Tagen. Für „Wiedergutmachung“ und Enthaftung hatte Rupp öS 10.000.- zu bezahlen. Gegen die bevorstehende Eröffnung des neu errichteten Käse-schmelzwerkes formierte sich politischer Widerstand seitens der Landesbauernkammer, des Reichsnährstandes und der Landesregierung. Zwar hatte Josef Rupp noch am 31. März 1938 einen Gewerbeschein von der Bezirkshauptmannschaft ausgestellt bekommen,¹⁵⁹ aber mit dem „Anschluss“ wurde der Export von Milchprodukten streng limitiert; daher bemühte sich Rupp um eine Partnerschaft mit der Fa. Grünland in Kempten im Allgäu und am 2. Mai 1938 schlug er der in Bregenz situierten Bauerngenossenschaft „Alma“ eine Fusion bzw. Assoziierung bezüglich des neuen Schmelzwerkes mit ihrem Betrieb vor.¹⁶⁰ Dieses Angebot Rupps, das aller-

158 Archiv Rupp, Rückstellungsverfahren, Ordner II. Vorarlberger Tagblatt vom 12. 11. 1933

159 Archiv Rupp, Rückstellungsverfahren, Ordner V. Gewerbeschein f. Josef Rupp für das Gewerbe der fabrikmäßigen Erzeugung von Schmelz- und Konservenkäse aller Art, ausgestellt durch die Bezirkshauptmannschaft Bregenz am 31. März 1938.

160 Die „Alma Vorarlberger Käsefabrikation – Export“ war eine 1921 gegründete reg. Genossenschaft mbH mit Sitz in Bregenz. Von den insgesamt 585 Anteilen fielen 228 Anteile auf Einzelmitglieder, also Landwirte, 256 fielen auf landwirtschaftliche Genossenschaften und 101 Anteile fielen auf Mitglieder, die keine Landwirte waren, sondern Händler, Wirte etc. Die Alma war also eine Art genossenschaftlicher Dachverband und erfasste 1938 ca. 30–40 % der Bauern in Vorarlberg. Gegenstand des Unternehmens war die gemeinschaftliche Verwertung des von Mitgliedern erzeugten Käse auf gemeinsame Rechnung. Die Genossenschaft betrieb ein Schmelzwerk und handelte mit Milchprodukten. 1937 plante die Genossenschaft den Bau eines neuen Werkes in Bregenz, war allerdings mit dem Widerstand der Stadt konfrontiert, die eine „übelriechende“ Käseproduktion im Stadtzentrum ablehnte. Vgl. Archiv Rupp, Rückstellungsverfahren, Ordner III. Josef Rupp, Gegenäußerung auf eine Beschwerde der Alma, 12. 1. 1949.

dings einen Verkauf des neuen Schmelzwerks dezidiert ausschloss, wurde jedoch von der „Alma“ abgelehnt.¹⁶¹ Doch bald darauf wurde er telefonisch von der Bauerngenossenschaft „Alma“ informiert, er dürfe das Werk nicht in Betrieb nehmen. Am 2. Juni 1938 kam es zu einer Verhandlung zwischen der Firma Rupp, der Landesregierung, der Bauerngenossenschaft „Alma“ und dem Gaubauernführer Karl Troy. Harald Eberl,¹⁶² der Finanzreferent der Landesregierung, formulierte eingangs eine Reihe von Vorwürfen gegen Josef Rupp:

- Er habe den Gewerbeschein „nicht auf einwandfreiem Wege erhalten“,
- gegen „besseres Wissen“, dass die Bauernschaft, die schon vor dem „Umbruch“ gegen die Errichtung des Werkes gewesen sei, habe man die Fabrik gebaut,
- es existierten in Österreich zu viele Schmelzwerke,¹⁶³ daher sei der „Reichsnährstand“ gegen die Eröffnung des Rupp’schen Werkes,
- die neue Marktordnung, die demnächst eingeführt werde, verbiete neue Schmelzwerke, und
- durch die Eröffnung des Rupp’schen Werkes würde insbesondere die Bauern-Genossenschaft „Alma“ geschädigt.

Ein Verkauf des Schmelzwerkes sei aus all diesen Gründen unumgänglich. Da eine Eröffnung des neuen Schmelzwerkes durch die Firma Rupp nicht in Frage komme, so erklärte Eberl weiters, könne allerdings nicht der „Bau- oder Ertragswert“ die Grundlage für einen Verkaufspreis bilden, sondern lediglich der „Liquidationswert“. Als Käufer habe sich die Genossenschaft „Alma“ angeboten. Eberl stellte abschließend fest, „dass nicht die Alma die

161 Archiv Rupp, Rückstellungsverfahren, Ordner I. Beweis Antrag des geschädigten Eigentümers Josef Rupp an die Rückstellungskommission beim LG Feldkirch (Zl. Rk 1/47) 3. Januar 1948, S. 4.

162 DDr. Harald Eberl war Rechtsanwalt und wurde im März 1938 Funktionär der Vorarlberger Landesregierung. Er war laut Ausführung der Rückstellungskommission beim LG Feldkirch „im ganzen Land als ehemaliger illegaler und fanatischer Nationalsozialist bekannt“. Archiv Rupp, Rückstellungsverfahren, Ordner I. Zwischenerkenntnis v. 1. Oktober 1948.

163 1938 bestanden in Österreich 16 Schmelzwerke, neun davon mussten den Betrieb einstellen, lediglich sieben wurden bis 1945 weiterbetrieben. Vgl. Archiv Rupp, Rückstellungsverfahren, Ordner III. Äußerung des Antraggegners, 3. 10. 1947.

Nichteröffnung verlangt habe, sondern der Reichsnährstand aus eigenem in Anbetracht der sonstigen Schädigung der bäuerlichen Interessen.“¹⁶⁴ Josef Rupp erklärte, er sei erst in „allerletzter Zeit“ von der Bauernkammer informiert worden, dass sie gegen die Eröffnung des Schmelzwerkes Stellung beziehe. Die Landesregierung habe ebenfalls der Eröffnung zugestimmt. Der Vorwurf, er habe den Gewerbeschein „unrechtmäßig“ erworben, sei unzutreffend. Da er die Gewerbeberechtigung besitze, könne er sein Schmelzwerk auch betreiben. Der Direktor der Firma Rupp erklärte, die alten Gesetze seien nicht außer Kraft gesetzt, es existierten bislang keine Durchführungsverordnungen des Reichsnährstandes und es sei vom ökonomischen Standpunkt aus unverständlich, warum ein neues Werk stillgelegt werde, obwohl es leistungsfähig und hygienisch einwandfrei sei.

Der Landesfinanzreferent Eberl erwiderte daraufhin, dass „weiteres Herumreden unnötig sei“ und man „über den Verkaufspreis“ verhandeln solle. Josef Rupp fragte daraufhin, „ob man ihn zwingen könne, sein Käseschmelzwerk nicht zu eröffnen.“ Eberl antwortete, er könne mitteilen, „dass das Werk nicht eröffnet werde.“ Auf die Frage nach den gesetzlichen Bestimmungen erklärte Eberl, dass der Reichsnährstand die Eröffnung nicht wünsche und „dass er daher das Recht und Macht habe, zur Wahrung der Allgemein- und im Besonderen der bäuerlichen Interessen die Nichteröffnung des Werkes zu verfügen.“ Auch Gaubauernführer Karl Troy bestätigte, dass die Eröffnung und Betreibung des Werkes durch die Firma Rupp nicht in Frage komme und erteilte ihm den Rat, das Werk an die „Alma“ zu verkaufen. Eberl gab zu bedenken, dass ein Mangel an Verständnis beim Betrieb der übrigen Molkereien und Käsereien schaden könne, da Rupp auf die Bauernkammer in vielen Angelegenheiten angewiesen sei. Auf die Frage, was er für die Fabrik verlange, antwortete Rupp, „dass er dann, wenn man ihn zwingt, die Fabrik verkaufe“. Er nannte Selbstkosten von mindestens öS 350.000.-. Eberl erklärte, dieser Preis sei zu hoch, man habe einen Preis von öS 200.000.- in Aussicht genommen. Rupp erklärte daraufhin, dieser Preis sei unzumutbar. Er sagte, „wenn die Herren die Macht haben, das Werk zu schließen, müsse er sich der Macht beugen. Er ziehe es aber bei diesem Preis vor, das Werk überhaupt nicht an

164 Archiv Rupp, Rückstellungsverfahren, Ordner III. Gedächtnis-Niederschrift über die Verhandlung am 2. Juni 1938 betreffend die Stilllegung bzw. den Verkauf des Käseschmelzwerkes.

die Alma zu verkaufen, sondern es vorderhand stillzulegen.“ Eberl appellierte an Rupp als „klugen Kaufmann“ und gab zu bedenken, dass die Fabrik „mit der Zeit Stein und altes Eisen werde“. Nach weiteren Beratungen einigte man sich auf einen Verkaufspreis von öS 290.000 und es wurde ein dementsprechender Vertrag in Form eines Kaufangebotes ausgearbeitet. Der Wunsch Josef Rups, die „Alma“ als Käuferin möge ihm das vertragliche Recht einräumen, zum Selbstkostenpreis Käse schmelzen zu lassen, wurde nicht berücksichtigt.¹⁶⁵ Rupp hatte außerdem ca. 30.000 kg Schmelzrohware zu einem sehr niedrigen Preis zu überlassen. Die Kaufsumme konnte Josef Rupp in der Folge nach eigenen Angaben nicht „nutzbringend“ einsetzen, sie war größtenteils auf Sperrkonten „eingefroren.“ Der Milchkaufvertrag mit den Hörbranzern Bauern wurde aufgelöst und die Sennerei Hörbranz damit der Bewirtschaftung durch Josef Rupp entzogen. Es war auch beabsichtigt, die Molkerei Bregenz einer kommissarischen Verwaltung zu unterstellen und entweder in eine eigene Genossenschaft umzuwandeln, oder sie im Zuge der geplanten Zentralisierung der Milchwirtschaft der neu gegründeten Großmolkerei Dornbirn einzugliedern.¹⁶⁶ Dazu kam es jedoch nicht, nachdem der spätere Schwiegersohn Josef Rups, Josef Lerchenmüller, der NSDAP-Mitglied war, die Leitung der Molkerei übernommen hatte.¹⁶⁷ Josef Rupp berichtete nach dem Krieg von weiteren Schikanen. Alle männlichen Angestellten seines Unternehmens wurden – im Gegensatz zu jenen der „Alma“ – zu Kriegsbeginn eingezogen, auch seine beiden Söhne erhielten jeweils mit 17 Jahren einen

165 Archiv Rupp, Rückstellungsverfahren, Ordner I. Verbindliches Angebot durch Josef Rupp vom 2. Juni 1938.

166 Archiv Rupp, Rückstellungsverfahren, Ordner I. Beweis Antrag des geschädigten Eigentümers Josef Rupp an die Rückstellungskommission beim LG Feldkirch (Zl. Rk 1/47) 3. Januar 1948, S. 4. Vgl. dazu Akten der Stadt Bregenz zum Plan der Errichtung einer Großmolkerei Bregenz auf genossenschaftlicher Grundlage, Stadtarchiv Bregenz Zl. 1940/16. Das Erkenntnis der Obersten Rückstellungskommission erwähnt übrigens, Josef Rupp sei in diesem Zusammenhang von politisch maßgeblichen Personen als „politisch untragbar“ bezeichnet worden und beruft sich auf einen Akt der Stadt Bregenz (Bericht des Bürgermeisters von Bregenz an die Kreisleitung Bregenz v. 9.7.1941, Zl. 58/4).

167 Vgl. die Aussagen von Josef Lerchenmüller und Paul Kuner vor der Rückstellungskommission. Archiv Rupp, Rückstellungsverfahren, Ordner I. Protokoll aufgenommen von der Rückstellungskommission beim LG Feldkirch, 18. Juni 1948 (Rk 1/47).

Einberufungsbefehl. Auch der schon erwähnte Schwiegersohn Josef Lerchenmüller wurde einberufen, obwohl er Betriebsleiter der Molkerei Bregenz war und bei den anderen Betrieben niemand in derartiger Position einberufen wurde.¹⁶⁸

1.4.3 Rückstellungsverfahren und politische Interventionen

Beim Einmarsch französischer Truppen nach Vorarlberg flüchteten die Leiter des von der „Alma“ betriebenen Schmelzwerkes. Da es zu Plünderungen kam, übernahm Josef Rupp vorübergehend die Leitung des Werkes und übergab es am 1. Juni 1945 wiederum der „Alma“.¹⁶⁹ Am 23. Oktober 1945 richtete Josef Rupp einen „Wiedergutmachungsantrag“ an die „Wiedergutmachungskommission“ des Landes Vorarlberg, in dem er den Sachverhalt aus seiner Perspektive darstellte und die Rückgabe des Werkes und der entzogenen Materialien beantragte.¹⁷⁰ Dieser Antrag blieb jedoch zunächst folgenlos. Rupp suchte 1946 um Aufnahme in den KZ-Verband für Vorarlberg an. Er begründete den Antrag mit der Verhaftung 1938 und mit der Enteignung des Schmelzkäsewerkes und gab seiner Hoffnung Ausdruck, dass der Verband ihn bei der Wiedergutmachung unterstütze: „Ich war durch 10 Jahre Landtagsabgeordneter und Bürgermeister von Lochau, lehnte den Nationalsozialismus entschieden ab und verurteilte denselben auf schärfste (sic). Dies auch nach der Machtübernahme in Österreich, wodurch ich während der ganzen Naziherrschaft Schikanen und Verfolgungen ausgesetzt war bzw. erliden musste. (...) Ich ersuche Sie, wie mit Herrn Hämmerle besprochen, um Ihre volle Unterstützung bezüglich der Wiedergutmachung, insbesondere in der Zurückgabe des mir entzogenen Vermögens.“¹⁷¹

168 Archiv Rupp, Rückstellungsverfahren, Ordner III. Josef Rupp an die Wiedergutmachungskommission des Landes Vorarlberg, 23. 10. 1945.

169 Archiv Rupp, Rückstellungsverfahren, Ordner II. Brief Josef Rupp an Anton Fink (Obmann der Alma), 2. Juni 1945, Ordner II.

170 Archiv Rupp, Rückstellungsverfahren, Ordner III. Wiedergutmachungsantrag Josef Rupp an die Wiedergutmachungskommission des Landes Vorarlberg, 23. Oktober 1945.

171 Archiv Rupp, Rückstellungsverfahren, Ordner III. Josef Rupp an den KZ Verband für Vorarlberg, 8. 11. 1946.

Gleichzeitig ließ sich Josef Rupp durch den Vorarlberger Abgeordneten zum Nationalrat Ernst Kolb laufend über die gesetzlichen Regelung der Wiedergutmachung bzw. Rückstellung informieren¹⁷² und meldete im Oktober 1946 bei der Bezirkshauptmannschaft Bregenz den erlittenen Vermögensentzug an.¹⁷³ Außerdem suchte Rupp im Jahr 1946 um Einsetzung als Öffentlicher Verwalter für sein ehemaliges Schmelzwerk an und wurde daraufhin durch das BMF-VS zum ÖV bestellt, da es sich bei dem Werk, so lautete die Begründung des Bescheides, „um ein entzogenes Vermögen handelt und die Gefahr der Vermögensverschleppung in der Weiterführung des Betriebes durch die derzeitige Geschäftsführung, die mit einer Rückstellung rechnen muß, begründet ist.“¹⁷⁴ Dies wurde jedoch von diversen einflussreichen Gruppierungen als Skandal betrachtet. In einer Unterredung mit dem Präsidenten der Bauernkammer sagte dieser wörtlich zu Josef Rupp: „Ihr seid ja Narren, wenn ihr glaubt, dass ihr die Alma wieder zurückbekommt!“ Und er fuhr fort: „Gestern war Bauernkammertagung, Vizepräsident ist Herr Nennung, im ganzen Wald ist schon Revolution, ihr hetzt euch die ganzen Bauern auf den Hals. Passt auf, in nächster Zeit wird es noch allerhand geben gegen euch, ihr seid ja diejenigen, die Kommunisten und Sozialdemokraten Öl aufs Feuer schüttet. Wir arbeiten Tag und Nacht dagegen und ihr macht das Gegenteil. Im Übrigen hat Herr Rupp überhaupt keine Konzession für

172 Archiv Rupp, Rückstellungsverfahren, Ordner III, V. Vgl. die Briefe NR Ernst Kolbs vom 6. August, 10. September, 17. und 18. September 1946 an Josef Rupp. Der Vorarlberger Unternehmer Josef Rupp ist übrigens nicht identisch mit jenem, aus Höflein stammenden, Nationalratsabgeordneten Josef Rupp, der in parlamentarischen Ausschüssen an den Rückstellungsgesetzen mitgearbeitet hat. Der Abgeordnete zum österreichischen Nationalrat Josef Rupp (geboren 1895 in Höflein, gestorben 1962 in Wien) war Bauer, Gemeinderat in Höflein vor 1938, Mitglied der Landwirtschaftskammer Niederösterreich und Obmann des Bezirksbauernrates. Er war während der NS-Zeit viereinhalb Jahre im KZ inhaftiert. Nationalrat war er von 1945 bis 1949. Vgl. auch die Online-Kurzbiographien österreichischer Nationalratsabgeordneter: <http://www.parlinkom.gv.at/pd/pad/kb/kb01720.html>.

173 Archiv Rupp, Rückstellungsverfahren, Ordner III. Anmeldung einer entzogenen Vermögenschaft bei der BH Bregenz, 9. Oktober 1946.

174 Archiv Rupp, Rückstellungsverfahren, Ordner III und I. Josef Rupp, Antrag auf Einsetzung zum ÖV der „Alma“ an das BMF-VS, 31. Dezember 1946. Bescheid des BMF-VS auf Einsetzung Josef Rupp als ÖV bei der „Alma“, 3. Februar 1947.

Schmelzkäserei und diesmal wird Rupp nicht den Herrn Landeshauptmann bücken¹⁷⁵, sondern er ihn. (...) Mich geht die Sache wegen der Alma ja nichts an, ich kümmere mich nicht darum, aber ich sage euch nur, nehmt Vernunft an. Man hätte doch zuerst mit den Alma-Leuten reden müssen.“¹⁷⁶ Dr. Amman, der Leiter der Abteilung Vermögenssicherung in der Vorarlberger Landesregierung, bemerkte, Rupp habe seine Position in der Rückstellungsangelegenheit bedeutend verschlechtert.¹⁷⁷ Der Vorarlberger Landeshauptmann Ilg intervenierte in einem Protestschreiben an das Ministerium persönlich und präziserte die Verfehlungen: 1. sei die Vorarlberger Landesregierung übergangen worden, 2. sei es unmöglich, die Konkurrenz Rupp auszuliefern, 3. könne er es nicht verantworten, dass man jemanden zum öffentlichen Verwalter für einen Betrieb bestellt, der Restitutionsansprüche gegen denselben Betrieb geltend macht.¹⁷⁸ Auch die betroffene Bauerngenossenschaft „Alma“ richtete schwere Vorwürfe an Josef Rupp,¹⁷⁹ der sich dadurch veranlasst sah, sich in zahlreichen Briefen und in einem an die Genossenschaftsmitglieder „Alma“ gerichteten Rundschreiben zu rechtfertigen.¹⁸⁰

Um keiner weiteren Erregung Vorschub zu leisten, verzichtete Rupp jedoch darauf, die Verwalterstelle anzutreten und wurde formell im

175 „Bücken“ ist ein mundartlicher Ausdruck für „beugen“ bzw. „in die Knie zwingen“.

176 Archiv Rupp, Rückstellungsverfahren, Ordner III. Josef Rupp, Notiz zur Unterredung mit Präsident Zerlauth, 13. Februar 1947.

177 Archiv Rupp, Rückstellungsverfahren, Ordner III. Josef Rupp, Schreiben an Dr. Amann, Leiter der Abt. Vermögenssicherung der Vorarlberger Landesregierung, 24. Februar 1947.

178 Archiv Rupp, Rückstellungsverfahren, Ordner III. Diese Kritikpunkte aus dem Protestschreiben wurden Josef Rupp telefonisch durch Dr. Fritz Florian mitgeteilt, Notiz v. 20. 2. 1947.

179 In einem „Rundschreiben“ wurde von der „Alma“ behauptet, Rupp habe sich eine Bestätigung über sein „soziales Verhalten“ vom Gewerkschaftsbund „erschlichen“ und die Funktion eines öffentlichen Verwalters nur durch „unwahre Angaben“ erlangt. Archiv Rupp, Rückstellungsverfahren, Ordner I. „Alma“ an alle Sennereien, Molkereien und Bürgermeisterämter bzw. Milchleistungsausschüsse, März 1947.

180 Archiv Rupp, Rückstellungsverfahren, Ordner I und III. Josef Rupp an alle Sennereien, Molkereien und Bürgermeisterämter bzw. Milchleistungsausschüsse, März 1947. Josef Rupp an das Präsidium der Gewerkschaft (z. H. Präs. Linder), 1. März 1947.

September 1947 als ÖV wieder abberufen.¹⁸¹ Inzwischen hatte er jedoch auch – nachdem das 3. Rückstellungsgesetz endlich die Ansprüche zwischen Privaten regelte – bei der beim Landesgericht Feldkirch eingerichteten Rückstellungskommission einen gegen die „Alma“ gerichteten „Antrag auf Rückstellung einer entzogenen Vermögenschaft“ eingebracht.¹⁸² Die Rückstellungskommission legte den Streitwert mit einem Betrag von öS 2,000.000.- fest, „obwohl nach dem Rundschreiben der Gegnerin (=Alma) vom 26. Sept. v. J: der Wert des zurückgestellten Unternehmens öS 4,415.000.- betrug.“ Ein Antrag des Rechtsanwaltes Moosbrugger, der Josef Rupp im Verfahren vertrat, den Streitwert auf öS 4 Mio. festzulegen, wurde abgelehnt.¹⁸³

Gegen diesen Rückstellungsantrag brachte nun die „Alma“ als Antragsgegnerin eine Gegendarstellung ein, mit der sie die Forderungen Josef Rupps zu entkräften suchte und bestritt, dass es sich um einen Vermögensentzug im Sinne des 3. RStG handelte.¹⁸⁴ Die wichtigsten Punkte dieser Stellungnahme der „Alma“ umfassten folgende Behauptungen:

- Rupp verdanke den Gewerbeschein nicht „politischer Verfolgung, sondern nationalsozialistischer Unterstützung“,
- es sei „vollkommen unrichtig, dass der Antragsteller politischer Verfolgung durch den Nationalsozialismus unterworfen war“,
- die Tatsache, dass Rupp die Buttererfassungsstelle für den Bezirk Bregenz übernehmen konnte, lasse „keineswegs auf politische Verfolgung, sondern im Gegenteil auf weitgehendste Förderung schließen“,
- Rupp würde „in allerbesten Beziehungen zum Milch- und Fettwirtschaftsverband“ stehen,

181 Archiv Rupp, Rückstellungsverfahren, Ordner III. Bescheid des BMF-VS zur Aufhebung der Öffentlichen Verwaltung über die „Alma“ und Abberufung des Josef Rupp als ÖV, 2. September 1947.

182 Archiv Rupp, Rückstellungsverfahren, Ordner III. Antrag auf Rückstellung einer entzogenen Vermögenschaft bei der Rückstellungskommission des LG Feldkirch, 3. Mai 1947. Das Verfahren wurde unter der Aktenzahl Rk 1/47 abgehandelt. Allerdings finden sich im Landesgericht Feldkirch dazu keine Akten, da sich im Archiv des Gerichtes nur Akten zu Rückstellungsverfahren ab 1950 erhalten haben.

183 Archiv Rupp, Rückstellungsverfahren, Ordner V. RA Moosbrugger (Dornbirn) an Fa. Josef Rupp, 8. März 1950.

184 Archiv Rupp, Rückstellungsverfahren, Ordner I. Äußerung des Antragsgegners, 3. Oktober 1947.

- bei dem Schmelzwerk habe es sich um eine „tote, ertragslose Anlage“ gehandelt, die nur veräußert hätte werden können,
- die Veräußerung des Schmelzwerkes „wäre ganz unabhängig von der Machtergreifung erfolgt“,
- Rupp habe „sich schon früher bemüht, seine neu geschaffene Anlage an den Mann zu bringen“,
- aus der „freilich nicht einbekannten Einsicht der Unmöglichkeit der Eröffnung des eigenen Betriebes erwuchs die Bereitwilligkeit zum Verkauf“,
- Rupp habe „eine angemessene Gegenleistung“ erhalten,
- Rupp habe „den ihm bar bezahlten Kaufpreis auf das vorteilhafteste verwenden können“,
- „Drohung und Zwang“ hätten beim Verkauf keine Rolle gespielt, und der Rückstellungsantrag fordere auch die Erträgnisse, die auf Grund der Satzungen längst zur Verteilung gelangt seien und daher „gar nicht gefordert“ werden könnten.

Gegen diese Behauptungen der „Alma“ und auch gegen Zeugenaussagen von „Alma“-Funktionären, die in den mündlichen Verhandlungen gegen Rupp vorgebracht wurden, nahm Rupp in mehreren Beweisanträgen und auch in den Verhandlungen selbst Stellung. Einerseits versuchte er die politische Verfolgung zu belegen, andererseits betonte er, dass er sich keinesfalls einer politischen Unterstützung erfreut habe. Er stellte fest, dass das „Verbot der Aufnahme meines Betriebes nicht von der Behörde, sondern von der Konkurrenz ausgegangen war“, d. h. von der Antragsgegnerin „Alma“: Mehrere ehemalige Funktionäre hatten behauptet, dass das Schmelzwerk auf Grund von „Weisungen vorgesetzter Behörden und einer neuen „Marktordnung“ nicht von Rupp habe betrieben werden können. Rupp entgegnete allerdings, dass die betreffende Marktordnung erst einige Monate nach dem Verkauf erlassen worden sei¹⁸⁵ und versuchte auch die Behauptung zu entkräften, es sei ein „gerechter Preis“ für das Schmelzwerk bezahlt worden. Er legte dar, dass allein die „reinen Selbstkosten“ öS 409.243.- betragen hätten. Der Kaufpreis von öS 290.000.- habe

185 Archiv Rupp, Rückstellungsverfahren, Ordner I. Josef Rupp, Beweisantrag des geschädigten Eigentümers, 25. August 1948.

„mangels entsprechender Verwertungsmöglichkeit“ nicht eingesetzt werden können und liege „heute noch auf der Bank“.¹⁸⁶ Nach mehreren mündlichen Verhandlungen kam es erst am 1. Oktober 1948 – also nach über eineinhalb Jahren – zur Verlautbarung des Zwischenerkenntnisses der Rückstellungskommission beim LG Feldkirch. Hier wurde die Überzeugung geäußert, dass Rupp u. a. auch deshalb enteignet worden war, weil die „Alma“ in ihm einen „gefährlichen Konkurrenten“ gesehen hatte. Weiters war Josef Rupp nach Ansicht der Rückstellungskommission „der politischen Verfolgung unterworfen“, das Werk wurde unter unrichtigen Angaben und unter dem Druck politischer Funktionäre – über die Drohung, er könne mit seinen anderen Betrieben Schwierigkeiten haben – entzogen und zwar im Zusammenhang mit der nationalsozialistischen Machtübernahme. Der Verkäufer konnte den Käufer nicht frei auswählen und erhielt keine angemessene Gegenleistung. Der erzielte Preis zeige, „dass Rupp nicht freiwillig veräußert haben kann.“ Die Funktionäre der Käuferin hatten von diesen Umständen Kenntnis. Daher liege eine Vermögensentziehung im Sinne der §§ 1 und 2 des 3. RStG vor und der Anspruch auf Rückstellung bestehe zu Recht.¹⁸⁷

Gegen dieses Erkenntnis legte die Antragsgegnerin „Alma“ Beschwerde ein, die von der Rückstellungskommission beim OLG Innsbruck am 18. November 1948 abgewiesen wurde. Die Vorwürfe der „Mangelhaftigkeit des Verfahrens“ wurden zurückgewiesen, da auch weitere Zeugeneinvernahmen „das bereits ... gewonnene Bild von der ganzen Sachlage nie wesentlich beeinträchtigen oder ändern“ hätten können. Gegen Rupp seien keine „Privathandlungen einzelner Unbesonnener“ wirksam geworden, sondern ein „organisiertes Verfolgungssystem“.¹⁸⁸

Am 19. November 1948 – also einen Tag nach der Abweisung ihrer Beschwerde gegen das entscheidende Zwischenerkenntnis vom 1. Oktober 1948 – machte die „Alma“ den Vorschlag, „eine Korrektur des damals vereinbarten Kaufpreises von öS 290.000.- auf den seinerzeit von Ihnen frei

186 Archiv Rupp, Rückstellungsverfahren, Ordner I. Josef Rupp, Beweisantrag des geschädigten Eigentümers, 3. Jänner 1948.

187 Archiv Rupp, Rückstellungsverfahren, Ordner I. Zwischenerkenntnis der Rückstellungskommission beim LG Feldkirch (Rk 1/47), 1. Oktober 1948.

188 Archiv Rupp, Rückstellungsverfahren, Ordner I. Erkenntnis der Rückstellungskommission beim OLG Innsbruck (Rk b 76/48), 18. November 1948.

angesetzten Betrag von öS 350.000.- in der Weise vorzunehmen, als sie sich verpflichtet, diese Differenz in damaligen Schillingwerten (...) zu vergüten, wobei ausdrücklich festgehalten wird, dass eine Anerkennung Ihres gerichtlich gestellten Antrages damit in keinem Falle verbunden wird.“¹⁸⁹ Dieses Angebot wurde von Rupp abgelehnt.¹⁹⁰

Die „Alma“ legte neuerdings Beschwerde ein und wandte sich damit an die Oberste Rückstellungskommission beim OGH in Wien. Hier intervenierte auch die Bauernkammer für Vorarlberg. In einem Schreiben formulierte sie ihre Bedenken gegen die bisherigen Erkenntnisse im laufenden Rückstellungsverfahren; die Vorwürfe lauteten im Einzelnen:¹⁹¹

- Das „Rechtsempfinden der Bauern“ würde auf „das schwerste erschüttert“,
- „Die Bauern werden sich recht- und schutzlos dem Diktat des Großhandels ausgeliefert sehen“,
- „Jahrzehntelange Bemühungen und Geldopfer wurden durch ein formaljuristisches Erkenntnis zerschlagen“,
- in der Rückstellungskommission seien zwei Kommerzialräte, „also Vertreter des Großhandels“ als Beisitzer vertreten gewesen,
- die Behauptung einer Schädigung Rupps durch das NS-System sei „schlechthin anfechtbar“,
- es sei „abwegig“, eine „politische Verfolgung des Herrn Rupp zu konstruieren“,

189 Archiv Rupp, Rückstellungsverfahren, Ordner I. Schreiben der „Alma“ an Josef Rupp, 19. November 1948.

190 Josef Rupp schrieb in seiner Antwort an die „Alma“: „Der Beschluß des Vorstandes und Aufsichtsrates mit einem Entschädigungsvorschlag an mich heranzutreten ist sehr erfreulich. Es ist mir ein Lichtblick, dass Sie sich dem Gerechtigkeitsstandpunkt nähern wollen. Eine Geldentschädigung in dieser Form kommt für mich nach dem derzeitigen Stand der Angelegenheit nicht in Frage. Die Fabrik müßte wieder in meinen Besitz zurück. Über eine Beteiligung der Alma, in welchem Ausmaße und zu welchen Bedingungen, darüber müßten mündliche Verhandlungen stattfinden.“ Archiv Rupp, Rückstellungsverfahren, Ordner II. Josef Rupp an die „Alma“, 3. Dezember 1948.

191 Archiv Rupp, Rückstellungsverfahren, Ordner I. Bauernkammer für Vorarlberg (gez. Schmidinger und Zerlauth) an die Oberste Rückstellungskommission beim OGH, 20. Dezember 1948.

- die Anlagen des Schmelzwerkes seien in „unvollständigem Zustande“ übernommen worden, und
- es dürfe nicht „neues Unrecht“ geschaffen werden.

Die Oberste Rückstellungskommission ließ sich weder von den Argumenten der Bauernkammer, noch jenen der „Alma“ beeindrucken und wies per Beschluss vom 12. Februar 1949 die Beschwerde der „Alma“ ab. Die begehrte „Nichtigkeit des Verfahrens“ im Verfahren erster Instanz, da die Beisitzer entgegen der Bestimmung des § 17 des 3. RStG nicht aus dem Kreise der Landwirtschaftskammer stammten, wurde mit dem Hinweis abgelehnt, Josef Rupp habe nicht die Rückstellung eines landwirtschaftlichen Gutes begehrt, sondern die eines Industriebetriebes. Weiters schloss sich die Oberste Rückstellungskommission dem Zwischenerkenntnis aus erster Instanz auch insofern an, als sie die politische Verfolgung des Antragstellers als erwiesen betrachtete und die „erpresserische Vorgangsweise“ der Vertreter des Landes Vorarlberg als auch der Bauernkammer hervorhob.

Nach langen Verhandlungen, die immer wieder von wenig förderlichen Vorwürfen gekennzeichnet waren,¹⁹² wurde zwischen Josef Rupp und der „Alma“ vor der Rückstellungskommission des LG Feldkirch am 9. November 1949 ein Vergleich geschlossen. Die wichtigsten Vereinbarungen betrafen:

- die Rückstellung und Übergabe der betreffenden Liegenschaften am 31. Dezember 1949,
- die von Rupp der „Alma“ zugestandene Benutzung des Schmelzwerkes und von Lagerräumen gegen eine Nutzungsgebühr bis zum 31. Dezember 1950,
- die Aufteilung der Maschinen und Einrichtungen (im Wesentlichen nahm die „Alma“ die mitgebrachten Gegenstände wieder mit),
- die gegenseitige Abgeltung von Aufwendungen, d. h. Rupp wurde verpflichtet, bei Übergabe öS 300.000.- für den seinerzeitigen Kauf-

192 Beispielsweise schrieb die „Alma“ noch im September 1949 in einem Rundschreiben an ihre Mitglieder von „unersättlich anmutenden Forderungen“ von Seiten Josef Rups. Archiv Rupp, Rückstellungsverfahren, Ordner I. Alma-Rundschreiben an Genossenschafts-Mitglieder, 26. September 1949.

- preis und die Investitionen zu zahlen, die „Alma“ dagegen hatte für die Ertragnisse seit 1. August 1946 einen monatlichen Ertragnisanteil von öS 10.000.- zu begleichen, insgesamt also (für 41 Monate) öS 410.000.-,
- die Übergabe von Käse und Materialien durch die „Alma“ an Rupp gegen Bezahlung und
 - die Übernahme der Verfahrenskosten durch die „Alma“.

Die Kosten des Verfahrens wurden durch die Rückstellungskommission auf öS 90.672.- festgelegt, dagegen erhob der Vertreter Josef Rupp, RA Moosbrugger, Beschwerde. Daraufhin wurde der Betrag auf öS 101.672.- erhöht.¹⁹³

1.4.4 Resumée des Falles Rupp. Ein Exkurs zur Milchwirtschaft

Der Fall Rupp wirft mehrere Fragen auf. Handelte es sich um einen Einzelfall oder kamen Enteignungen bzw. erzwungenen Stilllegungen in der Milchwirtschaft häufig vor? Hat er nur regionale Hintergründe? Dominierte in diesen Fällen der politische Hintergrund oder waren Rationalisierungskonzepte ausschlaggebend? Waren davon nur privatwirtschaftliche Unternehmen oder auch Genossenschaften betroffen? Da die Lebensmittelindustrie im Allgemeinen, die Milchwirtschaft jedoch im Besonderen kaum erforscht ist (zumal im fraglichen Zeitraum) sind hier nur einige kursorische Bemerkungen möglich.¹⁹⁴

Einem Schreiben der Landesbauernschaft Donauland an den Reichskommissar für die Wiedervereinigung, in dem es um die zwangsweise angeordnete Schließung des Milchgeschäftes der Frau Leopoldine Bouschka (Wien 8, Ledererg. 4) ging, ist zu entnehmen, dass es sich bei der Schließung derartiger kleiner Milchgeschäfte um einen offenbar üblichen Vorgang handelte. Das Geschäft war als „lebensunfähig“ erklärt worden,

193 Archiv Rupp, Rückstellungsverfahren, Ordner V. RA Moosbrugger (Dornbirn) an Fa. Josef Rupp, 8.3.1950.

194 Es existieren lediglich einige wenige unpublizierte Arbeiten zur Milchwirtschaft in der Zeit vor 1938. Vgl. Martina Deutsch: Der Völkerbundmolkereikredit. Entstehung und Verlauf der Kreditaktion für den Ausbau des österreichischen Molkereiwesens (1926–1938). Dipl. Arb. Wien 1998; Klaus Pilmayer: Landwirtschaftliche Genossenschaften unter besonderer Berücksichtigung der Milch- und Molkereigenossenschaften in der Wirtschaftspolitik der 1. Republik. Dipl. Arb. Wien 1999.

Frau Leopoldine Bouschka legte Beschwerde ein. Der zuständige Prüfungsausschuss der Abteilung Milchmarktregelung der Landesbauernschaft Donauland schlug – wie in derartigen Fällen üblich – Frau Bouschka der Kleinkaufmannschaft zur Entschädigung vor. Leopoldine Bouschka erhielt, nachdem man ihr den Gewerbeschein entzogen hatte, eine einmalige Entschädigung.¹⁹⁵

Das Geschäft der Leopoldine Bouschka war kein Einzelfall. Von etwa 12.000 in Wien ansässigen Milchverschleißstellen wurden nach Angaben von Sachverständigen 1938 und 1939 etwa 10.300 geschlossen. Erhalten blieben nur 1.700 sog. Milchsondergeschäfte, von denen etwa 500 im Besitz der drei Großmolkereien NÖM (Niederösterreichische Molkerei), WIMO (Wiener Molkerei) und MIAG (Milch Industrie AG) waren. Weiters wurden von insgesamt 163 Molkereien per Anordnung 150 kleinere Betriebe auf Veranlassung des Milch- und Fettwirtschaftsverbandes Ende 1938 stillgelegt.¹⁹⁶ Später wurden auch noch zwei größere Betriebe, die Molkerei der Konsumgenossenschaft Wien und die Molkerei Minerva stillgelegt. Letztere erhielt für die „sofortige Stilllegung“ eine Abfindung von RM 133.000.-. Am 30. September 1939 wurden weitere drei Molkereien (Wiedner Molkerei Johann Trösch, Wiener Milchverwertung Joh. Klein und die Wiener Milchverwertung Franz Dobersberger) stillgelegt, sodass insgesamt nur noch sieben Großmolkereien verblieben: Neben den drei Großmolkereien NÖM, WIMO und MIAG handelte es sich um die Molkerei Julius Putz, die Molkerei Josef Trösch, den Molkereihof Anton Partik und den Schärddinger Milchhof.¹⁹⁷ Die ebenfalls von der Schließung bedrohte Firma Anton Partik hatte schon ge-

195 Die Höhe der Entschädigung ist unbekannt. ÖStA AdR 04, Bürckel-Materie, Kt. 142, 2268/0, Bd. II („Milchwirtschaft in der Ostmark allgemein“). Landesbauernschaft Donauland an den Reichskommissar für die Wiedervereinigung (...), z. Hd. Dr. Schichinger, 28. 2. 1939.

196 ÖStA AdR 04, Bürckel-Materie, Kt. 143, 2268/0, Bd. IV („Milchwirtschaft in der Ostmark allgemein“). Wilhelm Kihl (Berlin), Gutachten, 24. 6. 1939. Diese Angaben bedürften einer genaueren Überprüfung, die im Rahmen dieser Arbeit nicht geleistet werden konnte. Die Schließungen erfolgten auf Grund der am 6. Dezember 1938 in Kraft tretenden „Anordnung Nr. 1 betreffend die Marktordnung in Wien“, die vom Milch- und Fettwirtschaftsverband Donauland erlassen wurde.

197 ÖStA AdR 04, Bürckel-Materie, Kt. 143, 2268/0, Bd. IV („Milchwirtschaft in der Ostmark allgemein“). Gutachten des Betriebsorganisations Schweickert (Berlin), 10. 7. 1939, S. 8.

meinsam mit den drei anderen Firmen (Johann Trösch, Klein und Dobersberger) Gutachten in Auftrag gegeben, die gegen die angeordnete Schließung Stellung nahmen. Die betroffenen Unternehmer protestierten auch bei den zuständigen Stellen in Berlin. Der in Wien für die Schließungen verantwortliche Ing. Marsona vom Milch- und Fettwirtschaftsverband begründete die Schließungen mit der gewünschten Preispolitik, die eine Rationalisierung der Milchproduktion und Milchverteilung notwendig mache. Zur Schließung der Firma Anton Partik schrieb er: „Die Stilllegung des Betriebes ist aus Gründen der Marktordnung in Wien unvermeidlich. Oberstes Ziel der Marktordnung in Wien ist es, bei gleichbleibenden Verbraucherpreisen möglichst erhöhte Erzeugerpreise oder eine erhöhte Ausgleichsabgabe, welche dann wieder Erzeugern zugute kommt, gewinnen zu können. Dies ist nur erreichbar, wenn die gegenwärtig in Geltung stehende geringe Molkereispanne aufrecht erhalten bleibt bzw. so wie die Großverteilerspanne in absehbarer Zeit noch weiter gesenkt werden kann. Mit dieser geringen Spanne kann ein Betrieb das Auslangen nur finden, wenn er bei größter Rationalisierung eine entsprechend große Kapazität und Tagesumsatzmenge besitzt. Bei dem gegenwärtigen Verbrauch in Wien können höchstens 5–7 Betriebe in die Milchversorgung Wiens einbezogen werden und ihnen ein entsprechendes Verbrauchergebiet zugewiesen werden.“¹⁹⁸

Das Kredo der Rationalisierungsexperten in den Wirtschaftsverbänden bestand darin, dass der „Mittelhandel“ ausgeschaltet werden müsste.¹⁹⁹ Auch in den Bundesländern wurden zahlreiche Molkereien und Milchhandlungen stillgelegt. Genaue Zahlenangaben dazu liegen bislang nicht vor. Die Tendenz war überall dieselbe: Kleine und vermeintlich ineffiziente Betriebe wurden per Anordnung der Verbände geschlossen, im Gegenzug wurde die Milchwirtschaft neu organisiert. Die Konzentrationsbemühungen beschränkten allerdings die Möglichkeiten der kleineren

198 ÖStA AdR 04, Bürckel-Materie, Kt. 143, 2268/0, Bd. IV („Milchwirtschaft in der Ostmark allgemein“). Ing. Marsona, Stilllegungsbegründung der Molkerei Anton Partik, 7. 6. 1939.

199 Diese Ansicht äußerte Ing. Marsona auch auf einer Sitzung, an der Vertreter des Milch- und Fettwirtschaftsverbandes, der Preisbildungsstelle, der Landesbauernschaft Donauland, des Gauwirtschaftsamtes und mehrere Kreiswirtschaftsberater teilnahmen. ÖStA AdR 04, Bürckel-Materie, Kt. 143, 2268/0, Bd. IV („Milchwirtschaft in der Ostmark allgemein“). Bericht über die Sitzung am 16. 5. 1939, S. 4.

Käsereien und Sennereien. Eine Verordnung verpflichtete im März 1939 die einzelnen Käseproduzenten, ihre Produktion an die Genossenschaft „Alma“ abzuliefern. In einem an Gauleiter Bürckel gerichteten Protestschreiben der Vorarlberger Molkereizunft wurde festgestellt: „Nach dieser Anordnung sind die Käsehandelsfirmen praktisch ausgeschaltet und mit einem Schlage ihrer Existenz beraubt; sie sind daher auch an der Mithilfe am Aufbau der Wirtschaft, in Sonderheit der Milchwirtschaft im neuen großen Reich ausgeschlossen.“²⁰⁰ Ähnlich äußerte sich die Salzburger Firma Gebrüder Woerle, deren Eigentümer sich besonders schlecht behandelt fühlten, zumal sie als illegale Vorkämpfer des Nationalsozialismus in Salzburg und als „besonders zuverlässig“ galten. Die Firma, die selbst von der Stilllegung mehrerer kleiner Käsereien profitiert hatte, protestierte ebenfalls gegen die Abgabepflicht.²⁰¹ Die Rationalisierungsexperten verteidigten sich mit den üblichen Argumenten: Die Verbrauchlenkung mache eine zentrale Käseverteilung notwendig, die Regelungen brächten außerdem für die Produzenten selbst Vorteile.²⁰²

Ein „Zentralplan des Milch- und Fettwirtschaftsverbandes Alpenland“,²⁰³ der sich auf die Gaue Salzburg, Tirol und Vorarlberg bezog, sah vor, die Produktion der ca. 460 Talbetriebe und 5.000 Alpennennereien zu zentralisieren und in neuen und modernen Großbetrieben zu konzentrieren. Die bestehenden städtischen Molkereien in Innsbruck und Salzburg wurden modernisiert und ausgebaut. In Vorarlberg etwa wurden in der bevöl-

200 ÖStA AdR 04, Bürckel-Materie, Kt. 143, 2268/0, Bd. IV („Milchwirtschaft in der Ostmark allgemein“). Vorarlberger Molkereizunft an Gauleiter Josef Bürckel, 31. 3. 1939.

201 ÖStA AdR 04, Bürckel-Materie, Kt. 142, 2268/0, Bd. III („Milchwirtschaft in der Ostmark allgemein“). Gebrüder Woerle Käsefabrik an den Vorsitzenden des Milch- und Fettwirtschaftsverbandes, 29. 3. 1939. Vgl. zur Fa. Woerle: Walburg Schobersberg: Die Käserei Woerle, in: Alfred S. Weiß, Karl Ehrenfellner, Sabine Falk (Hg.): Henndorf am Wallersee. Kultur und Geschichte einer Salzburger Gemeinde. Henndorf 1992, S. 433-434.

202 ÖStA AdR 04, Bürckel-Materie, Kt. 142, 2268/0, Bd. III („Milchwirtschaft in der Ostmark allgemein“). Der Vorsitzende des Milch- und Fettwirtschaftsverbandes Alpenland an den Reichsverband für die Wiedervereinigung (...), 6. 4. 1939.

203 ÖStA AdR 04, Bürckel-Materie, Kt. 142, 2268/0, Bd. II („Milchwirtschaft in der Ostmark allgemein“). Zentralplan des Milch- und Fettwirtschaftsverbandes Alpenland für den molkereimäßigen Aufbau und die Marktregelung, undatiert (vermutlich Februar 1939).

kerungsreichsten Stadt Dornbirn 1940 eine Großmolkerei, in Bludenz und Feldkirch jeweils Milchhöfe errichtet.²⁰⁴ Der „Zentralplan“ erwähnt diese geplanten neuen Molkereien ebenso wie die vorgesehene Schließung zahlreicher Betriebe, darunter die Betriebe „Rupp, Lochau“ und „Rupp, Bregenz“. Zahlenangaben zu den vorgesehenen Schließungen finden sich in dem Konzept nicht.²⁰⁵

Der Betrieb des Josef Rupp in Bregenz wurde, wie oben erwähnt, nicht geschlossen. Dementsprechend dürften auch andere Vorhaben, die das Rationalisierungskonzept des Milch- und Fettwirtschaftsverbandes enthält, nicht verwirklicht worden sein. Dennoch ist unverkennbar, dass die Vorstellungen von Marktregulierung und Ordnungspolitik im Bereich der Milchwirtschaft weitgehend umgesetzt wurden. Wer bestehen wollte, musste sich – dies allerdings ist kein Spezifikum der NS-Zeit – mit den Verbänden arrangieren. Selbst der Einfluss von Parteistellen war in Bezug auf die Wirtschaftsplanung relativ begrenzt. Die Planungen und Neuordnungen waren umstritten und wurden von den zahlreichen einzelnen Produzenten oder kleineren Genossenschaften abgelehnt.

Das Rückstellungsverfahren im Fall Rupp war in der Öffentlichkeit nach 1945 höchst umstritten. Das hatte vor allem politische Ursachen: Die Bauerngenossenschaft, deren Funktionäre 1938 die Enteignung betrieben hatte, wehrte sich nach 1945 gegen die Rückstellung. Handelte es sich dabei immer um dieselbe Genossenschaft? In Bezug auf die Genossenschaft als juristische Person ist dies zu bejahen. In politischer Hinsicht jedoch wohl kaum: Vor 1938 bestand ein Naheverhältnis zur Christlichsozialen Partei bzw. zur Vaterländischen Front des Ständestaates. 1938 verwandelte sich die Genossenschaft – durch Auswechslung einiger Funktionäre – in eine nationalsozialistische Genossenschaft. Nach Kriegsende kam es naheliegenderweise zu einer weiteren Transformation: Wiederum durch

204 Taschen-Jahrbuch für den Vorarlberger Landwirt 13 (1956), S. 30, zit. n. Hubert Weitensfelder: Vorarlbergs Landwirtschaft im 20. Jahrhundert. Unpubliz. Manuskript 2002.

205 ÖStA AdR 04, Bürckel-Materie, Kt. 142, 2268/0, Bd. II („Milchwirtschaft in der Ostmark allgemein“). Zentralplan des Milch- und Fettwirtschaftsverbandes Alpenland für den molkereimäßigen Aufbau und die Marktregelung, undatiert (vermutlich Februar 1939).

Auswechslung einiger Funktionäre ließ die Bauerngenossenschaft die NS-Gesinnung hinter sich und näherte sich wieder der christlichsozialen Wertegemeinschaft bzw. der neu entstandenen ÖVP. Eine Untersuchung zur Haltung und Rolle der Medien, die in diesem Fall eine wichtige Rolle spielten, kann im Rahmen dieser Untersuchung nicht vorgenommen werden. Die Rückstellungsgesetzgebung selbst war höchst umstritten, die politischen Kommentatoren kultivierten eine höchst defensive Haltung. In einer Vorarlberger Zeitung war 1946 unter dem Titel „Wiedergutmachung“ zu lesen: „Österreich hat überhaupt nichts gutzumachen, weil es nichts verbochen hat. Es kann höchstens fremdes Eigentum, das auf österreichischem Boden angetroffen wird, dem früheren Eigentümer zurückgeben.“²⁰⁶ Gegen Josef Rupp und sein Begehren auf Rückstellung des enteigneten Schmelzwerkes formierte sich eine Koalition höchst unterschiedlicher Gegner. Für die Alma intervenierten: Die Österreichische Genossenschaftskammer in Wien, die Vorarlberger Bauernkammer, der Österreichische sozialdemokratische Arbeiterbauernbund,²⁰⁷ der Allgemeine Verband für das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen (Nationalrat V. Schumy/Dr. L. Schirer)²⁰⁸ und nicht zuletzt die Vorarlberger Landesregierung in Person von Landeshauptmann Ilg²⁰⁹. Selbst ein Ministerialrat aus dem Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft versuchte Josef Rupp davon zu überzeugen, dass man mit der „Alma“ ein „vernünftiges Arrangement“ erreichen müsse, da die Existenz einer zweiten Schmelzkäserei in Vorarlberg nicht sinnvoll erscheine.²¹⁰

206 Vorarlberger Volksblatt vom 15. 5. 1946.

207 Archiv Rupp, Rückstellungsverfahren, Ordner III. Der Österreichische Arbeits-Bauernbund an die Oberste Rückstellungskommission, 19. Jänner 1949. Der Arbeits-Bauernbund äußerte die Befürchtung, dass die Bauern durch die Rückstellung in „eine grosse wirtschaftliche Notlage“ kommen könnten.

208 Archiv Rupp, Rückstellungsverfahren, Ordner III. Schreiben des Allgemeinen Verbandes für das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen an die Oberste Rückstellungskommission beim OGH, 17. Dezember 1948. Hier wurde behauptet, 90 % der Vorarlberger Bauern seien der Alma angeschlossen und die „ungestörte Weiterführung“ der Alma sei im „eminenter öffentlichen Interesse“.

209 Archiv Rupp, Rückstellungsverfahren, Ordner II. Josef Rupp an Ministerialrat Dr. Ing. Anton List, 4. April 1949.

210 Archiv Rupp, Rückstellungsverfahren, Ordner II. Ministerialrat Anton List an Josef Rupp, 5. Jänner 1949.

Die Annahme, dass sich Josef Rupp als langjähriger Funktionär und Landtagsabgeordneter der Christlichsozialen Partei nach 1945 im Rückstellungsverfahren politische Schützenhilfe seitens der ÖVP hätte erhoffen können, ist falsch. Zwar unterstützten und informierten einzelne ÖVP-Politiker Rupp, doch der politische Druck, die Bauerngenossenschaft „Alma“ vor dem vermeintlichen Untergang zu retten, war groß. Anton Russ von den „Vorarlberger Nachrichten“ – er war ein Schwiegersohn von Josef Rupp – schrieb in einem Brief: „Eigenartig ist die Haltung der OeVP Landesregierung, da doch gerade die OeVP für Wiedergutmachung aller Zwangsmaßnahmen eintritt und fordert, aber wenn es sie selbst bzw. wenn es eine Gruppe ihrer Wähler betrifft, davon abrücken will und alles versucht, um ja nicht Unwillen zu erwecken. Sie erklären ja offen, es sei eine politische Frage und fürchten die Sozialisten.“²¹¹

Auch die SPÖ nahm gegen die Rückstellung des Schmelzwerkes an Josef Rupp vehement Stellung. Die Forderungen Rupps wurden als „unverschämt und unersättlich“ bezeichnet, allerdings verzichtete man auf jede argumentative Entkräftung der Rupp'schen Forderungen. Stattdessen wurde behauptet, die „Erfüllung aller dieser Ansprüche wäre der Substanz der ‚Alma‘ ganz und gar abträglich, sie würde auch den gesunden Fortbestand bei Verlust aller Eigenmittel überhaupt in Frage stellen.“ Mit einem Wort: Die Tatsache, dass die gerichtlich durchgesetzte Rückstellung des Schmelzwerkes an Rupp die „Alma“ vor Probleme stellte, sollte das erwiesene Unrecht offenbar legitimieren. Doch man versuchte auch, politisches Kleingeld aus der Affäre zu gewinnen, indem behauptet wurde, dass zwar „die Bauern des Bregenzerwaldes beunruhigt und die höchsten Würdenträger der OeVP in unserem Lande auf Herrn Rupp böse sind“, gleichzeitig jedoch die ÖVP als wahren Schuldigen bezichtigte, da sie es ja sei, „die stets den Segen der freien Konkurrenz, der kapitalistischen Wirtschaftsordnung predigt, zu deren Gesetzen es gehört, dass die Kleinen von den Großen ausgesogen und gefressen werden.“²¹²

211 Archiv Rupp, Rückstellungsverfahren, Ordner III. Schreiben Dr. Anton Russ an Fritz (Name unleserlich), 15. Februar 1947.

212 „Ein neuer Anschlag auf die Alma“, in: Vorarlberger Volkswille vom 1. Oktober 1949, S. 3.

Josef Rupp hat sich nach der Bestätigung des Erkenntnisses durch die Oberste Rückstellungskommission beim OGH höchst befriedigt gezeigt und Kopien der Entscheidung an zahlreiche Geschäftspartner und Freunde geschickt. Es war ihm eine Genugtuung, dass der Text des Urteils zweimal von „erpresserischem Vorgehen“ sprach und die „Alma“ als „unredlicher Besitzer“ behandelt wurde. Er interpretierte den Kampf um sein Eigentum auch als Kampf gegen die Zentralisationsbestrebungen des NSDAP-Systems. Die Konkurrenz, so formulierte er sein Credo, sei „gesünder“ als jedes Monopol.²¹³ Daher beabsichtigte er eine moderate Verhandlungsstrategie: „Bei den außergerichtlichen Verhandlungen werde ich der ‚Alma‘ trotz allem, was bisher gegen mich unternommen wurde, nach Möglichkeit entgegenkommen. Nicht zu vergessen ist, dass im Jahre 1939 die ‚Alma‘ mit Hilfe der Partei mich und die anderen Käseerzeuger und Händler von der Erfassung und dem Versand ausgeschaltet hat. Diesen Vorgang wusste sie sich mit einer politischen Schwenkung auch 1945 zu sichern.“²¹⁴ Die zahlreichen Vergleichsverhandlungen wurden im Amt der Vorarlberger Landesregierung in Anwesenheit von Landeshauptmann Ilg, Landesstatthalter Schreiber und Dr. Anton Russ geführt.²¹⁵ Da alle außergerichtlichen Vergleichsangebote scheiterten, wurde der Vergleich schließlich vor der Rückstellungskommission LG Feldkirch abgeschlossen. Die Tatsache, dass Josef Rupp es der „Alma“ ermöglichte, ein Jahr lang die Produktionsanlagen zu 50 % zu nutzen, war äußerst entgegenkommend. Allerdings war dieses Entgegenkommen auch der Einsicht geschuldet, dass er als Milchkäufer von den Anteilseignern der „Alma“ auch in Zukunft abhängig war.

Abschließend kann man sich die Frage stellen, ob sich in diesem Verfahren schlicht das Recht eines Privateigentümers gegen politische Interessen durchgesetzt hat oder ob sich die Politik in der Einschätzung rechtlicher Mittel verkalkuliert hatte und nicht in der Lage war, die noch

213 Archiv Rupp, Rückstellungsverfahren, Ordner II. Josef Rupp an Ministerialrat Dr. Ing. Anton List, 13. Jänner 1949.

214 Archiv Rupp, Rückstellungsverfahren, Ordner II. Josef Rupp an Ministerialrat Dr. Ing. Anton List, 4. April 1949.

215 Archiv Rupp, Rückstellungsverfahren, Ordner I. Protokoll der Vergleichsverhandlungen und Vergleichsangebot, 24. Juni 1949, Ordner I; Vereinbarung auf Grund der Besprechung v. 6. Juli 1949.

junge Vergangenheit aus anderer, eben rechtsstaatlicher Perspektive zu betrachten. Bemerkenswert war auch späterhin das Unvermögen, die Dinge beim Namen zu nennen. In einer Festschrift der „Alma“ wurde in den siebziger Jahren die Geschichte folgendermaßen dargestellt: „Im Jahre 1938 wollte man den Betrieb in Bregenz vergrößern, doch dann traten die bekannten, neuen politischen Zustände ein und es gab wieder Krieg. An die Stelle eines Neubaus trat der Kauf einer älteren Fabrikanlage in Lochau, die dementsprechend umgebaut wurde.“²¹⁶

216 Alma (Hg.): 50 Jahre Alma 1921–1971. Hard 1971, unpag.

1.5 Der Fall Scheffknecht

Der Eigentümer der Firma Ferdinand Scheffknecht war seit 1922 Hermann Scheffknecht. Das Unternehmen war eine Stickereifirma im äußersten Westen Österreichs, in der an der Schweizer Grenze gelegenen Gemeinde Lustenau.²¹⁷ Scheffknecht, (1891 – 1970) hatte einen merkwürdigen Ruf. Dieser Ruf spielt in dem Fall vielleicht keine entscheidende Rolle, aber man stößt immer wieder in Akten darauf, dass die Repräsentanten der Behörden, zuerst der Finanz- und Gauwirtschaftsbehörden, dann der Gerichte, Rückstellungskommissionen und sogar der Finanzprokurator, auf ihn Bezug nehmen. Wenn man in Lustenau nach dem 1970 verstorbenen Hermann Scheffknecht fragt, stößt man auf den Umstand, dass sich viele ältere Leute an ihn erinnern. Er wird noch heute „der Schlaue“ genannt. Er war, das wird zumindest in den Akten kolportiert, einerseits berüchtigt als Ausbeuter, andererseits als unerbittlicher Konkurrent, der sowohl diesseits als jenseits des Rheins die kleineren Stickereiproduzenten in Vorarlberg und in der Ostschweiz mit seinen Praktiken in die Enge getrieben haben soll. Unbestritten galt er als einer der wohlhabendsten Fabrikanten Vorarlbergs.

Scheffknecht vertrieb die Produkte seiner Firma vor allem in Spanien, Frankreich, Holland, Afrika und soll sogar bis nach Indien geliefert haben. 1922 übernahm er die Firma Ferdinand Scheffknecht und transferierte angeblich, das wurde ihm von mehreren Behörden immer wieder zur Last gelegt, seit 1929 sein Vermögen systematisch in die Schweiz. Mehrfach kam Scheffknecht schon vor 1938 mit den Behörden wegen kleinerer Steuerdelikte in Konflikt. Zwischen 1938 und 1940 wurden in seiner Firma mehrere Prüfungen durch die Devisenstelle Wien, der Reichsbanknebenstelle Bregenz und durch das zuständige Finanzamt durchgeführt. Zwar konnte man Scheffknecht bei diesen Prüfungen nichts nachweisen, allerdings blieb offenbar der Verdacht bestehen, dass Scheffknecht über ein erhebliches Auslandsvermögen verfügte, das er den Behörden verschwieg. Nachdem durch die Besetzung der Niederlande und

217 Ich danke Herrn Dr. Wolfgang Scheffknecht (Archiv der Gemeinde Lustenau) – mit der Familie Hermann Scheffknechts nicht verwandt – für zahlreiche Hinweise zum Fall Hermann Scheffknecht.

Frankreichs jedoch Prüfungen bei Banken und Firmen, mit denen Scheffknecht in geschäftlichem Kontakt stand, vorgenommen werden konnten, ließ ihn die Zollfahndung am 7. Mai 1941 wegen „schwerwiegender Devisenvergehen, des Betruges und umfangreicher Steuerhinterziehungen“ verhaften.²¹⁸

Das Devisenvergehen bestand darin, dass Scheffknecht nach Ansicht der Zollfahndung ausländische Zahlungsmittel, Forderungen in ausländischer Währung aus dem Kapitalverkehr, Barrengold und ausländische Wertpapiere im Wert von ca. SFR 4,1 Mio. verschwiegen und nicht nach der 2. Durchführungsverordnung vom 16. März 1939 angeboten hatte. Er wurde beschuldigt, „über Teile dieser Vermögenswerte und Ertragnisse fortgesetzt ohne Genehmigung verfügt und in sonstiger Weise gegen eine Reihe weiterer Bestimmungen der DevVO f. d. L. Ö. (z. B. § 15 Abs. 3 des ger. VO) und des Dev.Ges. vom 12. 12. 1938 (...) zuwidergehandelt zu haben.“ Diese Devisenvergehen waren kaum nachweisbar, da er sein Auslandskapital nicht von Österreich bzw. vom Deutschen Reich aus verwaltete, sondern in der Schweiz selbst von einer Dame verwalten ließ, die früher als Buchhalterin für ihn tätig gewesen war. Man fand jedoch Spuren dieses Auslandsvermögen, als man nach der Besetzung Frankreichs die kleine Pariser Privatbank Bonnefous prüfte, und stieß auf den Umstand, „dass Scheffknecht seit 1937 bis zum Kriegsausbruch mit verheimlichten ausländischen Vermögenswerten bei dieser Firma gewagte Effektspekulationsgeschäfte erheblichen Umfangs durchgeführt“ hatte.²¹⁹ Scheffknechts Forderungen dieser Bankfirma in Paris gegenüber bezifferten sich nach Angaben der NS-Behörden auf SFR 1,141.000.-. Auf Vorhaltungen der ihn vernehmenden Zollfahnder gab Scheffknecht an, es handele sich um Effektenkäufe, die er lediglich für Schweizer Freunde vermittelt habe. Die Deutschen Behörden kamen zu dem Schluss, dass es sich bei der Firma Bonnefous um eine Schwindelfirma handelte, deren angeblicher Inhaber (ein Italiener namens Angiolini) nur als Strohmann für einen Schweizer

218 BA, R 3101, 15334. Zollfahndungsstelle an Oberstaatsanwalt Möller beim LG Feldkirch, 22. 9. 1942 (betr. Ermittlungsverfahren gegen Hermann Scheffknecht, Lustenau/Voarlberg, wegen Betruges, Devisenvergehen und Steuerhinterziehung).

219 BA, R 3101, 15334, f. 53. Zollfahndungsstelle an Oberstaatsanwalt Möller beim LG Feldkirch, 22. 9. 1942 (betr. Ermittlungsverfahren gegen Hermann Scheffknecht ...), S. 13.

Finanzier namens Gèdèon tätig war. Gèdèon, der als „Jude, früher ungarischer, jetzt Staatsangehöriger“ und als „internationaler Betrüger“ bezeichnet wurde²²⁰, wurde am 14. Mai 1942 in Lausanne festgenommen und starb drei Stunden nach seiner Festnahme, wahrscheinlich durch Selbstmord. Über diese Firma stieß man auf den Hinweis, dass Scheffknecht weiteres Kapital im Ausland, vor allem eben in der Schweiz besaß. Scheffknecht verteidigte sich zunächst mit der Behauptung, diese Werte seien nicht sein Eigentum, sondern eben das der angeblichen oder tatsächlichen Vermögensverwalterin.

Ein Ermittlungsverfahren kam zum Ergebnis, dass Scheffknechts Auslandsvermögen sich insgesamt auf ca. SFR 4,1 Mio. bezifferte. 1,5 Mio. wurden der Deutschen Reichsbank schon im Juli und August 1942 zur Verfügung gestellt, die restliche Summe jedoch musste nach Auffassung des Oberzollinspektors Lange vom Zollfahndungsamt in Feldkirch als verloren verbucht werden. Teilweise waren die Werte durch unglückliche Spekulationsgeschäfte verloren gegangen, teils konnten die Werte nicht flüssig gemacht werden, weil sie in britischen und US-amerikanischen Papieren angelegt waren.

Die von Scheffknecht hinterzogenen Steuern wurden mit mindestens RM 3 bis 4,3 Mio. beziffert. Es wurde ihm Betrug vorgeworfen, weil er im Juni 1938 sog. Zahlungen aus einem „Härteausgleich“ kassiert hatte, die man fordern konnte, wenn man Kursverluste durch die Währungsumstellung erlitten hatte. Es stellte sich jedoch heraus, dass die Zahlungen, die angeblich von einer Firma in Amsterdam gekommen waren und bei denen Scheffknecht durch die Abwertung des Schweizer Frankens starke Kursverluste erlitt, fingiert waren. Das Zollfahndungsamt warf ihm vor, aus eigenen ausländischen Mitteln Zahlungen nach Österreich transferiert und dafür einen Härteausgleich in der Höhe von ca. RM 73.000.- kassiert zu haben.²²¹

220 Ebd. S. 14.

221 Ebd. S. 14 f. Um österreichische Unternehmer für unverschuldet erlittene Kursverluste zu entschädigen, wurde mit Erlass des RWM vom 8. 4. 1938 ein Ausgleichsverfahren für Exportforderungen ermöglicht, die durch die Währungsumstellung einer Abwertung ausgesetzt waren. Da es Scheffknecht nicht mehr gelang, für die SFR 300.000.- einen günstigen Schillingkurs zu erhalten, stellte er einen diesbezüglichen Antrag. Er meldete die fiktive (bzw. nicht mehr bestehende) Exportforderung, erhielt von der Reichsbank eine „Bescheinigung von Ausfuhrerlösen für Ausfuhrgeschäften“

Er selbst soll die Nichtanmeldung seines Auslandsvermögens folgendermaßen begründet haben: „Der Anschluss war für mich ein Schrecken, denn ich war damals der Meinung, dass jetzt mein ganzes Geschäft erledigt sei, und ich hielt damals noch den Nationalsozialismus mit seiner neuen Wirtschaftstheorie für eine Utopie, die sich in kurzer Zeit überleben würde ...“²²² Als der Frankreichfeldzug begann, überlegte Scheffknecht auf Grund der Befürchtung, dass über kurz oder lang ganz Europa unter deutscher Kontrolle stehen würde, sämtliche im europäischen Ausland angelegten Vermögenswerte in Deutschland anzumelden. Diese Überlegung verwarf er jedoch, als ihm bewusst wurde, dass dies nicht straffrei möglich war. Daraufhin plante er seine Übersiedelung bzw. Flucht in die Schweiz. Die Verhaftung kam diesem Schritt jedoch zuvor.

Die gegen Scheffknecht eingeleiteten Verfahren waren kompliziert. Einerseits schien er selbst sich zunächst – zumindest wurde ihm das vorgeworfen – nicht kooperativ verhalten zu haben. Andererseits waren zahlreiche Behörden an dem Verfahren beteiligt: die Devisenfahndung, das Finanzamt, die Zollfahndung und die Bezirks- und Gauwirtschaftsbehörden. Schließlich zogen drei Ministerien den Fall an sich, das Reichsfinanzministerium (RFM), das Reichsjustizministerium (RJM) und das Reichswirtschaftsministerium (RFM); und zusätzlich zu diesen Ministerien schaltete sich das Reichssicherheits-Hauptamt (RSHA) ein. In Besprechungen, die im März 1943 in Berlin zwischen Vertretern der Ministerien, des Finanzamtes und des Zollfahndungsamtes in Feldkirch, einem Vertreter der Gauleitung Tirol-Vorarlberg und dem Rechtsanwalt des Hermann Scheffknecht stattfanden, wurde im Rahmen eines außergerichtlichen Unterwerfungsverfahrens folgende Übereinkunft ausgehandelt: Ausgehend von einem Gesamtvermögen Hermann Scheffknechts in der Höhe von RM 6,6 Mio. sollten auf Nachsteuern RM 3,3 Mio. und auf Steuerstrafen RM 1 Mio. entfallen. Der Restbetrag von schätzungsweise RM 2,3 Mio. sollte auf das Reichsjustizministerium für die Niederschlagung eines Teils der Devisenverstöße und auf die Devisenstelle für das durchzuführende

und erhielt schließlich nach einer Vorprüfung durch den Fachverband und nach der Genehmigung durch die Prüfungsstelle für Textilindustrie am 13. 7. 1938 für die vorgetäuschte Exportforderung an Wyers von der Deutschen Golddiskontbank, Abteilung „Zusatzausfuhr“, einen Härteausgleich in der Höhe von RM 73.156.-.

222 Ebd. S. 16.

Unterwerfungsverfahren entfallen. Bei dem zu Grunde gelegten Gesamtvermögen von RM 6,6 Mio. ging man davon aus, dass die Vermögenswerte sämtlicher Familienmitglieder für die Erledigung des Verfahrens zur Verfügung gestellt werden mussten. Der Familie sollte lediglich ein Betrag von RM 60.000.- Barvermögen und die Wohnungseinrichtung überlassen bleiben. Es entsprach dies, so wurde eigens festgehalten, „dem Wunsch des Reichssicherheitshauptamts, das weiterhin das Verschwinden von Scheffknecht aus dem Vorarlberger Bezirk und den Verzicht auf die Wiedereröffnung eines Betriebes in Vorarlberg zur Bedingung für seine Zustimmung zu der außergerichtlichen Erledigung macht.“

Die Liquidation und Veräußerung der Vermögenswerte, insbesondere der Firma und der Liegenschaften, sollten durch Scheffknechts Rechtsanwalt Hoffmann (Wien) mit der Maßgabe vorgenommen werden, die Wünsche der Gauwirtschaftskammer Tirol-Vorarlberg bezüglich des Betriebes zu berücksichtigen. Bei allen Veräußerungen war die Gültigkeit der Verträge von der Zustimmung des Finanzamtes Feldkirch abhängig zu machen. Die Erlöse sollten an die Justizkasse in Feldkirch abgeführt werden. Erlöse aus Pfändungen des Finanzamtes waren für die festgesetzten Steuern sowie die Steuerstrafen zu verwerten. Der Mehr- oder Mindererlös von RM 6,6 Mio. soll zu je 1/3 auf die Finanzverwaltung, das Reichsjustizministerium und das Finanzamt verteilt werden.²²³ Insgesamt bezifferten sich die eingeforderten Strafen und Steuern auf RM 8 Mio.

Tab. 14: Die Steuernachzahlungen und Bußen Hermann Scheffknechts

Steuerzahlungen, Strafen	RM in Mio.
Nachsteuern	3,3
Steuerstrafen	1,4
Devisenstrafen	0,8
Ersatzeinziehung	1,0
Buße an das RJM für die Niederschlagung	1,5
Gesamt	8,0

223 BA, R 3101, 15334. Besprechung im RWM, 2. März 1943 in der Devisenstrafsache Hermann Scheffknecht (Anwesend: ORR Roeren, Finanzamt Feldkirch; AR Rietdorf, RFM; OZI Lange, Zollfahndungsamt Feldkirch; ORR Grolman, RWM).

Acht Millionen wurden vermutlich deshalb angenommen, weil man hoffte, dass im angenommenen Gesamtvermögen Scheffknechts von RM 6,6 Mio. gewisse Reserven steckten. Man dachte dabei an das Grundvermögen und an Scheffknechts amerikanische und englische Wertpapiere, die in der Schweiz deponiert waren. Der Familie Scheffknecht wurden Unterhaltsbeträge auf drei Monate, außerdem ein Betrag von RM 10.000.-, angerechnet auf den Betrag von RM 60.000.-, zugebilligt. Neben der Bedingung, die Familie habe sich außerhalb Vorarlbergs aufzuhalten und dürfe in Lustenau keine Liegenschaften mehr besitzen, war ursprünglich auch von einer Untersagung unternehmerischer Tätigkeit die Rede gewesen. In der Vereinbarung wurde nunmehr jedoch ausdrücklich festgehalten, dass „gegen eine weitere Betätigung des Scheffknecht in seinem bisherigen Gewerbezug außerhalb von Vorarlberg (...) Einwendungen nicht mehr erhoben“ werden. Weiters wurde vereinbart, eine gegen Frau Scheffknecht verfügte Strafe von vier Monaten Haft per Gnadengesuch zu erlassen. Dies deshalb, da ihr Vergehen ursächlich mit dem Hauptverfahren verknüpft war.²²⁴ Eine Freilassung sollte jedoch erst dann möglich werden, wenn die amerikanischen und englischen Wertpapiere verwertet werden konnten.²²⁵ Diese Papiere allerdings wurden in der Schweiz von der schon erwähnten ehemaligen Mitarbeiterin Scheffknechts verwaltet. Diese wiederum weigerte sich sie herauszugeben. Schließlich wurde Scheffknecht am 20. Dezember 1943 freigelassen, um selbst bei der Veräußerung dieser Wertpapiere behilflich sein zu können.²²⁶ Am 15. Februar anerkannte Scheffknecht die ihm vorgehaltene Steuerschuld in der Höhe von RM 3,3 Mio. und eine Strafe von RM 1 Mio., flüchtete jedoch drei Tage später in der Nacht vom 18. auf den 19. Februar 1944 mit seinen Familienangehörigen in die Schweiz. Zurück blieb lediglich eine verheiratete Tochter, die damals in Wien lebte. Scheffknechts Rechtsanwalt legte daraufhin sein Mandat nie-

224 BA, R 3101, 15334. Besprechung im RWM, 3. März 1943 in der Devisenstrafsache Hermann Scheffknecht (Anwesend: ORR Roeren, Finanzamt Feldkirch, AR Rietdorf, RFM, OZI Lange, Zollfahndungsamt Feldkirch, ORR Grolman, RWM, Dr. Kaspar, Beauftragter der Gauleitung Tirol-Vorarlberg, RA Hoffmann, Wien, Bevollmächtigter Scheffknechts).

225 BA, R 3101, 15334. Besprechung im RWM, 3. März 1943.

226 BA, R 3101, 15334. Zollfahndungsstelle Feldkirch an RWM (z. Hd. RegR Meck), 17. 1. 1944.

der. Die geplanten Veräußerungen seiner Liegenschaften, darunter große Waldbesitzungen, und der Firma Ferdinand Scheffknecht sollten durch einen Abwesenheitskurator durchgeführt werden. An der Firma waren große Textilbetriebe wie F. M. Hämmerle und Benedikt Mäser interessiert. Erworben wurde die Firma Scheffknecht schließlich per Kaufvertrag vom 31. Juli 1944 von der ebenfalls in Lustenau ansässigen Fa. Josef König, deren Gesellschafter Parteigenossen waren. Josef König selbst war Beigeordneter der Gemeinde Lustenau und Obmann des Vorarlberger Stickereiverbandes. Der Preis betrug RM 965.000.-; Hermann Scheffknecht legte von der Schweiz aus durch einen Anwalt in St. Gallen gegen diesen Verkauf Beschwerde ein. Erstaunlicherweise gab das Oberlandesgericht Innsbruck dieser Beschwerde am 7. Oktober 1944 nach und hob den Beschluss der pflegschaftsgerichtlichen Genehmigung der Kaufverträge wieder auf. Begründet wurde die Aufhebung mit dem Argument, Scheffknecht befinde sich in St. Gallen und sei in der Lage, von dort aus sein Vermögen zu verwalten oder seinen Sachwalter im Inland zu bestellen. „Seine Abwesenheit hindert die Gläubiger nicht, sich aus seinem hier befindlichen Vermögen Befriedigung zu verschaffen.“²²⁷

Was weiter bis Kriegsende geschah, ist nur bruchstückhaft überliefert. Anscheinend wurde der Verkauf auf Druck des Gauleiters Hofer und des Oberfinanzpräsidenten in Innsbruck doch noch bewilligt. Sein Waldbesitz wurde durch die Gemeinde Altach günstig erworben. Die 29 Hektar des „Schönebuchwaldes“ wurden mit Kaufvertrag vom 30. November durch Scheffknechts Abwesenheitskurator um RM 44.812.- an die Gemeinde verkauft.²²⁸ Auch der Privatbesitz Scheffknechts in seiner Lustenauer Villa wurde beschlagnahmt und das Inventar teils einzeln verkauft, teils versteigert. Das wiederum rief wütende Proteste beim Bürgermeister von Lustenau hervor, allerdings nicht, um das Eigentum Scheffknechts zu schützen, sondern um vermeintliche Rechte der Gemeinde Lustenau ins rechte Licht zu rücken. Am 30. Januar 1945 schrieb er ans Finanzamt Feldkirch: „Hermann Scheffknecht hat sein großes Vermögen dadurch er-

227 VlbGLA, Vermögenssicherung, Schachtel 23, Abt. III c/5500/1946, Zl. 446. Beschluss des OLG Innsbruck, 7. 10. 1944.

228 Harald Walser: Altach im Zeitalter der Diktaturen, in: Altach. Geschichte und Gegenwart, hg. v. Rudolf Gisinger, Harald Walser, Altach 1999, Bd. 1, S. 195-236, hier S. 210 f.

worben, dass er Dutzende Lustenauer Sticker und Gewerbetreibende betrogen und sich an ihrem Schaden bereichert hat. Es wäre demzufolge nicht mehr als recht und billig, wenn auch Lustenau in 1. Linie ein Recht auf die zu veräußernden Gegenstände eingeräumt würde.“²²⁹

Nach dem Krieg versuchte Hermann Scheffknecht, sich wieder in den Besitz seines Eigentums, vor allem seiner Firma zu bringen.²³⁰ Er führte zahlreiche Verfahren, unter anderem in der Schweiz, auf die hier nicht näher eingegangen werden kann.²³¹ Er beschrift in Österreich zum einen den Zivilrechtsweg und klagte unter Hinweis darauf, dass er ein Gegner der Hitler-Regierung und des Anschlusses gewesen sei. Er sei wegen umfangreicher Devisen-Guthaben und angeblicher Steuerhinterziehung inhaftiert worden und unter „Androhung der Todesstrafe zu einer Reiche von Geständnissen und Erklärungen erpresst“ worden.²³² Er wies darauf hin, dass er noch zum Zeitpunkt der Einreichung der Klageschrift, also im März 1947, im Grundbuch und im Handelsregister als Eigentümer eingetragen war. Gleichzeitig stellte Scheffknecht zum anderen einen Antrag auf Rückstellung seiner Firma und seiner Liegenschaften bei der zuständigen Rückstellungskommission beim LG Feldkirch. Zunächst wurde das zivilgerichtliche Verfahren durchgeführt und schließlich 1950 vom OGH mit einer Abweisung der Klage Scheffknechts entschieden. Entscheidend war, so der OGH in der Begründung der Entscheidung, „dass der Kläger die strittigen Vermögenswerte dem Deutschen Reiche zwecks Abstattung von Steuerrückständen, Steuerstrafen und Bußen zur Verfügung gestellt hat ...“

229 VlbglA, Landrat Feldkirch, Gemeindeaufsichtsverwaltung, Schachtel 40 (Lustenau), 143/5. Der Bürgermeister des Marktes Lustenau an den Vorsteher des Finanzamtes Feldkirch, 30. 1. 1945.

230 Die FLD Vorarlberg behauptete 1946, das Vermögen Scheffknechts, das sich im Ausland befand, habe ein Vielfaches des festgestellten und eingezogenen Vermögens betragen. Allein das eingezogene Vermögen bezifferte die Finanzlandesdirektion mit 5,2 Mio. Reichsmark. ÖStA, AdR 06, BMF-VS 122.233-8/47. FLD Vorarlberg an das BMF, 9. 1. 1946.

231 In den Akten zum Rückstellungsverfahren Scheffknecht gegen Josef König & Co. im LG Feldkirch finden sich einige Dokumente zu diesen in der Schweiz geführten Verfahren (etwa gegen RA Keller), allerdings ist hier die Überlieferung lückenhaft und nicht als Grundlage für eine Darstellung geeignet. Weitere Recherchen in der Schweiz sind hier notwendig.

232 VlbglA, Vermögenssicherung, Schachtel 23, Abt. III c/5500/1946, Zl. 446. Restitutions-Klage, 31. 3. 1947.

Der OGH führte weiters aus, dass die dem Kläger angelasteten Delikte nichts mit Politik zu tun hatten. „Die Steuerhinterziehungen reichten bis in das Jahr 1929 zurück und hatten daher nicht den Zweck, gerade das Dritte Reich zu schädigen. Aus diesem Grunde muss der Versuch des Klägers, sich als Opfer politischer Verfolgung hinzustellen, scheitern.“

Auch der von Scheffknecht vorgebrachte Einwand, seine Firma sei weit unter ihrem Wert verschleudert worden, wurde nicht berücksichtigt. „Von einer Verletzung über die Hälfte des wahren Wertes“, so der OGH, könne keine Rede sein, „weil die Gegenleistung des Deutschen Reichs in der Enthftung und der Niederschlagung der Verfahren bestand und daher in Geld überhaupt nicht bewertbar war. Dass der vom Finanzamte erzielte Erlös hinter den Erwartungen des Klägers zurückgeblieben ist, hat der Kläger sich selbst zuzuschreiben, da er durch sein vertragswidriges Verhalten die Veräußerung der Objekte durch Dr. Hoffmann unmöglich gemacht hat.“²³³

Das von den NS-Behörden 1941 ins Rollen gebrachte Strafverfahren gegen Scheffknecht war im Übrigen weiter anhängig. Am 21. Februar 1949 wurde Scheffknecht bei der Einreise nach Österreich verhaftet, und zwar zur Sicherstellung von gefährdeten Steueransprüchen in der Höhe von öS 1,4 Mio. Am 3. März 1949 wurde das Steuerverfahren durch einen Bescheid des Bundesministeriums für Finanzen rechtskräftig erledigt und Scheffknecht nach einer Anzahlung von öS 300.000.- für die offenen Steuerforderungen wieder aus der Haft entlassen.²³⁴ Scheffknecht brachte allerdings in der Folge gegen diesen Bescheid beim Verwaltungsgerichtshof eine Beschwerde ein, die mit Erkenntnis vom 22. Dezember 1950 abgelehnt wurde. Der durch das Unterwerfungsverfahren bestehende Zustand sei gesetzmäßig und das BMF habe zu Recht keine Veranlassung gefunden habe, daran etwas zu ändern.²³⁵

Auch im Verfahren vor der Rückstellungskommission drehte es sich vor allem zunächst um die Frage, ob der Fall Scheffknecht eine politische Dimension hatte. Scheffknecht und seine Anwälte versuchten, die Stellung-

233 VlbglA, Vermögenssicherung, Schachtel 23, Abt. III c/5500/1946, Zl. 446. OGH-Urteil, 6. 12. 1950.

234 LG Feldkirch, Rückstellungsakt Scheffknecht Bd. V,1, Rk 90/48, Rkv 23/53. Gegenäußerung der Finanzprokuratur, 25. 7. 1953, S. 2 f.

235 LG Feldkirch, Rückstellungsakt Scheffknecht Bd. V,1, Rk 90/48, Rkv 23/53. Gegenäußerung der Finanzprokuratur, 25. 7. 1953, S. 9.

nahmen des Reichssicherheits-Hauptamtes, der Gauleitung Tirol-Vorarlberg und der Gauwirtschaftsberater als politische Interventionen zu interpretieren, die Gegenseite versuchte diese Darstellung zu entkräften und zeigte auf, dass Scheffknecht selbst Parteianwärter war, jedoch auf Grund mangelnder charakterlichen Eignung nicht in die Partei aufgenommen worden sei, stellte Scheffknecht als übelbeleumundeten Wirtschaftskriminellen dar, der nur auf seinen Vorteil bedacht war, der überdies nicht ohne Berechnung den langjährigen Kanzleipartner Arthur Seyss-Inquarts als Anwalt genommen habe und somit mit der 1943 zwischen den beteiligten Ministerien und dem Anwalt Ernst Hoffmann ausgehandelten außergerichtlichen Regelung gut davongekommen sei: Denn die Alternative seien nach geltendem Recht langjährige Haftstrafen gewesen.

Um die langwierigen und komplizierten Verfahren, zu denen nun all die am Fall beteiligten Beamten, sofern sie noch lebten, als Zeugen geladen wurden, zusammenzufassen: Scheffknecht gelang es nicht, glaubhaft zu machen, dass er politisch verfolgt worden war. Selbst ein Beschluss der Obersten Rückstellungskommission, der einer seiner Beschwerden Folge leistete, entkräftete die Interpretation Scheffknechts bzw. seiner Anwälte. Aus kriminellen Tatbeständen, so führte die ORK aus, könne keine politische Verfolgung werden. Auch der gegen Scheffknecht geäußerte Spionageverdacht habe sich nicht in konkreten Verfolgungshandlungen geäußert, sondern hatte lediglich Überwachung zur Folge: bloße Überwachung jedoch wurde nach der ständigen Praxis der ORK nicht als politische Verfolgung angesehen, insbesondere dann nicht, wenn diese Überwachung nach außenhin unsichtbar blieb. Allerdings sah dieser Beschluss der ORK eine Entziehung darin gegeben, dass ein Kurator für Scheffknecht dessen Vermögenswerte „kurzer Hand von der Finanzverwaltung“ veräußern ließ. In dem Beschluss heißt es weiters: „Wenn der Nationalsozialismus in Österreich nicht die Macht ergriffen hätte, so wäre es vollkommen ausgeschlossen gewesen, dass die Staatsverwaltung, wenn ein Verbrecher die Bedingungen nicht einhält, unter denen er vorläufig auf freien Fuß gestellt worden ist und in das Ausland flüchtet, ohne Einhaltung eines Verfahrens das Vermögen des flüchtigen Verbrechers veräußert und aus dem Erlös den Betrag eingezogen hätte, den der Beschuldigte im in Aussicht genommenen Ablassungsverfahren hätte bezahlen sollen. Auch wenn eine auf solche Weise durchgeführte Veräußerung zivilrechtlich nicht mit Erfolg angefochten werden kann, wie der Oberste Gerichtshof in

seinem Urteil 3 Ob 421/51 angenommen hat, so ist sie doch nach den das Rückstellungsrecht beherrschenden Grundsätzen als Entziehung zu qualifizieren, weil in einem Rechtsstaat ein solches Vorgehen undenkbar ist.“²³⁶

Daher sei das Vorgehen nach den das Rückstellungsrecht beherrschenden Grundsätzen, zumal auch die freie Käuferwahl nicht erlaubt worden sei, als Entziehung zu qualifizieren. Das angefochtene Erkenntnis wurde aufgehoben und an die erste Instanz zurückgewiesen. Scheffknecht war in dem Verfahren dennoch nicht erfolgreich. Die erste Instanz wies die Vorwürfe zurück, betonte, dass Scheffknecht „dem freihändigen Verkaufe durch das Finanzamt zugestimmt hatte“ und dass das Finanzamt auch ohne diese Zustimmung berechtigt gewesen wäre, seine nicht erfüllten Ansprüche durchzusetzen. Vielleicht noch bemerkenswert ist, dass in diesem späten Stadium des Verfahrens noch die Finanzprokuratorur beigezogen wurde. Sie sah in den Bemühungen Scheffknechts den Versuch, „ein völlig ordnungsgemäßes Finanzverfahren in eine nationalsozialistische Willkürmaßnahme umzudeuten, um mit Hilfe der Rückstellungsgesetze die Folgen seiner auch nach österreichischen Gesetzen rechtswidrigen, ja sogar deliktischen Handlungen, zu beseitigen und sich der Einhaltung jener Verpflichtungen zu entziehen, die er – um nicht die volle Strenge des Gesetzes zu spüren zu bekommen – freiwillig eingegangen ist.“²³⁷ Bemerkenswert ist hier vielleicht auch noch, dass die Finanzprokuratorur sich genötigt sah, die Persönlichkeit des Antragstellers zu charakterisieren. Diese Charakterskizze gipfelt in der Bemerkung: „Die Persönlichkeit und Tätigkeit Scheffknechts ist in den westlichen Bundesländern so bekannt, dass mit allem Nachdruck darauf verwiesen werden muss, dass es einen schweren Schlag für die Steuermoral darstellen würde, wenn es ihm gelingen sollte, auf dem Umwege über die Rückstellungsgesetze wieder zu einem Vermögen zu gelangen, das er durch sein eigenes allen Gesetzen widersprechendes Verhalten mit vollem Recht verwirkt hat.“²³⁸

236 LG Feldkirch, Rückstellungsakt Scheffknecht Bd. III, 3, Rk 90/48, Rkv 23/53; Beschluss der ORK (Beschwerde des AST wird Folge gegeben), 28. 4. 1953.

237 LG Feldkirch, Rückstellungsakt Scheffknecht Bd. V,1, Rk 90/48, Rkv 23/53. Gegenäußerung der Finanzprokuratorur, 25. 7. 1953, S. 6.

238 LG Feldkirch, Rückstellungsakt Scheffknecht Bd. V,1, Rk 90/48, Rkv 23/53. Gegenäußerung der Finanzprokuratorur, 25. 7. 1953, S. 8.

Beendet wurde das Verfahren schließlich mit einem Beschluss der ORK am 8. Oktober 1954. Sie sah nunmehr als erwiesen an, dass Scheffknecht vor seiner Flucht durch seinen Rechtsanwalt und persönlich die Reichsfinanzverwaltung unwiderruflich zum freihändigen Verkauf seiner beschlagnahmten Vermögenswerte ermächtigt und auf die Durchführung einer gerichtlichen Zwangsvollstreckung verzichtet habe. Sie folgte der Ansicht der Finanzprokuratur, dass die Vorgehensweise des Finanzamtes zu billigen sei und ein Zusammenhang der Vermögensübertragung mit der nationalsozialistischen Machtübernahme nicht gegeben sei (daher war die Frage der freien Käuferwahl irrelevant). Sie kam daher nun zum endgültigen Schluss, dass eine Vermögensentziehung nicht vorliege.²³⁹ Um die Rückstellung des von der Gemeinde Altach erworbenen „Schönbuchwaldes“ kämpfte Hermann Scheffknecht noch bis ins Jahr 1963. Der Prozess soll mehr als ein Viertel des damaligen Wertes des Waldes gekostet haben. Auch dieses Verfahren verlor Scheffknecht und er hatte dementsprechend auch den größten Teil der Prozesskosten bezahlen.²⁴⁰ Allerdings: Er konnte es sich leisten. 1953 wurde er, wenn auch vom gegnerischen Rechtsanwalt Gottfried Riccabona, als „Hauptaktionär bzw. Besitzer einer der größten Textilfirmen in Süddeutschland“ bezeichnet.²⁴¹

Der Fall Hermann Scheffknecht soll hier nicht als exemplarischer oder typischer Fall bezeichnet werden. Er ist dennoch in mehrfacher Hinsicht interessant: Erstens zeigt er, auf welche Weise der Ruf, den sich einer zu Recht oder zu Unrecht erwirbt, einen Sog entwickeln kann, in den im Verlauf einer Geschichte beinahe alles gerät. Zweitens wirft er die Frage auf, welches Maß an Wirtschaftskriminalität Enteignungen rechtfertigt. Drittens aber stellt sich die Frage, welche Aspekte der NS-Geschichte der Fall Scheffknecht auf eine neue Weise beleuchtet: Die Rigidität, mit der gegen ihn vorgegangen wurde, zeigt, dass auch regional bedeutende und prominente Unternehmerfiguren sich allein mit ihrem früheren Einfluss, ihren alten Seilschaften, aber auch ihren alten Methoden gegen das neue System nicht mehr durchsetzen konnten. Am Rande sei nur erwähnt, dass

239 LG Feldkirch, Rückstellungsakt Scheffknecht Bd. V,1, Rk 90/48, Rkv 23/53. Erkenntnis der ORK, 8. 10. 1954, S. 9.

240 Harald Walser, Altach im Zeitalter der Diktaturen, S. 210 f.

241 Archiv des LG Feldkirch, RK 3/53 (90/48), Bd. IV. Gegenäußerung der Antragsgegner (Josef König & Co.), 6. 2. 1953.

Scheffknecht selbstverständlich versucht hatte, Parteimitglied zu werden und dass er einen hochrangigen SA-Gruppenführer, der Mitglied des Reichstages war, in Berlin bei Kaltenbrunner erfolglos intervenieren ließ. Es ist überflüssig zu bemerken, dass die Inspektoren der Zollfahndung und des Finanzamtes systemloyale und pflichtbewusste Beamte waren, die die Prinzipien der völkischen Neuordnung umsetzten. Dementsprechend wurde die alte, nicht selten wirtschaftsliberal gesinnte Unternehmerschaft, auf neue Ziele und neue Orientierungen eingeschworen: „Die soziale Ehre seiner Mitarbeiter muß der Leitgedanke sein, von dem alles Handeln des Unternehmers seiner Gefolgschaft gegenüber bestimmt ist.“²⁴² Ein Unternehmer, der wie Hermann Scheffknecht in den Augen von Partei und Staat bewiesen hatte, dass er sich den Leitlinien der völkischen Neuordnung der Wirtschaft kaum verpflichtet fühlen würde, hatte keinen Platz mehr in der Leistungsgemeinschaft der völkischen Wirtschaft.²⁴³

242 Hermann Clauß: Die Neuordnung der nationalen Arbeit, in: Julius Greifzu (Hg.): Handbuch des deutschen Kaufmanns. Praktische Kaufmannsarbeit in Staat und Wirtschaft, Hamburg o. J. (1941), S. 155.

243 Vgl. dazu: „Exkurs: Entjudung, Säuberung, völkische Berufsvereinigung“, in: Alexander Mejstrik, Therese Garstenauer, Peter Melichar, Alexander Prenninger, Christa Putz, Sigrid Wadauer: Berufsschädigungen in der nationalsozialistischen Neuordnung der Arbeit. Vom österreichischen Berufsleben 1934 zum völkischen Schaffen 1938–1940 (= Veröffentlichungen der Österreichischen Historikerkommission. Vermögenszug während der NS-Zeit sowie Rückstellungen und Entschädigungen seit 1945 in Österreich. Bd. 16). Wien – München 2004, Kap. 4.3.

1.6 Erwerbungen durch Vorarlberger Geschäftsleute in Wien und Niederösterreich

Zahlreiche Vorarlberger Industrielle waren sowohl in politischer als auch in wirtschaftlicher Hinsicht in Arisierung- und Enteignungsvorgänge verstrickt. Als die Wehrwirtschaftsinspektion in Salzburg eine Liste mit prominenten und „politisch zuverlässigen“, also nationalsozialistischen „Wirtschaftsführern“ anforderte, waren unter den fünf genannten Personen drei Vorarlberger Industrielle: Gustav Wagner-Wehrborn (Gesellschafter der Firma F. M. Hämmerle), Hermann Rhomberg (F. M. Rhomberg) und Hans Ganahl (Carl Ganahl).²⁴⁴ Hermann Rhomberg (Gesellschafter der Fa. F. M. Rhomberg, Ehrenbürger Dornbirns und späterer Messepräsident) wurde Luftwaffenbeauftragter des Reichsluftwaffenministeriums und Bezirksbeauftragter des Rüstungskommandos im Wehrkreis XVIII (west-, südösterreichische und nordjugoslawische Gebiete).²⁴⁵ Aber auch weitere Industrielle hatten wichtige Funktionen innegehabt: Rudolf Hämmerle (ein Gesellschafter der Fa. F. M. Hämmerle) war Beirat der Wirtschaftskammer Alpenland. Ein weiterer Gesellschafter der Firma Hämmerle, Arthur Hämmerle, der seit Jahren Verwaltungsratsmitglied der Merkurbank in Wien gewesen war, wurde 1940 zum Börsenschiedsrichter ernannt. Arthur Hämmerle war seit Jahren illegales Parteimitglied, Gauwirtschaftsreferent und war vor dem „Anschluss“ nach Auskunft der Vaterländischen Front „allgemein als Nationalsozialist bekannt, ohne sich als solcher zu betätigen“.²⁴⁶ Nach dem Krieg wurde Arthur Hämmerle als illegales SS-Mitglied in einem Anhaltelager interniert und 1946 wieder freigelassen.²⁴⁷

244 Vgl. Harald Walser: Der Stoff, aus dem die Profite wurden. Das Textilland Vorarlberg nach dem „Anschluss“, in: Meinrad Pichler, Harald Walser: Die Wacht am Rhein. Alltag in Vorarlberg während der NS-Zeit. Bregenz 1988, S. 36.

245 Vgl. Ingrid Böhler: Dornbirn 1914–1945, in: Werner Matt, Hanno Platzgummer, (Hg.): Geschichte der Stadt Dornbirn. Dornbirn 2002, S. 131-228, hier S. 221.

246 ÖStA AdR 04, Gauakt Nr. 169.418 (Arthur Hämmerle). Schreiben der Vaterländischen Front, Bezirk Döbling, an die Landesführung Wien der Vaterländischen Front, 18. 8. 1937. Vgl. zur Problematik der Gauakten Rudolf Jeřábek: „In einer Demokratie höchst bedenkliche Akten“. Die Gauakten, in: Uwe Baur, Karin Gradwohl-Schlacher, Sabine Fuchs (Hg.): Macht, Literatur, Krieg. Österreichische Literatur im Nationalsozialismus. Wien 1998, S. 449-462.

247 ÖStA AdR 04, Gauakt Nr. 169.418 (Arthur Hämmerle). Ein etwas verspäteter Nachruf zu Arthur Hämmerle berichtete dagegen nur Löbliches. Vgl. Rudolf Fischer:

Eine der interessantesten NS- und Nachkriegskarrieren machte Lorenz Rhomberg (geboren 1896 in Dornbirn), einer der Gesellschafter der Firma Herrburger & Rhomberg in Dornbirn. Er war für seine Firma seit den zwanziger Jahren in Wien tätig, wurde 1932 Mitglied der NSDAP und 1934 NSDAP-Bezirksleiter im 1. Wiener Gemeindebezirk. Er arbeitete für den Nachrichtendienst der Partei und war Mitglied der SA ab 1938. Während des Ständestaates war er mehrmals zu hohen Geldstrafen und 1935 zu sechs Monaten Haft im Anhaltelager verurteilt worden – er kam jedoch nach vier Monaten wieder frei. Er wurde 1938 Ratsherr der Stadt Wien, Leiter der Fachgruppe Baumwollweber des Großdeutschen Reiches, stellvertretender Leiter der Wirtschaftsgruppe Textilindustrie, Leiter der Wirtschaftsgruppe Textilindustrie in der Ostmark (1939), leitender Vizepräsident der Industrie- und Handelskammer, Leiter der Wirtschaftskammer Wien und Niederdonau, stellvertretender Gauwirtschaftsberater und schließlich stellvertretender Gaujägermeister von Wien (1940). Im Juni 1945 wurden Lorenz Rhomberg und mit ihm alle weiteren geschäftsführenden Gesellschafter der Firma Herrburger & Rhomberg von der französischen Besatzungsmacht unter dem Verdacht, strafbare Handlungen nach § 10 und 12 des Kriegsverbrechergesetzes begangen zu haben, inhaftiert und in einem Anhaltelager festgehalten. Die Firma wurde unter Sequestur und 1946 unter öffentliche Verwaltung gestellt. In einem Wirtschaftsprüfungsbericht des aus dem Jahr 1947 wird berichtet: „Es sei vorweggenommen, dass heute bereits alle vier Gesellschafter wieder in Freiheit gesetzt wurden, da sich die Verdachtsmomente nicht beweisen ließen. Auf Grund einwandfreier Zeugenaussagen konnten sie sowohl den Verdacht der Illegalität, als auch jenen der besonderen finanziellen Förderung der NSDAP zerstreuen. Vor kurzem wurde auch die Anfang dieses Jahres angeordnete Beschlagnahme des gesamten Vermögens wieder aufgehoben.“²⁴⁸ Lorenz Rhomberg kam somit 1947 wieder frei und war weiterhin als Gesellschafter der Firma tätig.²⁴⁹ 1962 wurde er zum Kommerzial-

Kommerzialrat Arthur Hämmerle 1890–1958, in: Jahrbuch des Vorarlberger Landesmuseumsvereins 1961, S. 240-242.

248 ÖStA AdR 06, BMF, Zl. 303.023-35/17 b/1965. Bericht über die Gebarungsprüfung der öffentlichen Verwaltung der Fa. Herrburger & Rhomberg, Dornbirn, 1947, S. 9.

249 Es ist derzeit unbekannt, ob es ein Volksgerichtsverfahren gegen ihn oder andere Gesellschafter der Firma Herrburger & Rhomberg gab.

rat ernannt, zum 70. Geburtstag erschien eine Würdigung in der Zeitschrift „Die Industrie“ und nach seinem Tod im Jahr 1976 ein Nachruf mit dem Titel „Seinesgleichen gibt es nicht viele – Trauer um Lorenz Rhomberg“.²⁵⁰

Im Rahmen der Entnazifizierung wurden bei F. M. Hämmerle der Betriebsleiter und vier Teilhaber, bei F. M. Rhomberg der Seniorchef, der Betriebsleiter und ein weiterer Teilhaber registriert und hätten eigentlich mit Berufsverboten und teilweise mit Haft bestraft werden müssen. Dazu kam es jedoch nicht: 1948 wurde eine Amnestie für alle Minderbelasteten durchgeführt.²⁵¹ Eine kollektivbiographische Analyse der Vorarlberger Unternehmer und Verbandsfunktionäre, die die Aktivitäten der Unternehmer im Nationalsozialismus und ihr Verhalten in den Rückstellungsfällen untersucht, existiert bislang nicht.

Tab. 15: Dornbirner Textilbetriebe 1934²⁵²

	Arbeiter	Angestellte
F. M. Hämmerle	1.600	188
F. M. Rhomberg	425	38
Herrburger & Rhomberg	223	36
J. M. Fußenegger	152	14
Benedikt Mäser	90	5
Philipp Mäser	40	3

Vorarlberg wurde auf Grund der Dominanz seiner Textilindustrie immer wieder als Textilland bezeichnet. Die meisten Übernahmen gab es auch tatsächlich im Textilsektor. Der Anteil jüdischer Unternehmer war zudem

250 Diese Angaben sind dem Gauakt von Lorenz Rhomberg zu entnehmen. ÖStA AdR 04, Gauakt Nr. 70.731 (Lorenz Rhomberg). Vgl. die Artikel: Lorenz Rhomberg Kommerzialrat, in: Die Industrie Nr. 17 vom 27. 4. 1962, S. 29; Kommerzialrat Lorenz Rhomberg – 70 Jahre, in: Die Industrie Nr. 23 vom 10. 6. 1966, S. 26-27; Seinesgleichen gibt es nicht viele – Trauer um Lorenz Rhomberg, in: Die Industrie Nr. 13 vom 26. 3. 1976, S. 34-35.

251 Vgl. Wolfgang Weber: Nachtrag zur Dornbirner Stadtgeschichte 1945–1948: Entnazifizierung und Wirtschaftssäuberung, in: Dornbirner Schriften. Beiträge zur Stadtkunde XI (1991), S. 134-141.

252 Vgl. Böhler, Dornbirn, S. 188.

in diesem Sektor besonders groß und in Wien und Niederösterreich wurden besonders viele Textilbetriebe enteignet.²⁵³ Es war daher für Vorarlberger Textilunternehmer besonders leicht möglich, einen als jüdisch eingestuften Betrieb zu übernehmen oder Waren, Maschinen oder Betriebszubehör liquidierter Betriebe zu erwerben.

Tab. 16: Die größten Betriebe der Vorarlberger Textilindustrie 1938²⁵⁴

Beschäftigte	
F. M. Hämmerle	2.400
Carl Ganahl & Co.	1.250
Getzner, Mutter & Cie.	1.100
F. M. Rhomberg	800
Ing. R. Kastner	480
Herrburger & Rhomberg	400
Benger & Söhne	400
Hohenemser Weberei AG	350
J. M. Fußenegger	250
Gesamt	7.430

Die Interessen der Vorarlberger Industriellen führten zwischen 1938 und Kriegsende zu einer Reihe von Erwerbungen, von denen nicht wenige jüdisches Eigentum betrafen. Wenig erstaunlich ist, dass die größten Betriebe der Branche auch die umfangreichsten Aktivitäten entfalteten.

1.6.1 Die Aktivitäten von F. M. Hämmerle und F. M. Rhomberg

F. M. Hämmerle, damals eine der größten Textilfirmen Österreichs, hatte schon lange vor dem „Anschluss“, nämlich im August 1934, die deutsche Firma Raff & Söhne, einen jüdischen Betrieb in Meersburg am Bodensee erworben. Durch die Verlagerung eines Teiles des Dornbirner Betriebes

²⁵³ Vgl. Priller, „Arisierungen“.

²⁵⁴ Vgl. Otto Hämmerle: Die Entwicklung der Vorarlberger Baumwollindustrie, dargestellt am Werdegang der Firma F. M. Hämmerle in Dornbirn. Diss. Innsbruck 1948, S. 39.

nach Meersburg wurde der Zugang zum deutschen Markt gesichert.²⁵⁵ Nach dem „Anschluss“ im Jahr 1938 wurden mehrere Vorarlberger Firmen teils in Vorarlberg, aber auch außerhalb der Landesgrenzen aktiv. F. M. Hämmerle übernahm gemeinsam mit F. M. Rhomberg, der zweitgrößten Dornbirner Textilfirma, das bekannte Wiener Kaufhaus Herzmansky, das immerhin 730 Mitarbeiter beschäftigte und sehr große – nach der Übernahme noch gesteigerte – Umsätze erwirtschaftete. Das Kaufhaus wurde von Mitgliedern der Vorarlberger Textilindustriellenfamilien, nämlich von Alfred Hämmerle und Oskar Rhomberg, geleitet. Oskar Rhomberg versuchte das Unternehmen 1945 anlässlich der Rückstellung zu erwerben. Das Kaufhaus Herzmansky wurde jedoch 1948 an den Eigentümer Max Delfiner zurückgestellt.²⁵⁶

Tab. 17: Die Ariseure der A. Herzmansky KoG²⁵⁷

	Einlage in RM	In %
Gustav Wagner-Wehrborn	120.000	10
Hermann Rhomberg	120.000	10
F. M. Hämmerle	480.000	40
F. M. Rhomberg	480.000	40
	1,200.000	100

Die Textilfirmen Hämmerle und Rhomberg beteiligten sich auch gemeinsam an der Erwerbung der auf Kragen- und Herrenwäsche spezialisierten

255 Vgl. Böhler, Dornbirn, S. 184. Wie aus einer Selbstdarstellung der Firma F. M. Hämmerle aus dem Jahr 1972 hervorging, war der Meersburger Betrieb damals noch im Besitz der Firma. Vgl. Ilg, Wirtschaftsgeschichte, S. 93.

256 Vgl. Rolf Stremayr: 125 Jahre Herzmansky. o. J., unpag.

257 Der Arisierungsakt A. Herzmansky KoG befindet sich in ÖStA AdR 06, VVst, Kt. 266, Ha 1672. Vgl. Walser, Bombengeschäfte, S. 35 ff. Zur Herzmansky KoG gehörten folgende Firmen: Oesteg – Österr. Textil-Großhandelsges mbH (Wien 7, Stiftg 5/7); Wiweg – Wiener Wäsche GesmbH (Wien 7, Kaiserstr 49); Wäschefabrik Charmella – Strumpf- und Wirkwarenfabrik GesmbH, (Wien 7, Sitftg. 1/3); Daheg – Damen und Herren-Bekleidungs GesmbH (Wien 7, Stiftg 5/7); vor dem „Anschluss“ waren Max Delfiner mit 40 % und die Satex AG (Chur) mit 60 % Eigentümer dieser Firmen. 1945 lauteten die Namen der Besitzer: F. M. Hämmerle, Dkfm. Hermann Rhomberg, Heinz v. Wagner-Wehrborn bzw. dessen Sachwalter Arthur Hämmerle.

Firma H. Sternberg jun. OHG (Wien 7, Kaiserstr. 39) und erwarben dieses Unternehmen 1940 durch die Vermittlung der Kontrollbank um RM 400.000.-.²⁵⁸ Gemeinsam erwarben die Firmen F. M. Hämmerle und F. M. Rhomberg 1941 auch die (nichtjüdische) Firma Max Wehinger & Co. („Rüsch-Werke“) in Dornbirn, die während des Ersten Weltkrieges zum bedeutendsten Rüstungsunternehmen Vorarlbergs geworden war. Wehinger kommentierte den Verkauf in einem Brief aus dem Jahr 1941: „Ich musste unter Zwang und seit einem halben Jahr dauernder fortgesetzter Drohung des Rüstungskommandos unser Werk an die neue Firma Rüsch-Werke A. Rüsch & Co. verkaufen.“²⁵⁹ F. M. Hämmerle und F. M. Rhomberg waren 1945 auch die größten Aktionäre der Zellwolle Lenzing AG. Dieses Werk war nach der Arisierung der Papierfabrik Lenzing AG aus dem Besitz von Bunzl & Biach errichtet worden. Offenbar hatten sich die beiden größten Textilproduzenten Dornbirns während des Zweiten Weltkrieges an der Gesellschaft beteiligt, um die Zellwolle-Lieferungen sicherzustellen.²⁶⁰

258 Die Kontrollbank erwarb per Kaufvertrag vom 13. Juni 1940 die Firma von den Eigentümern um RM 395.000.- und verkaufte das Unternehmen um RM 400.000.- an ein Unternehmen namens Wiweg (Wiener Wäsche GmbH – vermutlich eine Tochtergesellschaft des Kaufhauses Herzmansky, die dann von den Firmen Rhomberg und Hämmerle benutzt wurde), das von dem allein zeichnungsberechtigten Hermann Rhomberg vertreten wurde. Aus dem Kaufpreis von 395.000.- RM mussten 132.000.- an die stillen Gesellschafter Toni Sara Frankfurter, Fritz Sternberg, und Hedwig Frankfurter in Berlin gezahlt werden. An Personaleinkommensteuer wurde für Emil Schönfeld RM 10.000.- und Reichsfluchtsteuer RM 208.000.- bezahlt. Weiters wurden Anwaltshonorare in der Höhe von RM 20.000.- bezahlt, und schließlich erhielt Emil Schönfeld selbst RM 25.000.-. Die von den Käufern bezahlte Entjudungsaufgabe ging teilweise an die Kontrollbank (RM 5.385.- auf das Konto C der Kontrollbank), teilweise (RM 11.808.-) an das Wohnsitz-Finanzamt des Käufers. ÖStA AdR 06, VVst, Kt. 1571, Mappe 358. Gedächtnisnotiz, aufgenommen am 13. Juni 1940 zwischen Wiweg (vertreten durch Hermann Rhomberg) und der Kontrollbank (Kastner, Foltinek).

259 Zit. in: Walser, Rüsch-Werke, S. 98. Es ist unbekannt, ob es in diesem Fall zu einem Rückstellungsverfahren kam. Die Rüsch Werke waren bis zu ihrer Stilllegung in den achtziger Jahren im Besitz der Firma F. M. Hämmerle.

260 Vgl. Falldarstellung zu Bunzl & Biach in: Peter Melichar: „Arisierungen“ und Liquidierungen im Papier- und Holzsektor, in: Felber u. a., Eigentumsänderungen in der österreichischen Industrie 1938–1945. Auch Herrburger & Rhomberg war, allerdings nur mit RM 210.000.-, an der Zellwolle Lenzing AG beteiligt. Die Beteiligung hatte nach Angaben der Firmenleitung den Sinn, Lieferungskontingente sicherzustellen.

Allein übernahm F. M. Hämmerle noch die Spinnerei und Weberei Teesdorf-Schönau AG.²⁶¹

1.6.2 Die Rationalisierungen der Firma Wilhelm Benger & Söhne

Die Bregenzer Trikotwarenfabrik Wilhelm Benger & Söhne (Inhaber: Karl und Eberhard Benger),²⁶² die 1938 ca. 400 Mitarbeiter beschäftigte, übernahm in Wien die Firma A. Königstein (Wien 16, Thaliastr. 138) und die Firma Sachs & Hohenberg (Wien 13, Funkhausg. 30).²⁶³ In einem Bericht der Firma aus dem Jahr 1941 heißt es: „Rationalisiert wurde unsere Erzeugung auch dadurch, dass wir die Herstellung modischer Artikel in der

ÖStA AdR 06, BMF, Zl. 303.023-35/17 b/1965. Bericht über die Gebarungsprüfung der öffentlichen Verwaltung der Fa. Herrburger & Rhomborg, Dornbirn, 1947, S. 5.

- 261 Vgl. die Falldarstellung von Markus Priller zur Spinnerei und Weberei Teesdorf-Schönau AG, in: Ulrike Felber, Peter Melichar, Markus Priller, Berthold Unfried, Fritz Weber. Eigentumsänderungen in der österreichischen Industrie 1938–1945 (Branchendarstellungen Kap. 1.3.1).
- 262 Die 1885 gegründete Bregenzer Firma Benger besaß ein Stammkapital von RM 20.000.-, das je zur Hälfte von den Gesellschaftern Karl und Eberhard Benger aufgebracht wurde. Karl Benger war für die kaufmännische, Eberhard Benger für die technische Geschäftsführung verantwortlich. Ein Artikel über Kommerzialrat Karl Benger erwähnte die Leistungen des Unternehmens: „Meilensteine auf diesem Wege waren die Überwindung der Inflation der ersten Nachkriegsjahre und der Weltwirtschaftskrise der Dreißigerjahre, die Gründung der Zweigbetriebe in Wien und in den Nachfolgestaaten der Monarchie, die Eingliederung in das großdeutsche Wirtschaftsgebiet im Jahre 1938, der Zweite Weltkrieg und der schwierige Wiederaufbau in der Nachkriegszeit, die den Verlust nicht nur der Niederlassungen in den kommunistisch gewordenen Oststaaten, sondern auch der dortigen Märkte brachte. Alle diese Fährnisse, dieses Auf und Ab wurden von Karl Benger mit Hilfe seiner Mitarbeiter mit ruhiger, aber starker Hand gemeistert, wobei ihm sein verbindliches und vornehmes Wesen zustatten kam.“ Kommerzialrat Karl Benger – 75 Jahre, in: Die Industrie Nr. 12 vom 22. 3. 1963, S. 25. Vgl. außerdem – allerdings ohne Hinweise auf die Übernahmen: Wilhelm Benger & Söhne – Wirkwarenfabrik in Bregenz, in: Österreich in Wort und Bild. Zeitschrift für Fremdenverkehr, Wirtschaft, Sport und Kultur Nr. 12-13 (1949), S. 904-905; Gestern, heute und morgen: Eine kurz gefasste Geschichte der Firma Benger, in: Sozialpolitisches Jahrbuch 1957, Folge 4, S. 56-58.
- 263 Vgl. ÖStA AdR 06, VVst, Ind. 440 und VVst, Ind. 310. Die Firma Benger besaß in Wien 1941 nicht nur am Standort der Firma A. Königstein die Wr. Jerseyfabrik K. & E. Benger, sondern am Standort der Firma Sachs & Hohenberg die Firma Wiener

Hauptsache nach Wien verlagert haben, da Wien ja die Stadt der Mode ist und wir uns befähigt fühlen, an den großen Aufgaben, die auf diesem Gebiet gestellt werden, mitzuarbeiten. Wir haben dort auch die Erzeugung neuer Artikel, wie z. B. der Jerseykleider aufgenommen, die sich außerordentlich stark einführten, was für die Güte unserer Erzeugnisse ebenso spricht, wie für die dem Wiener Geschmack und dem Wiener Modeschaffen Rechnung tragenden Note. (...) Bescheiden war der Beginn, doch heute zählt die Firma mit ihren Filialen in Wien, in Budapest (Ungarn), Marburg und Lettowitz (Protektorat) eine Belegschaft von ca. 900 Schaffenden.“²⁶⁴

1.6.3 Die Erwerbungen der Firma Carl Ganahl & Co.

Auch die Firma Carl Ganahl & Co. erwarb außerhalb Vorarlbergs einige Firmen, und zwar zunächst die Wäschefabrik Brüder Hönigsberg (Wien 14, Nobileg. 40). Die Firma gehörte 1938 Robert Hönigsberg. Die Firma war 1863 vom Onkel des Robert Hönigsberg gegründet worden und besaß bis 1935 einen Zweigbetrieb in Passau, der an die Passauer Industrie AG verkauft werden musste. 1937 erreichte die Firma Hönigsberg einen Exportumsatz von über öS 400.000.- (Gesamtumsatz 1937: öS 2 Mio.) und beschäftigte 200 Arbeiter, 40 Angestellte und zusätzlich 12 Verkäufer. Die Firma Brüder Hönigsberg wurde nicht durch die Fa. Carl Ganahl & Co. direkt übernommen. Die Firma Ganahl verwendete für diese Transaktion die Fa. Leopold von Furtenbach (Feldkirch), die ihrerseits 1934 von Carl Ganahl & Co. übernommen worden war. Gesellschafter der Firma Furtenbach waren – wie auch jene der Firma Carl Ganahl & Co. – Hans und Arnold Ganahl und Dr. Arnold Seeber, die ihr Gesamtvermögen mit öS 4,5 Mio. bezifferten.²⁶⁵ Seeber, Arnold und Hans Ganahl stellten jedoch in ihrem „Antrag auf Genehmigung der Erwerbung“ klar, dass die Firma

Wirkstoffe Brüder Benger. Außerdem besaßen sie eine Verkaufsniederlage in Wien 1, Rudolfsplatz 14 und Franz Josefsplatz 47. Vgl. *Industrie-Compass* 1941, S. 1146.

264 Fa. Wilhelm Benger Söhne Bregenz (Hg.): *Anmeldung zum Leistungskampf 1941/42 – Berichte* (gebundenes Typoskript in der Vorarlberger Landesbibliothek). Bregenz 1942, S. 19.

265 ÖStA AdR 06, VVst, Kt. 337, Ind.-A 335, f. 69. Arnold Ganahl, Hans Ganahl und Dr. Arnold Seeber, *Ansuchen um Genehmigung des Erwerbes*, 15.6.1938.

Furtenbach und die Firma Ganahl „vollkommen identisch“ seien.²⁶⁶ Unterstützt wurde der Arisierungsantrag der Firma Ganahl bzw. Furtenbach durch den Fachverband der Textil- und Bekleidungsindustrie in Wien. In seiner Stellungnahme bezeichnete er die Firma Ganahl & Co. „sowohl unter dem Gesichtspunkt ihrer finanziellen und wirtschaftlichen Lage, als auch vom politischen Standpunkt“ als „hervorragend geeignet“, um die Firma Brüder Hönigsberg „als arisches Unternehmen der Wäscheindustrie im Interesse der gesamtdeutschen Wirtschaft und ihrer Gefolgschaft im besonderen“ zu erhalten.²⁶⁷ Grundlage der Übernahme war ein Kaufvertrag mit einer Kaufsumme von RM 167.000.-. Die VVst genehmigte jedoch eine Kaufsumme von RM 142.500.-. Schließlich wurden bei der CA RM 142.500.- auf ein Sperrkonto eingezahlt. Am 4. Juli 1938 erteilte die VVst eine vorläufige Genehmigung, am 1. Dezember 1938 dann – nach Bitten Arnold Seebers bei Georg Bilgeri – die Endgenehmigung. Die Käufer bezahlten eine Entjudungsaufgabe in der Höhe von RM 57.000.-.²⁶⁸ Nach dem Krieg wurde, so heißt es in einer Festschrift der Firma Ganahl, „sogleich nach dem Zweiten Weltkrieg im modernen Industriestil großzügig umgebaut, nach den Richtlinien spezieller Studien organisiert und, wie man alsbald erkennen wird, mit den letzten technischen Einrichtungen ausgestattet.“²⁶⁹ Carl Ganahl wurde 1952 zum Kommerzialrat ernannt.²⁷⁰

266 ÖStA AdR 06, VVst, Kt. 337, Ind.-A 335, f. 69. Arnold Ganahl, Hans Ganahl und Dr. Arnold Seeber, Ansuchen um Genehmigung des Erwerbes, 15.6.1938. Ein Wirtschaftsprüfungsbericht im Arisierungsakt nennt als Gesellschafter der Fa. Furtenbach Hans und Arnold Ganahl. Bericht der Treuverkehr Deutsche Treuhand AG, Zweigniederlassung Wien über eine im Zuge der Entjudung vorgenommene Prüfung bei der Firma Brüder Hönigsberg (Wien 14), S. 11.

267 ÖStA AdR 06, VVst, Kt. 337, Ind.-A 335, f. 51. Fachverband der Textil- und Bekleidungsindustrie, 17. 6. 1938.

268 ÖStA AdR 06, VVst, Kt. 337, Ind.-A 335. VVst an Hans Ganahl, Arnold Ganahl, Dr. Arnold Seeber, 4. 7. 1938; Leopold von Furtenbach & Cie. (Carl Ganahl & Co.) an den Staatskommissar in der Privatwirtschaft, z. Hd. Huzelmann, 10. 8. 1938; VVst an Fa. Leopold v. Furtenbach (Feldkirch), 15. 12. 1938.

269 Franz Ludwig Neher: Ganahl. 160 Jahre im Dienste der Baumwolle. 1797–1957. Erinnerungsschrift. Hrsg. aus Anlaß des 160jährigen Bestehens der Firma Carl Ganahl & Co. Feldkirch 1958, S. 139.

270 Ebd. S. 168.

Eine weitere Erwerbung der Firma Ganahl & Co. betraf eine der größten mechanischen Webereien Niederösterreichs, die 1850 gegründete Firma Weigelsdorfer mechanische Weberei Nagler & Opler, die etwa 800 mechanische Webstühle in Betrieb hatte. Sie befand sich im Besitz von Johanna und Bela Nagler, wurde allerdings dem Konzern der CA zugeordnet.²⁷¹ Die Umstände der Erwerbung, auch jene der Rückstellung, sind unbekannt. Der einzige Hinweis findet sich in einem Schreiben der VVst an die Landeshauptmannschaft von Niederösterreich im Dezember 1939. „Der Firma Ganahl & Co. wurde aufgetragen“, heißt es hier, „den Kaufpreis für die Firma Nagler & Opler, Weigelsdorf, in der Höhe von RM 187.000.- in der Weise zu begleichen, dass Sie den Ausgleichskommissar zur Abstattung der Forderungen ordentlich rechtlicher Körperschaften und Privatgläubigern einen Betrag von RM 175.000.- und auf das Konto der Vermögensverkehrsstelle bei der Zentralsparkasse in Wien einen Betrag von RM 17.000.- einzuzahlen habe.“²⁷²

-
- 271 Die Firma war 1936 in Konkurs gegangen und soll 1938 den Eigentümern nicht mehr gehört haben, die Verwalter suchten einen Käufer. Vgl. Neher, Ganahl, S. 133. Vgl. zum CA-Konzern und seinen Beteiligungen in Niederösterreich Fritz Weber: Die österreichische Bankenkrise und ihre Auswirkungen auf die niederösterreichische Industrie, in: Andreas Kusternig (Hg.): Beiträge über die Krise der Industrie Niederösterreichs zwischen den beiden Weltkriegen (= Studien und Forschungen aus dem niederösterreichischen Institut für Landeskunde 7). Wien 1985, S. 123-141, hier S. 140.
- 272 ÖStA AdR 06, VVst, Kt. 577, Stat. 513. VVst an Landeshauptmannschaft von Niederösterreich, 21. 12. 1939 (der Akt enthält nur ein einziges Blatt). Vermutlich finden sich die entsprechenden Arisierungsakten im Niederösterreichischen Landesarchiv in St. Pölten. Markus Ganahl schreibt zur Übernahme der Weberei in Weigelsdorf: „Aufgrund der besseren Arbeitsmarktsituation in Niederösterreich und verkehrsgünstigeren Lage zur Versorgung des Wiener Raumes erwarb die Firma Ganahl im Jahre 1938 aus der Konkursmasse der Firma Nagler & Opler die Weberei Weigelsdorf, Bezirk Baden/Nö., die neben den Fabrikshallen und Nebengebäuden über 20 Wohnhäuser umfaßte.“ Die Übernahme der Fa. Brüder Höningsberg wird von Markus Ganahl zwar erwähnt, allerdings nicht als Arisierung bezeichnet – die jüdischen Eigentümer werden nicht erwähnt, auch kein Rückstellungsverfahren. Vgl. Markus Ganahl: 180 Jahre Ganahl. Konzernbildung und ihre historischen Gründe. Dipl. Arb. Wien 1978, S. 14-16.

1.6.4 Adolf Merz erwirbt Bresslauer & Timann

Die im Jahr 1920 gegründete Firma Bresslauer & Timann gehörte je zur Hälfte Ernö Bresslauer und Jaques Timann und beschäftigte neun Angestellte. Sie belieferte nach eigenen Angaben regelmäßig über 500 Kunden und erwirtschaftete 1937 einen Umsatz von öS 0,9 Mio. bzw. RM 600.000.- und machte einen Nettogewinn von RM 40.880.-.²⁷³ Ernö Bresslauer und Jaques Timann forderten, als sie sich gezwungen sahen, ihre Firma zu verkaufen, einen Kaufpreis von RM 111.000.- ihrer Ansicht nach war das der Sachwert der Firma, der sich aus den Warenbeständen, den Außenständen, abzüglich der Kreditoren errechnete.²⁷⁴

Um die Firma bewarb sich der Kaufmann Adolf Merz, der in Bregenz (Römerstr. 13) eine Garn Großhandlung betrieb und schon 1934 die Möglichkeit ergriffen hatte, sich an einer Firma in Wien zu beteiligen. Damals wurde er Gesellschafter der Gumpendorfer Strickgarnfabrik (Wien 7, Kaiserstr. 22).²⁷⁵ Er war deutscher Staatsangehöriger und stammte aus Tailfingen in Württemberg. Seit 1932 war er Nationalsozialist und hatte, wie ihm vom Kreisleiter in Bregenz bestätigt wurde, die NSDAP besonders unterstützt.²⁷⁶ Er gab an, über ein Gesamtvermögen von RM 320.000.- (davon RM 150.000.- Barvermögen) zu verfügen und bekundete sein Interesse an der Firma, bemerkte allerdings auch, er fände „die geforderte Kaufsumme viel zu hoch“. Merz bat um die Einsetzung einer „Einschätzungskommission“.²⁷⁷

273 ÖStA AdR 06, VVst, Kt. 264, Ha 1514, f. 20. VVst an den kommissarischen Leiter des Handelsbundes und seiner Gliederungen, 16. 8. 1938. Vgl. ÖStA AdR 06, VVst, Kt. 264, Ha 1514, f. 33, Ernest Schmickl, Revisionsbericht betreffend die Firma Bresslauer & Timann, 24. 9. 1938, Beilage III.

274 ÖStA AdR 06, VVst, Kt. 264, Ha 1514, f. 1-2. Jaques Timann/Ernö Bresslauer, Ansuchen um Genehmigung der Veräußerung, 25. 6. 1938.

275 Merz gab an, er habe sich an der Firma beteiligt, da einer der Firmeninhaber ihm „ziemlich viel Geld“ geschuldet habe. 1936 übernahm er die Firma als Alleineigentümer, musste jedoch einsehen, dass er sie nicht „aktiv betreiben“ konnte, weil sie, wie er behauptete, „zu stark vernachlässigt“ worden war. ÖStA AdR 06, VVst, Kt. 264, Ha 1514, f. 13. Adolf Merz, Ansuchen um Genehmigung der Erwerbung, 4. 7. 1938.

276 ÖStA AdR 06, VVst, Kt. 264, Ha 1514, f. 24. Beglaubigung des Kreisleiters Bregenz-Dornbirn, 1. 7. 1938.

277 ÖStA AdR 06, VVst, Kt. 264, Ha 1514, f. 13. Adolf Merz, Ansuchen um Genehmigung der Erwerbung, 4. 7. 1938.

Am 14. Oktober 1938 erhielt Merz die Genehmigung zur Übernahme der Firma. Als Kaufpreis wurde ihm die Zahlung einer Summe von RM 10.604.-, die Zahlung einer Entjudungsaufgabe von RM 3.000.- und die Übernahme der Aktiva und Passiva vorgeschrieben. Weiters wurde ihm vorgeschrieben, die Fa. Bresslauer & Timann zu liquidieren, einen Teil der Angestellten jedoch zu übernehmen. Die über die Passiva hinausgehenden Außenstände hatte Merz auf ein Sperrkonto einzuzahlen.²⁷⁸ Merz schloss den Betrieb und überführte das Warenlager in seinen eigenen Betrieb „Adolf Merz vorm. Gumpendorfer Strickgarnfabrik“.²⁷⁹ Anlässlich einer späteren Überprüfung des Falles, die auf Grund diverser Unregelmäßigkeiten in Auftrag gegeben worden war, bemerkte die VVst selbst, die von ihr ausgestellte Genehmigung sei „unklar und unvollständig“. Es sei nicht ersichtlich, „für welche Vermögensteile ein Kaufpreis von RM 10.904.- vorgeschrieben“ war, außerdem lägen Beschwerden des Finanzamtes vor.²⁸⁰ Wie die Geschichte weiter verlief, ist aus den vorliegenden Akten nicht ersichtlich. Einem Aktenvorgang in der Abt. 35 des Finanzministeriums ist lediglich zu entnehmen, dass die Firma Adolf Merz in Bregenz in der Nachkriegszeit 1951 (!) unter öffentliche Aufsicht gestellt wurde. Begründet wurde dieser Schritt dadurch, dass Merz 1938 und 1945 deutscher Staatsangehöriger gewesen sei.²⁸¹ 1956 wurde auf Antrag von Adolf Merz die öffentliche Aufsicht wieder aufgehoben. Merz hatte 1947 die österreichische Staatsbürgerschaft erworben.²⁸² In dem Akt finden sich keinerlei Hinweise auf die Arisierung und Liquidation der Firma Bresslauer & Timann. Es ist unklar, ob es in diesem Fall zu einem Rückstellungsverfahren gekommen ist.

278 ÖStA AdR 06, VVst, Kt. 264, Ha 1514, f. 27. VVst an Adolf Merz, 14. 10. 1938.

279 ÖStA AdR 06, VVst, Kt. 264, Ha 1514, f. 51. Adolf Merz an VVst, 16. 2. 1940.

280 ÖStA AdR 06, VVst, Kt. 264, Ha 1514, f. 53. VVst (Dr. Müller) an VVst, Abt. Auflagenberechnung, 29. 2. 1940.

281 AdR 06, BMF 164.357-35/53. Bescheid des Amtes der Vorarlberger Landesregierung an Firma Adolf Merz, Garn Großhandlung, Bregenz, 19. 7. 1951.

282 ÖStA, AdR 06, BMF 164.357-35/53. Bescheid des Amtes der Vorarlberger Landesregierung an Firma Adolf Merz, Garn Großhandlung, Bregenz, 29. 8. 1956.

1.6.5 Rückstellung als Farce? Martin und Siegfried Zumtobel erwerben die Franz Tommasoni OHG

Die im Jahr 1846 gegründete „Firma Tommasoni OHG – Delikatessen und Weinhandel im Großen und im Kleinen“ war eine bekannte Großhandelsfirma für Lebensmittel, Wein und Delikatessen. Nach dem Ersten Weltkrieg gehörte die Firma Ludwig Hutterstrasser. 1923 erwarben die Brüder Robert, Fritz und Ludwig Hohenberg 50 % der Firma und 1932 weitere 50 %. Ludwig Hutterstrasser blieb jedoch weiterhin öffentlicher Gesellschafter und beließ „darlehensweise“ Kapital in der Firma.²⁸³ Die Firma beschäftigte vor dem „Anschluss“ über 110 Mitarbeiter und wies 1937 einen Umsatz von RM 1,248.621,62 (= öS 1,872.934,31) aus. Ein von den NS-Behörden in Auftrag gegebener Bericht der „Treuhandsellschaft Donau GmbH, Wien“ bemerkte im August 1938: „Im Zuge der Revision wurde der Eindruck gewonnen, daß das Unternehmen gut und umsichtig geführt und unter Ausnützung aller gegebenen Möglichkeiten ausgebaut wurde. Das Personal macht einen geschulten Eindruck. Einzelne Gefolgschaftsmitglieder sind bereits jahrzehntelang bei der Firma beschäftigt.“²⁸⁴

Tab. 18: Durchschnitt der Geschäftsjahre 1935, 1936, 1937

	öS	RM
Netto-Umsatz	1,860.000	1,240.000
Brutto-Ertrag	430.000	286.000
Reingewinn	80.500	53.000

Laut Handelsregister waren die Gesellschafter der Firma: Kommerzialrat Ludwig Hutterstrasser (er galt als Arier und blieb der Firma auch nach der Arisierung als Konsulent und Weineinkäufer verbunden), Fritz und Robert Hohenberg als öffentliche, Ludwig Hohenberg als stiller Gesellschafter. In ihrem an die VVst gerichteten „Ansuchen um Genehmigung der Veräußerung“ bezifferten die Brüder Hohenberg ihren eigenen Anteil am Kapital mit RM 206.000.-, den Anteil Hutterstrassers mit RM 73.000.-

283 VVst, Ha 1363. Ansuchen um Genehmigung der Veräußerung, 31. 5. 1938.

284 VVst, Ha 1363. Treuhandsellschaft Donau GmbH, Wien Bericht über die Überprüfung der Firma Franz Tommasoni, Wien 6, Köstlerg. 5, 24. 8. 1938.

Tab. 19: Die Eigentümer der Firma Franz Tommasoni OHG

	Gewinnanteil	Funktion	Anteile	Wert ²⁸⁵
Hutterstrasser, Ludwig		Gesellschafter	73.000.-	
Hohenberg, Ludwig	1/3	St. Gesellschafter	20.000.-	10.362.-
Hohenberg, Robert	1/3	Gesellschafter	66.500.-	79.938.-
Hohenberg, Fritz	1/3	Gesellschafter	66.500.-	40.735.-

Die internen Rechtsverhältnisse zwischen den Gesellschaftern waren durch ein Gedenkprotokoll vom 28. Juli 1937 geregelt.²⁸⁶ Hier wurde festgehalten, dass Ludwig Hutterstrasser keine Rechte am Firmenvermögen zustanden, sondern lediglich eine Gewinnbeteiligung, allerdings vom jährlichen Reingewinn höchstens öS 6.250.- Auch wurden einerseits Hutterstrassers Kontrollrechte und andererseits seine Haftung stark beschränkt.

Die Firma wurde zunächst von Dr. Hans Matich kommissarisch verwaltet. Zumindest einer der Brüder Hohenberg, nämlich Robert Hohenberg, wurde in Dachau inhaftiert und nach seiner Freilassung „mit schärfsten Drohungen zur sofortigen Ausreise gedrängt“.²⁸⁷ Schon am 5. Mai 1938 schlossen die Brüder Hohenberg mit Kommerzialrat Otto Zumtobel aus Dornbirn und seinen beiden Söhnen, den SS-Männern Dkfm. Siegfried und Dr. Martin Zumtobel, einen Kaufvertrag ab.²⁸⁸ Der Kaufvertrag nannte keinen bestimmten Kaufpreis, sondern bestimmte lediglich den Modus, wie er zu berechnen sei: Aktiva minus Passiva plus Inventar (auf RM 33.000.- geschätzt). Als Kaufpreis wurde von der VVst jedenfalls 1940

285 Diese Wertangaben nach den Angaben der Vermögensanmeldung. VVst, VA 7681 (Ludwig Hohenberg); VVst-VA 7682 (Robert Hohenberg); VVst-VA 7683 (Fritz Hohenberg).

286 Leider liegt dieses Gedenkprotokoll im Original nicht vor. Ein Bericht der Treuhandgesellschaft „Donau“ zitiert diesen Vertrag lediglich. VVst, Ha 1363. Treuhandgesellschaft Donau GmbH, Wien Bericht über die Überprüfung der Firma Franz Tommasoni, Wien 6, Köstlerg. 5, 24. 8. 1938.

287 AdR 06, Abgeltungsfonds 7181 (Anna Hohenberg), f. 106. Robert Hohenberg an den Fonds zur Abgeltung von Vermögensverlusten, 28. 8. 1967.

288 VVst, Ha 1363, f. 6, Vertrag zwischen Otto, Siegfried und Martin Zumtobel einerseits und Hans Matich (komm. Verwalter der Fa. Tommasoni) andererseits, Fritz und Robert Hohenberg drittseits und Ludwig Hutterstrasser viertseits, 31. 5. 1938.

ein Kaufpreis von RM 151.047,19 vorgeschrieben.²⁸⁹ Während die drei Brüder Hohenberg flüchten und sich in Sicherheit bringen konnten, wurde ihre Mutter, Sofie Hohenberg, deportiert und ermordet.²⁹⁰

Tab. 20: Die Ariseure zahlten bis 1944

	RM	Bemerkung
Ludwig Hutterstrasser	37.800,15	
Robert u. Fritz Hohenberg	81.560,14	Davon 48.765.- für Steuern und Anwälte, Rest ausbezahlt? ²⁹¹
Sofie Hohenberg	4.518.-	Ausbezahlt?
Ludwig Hohenberg	9.930,28	Ausbezahlt?
Gesamt	133.808,57	Unberichtigt 17.238,62

Die Käufer waren Kommerzialrat Otto Zumtobel und seine beiden Söhne, Dkfm. Dr. jur. Martin Zumtobel (geb. 1904) und Dkfm. Siegfried Zumtobel (geb. 1911) aus Dornbirn in Vorarlberg. Beide Söhne gaben an, verheiratet zu sein und zu beabsichtigen, jeweils RM 70.000.-, zusammen also RM 140.000.- investieren zu wollen. Davon sollten RM 50.000.- von ihrem Vater vorgestreckt werden. Martin Zumtobel hatte in Köln an der wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Fakultät bis 1924, dann in Innsbruck an der juristischen Fakultät studiert, promovierte 1926 und war seit 1927 Prokurist, seit 1937 Gesellschafter in der väterlichen Firma F. M. Zumtobel, die durchschnittlich ca. 35 Angestellte und Arbeiter beschäftigte. Bis April 1933 war er nach eigener Angabe Mitglied der Maschinengewehrabteilung der Dornbirner Heimwehr, 1933 meldete er sich bei der NSDAP und leistete für die Partei „Nachrichtenvermittlung“. Er gab weiters an, „dank meiner Beziehungen an der Begnadigung oder Freilassung bestraffter Nationalsozialisten mit mehr oder weniger Erfolg“ gearbeitet zu haben. Siegfried Zumtobel hatte zwischen 1928 und 1931 in Wien an der Hochschule für Welthandel studiert und arbeitete gleichzeitig

289 VVst, Ha 1363, f. 251. Alexander Letz an den Reichsstatthalter Wien (Abwicklungsstelle VVst), 3. 9. 1941.

290 Vgl. Namentliche Erfassung <http://www.doew.at/>

291 VVst, Ha 1363, f. 251. Alexander Letz an den Reichsstatthalter Wien (Abwicklungsstelle VVst), 3. 9. 1941.

in Frankreich und Holland. Seit 1931 war er zunächst als Einkäufer in Hamburg für die Firma F. M. Zumtobel tätig, seit 1937 als Prokurist. Er gab an, seit 1933 Mitglied der NSDAP und der SS zu sein und sich vor allem mit Sprengstoffschmuggel für die Partei eingesetzt zu haben.²⁹²

Wie meist, wenn es sich um größere und bekannte Betriebe handelte, die arisiert worden waren, kam es auch im Fall der Firma Tommasoni zum Rückstellungsverfahren. Aber wie in vielen anderen Fällen ist auch hier die Problematik nicht auf den ersten Blick erkennbar. Mit Teilerkenntnis vom 20. 4. 1949 wurde die Firma Franz Tommasoni „wie sie liegt und steht“ an die Antragsteller Robert und Fritz Hohenberg zurückgestellt.²⁹³ In einem Vergleich vom 27. 2. 1952 wurden weiters einige Maschinen zurückgestellt und die Antragsgegner verpflichteten sich, insgesamt öS 200.000.- an die Antragsteller auszubezahlen.²⁹⁴ Anna Hohenberg erhielt als Rechtsnachfolgerin und Erbin des 1950 verstorbenen Ludwig Hohenberg²⁹⁵ ein Drittel der genannten Entschädigungssumme.²⁹⁶ Man könnte auf den ersten Blick meinen, dass damit die Vermögensverluste der Brüder Hohenberg abgegolten waren. Doch das liegt auch an der mangelhaften Überlieferung des Quellenmaterials, denn bekanntlich haben sich in Wien die Akten der Rückstellungskommission beim LG f. ZRS nur zu einem geringen Teil erhalten. Erst über den Umweg über andere, später entstandene Quellen, erfährt man etwas über das Rückstellungsverfahren.

Robert Hohenberg hat – es ist dies einer der sehr seltenen Fälle, in denen jemand, der 1938 enteignet wurde und ein Rückstellungsverfahren durchgekämpft hat, den Fall später noch einmal kommentierte – im Jahr 1965 zum Rückstellungsverfahren Stellung genommen. Er wies darauf hin, dass die Käufer der Firma alles, was zu zahlen war (Kaufpreis, Entjudungsaufgabe, Reichsfluchtsteuer, Juva), dem Firmenvermögen der Firma Franz Tommasoni entnommen hatten. Er behauptete weiters, dass die Käufer

292 VVst, Ha 1363, Ansuchen um Genehmigung der Erwerbung, 3. 6. 1938.

293 WrstLa, VEAV, 6. Bezirk 29/2. Teilerkenntnis vom 20. 4. 1949. (Beilage 4)

294 WrstLa, VEAV, 6. Bezirk 29/2. Vergleich vom 27. 2. 1952.

295 Sterbeurkunde Wien-Ottakring 839/1950; Verlassenschaftsabhandlung: Verlassenschaftsgericht Innere Stadt, Abt. 9., GZ 18 A 280/50.

296 ÖStA AdR 06, Abgeltungsfonds 7181 (Anna Hohenberg). Anna und Robert Hohenberg an den Fonds zur Abgeltung von Vermögensverlusten, 16. 2. 1965.

zwischen 1938 und 1945 RM 857.000.- der Firma privat entnommen hatten. Aus seiner Sicht war es völlig ungerechtfertigt, dass die Käufer im Rückstellungsverfahren für Steuern und Tätigkeit RM 657.000.- in Abzug bringen konnten, sodass sie nur noch RM/öS 200.000.- zu begleichen hatten.²⁹⁷ Er bezeichnete die Rückstellung als eine „Farce“. Das Rückstellungserkenntnis hatte die Zumtobels verpflichtet, die Firma „wie sie geht und steht“ zurückzugeben, allerdings betonte Hohenberg, bestehen eben bei einem Handelsgeschäft die Aktiven ausschließlich aus Warenlager und Forderungen an die Kunden. „Das Warenlager war bis auf die letzte Dose und bis auf die letzte Flasche geplündert. Die Weinfässer in unseren seinerzeitigen Kellereien in der Wollzeile wurden von den Russen mit Gewehren angeschossen und der auslaufende Wein in Kübeln weggeschafft. Vier Wochen hindurch dauerte diese Plünderung. Das Warenlager in der Köstlergasse war rascher geplündert und ebenso die mehr als 100.000 Flaschen Sekt aus meiner seinerzeitigen Sekt-Kellerei in der Mühlgasse. Forderungen an Kaufleute haben nicht existiert, weil zu dieser Zeit keine Kreditverkäufe getätigt wurden. Allerdings bestanden sehr, sehr große Forderungen gegen die Deutsche Wehrmacht, welche natürlich völlig uneinbringlich blieben. Die Autos waren, sofern sie noch nicht von der Wehrmacht eingezogen waren, von den Russen geraubt. Die wertvollen Büromaschinen und sonstigen Einrichtungsgegenstände verschwanden zum Großteil in den ersten Tagen nach der Eroberung Wiens. Der Rest wurde von der französischen Besatzungsmacht beschlagnahmt und verschleppt, ohne Ersatz-Leistung. Was sonst noch an armseligen Aktiven vorhanden war, war bis zum Zeitpunkt der Rückstellung aufgezehrt, weil ja der Handelsbetrieb wegen Warenmangel überhaupt nicht existierte, aber der Zins und das reichliche Personal bezahlt werden musste. Was mir zurückgestellt wurde, war also nur das Firmenschild und die leeren Lokale.“²⁹⁸

Nach Auffassung Robert Hohenbergs war für den unglücklichen Verlauf des Rückstellungsverfahrens sein eigener Rechtsanwalt verantwortlich, der durch „verworrene und unklare“ Ausführungen und „voll-

297 ÖStA AdR 06, Abgeltungsfonds 7181 (Anna Hohenberg). Robert Hohenberg an den Abgeltungsfonds, 9. 7. 1965.

298 ÖStA AdR 06, Abgeltungsfonds 7181 (Anna Hohenberg). Robert Hohenberg an den Abgeltungsfonds, 28. 8. 1965.

kommen unlogisches“ Verhalten eine Entscheidung herbeiführte, die nach Ansicht Hohenbergs wesentliche Fakten nicht berücksichtigte und beispielsweise den Kaufpreis von den zurückgeforderten Entnahmen abzog. „Die Zumtobel“, bemerkte er, „hatten niemals auch nur einen einzigen Groschen eigenes Geld in die Firma hineingesteckt und sowohl den Kaufpreis, als auch die Auflagen aus der Firmenkassa bezahlt. (...) Die Zumtobel haben aber auch außerdem ungerechtfertigt Beträge aus der Firmenkassa bezogen und auf diverse Sperrkonten buchen lassen. Sie haben auch unverrechnete Warenbezüge getätigt. Sie hatten die Firma Franz Tommasoni nie selbständig geführt, sondern hatten einen ehemaligen Vertreter meiner Firma, einen illegalen Nazi, mit der Prokura und der Geschäftsführung betraut. Dieser Geschäftsführer ist vor dem Russeneinmarsch nach Salzburg geflohen und es ist hauptsächlich diesem Umstand zuzuschreiben, dass alles restlos geplündert wurde, denn niemand war da, um dafür zu sorgen, dass wenigstens nach den russischen Soldaten die Rollbalken gesperrt werden. Da ich naturgemäß mit den völligen unlogischen und unzureichenden Anträgen meines Anwaltes nicht einverstanden war, half er dem gegnerischen Anwalt und den Richtern, mich zu einem äußerst ungünstigen Vergleich zu überreden – ich wurde von allen Seiten dazu gepresst, mich mit öS 200.000.- einverstanden zu erklären. Hievon nahm sich Dr. Sokal (der Rechtsanwalt) öS 20.000.- weg. Ich war gegen diese Übermacht, verstärkt durch meinen eigenen Anwalt, einfach machtlos.“²⁹⁹

Die Zuerkennungskommission des Abgeltungsfonds, bei dem 1962 die geschädigten Eigentümer Ansprüche angemeldet hatten, bemerkte dazu: „Die geschädigten Gesellschafter der Firma Franz Tommasoni hatten Anspruch auf Ersatz der Erträge, die von 2 Sachverständigen im Volksgerichtsverfahren³⁰⁰ mit RM 792.730.- bzw. RM 969.603,73 angenommen wurden. Wenn auch von diesen Beträgen die gezahlten Steuern und eine angemessene Vergütung für die Tätigkeit der Erwerber abzurechnen ist, so bleibt immer noch ein Betrag, der den gezahlten Kaufpreis von RM 123.000.- bei weitem übersteigt, sodass bei Errechnung des Ver-

299 ÖStA AdR 06, Abgeltungsfonds 7181 (Anna Hohenberg). Robert Hohenberg an den Abgeltungsfonds, 28. 8. 1965.

300 In den Akt zur Strafsache des LG f. Strafsachen Wien, Vg 3 d Vr 8502/46 konnte bisher kein Einblick genommen werden.

gleichsbetrages von öS 200.000.- der Kaufpreis in Rechnung gestellt wurde, somit die aus demselben geleisteten Zahlungen für diskriminierende Abgaben einen echten Verlust darstellen.³⁰¹ Dieser Verlust wurde den ehemaligen Eigentümern nie abgegolten.³⁰²

Tab. 21: Hinweise auf Arisierungen und Arisierungsversuche der Vorarlberger Unternehmer³⁰³

Käufer	Erwerbung I	Erwerbung II	Erwerbung III	Erwerbung IV
F. M. Hämmerle	50 % A. Herz- mansky KoG	Teesdorf AG ³⁰⁴	H. Sternberg jun.	Zellwolle Lenzing
F. M. Rhomberg	50 % A. Herz- mansky KoG	---	H. Sternberg jun.	Zellwolle Lenzing
Richard Rhomberg ³⁰⁵ Ganahl & Co.	Heinrich Ronai ³⁰⁶ Nagler & Opler ³⁰⁸	Kulik & Co. ³⁰⁷ Brüder Hönigsberg ³⁰⁹		
Wilhelm Benger & Söhne Gebrüder Wolff, Hard	Sachs & Hohenberg Emerich Strasser ³¹⁰	A. Königstein Gescheiterter Kaufversuch bei Hubertus Strickerei, Wien ³¹¹		
Adolf Merz, Bregenz Siegfried und Martin Zum- tobel, Ges. der F. M. Zumtobel Friedrich Kaiser, Bregenz	Bresslauer & Timan Franz Tommasoni OHG Interesse an Spiritus AG, Wien ³¹³	Friedrich Bleier & Co. ³¹²		

301 ÖStA AdR 06, Abgeltungsfonds 7181 (Anna Hohenberg). Beschluss der Zuerkennungskommission, 26. 3. 1965.

302 Mit Beschluss des Abgeltungsfonds vom 22. 1. 1964 wurde der Antrag der Witwe Ludwig Hohenbergs auf Entschädigung eines Drittels des Kaufpreises und eines Drittels der Entjudungsaufgabe abgelehnt. Anna Hohenberg beinspruchte diese Entscheidung. Ein Beschluss der Zuerkennungskommission sprach ihr schließlich 14 Monate später S 5.670.- zu. Auch dagegen legte Anna Hohenberg wieder Einspruch ein, der vom Kuratorium des Abgeltungsfonds am 14. Juli 1967 aus formalen Gründen abgelehnt wurde. ÖStA AdR 06, Abgeltungsfonds 7181 (Anna Hohenberg).

- Beschluss, 22. 1. 1964; Einspruch gem. Art 18 der Statuten gegen den Beschluss der Zuerkennungskommission vom 26. 3. d. J., 14. 6. 1965.
- 303 Es ist zu betonen, dass diese Liste unvollständig ist und lediglich Hinweise bieten will. Eine Analyse der Kaufvorgänge und ihrer Umstände steht (mit Ausnahme der Fälle Herzmansky und Teesdorf AG) noch aus.
- 304 Vgl. die Falldarstellung zur Spinnerei und Weberei Teesdorf-Schönau AG bei Priller, Eigentumsänderung.
- 305 Die Firma war 1945 unter öffentliche Verwaltung gestellt. ÖStA AdR 06, BMF, Zl. 261.006-261.100-35/1955.
- 306 Vgl. Walser, Bombengeschäfte, S. 37. Walser gibt folgende Aktenzahl an: ÖStA AdR 06, VVst, Akt 2285 (vermutlich Gew oder Ha). Die Firma Ronai (Wien 18, Währingergürtel 85) war ein „Herren- und Damenkleidermacher“.
- 307 Vgl. Walser, Bombengeschäfte, S. 37. Walser gibt folgende Aktenzahl an: ÖStA AdR 06, VVst, Akt 2834 (vermutlich Gew oder Ha). Kulik & Co. (Wien 1, Salztorg. 2) war eine Kleidermacherfirma, die Isidor und Wilhelm Kohn und Viktor Vodicka gehörte. Vgl. Industrie-Compass 1938, S. 1292.
- 308 Die Firma Ganahl & Co. erwarb die mechanische Weberei Nagler & Opler im niederösterreichischen Weigelsdorf um RM 175.000.- Der Kaufpreis wurde wie üblich verwendet, um Steuern und Forderungen von öffentlichen Körperschaften und Privatgläubigern zu bezahlen. RM 17.000.- wurden als Entjudungsaufgabe bezahlt. Vgl. Walser: Bombengeschäfte, S. 37 (er gibt an: ÖStA AdR 06, VVst, Akt Ganahl). Vgl. ÖStA AdR 06, VVst, Ind. 333.
- 309 ÖStA AdR 06, VVst, Ind. 335.
- 310 Die Firma Vorarlberger Wirkwarenfabrik Gebrüder Wolff (Gesellschafter: Julius Wolff und Reinhold Wolff) in Hard übernahm kurz vor Kriegsbeginn 1939 die Wiener Strickwarenfabrik Emerich Strasser (Wien 17, Maysseng. 15), die ca. 70 Mitarbeiter beschäftigte, und führte sie als „Emstra“ Strick- und Wirkwarenfabrik Gebrüder Wolff & Co. – Gesellschafter waren: Hans Wolff, Julius Wolff, Eugen Wolff, Franz Wolff, Johann Wolff, Albert Kopf und Karl Laudmann. Vgl. Industrie-Compass 1938, S. 1254; 1941, S. 1151. Vgl. Sebastian Wolff: Historische Betriebsanalyse der Vorarlberger Wirkwarenfabrik Gebrüder Wolff. Dipl. Arb. Wien 1975, S. 4.
- 311 Julius Wolff (geb. 1903), Gesellschafter der Firma Gebrüder Wolff in Hard (er bezeichnete sich als „Kaufmann und Wirkereifachmann“, trat hier als Interessent in Erscheinung und reichte einen „Antrag auf Genehmigung der Erwerbung“ ein, in dem er sein Gesamtvermögen auf RM 250.000.- bezifferte. Wie aus dem Akt zu ersehen ist, waren zwar die Verhandlungen so weit gediehen, dass eine Absichtserklärung unterzeichnet wurde (es wurde ein Kaufpreis von etwa RM 120.000.- in Aussicht genommen), er erhielt die Firma schließlich jedoch nicht. ÖStA AdR 06, VVst, Ind. 738, Julius Wolff, Ansuchen um Genehmigung der Erwerbung, 18. 7. 1938.
- 312 Adolf Merz interessierte sich auch für die Wiener Stickerei Friedrich Bleier & Co. (Wien 7, Schottenfeldg. 14), die jedoch wahrscheinlich liquidiert wurde. ÖStA AdR 06, VVst, Ind. 970 (diesem Fall konnte im Rahmen dieser Arbeit nicht mehr nachgegangen werden).
- 313 In der VVst-Firmenkartei ist Friedrich Kaiser aus Bregenz als Interessent vermerkt. Ob er die Firma erworben oder sich an ihr beteiligt hat, konnte nicht geklärt werden.

1.7 Zusammenfassung

Das Beispiel Vorarlberg zeigt, dass auch in einer Region, in der aus verschiedenen Gründen verhältnismäßig wenige jüdische Unternehmer 1938 tätig waren, Unternehmer auf vielfältige Weise in die Enteignungsvorgänge involviert waren. Zunächst wurden einige als jüdisch geltende (Max Perlhefer, Abraham Bloch, David Brandes, Julius Iger, Edmund Turteltaub, Markus Silberstein, Harry Weil, Ivan Landauer), aber auch einige als nichtjüdisch eingestufte Betriebe (Josef Rupp, Ferdinand Scheffknecht, Franz Josef Hämmerle, Fa. Wild, M. B. Neumann) enteignet, bzw. wurden die Inhaber gezwungen, ihre Unternehmen zu verkaufen. Bei den beiden Lustenauer Textilfabrikanten Hermann Scheffknecht und Franz Josef Hämmerle handelte es sich um große Devisen- und Steuerstraffälle.³¹⁴ Der Betrieb von Ing. Rudolf Kastner in Thüringen wurde offenbar teilweise enteignet, er selbst musste aus der Firmenleitung ausscheiden, der Betrieb wurde dennoch für die Rüstungsindustrie beschlagnahmt. Ob er formell enteignet wurde, ist derzeit unklar. Die Enteignungen betrafen selbstverständlich nicht nur in Vorarlberg ansässige Industrielle und Kaufleute, sondern auch jene, die an Vorarlberger Firmen beteiligt waren, selbst aber nicht hier lebten (wie im Fall der Firmen M. B. Neumann und der Fa. Krafft). Die Enteignungen der nichtjüdischen Unternehmer (und auch der zahlreichen nichtjüdischen Liegenschaftsbesitzer) zeigt, dass das NS-System Verletzungen des Eigentumsrechtes unter bestimmten, sehr dehnbaren Umständen, immer wieder auch bei Unternehmen zuließ, die nicht als jüdisch galten. Verschiedene Formen und Mittel waren dabei denkbar. Während Josef Rupp durch Drohungen zum Verkauf gezwungen wurde, war die Fa. Wild zwar bereit, ihren Betrieb aus ökonomischen Gründen zu verkaufen, allerdings gestattete man ihr nicht, den Käufer zu wählen und die Kaufsumme zu bestimmen. In diesen beiden Fällen erhielten die Eigentümer die Firmen wieder zurückgestellt. Auch im Fall

Zu dem Fall existiert ein Akt der Vermögensverkehrsstelle, der nicht verfügbar war (ÖStA, AdR 06, VVst, Ind. 557). Die Firma Kaiser stand nach 1945 zeitweilig als „deutsches Eigentum“ unter öffentlicher Verwaltung. Vgl. ÖStA, AdR 06, BMF, Zl. 247.248-247.258-35/1964.

314 Diese beiden umfangreichen und bisher nicht dargestellten Fälle konnten im Rahmen dieser Arbeit nicht ausführlich behandelt werden, obwohl sie als Grenzfälle höchst

M. B. Neumann's Söhne kam es zu einem Rückstellungsverfahren: Der Erwerber konnte den Betrieb jedoch nach einer Entschädigungszahlung behalten. Hermann Scheffknecht, der auf Grund wirtschaftskrimineller Delikte etwa drei Jahre inhaftiert und dessen inländische Vermögenswerte 1944/45 zu Gunsten des Staates eingezogen worden waren, unterlag in der gerichtlichen Auseinandersetzung um sein früheres Eigentum sowohl in zivilrechtlichen Verfahren als auch in Rückstellungsverfahren. Die naheliegenden Fragen, ob dies zu Recht geschah und ob es mit rechten Dingen zugeht, dass die Firma Josef König & Co., deren Gesellschafter Parteigenossen waren, zu einem äußerst günstigen Preis Scheffknechts Firma bekam und auch nach 1945 behalten konnten, kann von historischer Forschung nicht beantwortet werden. Jedenfalls waren die damaligen Verfahren in größtmöglichem Maße gesetzeskonform. Scheffknecht beschäftigte versierte Juristen und ging in mehreren Verfahren bis vor die Höchstgerichte. Viel interessanter wäre es, u. a. anhand des Falles Scheffknecht – allerdings nicht als Einzelfall – der Frage nachzugehen, welche sozialen Funktionen Unternehmer haben, in welchem Maße sie die Gesellschaft dominieren, in welchem Maße sie – etwa von Politik und Verwaltung – dominiert werden.

Es zeigt sich, dass die Arisierungen und Auflösungen der in Vorarlberg ansässigen jüdischen Unternehmen mit einer Ausnahme – es handelt sich um die Vorarlberger Leder- und Schuhfabriken Gebrüder Krafft GmbH – sehr rasch von lokalen Instanzen durchgeführt wurden. Die „Landratsämter“ – die ehemaligen Bezirkshauptmannschaften – kooperierten dabei mit Gemeinden, lokalen Parteistellen und der für Wirtschaftsfragen zuständigen Abteilung der Vorarlberger Landeshauptmannschaft. Eine wesentliche Maßnahme war dabei der Entzug der Gewerbeberechtigung. Eine Institution, die in zahlreiche Vorgänge eingebunden gewesen ist, war die damalige Vorarlberger Handelskammer.³¹⁵ Die Wiener Zentrale der

interessant sind. Nicht allein die wichtigen Fragen, ob es sich hier um Enteignungen handelte, die im Widerspruch zu einer rechtsstaatlichen Vorgangsweise standen und ob es zu Rückstellungen oder Entschädigungen kam, müssten geklärt werden, sondern die Fälle könnten auch zur Klärung der Frage beitragen, wie die NS-Auslese im nicht-jüdischen Unternehmertum funktionierte.

315 Die historischen Akten der Vorarlberger Handelskammer enthalten höchst interessantes Material, das – soweit bis jetzt bekannt – noch nicht ausgewertet worden ist. Im Rahmen dieser Studie war mir die Heranziehung dieser Quellen leider nicht möglich.

Vermögensverkehrsstelle (VVst) und auch die Kontrollbank – dies waren die wichtigsten Arisierungsbehörden – scheinen in diese Vorgänge ebenso kaum involviert gewesen zu sein wie die in Innsbruck situierte Nationalsozialistische Handwerks-, Handels- und Gewerbeorganisation“ (NS-Hago), die von Dr. Anton Amann geleitet wurde. Auch der als „Beauftragter des Staatskommissars in der Privatwirtschaft für Handel und Gewerbe in Tirol“ genannte Ing. Hermann Duxneuner³¹⁶ scheint in Akten nicht auf. Die größeren Firmen, die auf Grund ihrer Industrieanlagen oder Liegenschaften von überregionaler Bedeutung waren (Fa. Wild, Vorarlberger Leder- und Schuhfabriken Gebrüder Krafft GmbH) wurden durchwegs über Vermittlung von Reichsbehörden, des RWM oder des Reichsluftfahrtministeriums verkauft. Im Fall Rupp spielte eine merkwürdige Koalition zwischen Verbands- und Genossenschaftsfunktionären einerseits und Beamten der Vorarlberger Landeshauptmannschaft andererseits die entscheidende Rolle. Im Fall des wegen wirtschaftskrimineller Delikte belangten Hermann Scheffknecht wurden zunächst das lokale Finanzamt und das Zollfahndungsamt tätig, die schließlich die übergeordneten Reichsbehörden (RWM, RJM, RFM) einschalteten. In das Verfahren mischte sich schließlich auch das RSHA ein. Hier wurden bei der Veräußerung der Firma und der Liegenschaft schließlich auch lokale Interessen wirksam: Angeblich nahm die Gauleitung Tirol-Vorarlberg Einfluss, um den Verkauf an deutsche Unternehmen zu verhindern.

Jene Vorarlberger Unternehmer, die 1938 und in den Jahren danach die Situation für günstige Erwerbungen außerhalb Vorarlbergs ausnutzten, kauften entweder Maschinen und Fabrikseinrichtungen, um sie in ihren eigenen Vorarlberger Betrieben einzusetzen, oder aber sie erwarben Betriebe oder Beteiligungen außerhalb Vorarlbergs, vor allem in Wien, Niederösterreich oder in der Steiermark. Diese Betriebe konnten im Zuge der Entjudung der Wirtschaft meist verhältnismäßig günstig erworben werden. Hier waren die kapitalkräftigen Vorarlberger Großunternehmer der Textilbranche jene, die auf Grund ihrer Finanzkraft die Situation am ehesten ausnutzen konnten. Industriellenfamilien wie Ganahl, Rhomberg und Hämmerle, deren prominenteste Vertreter traditionell liberal bzw. großdeutsch gesinnt waren und sich in den dreißiger Jahren für den

316 Vgl. dazu Wolfgang Meixner, „Arisierung“, S. 325.

Nationalsozialismus engagierten, verfügten außerdem über hinreichend gute Beziehungen zu den maßgeblichen NSDAP-Funktionären, zu den Wirtschaftsverbänden und Arisierungsbahörden. Ihnen gelang es meist, gleich mehrere jüdische Betriebe zu erwerben. Aber auch kleinere Unternehmer wie etwa die Brüder Zumtobel aus Dornbirn, Julius Wolff aus Hard oder Adolf Merz aus Bregenz konnten in Wien Unternehmen und Warenbestände erwerben. Das Ausmaß dieser Erwerbungen liegt noch völlig im Dunkeln und wird vermutlich auch nicht endgültig zu klären sein, da beispielsweise Erwerbungen über Strohmänner oder Tarnfirmen kaum oder nur schwer zu erkennen sind (wie etwa im Fall der Wiweg, die die Firma H. Sternberg jun. in Wien im Auftrag von F. M. Rhomberg übernahm – siehe oben).

Wenn auch viele Enteignungen bisher ungeklärt sind,³¹⁷ so zeigen die Fälle doch, dass die Enteignungsverfahren in Vorarlberg nur zum Teil im Zusammenhang mit einem ökonomischen Konzentrations- und Rationalisierungsprozess zu sehen sind (in der Milchwirtschaft). In diesen Vorgängen kommen mehrere und teilweise recht unterschiedliche Strategien zum Ausdruck: Deutsche Unternehmer versuchten stillgelegte Fabriken für ihre Produktion zu erwerben, um Standortvorteile (zusätzliche Lieferungskontingente, Energie, Arbeitskräfte, Schutz vor Luftangriffen) zu nützen. Vorarlberger Unternehmer, die als Akteure auf überregionalen Märkten aktiv waren, waren interessiert, in Wien Fuß zu fassen und sich damit großstädtische Absatzmärkte zu sichern, nutzten aber auch diverse günstige Gelegenheiten, um Geräte und Warenlager weit unter dem Wert

317 Viele Fälle konnten im Rahmen dieser Studie nicht ausführlich dokumentiert werden. Dazu zählen vor allem die Erwerbungen der großen Textilfirmen (Wilhelm Benger & Söhne, F. M. Hämmerle, F. M. Rhomberg, Ganahl, Herrburger & Rhomberg etc.) in Wien. Aber auch Transaktionen, die in Vorarlberg ansässige Betriebe betrafen, sind noch weithin ungeklärt, wie beispielsweise der Verkauf der Papierhülsenfabrik Theodor Fries in Sulz, die Übernahme der Firma Alpana – Bernhard Altmann in Bregenz, weiters die Schicksale der Firmen Bollag & Co., Adolf Schwab, Karl Benedek und Anton Erteschek in Hohenems und das Schicksal des Gemüsehändlers Rudolf Hirschfeld in Hard. Hier ist nicht klar, ob es überhaupt zu Übernahmen bzw. Enteignungen oder Beschlagnahmungen kam. Auch die Umstände der Liquidierungen sind auf Grund der Quellenlage kaum zu rekonstruieren. Völlig unklar ist es, ob es zu Rückstellungsverfahren kam und wo die Liquidationserlöse verblieben. Auch die Entziehung der anderen Vermögenswerte, vor allem der Liegenschaften und landwirtschaftlichen Nutzflächen, wäre einer eingehenden Untersuchung zu unterziehen.

aufzukaufen. Nutznießer waren Vorarlberger Unternehmer, die expandieren, d. h. ihre Produktion ausdehnen bzw. diversifizieren konnten, und teils auswärtige Produzenten, die ihre Werke nach Vorarlberg verlegen konnten. Ganz anders als im Osten Österreichs, vor allem in Wien und Niederösterreich, spielten Liquidationen und Stilllegungen in Vorarlberg zahlenmäßig kaum eine Rolle, da die Zahl der als jüdisch geltenden Unternehmer verschwindend klein war. Von jenen sieben Unternehmen, deren Eigentümer in Vorarlberg ansässig waren (Bloch, Brandes, Iger, Landauer, Perlhefter, Turteltaub, Weil) wurde nur eines (Perlhefter) arisiert, die anderen stillgelegt. Arisierungen, Liquidierungen und Enteignungen überhaupt waren auch aus diesem Grund in Vorarlberg lange Zeit kaum ein Thema. Bezeichnend dafür ist die Tatsache, dass manche Firmengeschichten wie etwa jene von Franz Ludwig Neher über die Firma Ganahl zwar die Erwerbungen in den Jahren 1938 oder 1939 und danach erwähnten, allerdings die näheren Umstände der Erwerbung übergingen. Viel näher lag es jeweils, die Schwierigkeiten zu betonen, die damit verbunden waren, die Produktion in den Kriegsjahren aufrecht zu erhalten und die kriegsbedingten Einquartierungen, Produktionsumstellungen, Stilllegungen und Beschlagnahmungen zu verhindern, die der als „nicht kriegswichtig“ eingestuftem Vorarlberger Textilindustrie zugemutet worden waren.

1.8 Tabellarischer Anhang

Tab. 22: Verfolgte Juden und Mischlinge in Vorarlberg¹

Name	Geb.-Datum	Geb.-Ort	Wohnort, Adresse	Beruf	Bemerkung	Erhebungsbehörde
Albu, Hans Joachim			Dornbirn	?	Am 5. Jänner 1943 als Jude in Dornbirn verhaftet, nachdem er sich jahrelang als NS-Aktivist in der HJ getarnt und in einer Mischehe gelebt hatte. Er überlebte die Lager Auschwitz, Majdanek, Dachau und kehrte nach 1945 vorübergehend nach Dornbirn zurück. ²	
Altmann, Bernhard			Bregenz	Fabrikant	Strickereibetrieb, durch die Brüder Ruegger arisiert.	
Bachner, Adele	15.2.1884	Rankweil	Bregenz-Vorkloster, Kadbahng. 10	Behördlich befugte Hühneraugenoperateurin	Kindertlos, verdiente RM 50–60.- pro Monat.	Gendarmerie-postenkommando Vorkloster, 28.09.1938
Bachner, Julius	19.4.1881	Graz	Bregenz-Vorkloster, Kadbahng. 10	Bahnbeamter i. R.	Kindertloser Rentner (RM 93.- pro Monat)	Gendarmerie-postenkommando Vorkloster, 28.09.1938
Bauer, geb. Ma(C)zer, Elsa	03.06.1904	Bregenz	Bregenz, Römerstr. 10	Hausfrau	Nach der von ihrem Ehemann betriebenen Scheidung am 5. Mai 1942 nach Wien abgeschoben, im Juni 1942 nach Izbica deportiert, dort umgekommen. ³	Landrat Bregenz, 30.10.1939

Beck, geb. Rosenthal, Luise	1.1.1871	Konstantinopel	Bregenz, Kennelbacherstr. 20	Lt. Bürgermeister an den Landrat Bregenz, 28. 10.41 ist die Wirwe Beck nicht in der Lage, einen arischen Abstammungsnachweis zu erbringen.	Bürgermeisteramt, Schutzpolizei, 28.10.1941
Benedek, Karl		Hohenems	Textilfabrikant, Fa. Strukks ? (leerstehend, keine Gefölgshaft)	Wiener Adresse: Wien 1, Wollzeile 32; Textildruckfabrik; Karl Benedek erklärte sich in einer Eingabe als Nichtjude (23. Oktober 38), hat „den Beweis hiefür jedoch bis heute nicht erbracht“; das Fabrikgebäude mit Grund (4 Ar) „steht seit Jahren leer“ (VilbGLA, Abt I a, 409/1941, Schreiben des Landesrates des Kreises Feldkirch an den Reichsstatthalter von Tirol und Vorarlberg, 14.10.40).	BH Feldkirch, 16.11.1938, 14. 10.1940
Berliner, Hans	13.6.1874	Berlin	Bregenz, Gasthof Lamm, Mehrenerstr.	Das Ehepaar Berliner war früher durch mehrere Jahre in Konstanz im Aufenthalt. Seit Mai 1. Js. ist es in Vorkloster wohnhaft. Wird in ca.	Gendarmeriepostenkommando Vorkloster, 28.09.1938

Berliner, Martha	3.11.1878	Berlin	Bregenz, Gasthof Lamm, Mehrerauerstr.	Hausfrau	10 Tagen nach Berlin abreisen und dort dauernden Aufenthalt nehmen. Angeblich ver- mögenslos; erhält von seinem angebl. Onkel Dr. Ernst Berliner eine Rente von monatl. 275 RM, überwiesen durch die Länderbank, Bregenz. Das Ehepaar Berliner war früher durch mehre- re Jahre in Konstanz im Aufenthalte. Seit Mai l. Js. ist es in Vorkloster wohnhaft. Wird in ca. 10 Tagen nach Berlin abreisen und dort dauernden Aufenthalt nehmen. Angeblich ver- mögenslos.	Gendarmerie- postenkommando Vorkloster, 28.09.1938
Bernheim, Anton	20.11.1888	Lindau	Bregenz, Bahnhofstr. 7	Kaufmann		Landratsamt Bregenz, 30.09.1940
Bernheim, Sofie	10.11.1888	Lindau	Bregenz, Römerstr. 10	Private		Bürgermeisteramt, Schutzpolizei, 28.10.1941
Bloch, Adolf Abraham			Bregenz, Kornmarktstr. 2	Kaufmann	Handel mit Bergwerks- und Hüttenprodukten. Abgemeldet in die Schweiz; Auto, Marke	

Bollag, geb. Landauer, Jenny	Heerbrugg			Opel, beschlagnahmt im April 1938. Besitzt mit ihrem Bruder Ivan Landauer gemeinsam zwei Wohnhäuser in Hohenems mit 1 Hektar, 54 Ar Grund; wird als Schweizer Staatsbürgerin bezeichnet. Wohnhaus mit 6 Ar Garten; wird als Schweizer Staatsbürger bezeichnet; Schicksal der Firma Bollag & Co. ist derzeit unbekannt.	Gendarmeriestation Hohenems, Erhebungen gemeinsam mit Ortsbauernführer Johann Oehy, 26.05.1939
Bollag, Jakob ⁴	Heerbrugg, Hohenems			Fabrikant	Gendarmeriestation Hohenems, Erhebungen gemeinsam mit Ortsbauernführer Johann Oehy, 26.05.1939
Brand, Fritz	Bregenz, Kennelbacherstr. 16	16.04.1910	Wien	Schneider	Auswanderung vom Bürgermeister empfohlen am 10. Dezember 1938; gilt als vermögenslos, beschäftigt beim Schneidermeister Josef Yeider, Bregenz, Anton Schneiderstr., verdient monatl. RM 160.- Nach der Wiedervereinigung in die Schweiz übersiedelt; Handel mit Textilwaren, im Oktober 1938 ist der Gewerbebetrieb schon gelöscht.
Brandes, David Aron	Bregenz, Belruptstr.			Kaufmann	

Brunner, Marco		Wien Billrothstr. 26	Bankier	Besitz zwei Wohnhäuser mit 5 Ha, 14 Ar.	Gendarmeriestation Hohenems, Erhebungen gemeinsam mit Ortsbauernführer Johann Oehy, 26.05.1939
Capka, Heinrich		Bregenz, Klosterg. 10/III			Gendarmeriepostenkommando Riezlern, 03.10.1938
Dreher, Julie	30.11.1893	Turtlingen	Gattin des Hotelbesitzers Alfred Dreher	Julie Dreher, verheiratet mit artischem Ehemann, ist nicht dauernd in Mittelberg wohnhaft, sie wechselt zwischen Turtlingen, Ebingen und Mittelberg hin und her und ist während eines Jahres nur ca. vier Monate ständig in Bad bei Mittelberg wohnhaft; gilt als vermögenslos.	
Ehrenzweig Ing., Alfred Leo	27.1.1871	Wien	Bregenz, ÖfRAIN 15	Ingenieur	Landratsamt Bregenz, 30.09.1940
Elkan Dr., Hans	22.09.1900	Hohenems	Hohenems, Sulzerstr. 35	Am 1. Juni 1940 von Hohenems nach Wien abgeschoben, am 21. August 1942 nach Theresienstadt deportiert; am 23. Juli 1944 in Theresienstadt umgekommen.	

Elkan, Helene	30.12.1879	Hohenems	Hohenems	Am 1. Juni 1940 von Hohenems nach Wien abgeschoben, am 21. August 1942 nach Theresienstadt deportiert; dort am 28. Februar 1944 umgekommen. Besaß ein Wohnhaus mit 23 Ar; am 1. Juni 1940 von Hohenems nach Wien abgeschoben, am 21. August 1942 nach Theresienstadt deportiert, dort am 1. September 1942 umgekommen. Gilt als vermögenslos, Kriegerwitwenrente, RM 28.- pro Monat. Am 31. Mai 40 nach Wien abgeschoben.
Elkan, Theodor	17.5.1864	Hohenems	Hohenems	Gendarmeriestation Hohenems, Erhebungen gemeinsam mit Ortsbauernführer Johann Oehy, 26.05.1939
Ernst, Hermine	27.9.1881	Stegersbach, Burgenland	Bregenz, Jahng. 11	Hausfrau
Erreschek, Anton			Wien 3	Stickerreigebäude mit 8 Ar Grund in Hohenems.
Fairholme, George Frederick			London	Großgrundbesitzer (ca. 500 ha); sein Besitz gilt als Feindvermögen.
Figdor, Gisela Klara	9.6.1882	Wien	Hohenems	Am 10. Juli 1940 Übersiedlung nach Wien.

Fragner, geb. Brandeis, Gisella	2.4.1876	Prag	Wolffurt, Haus Nr. 366	Lehrerin, Hausfrau	Stirbt am 25. Februar 1943.	Gendarmerie- postenkommando Lauterach, 01.10.1938
Fragner, Gisella	04.11.1910	Wien	Dornbirn	Postbeamtin	Wird in einer Meldung des Gendarmerie-Posten- kommandos Lauterach am 24. Oktober 1939 als „gewesene Postbeamtin“ bezeichnet.	Gendarmerie- postenkommando Lauterach, 01.10.1938
Fragner, Josef Fragner, Kurt	19.1.1874 09.09.1914	Mödling	Wolffurt, Haus Nr. 366			Gendarmerie- postenkommando Lauterach, 01.10.1938
Gabriel, geb. Barabes, Jolina bzw. Juliane	6.11.1898	Satu-Mare	Dornbirn	Hausfrau	Hält sich am 14. Jänner 1941 noch in Dornbirn auf; mit einem „Arier“ verheiratet.	Landrat Feldkirch, 14.01.1941
Gemmingen-Horn- berg, Fritz, Freiherr			Hornberg, Deutschland		„Abstammung unbe- kannt“ – besitzt mehrere Hundert Hektar in Sonntag; 824 ha, davon 345/1616 Anteil; 206 ha, davon 1/4 Anteil. Wird als polnische Staatsbürgerin bezeichnet. Abreise am 27. Oktober 1938 nach Wien, nahm bei der Fa. Roth, Wien 7, Bern- hardtg. 26 Aufenthalt;	Kreisbauernschaft Vor- arlberg an den Landrat in Bregenz, Erhebung jüdischen Vermögens, 31.07.1939
Greif, Herta	21.10.1913	Bregenz	Bregenz, Jahng. 11	Hausfrau		Gendarmerie- postenkommando Bregenz, 06.10.1938

Greif, Mendel	24.12.1904	Polen	Bregenz, Jahng. 11	Handelsagent	vermögenslos, kein Einkommen; am 28. Oktober 1938 sofortige Verfügung: Ausweisung aus dem Deutschen Reichsgebiet durch den Bezirkshauptmann.	Gendarmeriepostenkommando Bregenz, 06.10.1938
Grünbaum, geb. Hochman, Rosa (Ruchel)	05.03.1909	Sokal, Polen	Hard, Gasthof Krone	Damenschneiderin		Gendarmeriepostenkommando Hard, 06.12.1938
Heilbronner, Leo	2.1.1864	Ihringen bei Freiburg i. Br.	Valduna bei Rankweil	Patient in Heilanstalt	Gendarmereiposten Rankweil berichtet, dass seit 1914 sich der Jude Leo Heilbronner in der Heil- und Pflegeanstalt Valduna befindet, er sei damals aus der Irrenanstalt Emmendingen überstellt worden. Laut Bericht des Landrates Feldkirch v. 14.1.41 in der Valduna verstorben am 12. Dezember 1940. Am 31. Mai 1940 nach Wien abgeschoben.	Landratsamt Feldkirch, 19.07.1940; 14. 1. 1941
Heymann, Klara	16.11.1863	Hohenems	Hohenems			Gendarmeriepostenkommando Hard, 30.09.1938
Hirschfeld, Alfred	1903	Dornbirn	Parthenen	Hilfsarbeiter		Gendarmeriepostenkommando Hard, 30.09.1938
Hirschfeld, Anna						

					postenkommando Hard, 30.09.1938
Hirschfeld, Bertha	1906	Dornbirn	Dienstmädchen; dzt. im Altreich be- schäftigt		Gendarmerie- postenkommando Hard, 30.09.1938
Hirschfeld, Hedwig	1913	Hörbranz	Dornbirn		Gendarmerie- postenkommando Hard, 30.09.1938
Hirschfeld, Ida	1919	Bregenz	Dienstmädchen; dzt. im Altreich be- schäftigt		Gendarmerie- postenkommando Hard, 30.09.1938
Hirschfeld, Jakobine	1918	Bregenz	Dienstmädchen; dzt. im Altreich be- schäftigt		Gendarmerie- postenkommando Hard, 30.09.1938
Hirschfeld, Rudolf	25.7.1886	Sönau	Gattin des Rudolf Hirschberg	Vermögenslos	Gendarmerie- postenkommando Hard, 30.09.1938
Hirschfeld, Rudolf	31.12.1887	Salzburg	Hard, Haus Nr. 547	Gemüsehändler	Gendarmerie- postenkommando Hard, 30.09.1938
Hirschfeld, Rudolf	1907	St. Margarethen	Bregenz		Gendarmerie- postenkommando Hard, 30.09.1938
Hold			London	Bankier	Der Landrat des Kreises Bregenz, I Zl. 1535 an den Landeshauptmann, 5.2.1940
				Besitzer des Jagd- schlosses Hofreen, Ge- meinde Schoppernau. Der „bevollmächtigte Vertreter Dr. Julius Denifl in Bregenz ist nicht in der Lage, anzu- geben, ob Hold ein Jude ist oder nicht“. Verzeich- nis über die im Land-	

Iger, Eva	Bludenz, Hermann Sanderstr.	Hausfrau	kreis Bregenz befindlichen Liegenschaften jüdischer Eigentümer. Wird als polnische Staatsbürgerin bezeichnet. Am 28. Oktober 1938 durch eine Verfügung der BH Bludenz auf Anweisung des Major Mart festgenommen und nach Innsbruck abgeschoben.	BH Bludenz, 28.10.1938
Iger, Julius	15. 11. 1889	Kaufmann	Besitzt ein Konfektionsgeschäft. Wird als polnischer Staatsbürger bezeichnet. Am 28. Oktober 1938 durch eine Verfügung der BH Bludenz auf Anweisung des Major Mart festgenommen und nach Innsbruck abgeschoben.	BH Bludenz, 28.10.1938
Jakobowsky, Helmrich	Berlin-Neukölln	Schuhfabrikant	Bludenz auf Anweisung des Major Mart festgenommen und nach Innsbruck abgeschoben. Besitzt ein Wohnhaus auf der Bauparzelle Nr. 540, KoG Bregenz-Rieden, 78 m ² bebaut Fläche und die Grundparzelle; Nr. 1037/6, KoG Bregenz-Rieden, Garten im Ausmaß von 564 m ² .	Gendarmerie-
Kareis, Walter	Bregenz, Riedeng. 38			

Karrer, Bruno	29.08.1906	Wien	Bregenz-Vorkloster, Achg. 8	Beamter der Telegrafen-Aufsicht	Vermögenslos	postenkommando Vorkloster, 28.09.1938
Kastner Ing., Rudolf			Wiednau 2	Handelskammeramtsdirektor	Am 31. Dezember 1938 Versetzung in den Ruhestand mit drei Vierteln – BBV, § 3, Abs 1 – lt. BBV-Bescheid.	Landratsamt Bludenz, 22.07.1939
Kastner, Stephanie			Thüringen	Fabrikant	Vgl. Hinweise im Text	
Landauer (Vorname unbekannt)			Thüringen	Ehefrau Rudolf Kastners	Besitz ca. 42 Ar Grundbesitz in Thüringen.	
Landauer, Heinrich	27.2.1892		Hohenems	Ehefrau Siegfried Landauers	Deportiert am 27. Mai 1942; in Maly Trostinec am 1. Juni 1942 ermordet. ³	
Landauer, Irma	8.12.1919		Hohenems	Tochter Siegfried Landauers	Deportiert am 15. Mai 1942; im KZ umgekommen. ⁶	
Landauer, Ivan			Hohenems, Sulzerstr. 10	Gastwirt	Deportiert am 27. Mai 1942; in Maly Trostinec am 1. Juni 1942 ermordet. ⁷	BH Feldkirch, 16.11.1938
					Besitz mit seiner Schwester Jenny Bollag gemeinsam zwei Wohnhäuser in Hohenems mit 1 ha, 54 Ar Grund.	
					Außerdem: Gast- und Schankgewerbekonzession „Zur frohen	

Landauer, Siegfried	2.5.1883	Hohenems	Ehemaliger Vors. der IKG-Hohenems	Aussicht“. Gewerbekonzession entzogen. Nach Heerbrug/ Schweiz übersiedelt; starb dort am 26. März 1943. Deportiert am 27. Mai 1942; in Maly Trostinec am 1. Juni 1942 ermordet. ⁸	Landrat Bregenz, 30.10.1939
Mazer (oder Marzer), geb. Rabner, Sofie	27.9.1874	Lemberg	Arztwitwe, Hausfrau	Am 5. Mai 1942 nach Wien abgeschoben, später nach Theresienstadt deportiert, dort 1944 umgekommen. ⁹	BH Bludenz, 02.12.1938
Meusburger, geb. Hahn, Claire	17.1.1894	Aachen	Parthenen, Nr. 3	Bezirkshauptmann Terlagos Anfrage, ob gegen noch verbliebene Juden im Sinne des Erlasses der Gestapo vom 19.11.38 vorzugehen sei. Krim. Komm. Schreieder ordnet an, vorläufig von Maßnahmen im Sinne dieses Erlasses Abstand zu nehmen.	Gendarmerieposten Bregenz, 19.10.1939
Mittelberger, Christov (sic!)	29.01.1918	Bregenz	Bregenz, Wildegg 3	Meldung d. Gendarmeriepostens Bregenz, der jüdische Mischling Chr. Mittelberger stehe derzeit im Heeresdienste, 19.10.39	Gendarmerieposten Bregenz, 19.10.1939
Mittelberger, geb.					Gendarmerieposten Bregenz, 19.10.1939

Weiss, Josefina	31.8.1886	Dornbirn	Bregenz, Wildegg 3	Hausfrau	Bregenz, 19.10.1939
Mittelberger, Jakob	25.12.1924	Bregenz	Bregenz, Wildegg 3	Gymnasiast	Gendarmerieposten
Mittelberger, Johann Josef	30.09.1922	Bregenz	Bregenz, Wildegg 3	Gymnasiast	Bregenz, 19.10.1939
Mittelberger, Magdalena	26.05.1920	Bregenz	Bregenz, Wildegg 3	Landwirtschaftliche Hilfsarbeiterin	Gendarmerieposten
Mittelberger, Maria	11.04.1919	Bregenz	Bregenz, Wildegg 3	Erzieherin	Bregenz, 19.10.1939
Mittelberger, Ulrich	12.10.1916	Bregenz	Wien 1, Naglerg. 3	Student	Gendarmerieposten
Nagelberg, Frida	30.11.1889	Stryi, Galizien	Hohenems, Versorgungshaus	Pföndnerin, Wäscherin	Bregenz, 19.10.1939
Neumann, Rudolf					Landratsamt Feldkirch, 26.06.1940
Neurauter, Alfred	12.10.1926		Bregenz	Angestellter Fa. Rhombberg	NSDAP-Kreisleitung
Neurauter, geb. Rothsiegel, Erika	28.12.1882	Salzburg	Bregenz		Bregenz, 13.01.1942
Neurauter, geb. Rothsiegel, Wilhelmine	28.01.1903		Bregenz, Thalbachg. 2		NSDAP-Kreisleitung
Perlthofer, Max	8.7.1890	Feldkirch	Feldkirch	Kaufmann	Bregenz, 13.01.1942
Prunner (Brunner), Emilie	22.05.1910	Bregenz	Bregenz, Vorkloster, Hausfrau Mehrenerstr. 39		Landrat Feldkirch, 14.11.1941
					Gendarmeriepostenkommando Vorkloster, 28.09.1938
					hilfe bei Karl Brand-

Reik, Johann	15.4.1892	Bregenz	Bregenz, Mehrererstr. 25	Oberrev. d. Reichsbahn	stätter in Vorkloster ca. RM 150.- pro Monat. Am 31. Mai 1939 Versetzung in den Ruhe- stand – BBV, § 3, Abs 1 – lt. BBV-Bescheid.	Bürgermeisteramt, Schutzpolizei, 28.10.1941
Riccabona, geb. Perlhofer, Anna	29.11.1885		Feldkirch, Schlossgraben 1	Hausfrau, Firmen- gesellschaftlerin	Versuchte nachzuweisen, Halbjüdin zu sein.	Landrat Feldkirch, 14.11.1941
Riccabona, Gott- fried			Feldkirch	Rechtsanwalt	Arischer Ehemann der Anna Riccabona; 1944 einige Wochen verhaftet.	
Riccabona, Max			Feldkirch		Sohn von Anna und Gottfried Riccabona; wegen monarchistischer Betätigung 1941 in Dachau inhaftiert.	
Rumpf, geb. Simonsohn, Katharina	8.6.1882	Berlin-Pankow	Nüziders			BH Bludenz, 02.12.1938
Sagmeister Dipl.-Kfm., Bruno	19.08.1905	Bregenz	Bregenz, Weiherstr. 6	Dr. Dipl. Kfm.	Meldung d. Gendar- meriepostens Bregenz, der jüdische Mischung Sagmeister, Bruno stehe derzeit im Heeres- dienste, 19.10.39;	Gendarmerie- postenkommando Bregenz, 06.10.1938; 19.10.39
Sagmeister, Emma		Bregenz	Bregenz, Weiherstr. 6	Hausrochrer	Verheiratet mit „Arier“ (Otto Sagmeister). Ver- mögenslos.	Gendarmerie- postenkommando Bregenz, 06.10.1938
Sagmeister, geb.					Vermögenslos.	Gendarmerie-

Gugenheim (sic), Regina	4.6.1877	Tiengen	Bregenz, Weiherstr. 6	Hausfrau	postenkommando Bregenz, 06.10.1938
Sagmeister, Otto	1.4.1877	Bregenz	Bregenz, Weiherstr. 6	Fabrikant	Seine Frau galt als Jüdin. Gendarmerie- postenkommando Bregenz, 06.10.1938
Schneider, Horst	17.02.1934	Bregenz	Bregenz, Deuringstr. 1	Schüler	Er besaß ein Wohnhaus mit Likör- und Marmeladenfabrik. War Inhaber von fünf Erzeugungsbzw. Handelsgewerben. Auf dem Besitze lagen zwei Hypotheken mit öS 20.000.- und Gold im Wert von öS 45.000.-; im Betriebe waren außer dem Inhaber und seinen Angehörigen acht Personen beschäftigt.
Silberstein, Markus	20.09.1904	Lemberg	Hohenems	Agentur	Bürgermeisteramt, Schutzpolizei, 28.10.1941
Spindler, Samuel					Silberstein, geb. 1904 in Lemberg, polnischer Staatsbürger, hatte eine Gewerbeberechtigung am 19. Oktober 1937 sub ha. II - Z1 921 erhalten; ins KZ Dachau eingewiesen; 20. Jänner 1942 in Groß Rosen umgekommen.
					Galt als vermögenslos, Gendarmerie-

21.4.1882	Majdan, Polen	Bregenz, Klosterg. 38	Ehemaliger sozialdemokratischer Gewerkschaftssekretär; auch als Vertreter, in einer weiteren Liste als „Schuhmacher“ bezeichnet.	war krank, bezog RM 2,40 Krankengeld täglich; lebte ca. seit 1900 in Bregenz, versuchte laut Antrag auf Ausstellung einer Kennkarte vom 1. Oktober 1940 nachzuweisen, dass er Halbjude sei; beging am 11. November 1942 Selbstmord.	postenkommando Bregenz, 06.10.1938
	Steingraber-Hauser, Sophie	16.9.1863		1940 nach Wien abgeschoben, am 28. Juli 1942 nach Theresienstadt deportiert, in Treblinka ermordet. ¹⁰	Landratsamt Bludenz, 22.07.1939
	Stenger Dr., Konrad		Bürserberg	Besaß 6,28 ha Grundbesitz in Bürserberg; Beschlagnahme des Grundbesitzes zu Gunsten der Gestapo, Frankfurt a. Main, Ausbürgerung.	
	Turteltaub, Walter	14.03.1935	Dornbirn, Lustenauerstr. 3	Am 30. Juni 1944 nach Auschwitz deportiert, dort ermordet.	
	Turteltaub, Edmund	4.10.1899	Dornbirn, Lustenauerstr. 3	Am 26. Juni 1944 aus Italien nach Auschwitz deportiert.	BH Feldkirch, 16.11.1938
	Turteltaub, geb.			Am 26. Juni 1944 nach Auschwitz deportiert, waren	

Popper, Gertrud	01.04.1904		Dornbirn, Lustenauerstr. 3		dort ermordet. Am 26. Juni 1944 nach Auschwitz deportiert, dort ermordet.
Turreltaub, Hans	16.03.1932		Dornbirn, Lustenauerstr. 3		
Vobr, Franziska	13.05.1910	Bregenz	Bregenz, Klosterg. 38	Kanzleikraft	Gendarmerie- postenkommando Bregenz, 06.10.1938
Weil, Angelina	1910	Hohenems	Sulzerstr. 2	Hausfrau	Flucht in die Schweiz, „Emigration“ in die USA.
Weil, Harry	5.9.1898	Hohenems	Sulzerstr. 2	Gemischwaren- händler	Verhaftet, Flucht in die Schweiz, „Emigration“ in die USA. Am 23. Juni 1938 von der Gestapo verhaftet und in Dachau am 19. August 1938 ermordet. Besatz 176 Hektar
Weil, Louis	1878	Hohenems		Gemischwaren- händler	BH Feldkirch, 16.11.1938
Weil-Brütl, August			Zürich, Hatlaubstr. 27		Schreiben des Land- rates Bludenz an den Reichsstatthalter in Tirol und Vorarlberg, 29.08.1940

Schweizer Staatsbürger
bezeichnet. Grundbesitz
bestand hauptsächlich
aus Waldungen, der
Besitz wurde von An-
dreas Müller in Buch-
boden verwaltert; Fa-
brikant Gustav Stähele

aus Stuttgart führte Verhandlungen über den Ankauf des Besitzes. Würde als Schweizer Staatsbürger bezeichnet. Landrat Grundbesitz (nicht landwirtschaftlich), wurde von Wendelin Scheyer, Bürsenberg Nr. 8 verwaltet.

Weil-Brüll, Max

?

Tab. 23: Rückstellungsfälle in der Zuständigkeit des LG Feldkirch 1950–1961¹¹

RK	Antragsteller	Antraggegner	Objekt	Streitwert öS	Antrag Datum
1/50	Apostolische Administratur, Feldkirch		Benützungsrecht		30.12.49
2/50	Weiner, Paul, Rio de Janeiro, Avenida Atlantica 1072	K. Deuring & Co., Chem. Fabrik, Hörbranz bei Bregenz am Bodensee, Vorarlberg	Maschinen	6.135.-	06.02.47
3/50	Gesellenverein Lustenau	C. A. Steinheil Söhne GmbH	Liegenschaft u. Wohnhaus		28.02.50
4/50	Verlassenschaft nach Jacob Stüssmann, Alleinhaber der Fa. Gortlieb & Stüssmann	Fa. J. C. Bawart & Söhne, Holz- industrie in Sulz, Vorarlberg	Maschinen	25.000.-	18.02.50
5/50	Neyer, Erich, Dipl. Ing, Baugeschäft, Bludenz Zürcherstr. 11	Stadtgemeinde Bludenz	Liegenschaft	5.000.-	29.03.50
6/50	Kirtelberger, Walter und Karl, Bregenz	Gemeinden Höchst, Fussach; Gaissau	Liegenschaft	12.000.-	30.03.50
7/50	Mayer, Hermann, Landwirt, genannt: Hubenbauer, in: Hofstatt, Post Oberhaag, Steiermark	Turnher, Wilhelm, Landwirt in Dornbirn, Begrstr. 28	Vieh	8.200.-	11.04.50
8/50	Ehrenberg, Hans, Dr. (Pfarrer)	Fleischhauer, Leonie Dr. med., Dr. Staatsbürgerin, Oberkassel	Berghaus		30.03.50
9/50	Gemeinde Schllins	J. Hubers Erben, Eisen- und Metallwerke; Ilse Lorünsler, Bludenz	Liegenschaften	113.180.-	03.12.48
10/50	Gemeindeamt Bütts		?		14.04.50
11/50	Schedler, Josef, Alberschwende	NSDAP Alberschwende; NSDAP Hatlerdorf	Liegenschaften		24.04.50
12/50	Katholischer Arbeiterverein Lauterach	Bauer, H., Kinobesitzer in Schruns	Kinovorführungsapparat		
15/50	Kriegsopferverband	Neurath, Konstantin Freiherr v. (der- zeit in Haft in Spandau, Berlin)	Liegenschaft	30.000.-	05.05.48

16/50	Marktgemeinde Hohenems	Deutsches Reich	Liegenschaften	RM 12.000,-	20.11.50
1/51	Leibnitzer Baumwollspinnerei	Rohner, Franz jun., Weberei, Wolfurt, Vorarlberg	Maschinen	20.000,-	06.03.51
3/51	Ludwig Weiss, Leibnitz-Keindorf Leibnitzer Baumwollspinnerei	Carl Ganahl & Co.	Draht und Spindelspitzen im Wert von ca. RM 1.570,-		
4/51	Ludwig Weiss, Leibnitz-Keindorf Leibnitzer Baumwollspinnerei	Schindler & Cie. Textilwerke in Kennelbach bei Bregenz	Teile des Maschinenparks	500,-	23.05.51
5/51	Apostolische Administration, Feldkirch	Stadtgemeinde Feldkirch	Liegenschaft		
6/51	Katholische Volksverein Schruns	Mathis, Otto, Installationsfa., Schruns	Liegenschaft		
7/51	Katholische Volksverein Schruns	Wörz, Marie, Schruns	Liegenschaft, Grundparzelle 48 m ²		12.10.51
8/51 (11/49)	Landwirtschaftskammer Vorarlberg	Reichsnährstand	Liegenschaft		17.10.51
9/51	Land Vorarlberg	Neue Heimat, gemeinn. Wohnungs- bau- u. Stedlungsges. mbH, Inns- bruck	Stedlungshäuser		
1/52	Marianische Jünglingskongregation	Gemeinde Lustenau	Bauparzelle Widumstr. 5	100.000,-	28.06.49
2/52	Auspitz, Lieben & Co. II, Wien	Dornierwerke GmbH	Verwertungsmasse	1.000.000,-	06.02.52
3/53	Lorenzin, Theodor, Landwirt in Gaschurn, Nr. 22		Liegenschaft		09.03.52
4/52	Vorarlberger Brauerei-Genossenschaft rGmbH in Prastanz	Standschützenverband Tirol-Vorarlberg	Liegenschaft	5.000,-	28.06.52
5/52	Kettenmayr, Friedoline, Hausfrau in Bregenz, Holzackergr. 6	Gemeinde Tschagguns	Nutzungsrechte (Weidrechte) bezüg- lich Liegenschaften	5.000,-	27.06.52
6/52	Marianische Jungfrauenkongregation Bludenz	Sugg, Ida; Sugg, Hermine, Kaufleute in Bludenz, Werdenbergstr.	Liegenschaft samt Zubehör	20.000,-	28.06.52
7/52	Possenig, Franz, Buchdruckerei in Bludenz, Bahnhofstr. 13	Fuchs, Anna verw. Haller, Feldkirch, Rosengr. 5; Wolf, Klothilde geb. Haller, Hausfrau in Feldkirch,	Ertragnisse	50.000,-	30.06.52

8/52 (17/50)	Bayer, Theodor, Kaufmann in Lustenau, Schillerstr. 8	Gymnasiumstr. 4; Haller, Karl jun., Feldkirch, Gymnasiumstr. 4	Schuld	40.000.-	29.12.50
9/52	Fußenegger, Anton („Töneles“), Dornbirn, Gechelbach 4	Herburbger, Lothar, Mechaniker, Dornbirn 2, Hangg.; Republik Österreich; Alwin Mäser, Dornbirn, Haselstauden	Liegenschaft 25 ar	?	30.10.52
10/52	Grabher, Franz; Grabher, Ferdinanda; Grabher Engelbert; Luger, geb. Grabher, Maria	Gemeinde Lustenau	Liegenschaft	5.000.-	01.12.52
11/52	Gierer, Franz, Landwirt in Scheidegg Nr. 63, Kreis Lindau	Großdeutsches Reich, Reichsführer SS, Reichskommissar für die Festigung Deutschen Volkstrums, Berlin	Liegenschaft	20.000.-	08.01.53
12/52	Hagen, Maria, Reichsstr. 24, Lustenau	Deutsches Reich	Liegenschaft	92.832.-	25.11.52
13/52	Hollenstein, Maria (Firmenteil- haberin), Dornbirn, Marktstr.	?			Kein Antrag
15/52	Verter, Alfons und Erben, Lustenau, M. Theresienstr. 71	Gemeinde Lustenau	Liegenschaft		01.11.52
16/52	Landwirtschaftskammer Vorarlberg	Reichsgau Tirol-Vorarlberg	Liegenschaft	61.280.-	27.11.52
17/52	Vorarlberger Brauerei Genossenschaft rGmbH Prastanz	Standschützenverband Tirol- Vorarlberg, Ortsgruppe Feldkirch (früher Schießstand Feldkirch) Reichsnährstand	Liegenschaft; EZ 449 Feldkirch, Gp 13/4, 13 ha	10.000.-	29.11.52
18/52	Landwirtschaftskammer Tirol		Liegenschaft (Alpe Hirschgehren)		28.11.52
19/52	Gemeinde Nüziders	Deutsches Reich	Liegenschaft		29.11.52

20/52	Vertter, Benno, Schuldirektor i.P. in Lustenau, Verachstr. 13	Gemeinde Lustenau	Liegenschaft	29.12.52
21/52	Konsumverein Lustenau	DAF, Hamburg	Liegenschaft; das gesamte liegende Vermögen	23.12.52
1/53	Austerlitz, Franz, Kaufmann, Wien 1, Bauernmarkt 21	Drexel, Reinhold, Autogarage- und Fahrschulbesitzer, Feldkirch	15.000.-	25.02.53
2/53	Aschmann-Fäger, Maria, Giezenhaus, Amriswil (Thg.), Schweiz	Fa. Josef König & Co.	Kein Antrag	Kein Antrag
3/53	Scheffknecht, Hermann, Fabrikant, Zürich	Strickereifabrikation & Export, Lustenau	1,100.000	15.12.48
5/53	Verkaufs-AG Heinrich Wild's Geol. (auch ätische Instrumente, Heerbrugg, Schweiz	Optische Werke C. A. Steinheil Söhne GesmbH, München, St. Martinstr. 76	300.000.-	30.08.50
6/53	BP Benzin- und Petroleum Aktiengesellschaft, Wien 9, Währingerstr. 6-8	Runo-Everth Treibstoff- und Öl Aktiengesellschaft, Wien 1	1,734.170.-	23.06.53
8/53	Flatz, Anna, geb. Hopfner, Karl Platz, Buch Nr. 50	Finanzprokuratur	Liegenschaften	31.08.53
9/53	Krankenpflegeverein Gisingen	NS-Volkswohlfahrt, e.V., Berlin	Mobilien	26.09.53
10/53	Borg, Marianna, Hausfrau in Schruns, Nr. 493	Deutsches Reich (Deutsches Reichspost)	Liegenschaft	12.10.53
11/53	Landwirtschaftskammer	Reichsnährstand	Liegenschaften in Sibratsgfall	04.11.53
12/53	Leibnitzer Baumwollspinnerei Ludwig Weiss ¹² , Wien	Baumwollspinnerei und -weberei Ing. R. Kastner & Co., Ludesch-Thüringen, Vorarlberg	Erträge	20.11.53
13/53	Vallaster, Lorenz, Gipser in Hard, Nr. 137	Großdeutsches Reich, Reichsführer SS, Reichskommissar für die Festigung Deutschen Volkstrums, Berlin	Liegenschaften	10.10.53

14/53 (39/49; 29/52)	Leibnitzer Baumwollspinnerei (Ludwig Weiss, Leibnitz-Keindorf)	Getzner, Mutter & Cie., Textilwerke in Blutdenz	Vermögenswerte	175.420.-	
39/49	Leibnitzer Baumwollspinnerei Ludwig Weiss, Leibnitz-Keindorf (in 14/53 enthalten)	Getzner, Mutter & Cie., Textilwerke in Blutdenz	Erträge	100.000.-	
1/54	Schmer, Grete, Geschäftsfrau in Buenos Aires; Schmer, Leo Franz, Baumeister ebd., Schmer, Felix Harry, Student, ebd.	Schindler, Fritz Dr., Fabrikant, Kennelbach, Vorarlberg	Leistung eines Auskunftsseides	01.02.54	
2/54	Schützengilde St. Gerold	Tir. Standschützenverb. als Rechts- nachfolger d. Standschützenverb. Tirol-Vorarlberg	Liegenschaft	?	?
3/54	Fam. Schmidinger, Gaissau Nr. 19	Deutsches Reich (Reichsfinanzverwaltung)	Liegenschaft		05.03.54
4/54	Flatz, geb. Hopfner, Anna, Karl Flatz, Buch Nr. 50		Liegenschaft		04.03.54
5/54	Flatz, Karl, Buch	Eberle, Agnes	Liegenschaft	194.500.-	14.06.54
6/54	Turnerbund Höchst	Bank der Deutschen Luftfahrt AG, Berlin-Charlottenburg, Berlinerstr. 5--8	Löschung einer Hypothek		
7/54	M. B. Neumann's Söhne, österrei- chische Druckeret und Weberei AG, Hohenems	Ottren, Josef Dr.	Firma		16.06.54
8/54	Flatz, Karl, Buch	Eberle, Agnes geb. Stadelmann, Agnes, in Buch Nr. 19	Liegenschaft		26.06.54
9/54	Otte, Heinrich, Wien 17, Bergsteigg. 7-9	Fa. Oskar Kopf, Altsch, Vorarlberg	?	20.000.-	16.07.54
10/54	Verwertungsmasse Gebr. Krafft GesmbH, Bregenz; Auspitz, Lieben & Co; Dr. Walter von Feldau,	Dornierwerke GesmbH, Friedrichshafen, Deutschland	Liegenschaften	1,000.000.-	12.07.54

- 1 VlbG LA, Landrat des Kreises Bregenz PV 123/1/1 Juden; Der Landrat des Kreises Bregenz, Entjudung des Grundbesitzes GAV 123 / 4; VlbG LA, Präs., Abt I a (VI), 409/1941. Juden, Allgemeine Weisungen. Vgl. dazu auch Thomas Albrich: „Die Juden hinaus“ aus Tirol und Vorarlberg. Entrechtung und Vertreibung 1938 bis 1940, in: Rolf Steininger, Sabine Pitscheider (Hg.), Tirol, S. 299-317; Albrich, Endlösung, S. 341-360.
- 2 Vgl. Albrich, Endlösung, S. 347.
- 3 Ebd. S. 345.
- 4 Nach anderer Schreibweise: Ballag oder sogar Pollak.
- 5 Vgl. Albrich, Endlösung, S. 344.
- 6 Ebd. S. 343.
- 7 Ebd. S. 344.
- 8 Ebd. S. 344.
- 9 Ebd. S. 345.
- 10 Vgl. Albrich, Juden, S. 313.
- 11 Akten vor 1950 waren nicht vorhanden bzw. nur als Bestandteile später erstellter Akten.
- 12 Offene Gesellschafter der Fa. Ludwig Weiss waren: Edgar und Hugo Opler, Buenos Aires/Argentinien.

1.9 Quellen- und Literaturverzeichnis

1.9.1 Ungedruckte Quellen

Deutsches Bundesarchiv (= BA)
R 3101/15334

Österreichisches Staatsarchiv (= ÖStA)

AdR 04 (=BMI)

Gauakten

AdR 05 (=BMW)

BM. f. Wirtschaft und Arbeit

AdR 06 (=BMF)

BMF, Abt. 35

Böhmer, Peter: Elektronischer Findbehelf zur Abt. 35 des ÖStA, AdR 06,
BMF (Sekretariat der Historikerkommission)

VVst

Industrie (= VVst, Ind)

Statistik (= VVst, Stat)

Gewerbe (= VVst, Gew)

Niederösterreichisches Landesarchiv (= NöLA)

Vermögensanmeldungen

Vorarlberger Landesarchiv (= VlbG LA)

Vorarlberger Landesregierung, Präs

Landesgericht Feldkirch (LG Feldkirch)

Rückstellungskommission, 1950–1961 (= RK)

Archiv der Israelitischen Kultusgemeinde (IKG) Wien

Rückstellungsakten, Liegenschaften, Provinz (Mappe Hohenems)

Familien- und Firmenarchiv Firma Rupp, Lochau (= Archiv Rupp)

Rückstellungsverfahren, Ordner I–V

1.9.2 Gedruckte Quellen

- Benger, Wilhelm, & Söhne, Bregenz, Hg.: Anmeldung zum Leistungskampf 1941/42 – Berichte (gebundenes Typoskript in der Vorarlberger Landesbibliothek). Bregenz 1942, S. 19.
- Clauß, Hermann: Die Neuordnung der nationalen Arbeit, in: Julius Greif zu (Hg.): Handbuch des deutschen Kaufmanns. Praktische Kaufmannsarbeit in Staat und Wirtschaft. Hamburg o. J. (1941), S. 155.
- Compass. Finanzielles Jahrbuch – Personenverzeichnis (Verwaltungsräte und Direktoren). Wien 1938 ff.
- Compass. Finanzielles Jahrbuch, Band Österreich, Österreich-Ungarn. Wien 1933 ff.
- Compass. Industrie und Handel, Band Österreich, Wien 1933 ff.
- Die Industrie 1962, 1963, 1966, 1972, 1976.
- Recht als Unrecht. Quellen zur wirtschaftlichen Entrechtung der Wiener Juden durch die NS-Vermögensverkehrsstelle, Teil 1: Privatvermögen – Personenverzeichnis. Bearbeitet von Hubert Steiner und Christian Kucsera. Wien 1993 (= ÖStA, Findbuch AdR 06/2).
- Der Staatskommissar in der Privatwirtschaft (Abteilung Statistik): Statistik über die Vermögensanmeldungen der Juden in der Ostmark (Stichtag: 27. April 1938). o. O. (Wien), o. J. (1939).
- Vorarlberger Tagblatt, 1933.
- Vorarlberger Volksblatt, 1946.
- Vorarlberger Volkswille, 1949.
- Österreich in Wort und Bild. Zeitschrift für Fremdenverkehr, Wirtschaft, Sport und Kultur, 1949, 1957.
- Sozialpolitisches Jahrbuch, 1957.
- Rot-Weiss-Rot-Buch. Gerechtigkeit für Österreich. Darstellungen, Dokumente und Nachweis zur Vorgeschichte und Geschichte der Okkupation Österreichs. Erster Teil (nach amtlichen Quellen). Wien 1946.
- Volkszählung. Die Bevölkerung des Deutschen Reichs nach den Ergebnissen der Volkszählung 1939. Volks-, Berufs- und Betriebszählung vom 17. Mai 1939 (= Statistik des Deutschen Reiches Bd. 552, 4), Heft 4, Die Juden und jüdischen Mischlinge im Deutschen Reich, Berlin 1944, Bd. 2 (Tabellenheft), Wien 1935, Bd. 552, Heft 4.

1.9.3 Literatur

- Achrainer Martin, Hofinger Niko: Familie Turteltaub, Lustenauerstr. 3, in: Dornbirner Schriften. Beiträge zur Stadtkunde 22 (1996), S. 133-148.
- Achrainer, Martin Hofinger, Niko: Die Turteltaubs: Eine Großfamilie zwischen jüdischer Tradition und österreichischem Alltag, in: Albrich (Hg.): Lebensgeschichten, S. 147-164.
- Albrich Thomas (Hg.): Wir lebten wie sie. Jüdische Lebensgeschichten aus Tirol und Vorarlberg. Innsbruck 1999.
- Albrich Thomas: „Die Juden hinaus“ aus Tirol und Vorarlberg. Entrechtung und Vertreibung 1938 bis 1940, in: Steininger, Pitscheider (Hg.): Tirol, S. 299-317.
- Albrich Thomas: Die „Endlösung der Judenfrage“ im Gau Tirol-Vorarlberg. Verfolgung und Vernichtung 1941 bis 1945, in: Steininger, Pitscheider (Hg.): Tirol, S. 341-360
- Alma (Hg.): 50 Jahre Alma 1921-1971. Hard 1971.
- Baur Uwe, Gradwohl-Schlacher Karin, Fuchs Sabine (Hg.): Macht, Literatur, Krieg. Österreichische Literatur im Nationalsozialismus. Wien 1998, S. 449-462.
- Benauer Herbert, Volaucnik Christoph: Die k.k. privil. Spinnerey & Weberey in Thüringen. Eine Quellensammlung zur Industriegeschichte des Walgaues. Feldkirch 1988.
- Benger Wilhelm & Söhne – Wirkwarenfabrik in Bregenz, in: Österreich in Wort und Bild. Zeitschrift für Fremdenverkehr, Wirtschaft, Sport und Kultur 12-13 (1949), S. 904-905.
- Böckle Eveline: Landfremd, sozialdemokratisch, jüdisch. Die dreifache Ausgrenzung des Samuel Spindler, in: Greussing Kurt (Hg.): Die Roten am Land: Arbeitsleben und Arbeiterbewegung im westlichen Österreich. Steyr 1989, S. 112-119.
- Böhler Ingrid: Dornbirn 1914–1945, in: Matt Werner, Platzgummer Hanno (Hg.): Geschichte der Stadt Dornbirn. Dornbirn 2002, S. 131-228.
- Bundschuh Werner: „Es ist besser, den Mantel des Schweigens auszubreiten ...“, in: Dornbirner Schriften IX (1990), S. 123-130.
- Bundschuh Werner: Kreist das Blut der Ahnen? Zum Bild der Dornbirner Unternehmer im Werk von Hans Nägele, in: Bundschuh Werner, Walser Harald (Hg.): Dornbirner Stadt-Geschichten. Dornbirn 1987, S. 29-82.

- Deutsch Martina: Der Völkerbundmolkereikredit. Entstehung und Verlauf der Kreditaktion für den Ausbau des österreichischen Molkereiwesens (1926–1938). Dipl. Arb. Wien 1998.
- Dreier Werner: „Rücksichtslos und mit aller Kraft“. Antisemitismus in Vorarlberg 1880–1945, in: Dreier Werner (Hg.): Antisemitismus in Vorarlberg. Regionalstudie zur Geschichte einer Weltanschauung (= Studien zur Geschichte und Gesellschaft Vorarlbergs 4). Bregenz 1988, S. 132-249.
- Felber, Ulrike, Melichar, Peter, Priller, Markus, Unfried, Berthold, Weber, Fritz: Eigentumsänderungen in der österreichischen Industrie 1938–1945. Teil 1: Grundzüge, Akteure und Institutionen. Teil 2: Branchen und Falldarstellungen: Textilindustrie, Schuhindustrie, Ledererzeugende Industrie, Papier und Holz, Lebensmittel und Zuckerindustrie (= Veröffentlichungen der Österreichischen Historikerkommission. Vermögensentzug während der NS-Zeit sowie Rückstellungen und Entschädigungen seit 1945 in Österreich. Bd. 10/1 u. 10/2). Wien – München 2004.
- Fischer Rudolf: Kommerzialrat Arthur Hämmerle 1890–1958, in: Jahrbuch des Vorarlberger Landesmuseumsvereins 1961, S. 240-242.
- Ganahl Markus: 180 Jahre Ganahl. Konzernbildung und ihre historischen Gründe. Dipl. Arb. Wien 1978.
- Getzner Manfred A.: Getzner, Mutter & Cie., Bludenz, und die Entwicklung der Textilindustrie im Vorarlberger Oberland, 3 Teile in 5 Bänden. Feldkirch 1984–1990.
- Grabherr Eva: Ivan Landauer: Aufenthalt auf Widerruf. Die Schweizer Flüchtlingspolitik im Zweiten Weltkrieg im Spiegel eines persönlichen Nachlasses, in: Albrich (Hg.): Lebensgeschichten, S. 181-198.
- Graf Esther: Die Firma Gebrüder Rosenthal und ihre Geschichte, in: Otten: Firmengeschichte, S. 9-28.
- Graf Georg: Die österreichische Rückstellungsgesetzgebung. Eine juristische Analyse (= Veröffentlichungen der Österreichischen Historikerkommission. Vermögensentzug während der NS-Zeit sowie Rückstellungen und Entschädigungen seit 1945 in Österreich. Bd. 2). Wien – München 2003.
- Greifzu Julius (Hg.): Handbuch des deutschen Kaufmanns. Praktische Kaufmannsarbeit in Staat und Wirtschaft, Hamburg o. J. (1941).

- Hämmerle Otto: Die Entwicklung der Vorarlberger Baumwollindustrie, dargestellt am Werdegang der Firma F. M. Hämmerle in Dornbirn. Diss. Innsbruck 1948.
- Ilg Wolfgang: Wirtschaftsgeschichte Vorarlbergs. Bregenz o. J. (1972).
- In memoriam Max Perlhefter, in: Stella Heft 4 (1983), S. 344-345.
- Inama Johannes: Harry Weil, Reisender. Ein Emigrantenschicksal zwischen amerikanischem Traum und gescheiterter Rückkehr, in: Albrich (Hg.): Lebensgeschichten, S. 341-354.
- James Harold: Die Böhmisches Union-Bank und Josef Otten, in: Otten: Firmengeschichte, S. 53-67.
- Jeřábek Rudolf: „In einer Demokratie höchst bedenkliche Akten“. Die Gauakten, in: Baur Uwe, Gradwohl-Schlacher Karin, Fuchs Sabine (Hg.): Macht, Literatur, Krieg. Österreichische Literatur im Nationalsozialismus. Wien 1998, S. 449-462.
- König Gerhild: Die wirtschaftlichen Probleme Vorarlbergs in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg. Das erste Jahrzehnt – Mangelwirtschaft und Wiederaufbau. Diss. Wien 1989.
- Luger Anna: Die Firmengeschichte der Baumwollspinnerei und -weberei in Thüringen. Eine Studie über Gründung, Expandierung und Liquidierung eines Vorarlberger Mittelbetriebes in der Textilbranche. Dipl. Arb. Wien 1991.
- Matt Werner: „... lege ich größten Wert darauf, dass auch diese letzte Jüdin das Land Vorarlberg verlässt ...“: Frieda Nagelberg, in: Albrich (Hg.): Lebensgeschichten, S. 271-288.
- Max Perlhefter – 90 Jahre, in: Stella Heft 1 (1980), S. 15-16.
- Meixner Wolfgang: „Arisierung“ – die „Entjudung“ der Wirtschaft im Gau Tirol-Vorarlberg, in: Steininger, Pitscheider (Hg.): Tirol, S. 319-340.
- Mejstrik Alexander, Garstenauer Therese, Melichar Peter, Prenninger Alexander, Putz Christa, Wadauer Sigrid: Berufsschädigungen in der nationalsozialistischen Neuordnung der Arbeit. Vom österreichischen Berufsleben 1934 zum völkischen Schaffen 1938–1940 (= Veröffentlichungen der Österreichischen Historikerkommission. Vermögensentzug während der NS-Zeit sowie Rückstellungen und Entschädigungen seit 1945 in Österreich. Bd. 16). Wien–München 2004.

- Melichar Peter: Neuordnung im Bankwesen. Die NS-Maßnahmen und die Problematik der Restitution (= Veröffentlichungen der Österreichischen Historikerkommission. Vermögensentzug während der NS-Zeit sowie Rückstellungen und Entschädigungen seit 1945 in Österreich. Bd. 11). Wien–München 2004.
- Melichar Peter: „Arisierungen“ und Liquidierungen im Papier- und Holzsektor, in: Felber, Melichar u.a.: Eigentumsänderungen, Bd. 10/2.
- Nägele Hans: Carl Ganahl, Victor Hämmerle, André Gaßner. Drei Persönlichkeiten der Vorarlberger Textilindustrie. Lustenau 1966.
- Nägele Hans: Das Textilland Vorarlberg. Werden und Wachsen einer alpenländischen Industrie. Dornbirn 1949.
- Nägele Hans: Die Vorarlberger Textilindustrie. Wien 1947.
- Neher Franz Ludwig: Ganahl. 160 Jahre im Dienste der Baumwolle. 1797–1957. Erinnerungsschrift. Hg. aus Anlaß des 160jährigen Bestehens der Firma Carl Ganahl & Co. Feldkirch 1958.
- Otten Josef (Hg.): Josef Otten. Eine Firmengeschichte – Von Gebrüder Rosenthal zu Josef Otten. Hohenems 2001.
- Pichler Meinrad: Die Schuhfabrik Krafft, in: Bloß it vergeassa Nr. 8. Bregenz 2001, S. 81-84.
- Pichler Meinrad: Eine unbeschreibliche Vergangenheit. Die Vorarlberger Geschichtsschreibung und der Nationalsozialismus, in: Nachträge zur Neueren Vorarlberger Landesgeschichte (= Beiträge zur Geschichte und Gesellschaft Vorarlbergs 1), hg. in Zusammenarbeit mit der Johann August Malin-Gesellschaft, Bregenz 1982, S. 191-206.
- Pichler Meinrad: Sagmeister. Die Geschichte einer Bregenzer Familie. Hong Kong 1998.
- Pichler Meinrad: Widerspiegelungen, in: V 5 (2000), S. 18-22.
- Pillmayer Klaus: Landwirtschaftliche Genossenschaften unter besonderer Berücksichtigung der Milch- und Molkereigenossenschaften in der Wirtschaftspolitik der 1. Republik. Dipl. Arb. Wien 1999.
- Priller Markus: „Arisierungen“ in der Textilindustrie in: Felber, Melichar u. a.: Eigentumsänderungen, Bd. 10/2
- Rigele Brigitte: „Wiedergutmachung“. Bestände zu den Rückstellungsverfahren im Wiener Stadt- und Landesarchiv, in: Studien zur Wiener Geschichte 56 (2000), S. 127-143.

- Schobersberg, Walburg: Die Käserei Woerle, in: Weiß Alfred S., Ehrenfellner Karl, Falk Sabine (Hg.): Henndorf am Wallersee. Kultur und Geschichte einer Salzburger Gemeinde. Henndorf 1992, S. 433-434.
- Schönherr Margit: Vorarlberg 1938: Die Eingliederung Vorarlbergs in das Deutsche Reich 1938/1939. Dornbirn 1981.
- Schönherr Margit: Wirtschaft, in: Vorarlberg 1938. Vorarlberger Landesmuseum – Ausstellung Nr. 142. Bregenz 1988, S. 91-98.
- Spuhler Gregor, Jud Ursina, Melichar Peter, Wildmann Daniel: „Arisierungen“ in Österreich und ihre Bezüge zur Schweiz (= Veröffentlichungen der UEK Bd. 20). Zürich 2002, S. 55-77.
- Steininger Rolf, Pitscheider Sabine (Hg.): Tirol und Vorarlberg in der NS-Zeit (= Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte 19). Innsbruck 2002.
- Stremayr Rolf: 125 Jahre Herzmannsky. o. J., unpag.
- Tiefenthaler Rupert: M. B. Neumann's Söhne – Textilproduktion zwischen den beiden Weltkriegen, in: Otten: Firmengeschichte, S. 29-34.
- Weiter Theodor: Das deutsche Eigentum in Vorarlberg nach 1945. Industrie, Handels- und Gewerbeunternehmungen, die von der französischen Besatzungsmacht als deutsches Eigentum deklariert und behandelt wurden, in: Montfort. Vierteljahresschrift für Geschichte und Gegenwart Vorarlbergs 34 (1982), S. 412-419.
- Volaucnik Christoph: Opfer des Nationalsozialismus aus Feldkirch. Ein Forschungsbericht, in: Rheticus 3-4/20 (1998), S. 173-186.
- Vorarlberger Landesarchiv (Hg.): 75 Jahre selbständiges Land Vorarlberg (1918–1993). Bregenz 1993.
- Vorarlberger Landesarchiv (Hg.): Das Vorarlberger Landesarchiv. Einführung und Bestandsübersicht. Bregenz 1998.
- Walser Harald: Bombengeschäfte. Vorarlbergs Wirtschaft in der NS-Zeit (= Studien zur Geschichte und Gesellschaft Vorarlbergs 6). Bregenz 1989.
- Walser Harald: Der Stoff, aus dem die Profite wurden. Das Textilland Vorarlberg nach dem „Anschluss“, in: Pichler Meinrad, Walser Harald: Die Wacht am Rhein. Alltag in Vorarlberg während der NS-Zeit. Bregenz 1988, S. 32-58.
- Walser Harald: Die Rüscher Werke – ein Dornbirner Rüstungsunternehmer, in: Dornbirner Schriften IX (1990), S. 95-100.

- Walser Harald: Altach im Zeitalter der Diktaturen, in: Gisinger Rudolf, Walser Harald (Hg.): Altach. Geschichte und Gegenwart, 2 Bde., Altach 1999. Bd. 1, S. 195-236.
- Wanner Gerhard: Vorarlbergs Industriegeschichte von 1938–1992, in: Vorarlberger Wirtschaftschronik. Wien o. J., S. 85-98.
- Wanner Gerhard: Vorarlbergs Industriegeschichte. Feldkirch 1990.
- Weber Fritz: Die österreichische Bankenkrise und ihre Auswirkungen auf die niederösterreichische Industrie, in: Kusternig, Andreas (Hg.): Beiträge über die Krise der Industrie Niederösterreichs zwischen den beiden Weltkriegen (= Studien und Forschungen aus dem niederösterreichischen Institut für Landeskunde 7). Wien 1985, S. 123-141.
- Weber Wolfgang: „Die sich vom Westen nach Osten erstreckende Wurst ...“. Aspekte der NS-Herrschaft in Vorarlberg, Tirol und Salzburg, in: Tálos Emmerich, Hanisch Ernst, Neugebauer Wolfgang, Sieder Reinhard (Hg.): NS-Herrschaft in Österreich. Ein Handbuch. Wien 2000, S. 260-291.
- Weber Wolfgang: Nachtrag zur Dornbirner Stadtgeschichte 1945–1948: Entnazifizierung und Wirtschaftssäuberung, in: Dornbirner Schriften. Beiträge zur Stadtkunde XI (1991), S. 134-141.
- Weiß Alfred S., Ehrenfellner Karl, Falk Sabine (Hg.): Henndorf am Wallersee. Kultur und Geschichte einer Salzburger Gemeinde. Hennedorf 1992, S. 433-434.
- Weitensfelder Hubert: Vorarlbergs Landwirtschaft im 20. Jahrhundert. Unpubliz. Manuskript 2002 (erscheint 2003).
- Wolff Sebastian: Historische Betriebsanalyse der Vorarlberger Wirkwarenfabrik Gebrüder Wolff. Dipl. Arb. Wien 1975, S. 4.

1.10 Abkürzungen

Abs.	Absatz
AdR	Archiv der Republik im Österreichischen Staatsarchiv
AG	Aktiengesellschaft
Agg	Antragsgegner im Rückstellungsverfahren (Käufer, „Ariseur“)
AR	Amtsrat
AST	Antragsteller, Rückstellungswerber
BA	Deutsches Bundesarchiv (Koblenz, Berlin)
BH	Bezirkshauptmannschaft
BmFVS/WP	Bundesmin. f. Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung (später ins Finanzministerium eingegliedert; auch Krauland- ministerium nach Minister Peter Krauland genannt)
BMF	Bundesministerium für Finanzen
CA	Creditanstalt Wiener Bankverein
DP	Displaced Person(s)
FC	Compass. Finanzielles Jahrbuch, Band Österreich, Österreich-Ungarn, Wien 1933 ff.
FLD	Finanzlandesdirektion
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
IC	Compass. Industrie und Handel, Band Österreich, 1933 ff.
IKG	Israelitische Kultusgemeinde
KG	Kommanditgesellschaft
Kt.	Karton
LG	Landesgericht
NöLA	Niederösterreichisches Landesarchiv
OGH	Oberster Gerichtshof
OHG	Offene Handelsgesellschaft
OLG	Oberlandesgericht
ORK	Oberste Rückstellungskommission
ORR	Oberregierungsrat
ös	Österreichische Schilling
ÖStA	Österreichisches Staatsarchiv
ÖV	Öffentlicher Verwalter
OZI	Oberzollinspektor
PC	Compass. Finanzielles Jahrbuch – Personenverzeichnis

	(Verwaltungsräte und Direktoren), Wien 1938 ff.
RA	Rechtsanwalt
RFM	Reichsfinanzministerium
RJM	Reichsjustizministerium
Rk	Rückstellungskommission
RM	Reichsmark
ROK	Rückstellungsoberkommission
RSHA	Reichssicherheitshauptamt
RstG	Rückstellungsgesetz
RWM	Reichswirtschaftsministerium
SFR	Schweizer Franken
VEAV	Vermögensentziehungs-Anmeldeverordnung
VlbgLA	Vorarlberger Landesarchiv
VVst	Vermögensverkehrsstelle im Archiv der Republik
Wiweg	Wiweg – Wiener Wäsche GesmbH

1.11 Tabellenverzeichnis

Tab. 1:	VEAV-Anmeldungen in Vorarlberg	18
Tab. 2:	VEAV-Anmeldungen in Österreich	19
Tab. 3:	Im Rot-Weiß-Rot-Buch verzeichnete durch das Deutsche Reich enteignete Liegenschaften aus Privatbesitz im Gerichtsbezirk Dornbirn	21
Tab. 4:	Juden und Mischlinge in Vorarlberg nach der Volkszählung 1939	22
Tab. 5:	Vorarlberger Vermögensanmeldungen	24
Tab. 6:	Entzogenes Vermögen	37
Tab. 7:	Die Zahl der Anträge	37
Tab. 8:	Entscheidungen der 1. Instanz	38
Tab. 9:	Der Streitwert in 36 Fällen	39
Tab. 10:	Enteignete, arisierte, liquidierte bzw. bedrohte Firmen in Vorarlberg	46
Tab. 11:	Die Rückstellungsverfahren der Fa. Ludwig Weiss	52
Tab. 12:	Rückstellungsverfahren Vorarlberger Leder- und Schuhfabriken Gebrüder Krafft GmbH	55
Tab. 13:	Verteilungsplan laut Beschluss der Rückstellungskommission vom 1. März 1961	56
Tab. 14:	Die Steuernachzahlungen und Bußen des Hermann Scheffknecht	94
Tab. 15:	Dornbirner Textilbetriebe 1934	105
Tab. 16:	Die größten Betriebe der Vorarlberger Textilindustrie 1938	106
Tab. 17:	Die Ariseure der A. Herzmansky KoG	107
Tab. 18:	Durchschnitt der Geschäftsjahre 1935, 1936, 1937	115
Tab. 19:	Die Eigentümer der Firma Franz Tommasoni OHG	116
Tab. 20:	Die Ariseure zahlten bis 1944	117
Tab. 21:	Hinweise auf Arisierungen und Arisierungsversuche der Vorarlberger Unternehmer	121
Tab. 22:	Verfolgte Juden und Mischlinge in Vorarlberg	128–145
Tab. 23:	Rückstellungsfälle in der Zuständigkeit des LG Feldkirch 1950–1961	146–151

Der Autor

Peter Melichar, Dr. phil. Studium (Geschichte, Philosophie) in Wien. Ausstellungsarbeit (100 Jahre SPÖ/1988, Ostarrichi-Österreich/1996) und Forschungstätigkeit, u. a. für die „Unabhängige Expertenkommission Schweiz – Zweiter Weltkrieg“. 2003/2004 Stipendiat der Wiener Library in London. Arbeitsschwerpunkte: Sozialgeschichte des Intellektuellen (18.–20. Jh.), des Militärs (19.–20. Jh.), des Bürgertums. Lektor an der Universität Wien.